Mittwoch, 4. September 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 205 - 36.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 3,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Abtreibung: Die Gründung einer Arbeitsgruppe aus hochrangigen Unionspolitikern, die einen einheitlichen Standpunkt der CDU/CSU zum Problem der von den Krankenkassen finanzierten Abtreibungen aus sozialen Notlagen erarbeiten soll, kündigte Kanzler Kohl an. (S. 10)

Eureka: Die Bundesregierung hat für das 1987 anlaufende europäische Forschungsprogramm einen Förderbetrag von einer Milliarde Mark vorgesehen.

Terrorismus: Generalbundesanwalt Rebmann übernahm die Ermittlungen im Fall der Bombenanschläge auf Computerfirmen in Hamburg und Dortmund. Zu den Anschlägen haben sich die „Revolutionären Zellen" bekannt.

Medien: Zum neuen Programmdirektor des WDR ist vom Rundfunkrat der frühere Senatssprecher von Berlin, Günter Struve, gewählt worden. Struve, Mitglied der SPD, wird Nachfolger von Heinz Werner Hübner.

Belgien: Knapp fünf Wochen vor den Wahlen hat König Baudouin die beiden Kammern des Parlaments aufgelöst. Die Regierung aus Liberalen und Christsozialen hatte sich in der Frage einer Reform der Schulfinanzierung überworfen. (S. 10)

Unruhen: Die südafrikanische Untergrundbewegung ANC wird bei ihren Operationen künftig auch den Tod von Zivilisten in Kauf nehmen, teilte ANC-Sprecher Makatini in Harare mit. Südafrikas Außenminister Botha räumte ein, daß man mit den Rassentrennungsgesetzen zu weit gegangen sei. (S. 5)

Mann der Stunde: Raymond Barre, 1976 bis 1981 französischer Premierminister unter Präsident Giscard d'Estaing, ist als kompromißloser Einzelkämpfer zum schärfsten Rivalen von Präsident Mitterrand geworden. Er will Mitterrand zwingen, den Elysée-Palast zu räumen, falls die Sozialisten die Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 verlieren. (S. 5)

Strauß – schon die Lebzeit ist Geschichte

Franz Josef Strauß wird am 6. September 70 Jahre alt. Er ist schon heute eine Figur der Zeitgeschichte. Die WELT hat den Kölner Historiker Andreas Hillgruber zur politischen Rolle des CSU-Politikers in der deutschen Nachkriegsgeschichte befragt. Karl Schiller, Wirtschaftsminister von 1966 bis 1972, beschreibt in einem Beitrag für die WELT die Leistungen von Strauß in der Großen Koalition. Seite 6

WIRTSCHAFT

Großbanken: Nach den 500 größten deutschen Industrie-Unternehmen veröffentlicht die WELT heute die Liste der 50 größten Banken und Geldinstitute. Mit einer Bilanzsumme von 232,3 Milliarden DM konnte die Deutsche Bank ihre führende Position vor der Dresdner Bank (174,7 Milliarden) ausbauen. (S. 12)

Leipziger Messe: Im innerdeutschen Handel werden Investitionsgüter – im Vergleich zu anderen Gütern – in der nächsten Zeit an Gewicht deutlich zunehmen, erwartet Wirtschafts-Staatssekretär von Würzen nach seinem Treffen mit „DDR"-Außenhandelsminister Sölle. (S. 11)

Ernte: Die Getreideernte in der Bundesrepublik wird 1985 voraussichtlich 25,3 Millionen Tonnen erreichen. Das sind knapp 1,2 Millionen Tonnen oder 4,4 Prozent weniger als 1984, aber rund 1,5 Millionen Tonnen (6,3 Prozent) mehr als im Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1984. (S. 11)

Börse: Nach freundlichem Beginn kam es an den Aktienmärkten im Verlauf zu Gewinnmitnahmen. Der Rentenmarkt war gedrückt. WELT-Aktienindex 207,44 (205,97). BHF-Rentenindex 105,195 (105,334). Performance Index 107,351 (107,463). Dollarmittelkurs 2,8449 (2,8281) Mark. Goldpreis 328,20 (334,65) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Was die kleinen und mittleren Betriebe jetzt brauchen, ist mehr Freiraum im Steuerrecht, im Arbeitsrecht, mehr *Beweglichkeit, um sich neuen* Strukturen anpassen zu können, Marktlücken schnell und erfolgreich aufzuspüren. Gesetzesperfektion ist dabei nur hinderlich"

Handwerkspräsident Paul Schnitker
FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Malerei: Mit einer großen Retrospektive in der Ala Napoleonica und dem Museo Correr feiert die Stadt Venedig den Maler Zoran Music. Die Schau umfaßt das Werk des Künstlers von 1946 bis 1985. (S. 23)

Jazz: Das Mammut-Festival von Montreux ist längst von kleineren und experimentierfreudigeren Veranstaltungen in den Schatten gestellt worden. Zu den ganz großen in der Schweiz zählt heute das Jazz-Festival von Willisau. (S. 23)

SPORT

Tennis: Boris Becker verlor das Achtelfinalspiel in Flushing Meadow gegen den Schweden Nyström mit 3:6, 4:6, 6:4, 4:6. Damit ist der Wimbledonsieger aus dem Turnier ausgeschieden. (S. 22)

Leichtathletik: Im Londoner Regierungsviertel Westminster wird am 15. September ein hochdotiertes Meilenrennen auf der Straße stattfinden. Der Sieger erhält 144 000 Mark.

AUS ALLER WELT

Schweitzer: Zu seinen Lebzeiten war er weltweit ein Symbol der Nächstenliebe, und auch heute ist dieses Bild kaum verblaßt. Vor 20 Jahren starb in Lambarene Albert Schweitzer. (S. 24)

Hormone: In Norddeutschland bahnt sich offenbar ein neuer Lebensmittelskandal an. Im Fleisch von *Mastkälbern* wurden synthetische Hormone entdeckt, die krebsfördernd sein sollen. (S. 24)

Wetter: Wechselnd bewölkt, einzelne Schauer. 15 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Koalition stützt Zimmermann. Bohrende Fragen der Opposition

Erregte Debatte im Bundestag / Dregger: „Unmoralische Verdächtigungen"

GÜNTHER BADING, Bonn

In einer erregten dreistündigen Debatte des Bundestages über die jüngsten Spionagefälle und den Übertritt des früheren Verfassungsschützers Tiedge in die „DDR" hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Forderung der SPD-Fraktion nach Entlassung des Bundesinnenministers wegen seiner „politischen Verantwortung" für diese Vorgänge entschieden zurückgewiesen. Für die Bundestagsfraktion der CDU/CSU erklärte deren innenpolitischer Sprecher Karl Miltner: „Das Verhalten des Bundesinnenministers ist frei von jedem Tadel. Er hat das volle Vertrauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion." Für die Freien Demokraten sagte deren innenpolitischer Sprecher Burkhard Hirsch, zwar sei der Übertritt Tiedges der „bisher schwerwiegendste Vorgang dieser Art". Auch werde die Tätigkeit der Spionageabwehr über Jahre nachhaltig beeinträchtigt werden. „Der uns bekannte Sachverhalt zwingt aber nicht zum Rücktritt oder zur Entlassung des Ministers." Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dregger, sprach in einem Resümee der Debatte von „völlig unmoralischen, weil durch nichts belegten Verdächtigungen" des Innenministers durch die SPD-Sprecher.

Den Antrag auf Entlassung von Innenminister Friedrich Zimmermann hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel in dieser ersten Sitzung des Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause begründet. Zwar habe der in den einstweiligen Ruhestand versetzte frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Heribert Hellenbroich, sich zu den Folgen seiner Entscheidung bekannt und die persönlichen Konsequenzen gezogen. Dennoch bleibe die politische Verantwortung Zimmermanns bestehen. Sie erfordere den Rücktritt eines Ministers, wenn ein „schwerwiegendes Ereignis" in seinem Zuständigkeitsbereich „das Vertrauen *in die* Amtsführung seines Ressorts erschüttert hat". Dies sei im Fall Tiedge zweifellos gegeben.

SEITE 2:
Der Minister wußte es nicht

Vogel erinnerte daran, daß in einer ähnlichen Situation, allerdings wegen eines Ereignisses „viel geringerer Bedeutung", der damalige Verteidigungsminister Georg Leber 1978 zurückgetreten war, obwohl ihm kein persönlicher Vorwurf gemacht werden konnte. In seiner kurzen, von viel Beifall der Koalitionsabgeordneten begleiteten Rede wies der Kanzler diesen Vergleich zurück und erinnerte daran, daß er damals im Bundestag gegenüber Leber erklärt habe, daß niemand in der Union dem Minister *die Tatsache vorgeworfen habe, daß* es Spionagefälle gegeben habe. Leber habe ihm damals im Plenum geantwortet, er empfinde diese Haltung der Union „als persönlich wohltuend". Dabei stellte Kohl grundsätzlich klar, daß aus der Tatsache von Spionagefällen kein irgendwie gearteter Automatismus hergeleitet werden dürfe, der zum Rücktritt der betroffenen Minister führe. Sonst entschieden „die Geheimdienste anderer Länder über die Amtsdauer von Bundesministern".

Kohl warf der Opposition – „und hier unterscheiden sich Grüne und SPD nicht voneinander" – vor, sich

● Fortsetzung Seite 10

Rentenkassen voller als erwartet

Stellvertretender BfA-Vorsitzender: Haben jetzt Luft, um an Strukturreform zu gehen

G. REINERS, Hamburg

„*Eine Rente auf Pump* wird es bis zum Ende des Jahrzehnts nicht mehr geben." Das sagte der stellvertretende Vorsitzende der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Walter Quartier in Berlin gegenüber der WELT zu jüngsten Berechnungen der Rentenversicherungsträger. „Die Beiträge fließen besser als erwartet. Wir haben keine Schwierigkeiten, die Renten aus eigenen Mitteln zu zahlen. Wenn es keinen wirtschaftlichen Einbruch gibt, brauchen wir bis 1990 auch keine *Beitragserhöhung*."

Die genauen Ursachen dieser Entwicklung sind laut Quartier einstweilen nicht zu ergründen; dies ist erst durch eine Analyse zum Jahresende möglich. Zur Zeit sei nur festzustellen, daß die Einnahmen reichlicher fließen als erwartet. Ein Grund sei mit Sicherheit, daß trotz gleichbleibender hoher Arbeitslosenzahl die Zahl der Beschäftigten stärker zunehme als berechnet. Es könne aber auch daran liegen, daß mehr Überstunden geleistet würden oder daß Firmen höhere Gehalts- und Lohnanhebungen vorgenommen hätten als tariflich vereinbart. Hinzu komme, so Quartier, *daß das demographische* Verhältnis von zwei Beschäftigten zu einem Rentner sich einstweilen noch nicht verschlechtert hat.

Die positive Entwicklung der Finanzen gibt nach Angaben von Quartier „*Luft*, um ohne Hektik an die Strukturreform zu gehen". Diese ist notwendig, weil sich bei sinkenden Geburtenziffern das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern bis zum Jahr 2030 rapide verschlechtert, so daß ein Beschäftigter für einen Ruheständler aufkommen müßte. „Alle an der Reform Beteiligten haben nun Zeit, für eine Phase ruhigen Überlegens. Nötig ist ein breiter Konsenz für eine solche Reform, die Anfang der 90er Jahre in Kraft treten sollte."

Für die Rentenversicherung gibt sich Quartier, der für die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) im BfA-Vorstand sitzt, optimistisch und hofft, das Finanzpolster bis 1990 wieder so aufstocken zu können, daß die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage von einer Monatsausgabe nicht überschritten wird. In der Vergangenheit war die Rücklage schon *wesentlich kleiner*.

Die jüngsten Berechnungen, die von BfA und dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) in Abstimmung mit Arbeits- und Finanzministerium angestellt wurden, gehen von „vorsichtigen Annahmen" aus. Für 1985 wird eine Entgeltsteigerung von 3,5 Prozent angenommen. (Die Bundesregierung war von 4,1 Prozent ausgegangen.) Weiter wird eine Arbeitslosenzahl von 2,3 Millionen Arbeitslosen und eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um 0,3 Prozent unterstellt. Eingerechnet wurde der seit dem 1. Juni gültige Beitragssatz von 19,2 Prozent, der sich vom 1. Januar 1987 auf 18,7 Prozent ermäßigt. Für die Jahre bis 1989 einschließlich ist eine geringfügig auf 2,26 und 2,5 Millionen sinkende Arbeitslosenzahl bei weiterhin 3,5 Prozent Einkommensverbesserung und gleichbleibender Steigerung der Erwerbstätigenzahl um 0,2 Prozent unterstellt worden. „Eine zurückhaltende Rechnung", sagt Quartier. „Wir rechnen uns ab-

■ Fortsetzung Seite 10

„Sympathie" für Spione

DW. Bonn

Die grundsätzlichen Bedenken der Grünen gegen den Verfassungsschutz und andere Geheimdienste haben nach den Worten ihres Bundestagsabgeordneten Christian Ströbele nichts mit dem Fall des in die „DDR" übergelaufenen Verfassungsschützers Tiedge zu tun. Ein Spion sei zunächst „ein Mensch, der hilft, staatliche Geheimnisse nach außen zu tragen oder aufzuklären", sagte der Berliner Rechtsanwalt in einem Gespräch mit der Westberliner „tageszeitung".

„Und da wir grundsätzlich dagegen sind, daß ein Staat Geheimnisse hat, haben wir eine gewisse Sympathie für Spione." Dies gelte insbesondere dann, wenn wie im Fall Tiedge „die Spione der einen Seite die Spione der anderen Seite auskundschaften und nachher gar nicht mehr auseinanderzuhalten ist, welcher Spion auf welcher Seite in welchem Maße und wann gedient hat".

Seite 10: Winkler lehnt Treffen ab

Israel: Disput um Weizsäcker

Ehrung des „Weizmann-Instituts", nicht der Universität

DW. Bonn

Von Erwägungen innerhalb der hebräischen Universität in Jerusalem, Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seinem Israel-Besuch im Oktober die Ehrendoktorwürde zu verleihen, ist im Bundespräsidialamt in Bonn nichts bekannt gewesen. Dies versicherte Pressesprecher Friedbert Pflüger gestern gegenüber der WELT. Gleichzeitig bestätigte er aber die geplante Verleihung eines Ehrendoktortitels durch das international bekannte „Weizmann-Institut" in Rechovot bei Tel Aviv.

Pflüger nahm zu einer Meldung der Nachrichtenagentur AFP Stellung, wonach der Präsident der Jerusalemer Universität, Amnon Pazi, die Verleihung der Ehrendoktorwürde empfohlen, der Senat der Universität diese Ehrung aber abgelehnt habe. Pflüger dazu: „Wir wissen nichts von solchen Überlegungen." Noch im Juli war der Sprecher des Bundespräsidenten zur Vorbereitung des Staatsbesuchs in Israel, doch sei auch bei einem Besuch der hebräischen Universität nicht über dieses Thema gesprochen worden.

In der AFP-Meldung wurde als Grund für die Verweigerung des Doktorhutes die Ansicht des Politologieprofessors Zeev Sternhell wiedergegeben. Danach habe sich die Entscheidung nicht gegen die Person von Weizsäckers gerichtet, sondern gegen den Vertreter eines Landes, das US-Präsident Reagan dazu gedrängt habe, sich auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg vor den Gräbern von SS-Soldaten zu verneigen, damit er Deutschland so von den Nazi-Verbrechen rein wasche.

Richard von Weizsäcker beginnt seinen Staatsbesuch in Israel am 8. Oktober. Auf dem Programm steht auch ein Besuch der Universität in Jerusalem. Die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch das „Weizmann-Institut" in Rechovot ist für den letzten Tag des Besuchs (11. Oktober) im Beisein des israelischen Staatspräsidenten Herzog geplant.

Keine Rede von der „Kloake Europas"

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Zu völlig gegensätzlichen Schlußfolgerungen kommen zwei Untersuchungen, in denen *jetzt* die Wasserqualität des Rheins begutachtet wurde. Während die Umweltschutzorganisation „Greenpeace" nach einer zweimonatigen Untersuchung keinen Anlaß sieht, von einer Besserung zu sprechen, *stellt das rheinland-pfälzische* Umweltministerium in seinem diesjährigen Gewässergütebericht den Rhein als „ein auffallendes Beispiel für ein weitestgehend saniertes Gewässer" vor.

Greenpeace prangert vor allem hohe Konzentrationen von schwer abbaubaren Substanzen, etwa von Schwermetallen oder von den gefährlichen halogenierten Kohlenwasserstoffen, an. Die Organisation bezeichnet *dabei die Chemieunternehmen* und einige Papier- und Zellstoffbetriebe als Hauptverschmutzer.

In dem jährlichen Wassergütebericht des Mainzer Umweltministeriums werden dagegen die einzelnen „Problemstoffe" genau aufgeführt und bewertet. Dabei wird hervorgehoben, *daß sich der Sauerstoffgehalt* des Rheins in den vergangenen zehn Jahren enorm verbessert habe. Dies liege vor allem an den zahlreichen Klärwerken, durch die eine Einleitung organischer Verbindungen stark *gesenkt werden konnte.*

Während Greenpeace diese Verbesserung als „Schönheitsreparatur" bezeichnet, bestätigte ein Sprecher der nordrhein-westfälischen Landesregierung das Mainzer Ergebnis inzwischen im vollen Umfang. Der Rhein besitze heute durchgehend die Güteklasse gut bis befriedigend, ein Wert, der noch vor wenigen Jahren als „Traumergebnis" bezeichnet worden wäre. Von der „Kloake Europas" *kann heute nach übereinstimmenden* Bewertungen in Mainz und Düsseldorf keine Rede mehr sein.

Die Konzentration an Schwermetallen liege „deutlich unter der für Trinkwasser erlaubten Grenze". In der überwiegenden Mehrzahl aller Proben, die von den Untersuchungsämtern dem Rhein entnommen werden, sind Metalle wie Quecksilber, Cadmium oder Blei nicht mehr nachzuweisen. Gleiches gilt auch für die Kohlenwasserstoffe. Zu hoch sei heute noch die Konzentration von Nitraten und Phosphaten sowie der Salzgehalt des Rheins. Eine Gefährdung bedeutet dies nach übereinstimmenden Auskünften jedoch nicht.

Die Kritik von Greenpeace, die heutigen Untersuchungsmethoden reichten nicht aus, um alle gefährlichen Substanzen zu entdecken, wird von den Ministerien in Mainz und Düsseldorf entschieden zurückgewiesen. Der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Matthiesen soll sich inzwischen bestürzt gezeigt haben über die Art und Weise, mit der Greenpeace die Bemühungen aller Anliegerländer desavouiert habe, den Rhein immer sauberer zu machen.

DER KOMMENTAR

Rote Zahlen

PETER PHILIPPS

Der Abschied von Hans-Jürgen Wischnewski aus der Schatzmeisterei und dem Präsidium der SPD richtet in der Außenwirkung erheblichen Flurschaden für die Partei an. Gerade an dem Tag, an dem die Opposition im Bundestag am Beispiel Zimmermann zu einer Abrechnung mit der Bundesregierung ansetzte, zog Ben Wisch den Genossen den Burnus aus. Die CDU/CSU braucht sich nur *noch der Argumente zu bedienen*, die er in seinem Rücktrittsschreiben umgehend veröffentlicht hat:

Erstens tituliert er öffentlich seinen Fraktionsvorsitzenden Vogel als Oberlehrer, mit dem eine gedeihliche Zusammenarbeit nicht möglich sei.

Zweitens droht – so müssen seine Worte wohl verstanden werden – der SPD wieder der Weg in die roten Zahlen. Hatte nicht die Union schon immer gesagt, daß die SPD nicht mit Geld umgehen könne?

Drittens sind der Partei nach Aussagen ihres bisherigen Schatzmeisters in den vergangenen Jahren zuhauf die Mitglieder davon gelaufen.

Bereits im April hatte Wischnewski im Präsidium mit seinem Rücktritt gedroht und in einem WELT-Interview die Warnung öffentlich gemacht: Bei der Parteizeitung „Vorwärts" habe „der Zuschuß die Grenze des Vertretbaren erreicht". Und: „Mit diesem Schatzmeister geht die SPD nicht in die Verschuldung." Seine Zielrichtung war eindeutig: Der chronisch defizitäre „Vorwärts" sollte mit dem Mitgliedermagazin der Partei verschmolzen werden. Alle Alternativen, die in den vergangenen Monaten verhandelt wurden, blockierte er. Als insbesondere *Vogel am Montag abend* darüber im Präsidium mit ihm hart aneinander geriet, schrieb Wischnewski seine Demission an Brandt. Der vorletzte Schmidt-Anhänger hat das engste Führunggremium der SPD verlassen, dem letzten, Apel, wollen seine Hamburger Genossen gerade die Stuhlbeine absägen.

Die Begründung Wischnewskis, insbesondere der Wille, den Genossen ein Zeichen setzen zu wollen, mutet bekannt an. Denn mit fast den gleichen Worten hat sich schon einmal ein Sozialdemokrat verabschiedet: Um ein „Signal zur Besinnung" zu setzen, trat vor gut vierzehn Jahren Alex Möller als Bundesfinanzminister zurück. Damals hielt der Effekt nicht lange vor. Auch diesmal wird man, ohne Prophet zu sein, von dem persönlich honorigen Schritt keine große Wirkung erwarten dürfen.

Schatzmeister der SPD legt seine Ämter nieder

Wischnewski beklagt „Oberlehrer-Manieren" von Vogel

DW. Bonn

Nach internen Auseinandersetzungen um die Parteifinanzen ist der SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski gestern von seinem Amt zurückgetreten. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sagte vor Journalisten, er halte den Entschluß Wischnewskis „etwas für voreilig" und bedauere diesen Schritt. Als ungerecht wies Brandt zugleich den in Wischnewskis Rücktrittsschreiben enthaltenen Vorwurf zurück, er könne die „Oberlehrermanieren" des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel nicht länger hinnehmen. Wischnewski hatte in dem Brief an Brandt erklärt, er hoffe, daß sein Rücktritt der Partei helfen werde, „den Weg zu solider Sparsamkeit zu finden".

Der handgeschriebene Brief Brandt mit Datum von 3. September hat folgenden Wortlaut:

„Lieber Willy, der Verlauf der gestrigen Präsidumssitzung gibt mir keine andere Möglichkeit, als heute von meiner Aufgabe als Schatzmeister der Partei zurückzutreten.

Ich habe mich immer wieder darum bemüht, auf die völlig veränderte Finanzsituation der Partei hinzuweisen:

1. Im Gegensatz zu früher gibt es keine nennenswerten Spendeneinnahmen mehr.

2. Das Vermögen der Partei ist in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße verbraucht worden.

3. *Die Zahl der Mitglieder der Partei* ist in den letzten Jahren in starkem Maße zurückgegangen.

4. Mit einer Erhöhung der Mittel für die Wahlkampfkostenerstattung ist in den nächsten Jahren nicht zu rechnen. Sie wäre auch nicht zu verantworten. Außerdem will die Parteiorganisation auf den anderen Ebenen an diesen Mitteln stärker partizipieren.

In dieser Situation gibt es nur die Möglichkeit konsequenter und solider Sparsamkeit. Andere Wege sind mit mir nicht zu gehen.

Das bedeutet, das die Partei nur eine Zeitung und nicht zwei finanzieren kann.

Ich kann meine Entscheidungen nicht nach dem Maßstab treffen, wieviele Stimmen ich auf dem Parteitag erhalte. Sparsamkeit und Solidität müssen der oberste Maßstab des Schatzmeisters der Partei sein.

Nur so können die Sünden der Vergangenheit, die alle Parteien, wenn auch in unterschiedlichem Maß begangen haben, aufgearbeitet werden.

Ich bin auch nicht mehr bereit, die Oberlehrermanieren von Hans-Jochen Vogel hinzunehmen. Meine Entscheidung werde ich gegenüber den Mitgliedern des Parteivorstandes, den Bezirken und Unterbezirken sehr genau schriftlich erläutern.

Ich hoffe, daß mein Schritt der Partei hilft, den Weg zu solider Sparsamkeit zu finden.

Eine Kopie, dieses Briefes erhalten Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel. dpa wird von mir noch heute informiert.

Ich hoffe, daß meine Entscheidung unser Verhältnis nicht belastet. Diese Entscheidung ist im Interesse der Partei unverzichtbar.

Dein Hans-Jürgen Wischnewski."

Seite 4: Allzweckwaffe resigniert

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mit Beschäftigung beschäftigt

Von Peter Gillies

Eitel wäre die Hoffnung, das Dreier-Gespräch morgen abend ginge mit der endgültigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu Ende. Wenn sich nach jahrelanger Dialog-Unfähigkeit Regierung, Teile der Gewerkschaften und die Unternehmer wieder an einen Tisch setzen, darf man angesichts extrem divergierender Wirtschaftsphilosophien schwerlich Patentlösungen für das Thema Nummer eins erwarten. Selbst die Ausrede von Politikern, die erfolglose Gipfeltreffen als „Wert an sich" zu bezeichnen pflegen, taugt hier nicht, denn der Wert des Gesprächs liegt im Versuch zur Problemlösung.

Alle Gruppen der Gesellschaft streben Vollbeschäftigung an. Alle mahnen Solidarität mit den Arbeitslosen an. Gestern waren es die Kirchen, die daran erinnerten, ohne freilich ihre gutgemeinten Empfehlungen mit dem nötigen wirtschaftlichen Sachverstand zu unterfüttern. Der Trialog kann nicht den Königsweg markieren, der alle wieder in Arbeit bringt. Aber er vermag – vielleicht – eines: daß man einander anhört, sich unter Begründungszwang setzt, die gestanzten Versatzstücke der öffentlichen Debatte beiseite schiebt.

Bei dieser Gelegenheit könnten die Gewerkschaftsvertreter zur Kenntnis nehmen, daß der Bund mit seiner Haushaltspolitik gute Grundlagen für etwas mehr Beschäftigung eröffnet und sie mit seiner überaus erfolgreichen Stabilitätspolitik festigt. Davon abzuweichen, wäre ein herber Schlag für den Arbeitsmarkt. Daß die Bundesregierung den Aufschwung „kaputtspart", ist eine unredliche Behauptung, die allerdings dankenswerterweise neuerdings nicht mehr gemacht wird.

Andererseits bemüht sich die Bundesregierung um mehr als um Rauchsignale der Vertrauensbildung. Mit dem ersten Rahmen für eine Qualifizierungsoffensive, für bessere Sicherung von Langzeitarbeitslosen und einer (minimalen) Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung strapaziert sie ihre Koalition und nimmt die Enttäuschung mancher ihrer Wähler hin, die sich eine konsequentere Wirtschafts-Wendepolitik versprochen hatten. Das mag wenig sein, ist aber deutlich mehr als nichts: Ein weiterer Versuch, das Begriffspaar „arbeitslos" und „hoffnungslos" aufzubrechen.

Der Minister wußte es nicht

Von Manfred Schell

Innenminister Zimmermann bleibt im Amt. Diese Entscheidung stand fest, noch ehe das Parlament am Ende einer aufgeheizten Debatte über den Verratsfall Tiedge den Entlassungsantrag der Sozialdemokraten verwarf. Der Kanzler, dem das erste und letzte Wort bei der Berufung und Entlassung von Kabinettsmitgliedern zusteht, hatte diese Linie vorgegeben. Die Koalitionsfraktionen sind ihm ohne Widerspruch gefolgt.

Das ist kein Akt besonderer Sympathie gegenüber dem unbequemen Minister, der auch in den eigenen Reihen Kritiker hat. Politisch überlebt hat Zimmermann nur deshalb, weil er nachweisen konnte, daß ihn keine Verantwortung für die Flucht des Verfassungsschützers Tiedge in die „DDR" und die fatalen Folgen trifft. Von persönlicher Schuld spricht auch die SPD nicht. Aber sie überträgt dem von ihr ohnehin dauernd bekämpften Innenminister die „politische Verantwortung" für die „fidelen Zustände" (Strauß) in unserer Spionageabwehr.

Aber Oppositionsführer Vogel hat in seiner Angriffsrede keine Fakten nennen können, die Zimmermanns Aussagen widerlegen, er sei nicht auf das Sicherheitsrisiko Tiedge hingewiesen worden. Der inzwischen entlassene Verfassungsschutzpräsident Hellenbroich hat erklärt, er allein habe die Verantwortung für den Verbleib von Tiedge an so brisanter Stelle getragen. Damit lag auch das volle Risiko bei ihm, gleichwohl gibt es durchaus Verständnis für seine damalige Abwägung: Es sei eine wichtige Operation gelaufen, aus der er Tiedge nicht habe herausziehen können.

Die Sozialdemokraten jedenfalls haben es gestern bei Unterstellungen und Fragen an den Innenminister belassen. Wenn es dabei bleiben sollte, sieht die SPD schlecht aus. Der Bundesinnenminister ist Dienstvorgesetzter von rund 40 000 Staatsdienern. Und hier stellt sich die Frage nach der politischen Verantwortung. Können einem Minister Dienstpflichtverletzungen in nachgeordneten Behörden persönlich und unmittelbar angelastet werden? Dies würde es zum Beispiel Ost-Berlin erlauben. Minister über gesteuerte Geheimdienstaffären zu kippen. Und dies kann niemand bei uns wollen.

Belgischer Schwelbrand

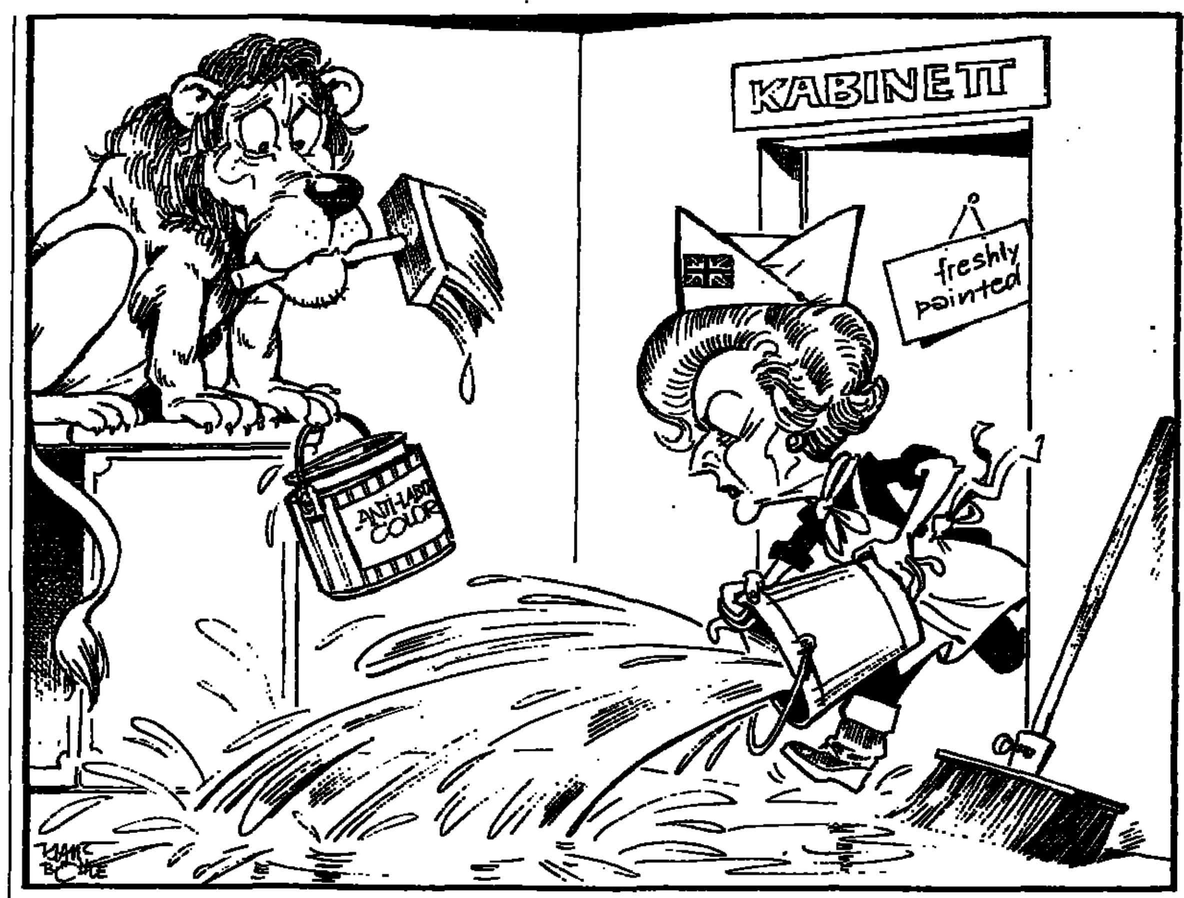
Von Heinz Barth

Den letzten Anstoß zur Auflösung des belgischen Parlamentes, die vor Neuwahlen am 13. Oktober ohnehin fällig war, gab eine Verfassungs-Änderung, die Premier Wilfried Martens nicht gegen die wallonischen Christlich-Sozialen, eine der vier Parteien seiner Regierungskoalition, durchsetzen konnte. Sie weigerten sich, der Föderalisierung des Erziehungswesens zuzustimmen, die auf Grund der Verfassung vom amtierenden Parlament vor dem Wahl-Termin beschlossen werden mußte.

Die Christlich-Sozialen befürchteten, das Schulwesen würde unter die Kontrolle der Sozialisten geraten, die in Wallonien in der Mehrheit sind, obgleich sie sich im belgischen Parlament in der Opposition befinden. Der Flame Martens mußte vor dem Widerstand seiner christlich-sozialen Parteifreunde im frankophonen Teil des Landes kapitulieren, weil er vor der Oktober-Wahl unter Zeitdruck geraten war. Ob die wallonische Mitte-Rechts-Partei damit klug taktierte, scheint fraglich. Es ist durchaus nicht sicher, daß der Premier, der Belgien seit über sechs Jahren praktisch ununterbrochen regierte und mit beträchtlichem Geschick durch permanente Koalitionskrisen steuerte, im Oktober wieder mit seiner Mehrheit von 113 der 212 Mandate rechnen kann.

Der Verfassungs-Disput gab den Anstoß zur Parlaments-Auflösung, aber er war nicht ihre Ursache. Die belgische Krise schwelte seit dem tragischen Mittwoch im Mai, als im Brüsseler Heysel-Stadion 39 Fußballfans starben. Seither ging ein Riß durch die christlich-liberale Koalition, der irreparabel wurde, als sich der christlich-soziale Innenminister Nothomb trotz eindeutiger Ergebnisse der Untersuchung weigerte, die politische Verantwortung für das Drama zu übernehmen. Es kam darüber zum Rücktritt des liberalen Justizministers Gol und zum Auseinanderfallen der Regierung, das König Baudouin verzögerte, indem er im Juli Martens' Rücktrittsangebot ablehnte.

Doch die Situation war so verfahren, daß der Premier die kurze Frist bis zur Wahl nicht nutzen konnte, um den Schaden zu reparieren. Die Manövrierunfähigkeit der Regierung zwang ihn zu vorgezogenen Wahlen, von denen zu befürchten ist, daß sie keine stabile Mehrheit hervorbringen.



Herbstputz KLAUS BÖHLE

Verstopfungs-Strategen

Von Gernot Facius

Während der Internationalen Funkausstellung sei daran erinnert, daß die Erregung auf der IFA vor zwei Jahren über das „Verdringen" der sogenannten neuen (vielfach privaten) Medien abgeklungen ist. Aber dieses Einpendeln auf Normalität hat eher den etablierten Oligopolen genützt – weniger den Neuen, auf die das Etikett „Konkurrenz" immer noch nicht passen will.

Die Botschaft von Intendanten und Medienpublizisten mit besonderer Treue zur „reinen Lehre", wonach Rundfunk und Fernsehen unter öffentlich-rechtlichem Dach am besten aufgehoben seien, lautet: ARD und ZDF werden auch im nächsten Jahrzehnt bestimmend sein. Wenn das so ist, dann stellt sich die Frage: Warum haben Landesregierungen und die Ministerpräsidenten-Konferenz monatelang im Nachdenken über eine „Bestands- und Entwicklungsgarantie" für diese Anstalten verharrt?

Man geniert sich fast zu wiederholen, daß in die Anstaltskassen jährlich mehr als vier Milliarden Mark Gebühren fließen, die Anstalten fast zwei Milliarden aus der Werbung erhalten, sie achtundneunzig Prozent der Haushalte erreichen und über ein gigantisches Filmvermögen verfügen. Die Konkurrenz war noch lange nicht auf dem Markt, als die ARD im Januar 1984 im Handstreich 1500 US-Spielfilme für 220 Millionen Mark aufkaufte; das ZDF später 1200 Streifen für 250 Millionen. Das war der Rahm; was bleibt den Privaten?

Manch ein Politiker mag geahnt haben, daß die „Bestands- und Entwicklungsgarantie" ein gigantischer Bluff ist. Uwe Barschel, der Ministerpräsident in Kiel, zum Beispiel. Vor einem Jahr rügte er, daß die – mit CDU-Stimmen getroffene – Entscheidung des Hessischen Rundfunks, nun auch im dritten Fernsehprogramm Werbung zu senden, nicht nur gegen Vereinbarungen der Länder verstößt, sondern auch ein Affront gegenüber dem Versuch der Ministerpräsidenten ist, in den Fragen der Medienpolitik einen Konsens zu finden. Die Ministerpräsidenten der Union kündigten eine Klage an. Dabei ist es dann geblieben.

Die Öffentlich-Rechtlichen entwickeln sich auch ohne Entwicklungsgarantie weiter. Die dritten Programme sollen bundesweit verbreitet werden; der Bayerische Rundfunk macht den Anfang. Die ARD beteiligt sich an einem Satellitenprogramm, das auch nach zwanzig Uhr Werbung enthalten wird, und durchbricht damit die von den Regierungschefs festgesetzte abendliche Werbegrenze. Es ist klar, was diese Expansion bedeutet: Zusätzliche Konkurrenz für das private SAT-1-Programm und RTL plus aus Luxemburg. Seit Beginn der achtziger Jahre strahlen die Anstalten mit Videotext eine Bildschirmzeitung aus, ein Einbruch in die Domäne der Zeitungen. Zur Zeit wird Videotext „regionalisiert".

Ein Staatsvertrag über die Medien ist nicht in Sicht, gesprochen wird allenfalls über eine „Verwaltungsvereinbarung" für die Nutzung der Satellitenkanäle. Eine Ministerpräsidenten-Runde ist sich im Sommer nicht darüber einig geworden, wie die Kanäle auf dem von 1986 an bereitstehenden Direktsatelliten verteilt werden sollen. Die Unsicherheit bei den Privaten wächst, fehlen doch in zentralen Fragen einheitliche Regelungen der Bundesländer. In Hessen scheitert die Zulassung privater Programme an der rot-grünen Verweigerungsstrategie; nur ausgewählte „Insulaner", in Hotels und Firmen, dürfen SAT 1 und RTL plus empfangen.



Keine Entwicklungsgarantie für die Privaten: Halle vom APF FOTO: DPA

Eine Kuriosität, aber beileibe nicht die einzige. Das vorläufige Bremer Gesetz über die „Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen" enthält ein Werbeverbot an Sonn- und Feiertagen. Seltsamerweise hat sich in Bremen auch die CDU diesem Verbot angeschlossen, obwohl sie, die offiziell für die „Freiheit des Rundfunks" eintritt, weiß, daß ein sonntägliches Werbeverbot die Privaten auf ein Sechs-Tage-Fernsehen reduziert. Am siebenten Tag könnte dann nur öffentlich-rechtlich gesendet werden.

Und dabei haben diese Sender keine Skrupel, in ihren Sonn- und Feiertagsprogrammen Schleichwerbung für Reiseveranstalter und Fluggesellschaften zu machen. Der potentielle Einnahmeverlust der Privaten bei einem Sonntagswerbeverbot würde sich auf fünfzehn Prozent summieren. Soll durch die Hintertür das – zaghafte – Ja zu privaten Programmveranstaltern relativiert werden?

Von angemessenen „Rahmenbedingungen" für die privaten Veranstalter kann nicht mehr die Rede sein, wenn es den Anstalten gelingt, ihre Marktverstopfungs-Strategie fortzusetzen. Es hieße den Wettbewerb zu strangulieren, würden den Öffentlich-Rechtlichen zusätzliche Privilegien eingeräumt. In dieser Situation erhält eine Entscheidung der Bundesregierung besondere Bedeutung. Das Kabinett hat in seiner Stellungnahme zu einem Gutachten der Monopolkommission entschieden, daß die Presse ein „geeigneter Veranstalter für privates Fernsehen" ist. Die Kommissionsmitglieder waren mit der seltsamen Äußerung in die Öffentlichkeit gegangen, durch ein Engagement der Zeitungsverlage im Rundfunkbereich werde die Meinungsvielfalt gefährdet.

Und auch CDU-Politiker bekamen kalte Füße, wenn sie sich zur Teilhabe der Presse an den neuen Kommunikationsmöglichkeiten äußern sollten. Sie zitierten eifrig die Monopolkommission. Die Autorität der Bundesregierung im Rücken, könnten die Medienpolitiker der Union nun ans Werk gehen, um den privaten Programmveranstaltern mehr Sicherheit zu geben – wenn die Union das will.

IM GESPRÄCH Lutz Stavenhagen

Diplomatischer Rechner

Von Paul Spree

Sollte der Außenminister an seinen frischgebackenen Staatsminister das Ansinnen stellen, um des lieben außenpolitischen Friedens oder der Entspannung willen einige hundert Millionen Mark lockerzumachen – Lutz G. Stavenhagen würde vehement widersprechen. Der Haushalts- und Technologie-Experte der Unionsfraktion versteht sich aufs beharrliche Fragen, auch aufs bohrende Anmahnen ordnungspolitischer Grundsätze.



Neuer Staatsminister im Auswärtigen Amt: Stavenhagen FOTO: DPA

Die Berufung Stavenhagens zum Staatsminister im Auswärtigen Amt und damit zum Nachfolger des verstorbenen Alois Mertes ist ein Überraschungscoup des Bundeskanzlers, wie zuvor Hans-Georg Wieck oder Rita Süßmuth. Hier wie dort sind manche enttäuscht, weil sie sich im Besitz älterer Anwartschaften wähnten. Vielleicht habe Genscher, so wird vermutet, deswegen so leicht zugestimmt, weil Stavenhagen als Außenseiter des Auswärtigen gilt, dem die Glätte des diplomatischen Parketts unbekannt sei, den man locker vereinnahmen könne.

Bisher ist Stavenhagen, der schon mehrfach als Staatssekretär im Gespräch war, bei Berufungen leer ausgegangen. Jetzt wurde der Kanzler an ihn erinnert und berief ihn ins AA. Als Wirtschaftsexperte mögen manche in ihm vielleicht ein leichtes Opfer diplomatischer Ränkünen vermuten – aber sie könnten sich irren. Stavenhagens Lebenslauf ist gespickt mit Internationalem: Schulen in Kolumbien, Indien und Cambridge; der Diplom-Kaufmann und Dr. rer. pol. bringt Industrieerfahrung mit, eine überaus wünschenswerte Bereicherung in einem Ministerium, das die Niederungen der Ökonomie weithin für unter seiner Würde hält.

Einen klassischen Schnittpunkt zwischen Außenpolitik und Wirtschaft stellt das europäische Technologieprojekt Eureka dar. Der fünfundvierzigjährige Staatsminister vermag hierzu einiges beizutragen, und zwar Fundiertes. Wie Genscher sieht zwar auch Stavenhagen in Eureka eine technologische Herausforderung, aber anders als jener auch Gefahren. Sollte Eureka lediglich in neuen Formen staatssubventionierter Industrieprojekte erstarren, also Entwicklungen am Markt vorbei fördern, dann dürfte mit Einwänden von Stavenhagen zu rechnen sein.

Der geborene Thüringer und in Baden-Württemberg verwurzelte Stavenhagen ist nicht der Typ des Volkstribuns (was im AA wohl eher hinderlich wäre). Hätte der Begriff nicht einen faden Beigeschmack, könnte man ihn eher als Technokraten bezeichnen. Mehr als dieser bringt er jedoch technologische Phantasie mit, vermag in den Kategorien der Märkte von morgen und den begrenzten Möglichkeiten von heute zu denken.

Im Bundestag sitzt Stavenhagen seit 1972, in den Bereichen Forschung, Haushalt und Verteidigung war sein Sachverstand stets geschätzt. Das schnelle Urteil ist nicht seine Sache. Er weiß aus Erfahrung, daß Innovationen heute keine Kirchturm-, sondern Weltpolitik sind. Insofern kann die Berufung eine Innovation für das Auswärtige Amt sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WIESBADENER KURIER

Er schreibt zu Südafrikas Zahlungspause:

Im Falle von Südafrika ist es sicherlich nicht die Armut des Landes, die Botha zu dieser Ankündigung treibt. Zum einen ist es der Versuch einer Antwort auf mehr oder weniger deutliche Drohungen westlicher Regierungen, die Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika einzuschränken, sollte die weiße Minderheitsregierung in Pretoria ihre Rassentrennungspolitik nicht aufgeben. Zum anderen handelt es sich hier um einen verzweifelten Versuch, der Talfahrt der Wirtschaft entgegenzuwirken ... Immerhin ist es interessant – auch mit Blick auf die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds Anfang Oktober in Seoul –, daß die Verweigerung der Schuldnerländer gegenüber ihren Gläubigerländern immer mehr Schule macht.

Hamburger Abendblatt

Es fragt, ob man Angst vor Aids haben muß.

Die Ärzte machen es sich zu einfach, wenn sie beschwichtigend sagen, es gäbe keinen Anlaß zu Hysterie und Panik, gleichzeitig aber auch eingestehen, eine Heilung der Abwehrschwäche sei weder jetzt möglich noch in naher Zukunft zu erwarten. Auf der Therapiewoche in Karlsruhe war zu erkennen, daß nicht nur die therapeutischen Mittel fehlen, auch das Wissen der Ärzte über Aids ist vielfach noch ungenügend. Angst ist daher verständlich und auch begründet. Das todbringende Virus kann jeden befallen. Was allmählich nicht minder beunruhigt als die unheimliche Krankheit selbst, ist die Teilnahmslosigkeit der Politiker. Die Forschungsinstitute in der Bundesrepublik, auch in Hamburg, sind finanziell und personell nicht annähernd so ausgestattet, daß sie der bedrohlichen Herausforderung Aids mit Aussicht auf Erfolg begegnen könnten.

WZ Westdeutsche Zeitung

Das Düsseldorfer Blatt geht auf die Neubesetzung im Bundespresseamt ein:

Mit Herbert Schmülling, der Sudhoff als Stellvertreter ablöst, zieht erneut ein reiner Parteipolitiker in die Bonner „Propaganda-Zentrale" ... Eigentlich könnten die Koalitionsparteien jetzt die Posten der Parteisprecher streichen.

Le Monde

Die Pariser Zeitung kritisiert Frankreichs Enthaltung beim Projekt eines gemeinsamen westeuropäischen Kampfflugzeuges:

Dies ist eine wichtige Lektion für die Zukunft, wenn man einer Reihe anderer militärischer oder ziviler Projekte das gleiche Schicksal ersparen will: Beobachtungssatellit, Kampfhubschrauber, gemeinsame technologische Forschung mit Eureka-Projekt. Der Fall des Kampfflugzeuges erinnert an das Scheitern der gemeinsamen Konstruktion eines Kampfpanzers mehrerer europäischer Partner vor fünf Jahren. Schon damals hatten die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik die Folgen zu spüren bekommen, weil man sich nicht vorher verständigt hatte. So kommt man immer wieder zu dem Schluß, daß der Aufbau und die Festigung eines Europas der Sicherheit von einer entschlossenen franko-deutschen Zusammenarbeit abhängen, die Ausgangspunkt für die Erweiterung auf andere Länder ist. Tatsache ist, daß sich dieser Dialog mangels wirklicher Grundlagen auf Absichtserklärungen beschränkt.

Die Arbeitslosigkeit entscheidet Frau Thatchers Zukunft

Aber ihr ist auch wichtig, wer telegen ist / Von Reiner Gatermann

„Es ist wirklich komisch, die Leute kritisieren gar nicht unsere Politik, sondern hängen sich an ziemlich trivialen Dingen auf. Wir müssen eigentlich nur überzeugender auftreten." So sieht Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher die Position ihres Kabinetts nach dessen Umbildung. Die Schwerpunkte des Revirements liegen in zwei Bereichen: einmal im Hervorheben der Arbeitslosenproblematik und zum anderen im größeren Augenmerk auf das Vermögen ihrer Minister, dem Bürger die Ziele verständlich darzustellen. In der Praxis bedeutet der zweite Punkt schlicht: Kabinettsmitglieder sollen nicht nur gute Ressortchefs sein, sondern in gleichem Maße telegen. Welches Gewicht dieser Kombination in den britischen Medien beigemessen wird, ist daran erkenntlich, daß jeder vom Revirement Betroffene neben seinen fachlichen Erfolgen oder Mißerfolgen danach beurteilt wird, ob er ein guter oder schlechter „Communicator" ist.

Margaret Thatcher behauptet seit langem, die für die Torys und sie selbst negativen Ergebnisse der Meinungsumfragen beruhten auf dieser Diskrepanz zwischen sachlich richtiger Politik und deren „schlechtem Verkauf".

Die Premierministerin wird sich jedoch auch eingestehen müssen, daß die Situation nicht ganz so einfach ist. Auch wenn es zutreffen sollte, daß sich Leon Brittans Reden als Innenminister „besser lesen als anhören", kann sie nicht übersehen, daß Brittan zuletzt in der BBC-Affäre, als er – so wie es jetzt scheint, ohne Wissen der Regierungschefin – für die Absetzung eines Nordirlands-Films plädierte und diesen Brief an den BBC-Aufsichtsrat auch noch veröffentlichte, wenig Fingerspitzengefühl. Ein anderes Beispiel ist der jetzt entlassene Umweltschutzminister Patrick Jenkin, der die Auflösung des Greater London Council (GLC) dilettantisch handhabte. Schließlich können auch Erziehungsminister Sir Keith Joseph und Schatzkanzler Nigel Lawson mit entsprechenden Faux-pax dienen. Selbst Margaret Thatcher unterschätzt hin und wieder die Sensibilität der Öffentlichkeit und schafft durch ihr rational-nüchternes Auftreten gefühlsmäßige Aversionen.

Margaret Thatcher hofft, mit ihrem neuen Kabinett („mit ihm werde ich wahrscheinlich ohne größere Veränderungen in den Wahlkampf gehen") ein positiveres Image-Bild abzugeben. Aber das allein reicht nicht für einen dritten Wahlsieg. Taktisch hat sie die dafür entscheidende Schlüsselposition geschickt in den Vordergrund gestellt: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Allerdings sind Bedenken angebracht. Margaret Thatcher übernahm 1979 die Regierung, als ungefähr 1,2 Millionen Briten arbeitslos waren, heute sind es 3,4 Millionen. Warum kommt dann dieser „konzentrierte Einsatz" erst jetzt?

Und reicht er aus, ohne begleitende Finanzprogramme? Der neue Arbeitsminister Lord Young hat sich als erstes Ziel eine Trendwende gesetzt, klugerweise nennt er keine Termine. Aber das Datum müßte ihm bekannt sein: Wenn die Premierministerin den Tag der Neuwahl mitteilt. Es nutzt gar nichts, wenn diese Regierung mit im großen und ganzen beachtlichen Wirtschaftsindikatoren aufwarten kann, wenn aber trotz Hochkonjunktur die Schar der Arbeitslosen wächst.

Oppositionsführer Neil Kinnock bezeichnete das Revirement als „Stuhlpolonaise begleitet vom Todesmarsch", in dieser Beschreibung überwiegt wohl der Zweckoptimismus, in den auch der Arbeitsminister des Schattenkabinetts, John Prescott, einstimmt: „Das ist alles nur Kosmetik, eine Änderung kommt nur, wenn diese Regierung verschwindet." Es gäbe einen anderen Ausweg, schon jetzt. Zeitweise war in den vergangene Monaten, als die Kabinettsumbildung immer mehr ins Gespräch kam und mitunter auch von „drastischen Veränderungen" die Rede war, dieser von politischen Beobachtern für durchaus möglich gehalten worden. Voraussetzung dafür wäre jedoch das Ausscheiden von Schatzkanzler Nigel Lawson gewesen. Hätte Margaret Thatcher konsequent bei dieser Ummöblierung ihre Vorstellung realisiert, der Kabinettsarbeit als erste Priorität die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zum zweiten ein besseres Ansehen in der Öffentlichkeit zu verschaffen, dann hätte sie sich von Nigel Lawson trennen müssen.

Mangelnde Flexibilität in der Währungspolitik, Unaufmerksamkeit beim Kurssturz des Pfundes Anfang des Jahres, ein stures Festhalten am Monetarismus und keine sonderlich ansprechende Telegenität hätten das Schicksal Nigel Lawsons in diesem Kabinett besiegeln müssen. Margaret Thatcher scheute sich vor dieser Konsequenz, weil dies – so verlautet aus ihren Kreisen – den Eindruck erweckt hätte, sie stimme in die Kritik über eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik ein.

Dreimal Orient – ein Blick in drei Welten

Damaskus, Kuwait, Kairo – drei höchst unterschiedliche orientalische Städte. Städte zwischen Vergangenheit und Moderne, in unmittelbarer Nähe brisanter Spannungen. Die Stationen der letzten Nahost-Reise von Bundesaußenminister Genscher.

Von BERNT CONRAD

Der Prophet Mohammed weigerte sich, nach Damaskus zu kommen. Denn die Oasenstadt zwischen dem Antilibanon-Gebirge und der Syrischen Wüste galt in jener Zeit als „Paradies auf Erden", und Mohammed wollte das Paradies nur einmal betreten. Heute hätte der Begründer des Islam solche Skrupel nicht. Die einstige Oase mit ihren Blumen, Oliven- und Obsthainen und ihren kunstvoll verzierten Stadtpalästen ist einer in die Wüste wuchernden Großstadt gewichen, in der nur noch einige Moscheen und der altertümliche Souk (Basar) an eine glorreiche Vergangenheit erinnern.

Dafür starrt von jeder bröckelnden oder im Eilverfahren hochgezogenen Hauswand, aus jedem Schaufenster und sogar vom Eingangstor der berühmten Omajaden-Moschee (vierfach als Plakat aufgeklebt) der sozialistische „Big Brother", Staatspräsident Hafiz al-Assad, auf die Passanten. Wer von ihnen weiß schon, daß der 56jährige nach offensichtlich schwerer Krankheit in Wirklichkeit viel älter aussieht? Daß sein Haar schütter und sein Menjou-Bärtchen hellgrau geworden ist? Entscheidend bleibt seine Präsenz.

Nur wenige Kilometer von Damaskus entfernt, jenseits der libanesischen Grenze, krachen Bomben, rattern Maschinengewehre, tobt ein gnadenloser Bürgerkrieg – unter syrischer Aufsicht. Hier aber herrscht, von finster dreinblickenden Milizionären und Soldaten abgesehen, tiefster Frieden. Gepflegt angezogene Mütter, Kinder und junge Leute, die am straffen Zügel des Baath-Regimes sonst nicht viel zu Lachen haben, amüsieren sich auf einem staubigen Rummelplatz mit Riesenrad und Autoscooter. In dem von orientalischen Gerüchen erfüllten Souk wimmelt es – allerdings nicht von Touristen, denn die sind hier, im Unterschied zu Kairo oder Jerusalem, Mangelware.



Allgegenwärtig wie Orwells „Großer Bruder": Eines der vielen Plakate von Präsident Assad in Damaskus FOTO: SAADE/STUDIO X

Unter den korinthischen Säulen der Omajaden-Moschee träumen, langhingestreckt auf kostbaren, von reichen Gläubigen gestifteten Teppichen, leise schnarchende Männer (während derweil die Frauen arbeiten) vom Paradies, das nun nicht mehr wie zu Mohammeds Zeiten in ihrer Heimatstadt angesiedelt ist. Dazwischen rennen spielende Kinder, werfen sich Beter in Richtung Mekka zu Boden.

Und dennoch fahren Diplomatenfrauen oder wohlhabende Syrer aus dem friedlichen Damaskus in das von blutigen Wirren gepeinigte Libanon hinüber, um dort jene Waren zu kaufen, die sie in der eigenen Hauptstadt gar nicht oder nur mit Verspätung und sehr teuer über Schwarzhändler bekommen können. „In Zahle, unweit der Grenze, gibt es alles, was Sie sich denken können, wie in Deutschland und billiger als in Syrien", berichtet ein Kenner.

Das gehört zu den Paradoxien des Orients, ebenso wie die Kamele, die auf der anderen Seite der arabischen Halbinsel, in Kuwait, an supermodernen Wolkenkratzern im Stil von Manhattan oder Dallas vorbeitraben. Die schwerreichen Ölscheichs des Mini-Staates am Golf haben architektonisch mit der Vergangenheit Schluß gemacht. Die gesamte Altstadt wurde abgerissen. An ihrer Stelle ragen luxuriöse Bürotürme und flache Zweckbauten empor.

Nur der Emir Jaber al-Sabah – ein schmalgesichtiger Beduine mit pechschwarzem Spitzbart – und sein Kronprinz amtieren noch in älteren Palästen mit kostbarer Einrichtung und weiter Sicht über gepflegten Rasen auf den blau schimmernden Golf. Ein Hauch von britischer Kolonialherrlichkeit liegt hier noch in der Luft.

Doch die bittere Realität des Krieges zwischen dem benachbarten Irak und dem am anderen Ufer bedrohlich nahen Iran könnte all dies ganz plötzlich in Trümmer legen. Die konservativen Kuwaitis helfen den zwar nicht geliebten, aber immerhin arabischen Irakern und müssen dafür mit Khomeinis Vergeltung rechnen. Dessen Warnungen gingen jüngst über Propaganda-Salven hinaus: Im Mai gab es ein Attentat auf den Emir, dem der Herrscher nur mit knapper Not entkam; wenig später forderten Sprengstoffanschläge auf zwei Cafes zehn Todesopfer.

Die kuwaitischen Sicherheitsbehörden haben bisher vergeblich nach den Tätern gesucht. Aber es besteht kaum ein Zweifel, daß fanatische Schiiten ihre Hand im Spiel hatten.

All dies hindert die in wallend weiße Gewänder gekleidete High-Society nicht, im Gourmet-Restaurant „Al Boom", einem restaurierten Segelschiff, Langusten zu schlemmen und auswärtige Gäste mit dem gelassenen Hinweis auf Allahs Willen zu beruhigen. Wenn man aber sieht, daß kuwaitische Ministerien schärfer abgesperrt sind als beispielsweise der Berliner Sektorenübergang Heinrich-Heine-Straße und daß sogar bei Regierungsautos unter der Motorhaube nach Bomben gesucht wird, dann weiß man, wie ernst die Lage ist.

Auch in Kairo, zwei Flugstunden vom Golf entfernt, sind sichtlich verschärfte Kontrollen ein Indiz für akute Gefahren. Hier drohen sie vom östlichen Nachbarn Libyen, dessen Staatschef Khadhafi Tag für Tag Tausende von ägyptischen Gastarbeitern unter Wegnahme ihres gesamten Besitzes über die Grenze abschieben läßt. Das eigentliche Ziel seines Hasses aber ist der ägyptische Präsident Hosni Mubarak, dem er – im Verein mit religiösen Eiferern am Nil – gern das Los des ermordeten Vorgängers Sadat bereiten möchte.

Kein Wunder, daß die Kairoer aufschreckten, als sich vor einigen Tagen das Gerücht verbreitete, Mubarak sei bei einem Attentat in Alexandria am Arm verletzt worden. Offiziell hat dazu bis heute noch niemand Stellung genommen. Aber der sonst eher zurückhaltende Staatschef selbst hielt die Aufregung für so bedenklich, daß er kurz danach im Fernsehen „Gesundheit" demonstrierte. Ganz überraschend und ohne öffentliche Begründung kehrte er dann am Sonntag von seiner Sommervilla am Mittelmeerstrand nach Kairo zurück, so daß sich Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, als er ihn am Montag traf, den eigentlich geplanten Flug nach Alexandria sparen konnte.

In seinem Amtssitz, dem neoklassizistischen Ouruba-Palast, wirkte der bullige Luftwaffengeneral munter wie eh und je. „Er stand unter Dampf, und manchmal ließ er ihn auch kräftig ab", berichtete ein Zuhörer augenzwinkernd. Journalisten sahen Mubarak – unter einem orientalischen Schlachtengemälde, neben sich ein grünes Telefon – freundlich lächeln und geruhsam mit Genscher über Urlaubserlebnisse plaudern.

Doch mögen auch die Attentatsgerüchte falsch oder zumindest übertrieben gewesen sein – jedermann in Kairo weiß, daß heute oder morgen ein Unheil geschehen kann. Eine Fahrt durch die ägyptische Metropole genügt, um festzustellen: Die Probleme der hoffnungslos übervölkerten, vielfach im Schmutz versinkenden Stadt werden immer größer; wahrscheinlich sind sie unlösbar. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes, den viele auf magische Weise vom Friedensschluß mit Israel erwartet hatten, ist ausgeblieben. Eine unfähige Bürokratie lähmt die Unternehmerinitiative. All dies nutzen Extremisten von links und rechts zu untergründiger Hetze gegen den gutwilligen, aber keineswegs charismatischen Präsidenten.

Deshalb hat die Sicherheit Mubaraks vor allem anderen Vorrang. Waren im Frühjahr beim Staatsbesuch des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in Kairo die begleitenden Journalisten noch ohne Schwierigkeiten zum Staatschef gelangt, so wurden sie jetzt beim Genscher-Besuch am Ouruba-Palast doppelt und dreifach kontrolliert. Schwerbewaffnete Posten lauerten vor und hinter der Gartenmauer.

Doch das ist der Orient heute.

Bruch mit der Vergangenheit: Kuwait baute sich eine moderne Fassade FOTO: SVEN SIMON

Berlin zwischen Bildsalat, CD-Scheiben und Würstchen

Hier ein Schalter mehr, dort ein neues buntes Knöpfchen. Hier ein modernes Design, dort eine neue Technik. Hier ein Ratespiel, dort eine Bauchtänzerin zum Filmen – die Internationale Funkausstellung in Berlin erfüllt alle Wünsche.

Von F. DIEDERICHS

Berlin wird bis zum Sonntag vom Funkturm aus regiert. Die Spree-Metropole als Nabel der Welt, reduziert man diese auf die HiFi-, Fernseh-, Video- und Computerbranche. Wer etwas auf sich hält, ob Aussteller, Fachbesucher oder Normalverbraucher, zeigt sich in den Messehallen zur 22. Internationalen Funkausstellung. Die 23 500 Hotelbetten der Stadt sind ausgebucht, rund 5000 Gäste müssen in Privatquartieren nächtigen. Die über 50 Jahre alte Dame Funkausstellung, so alt wie die Einführung des Fernsehens in Deutschland, verbindet Show und Schau gleichermaßen: Der Gang durch die Messehallen macht deutlich, daß die Mattscheiben und Dampfradios der Gründerzeit modernsten „Medienzentren" gewichen sind.

Fernsehen, mit Stereoton und flachen, eckigen Bildschirmen der neuen Generation, wird auf der Funkausstellung zum Nah-Sehen: Riesige TV-Wände mit mehr als 300 über und nebeneinander gruppierten Bildschirmen befeuern die Messebesucher beim Rundgang mit jenen 18 Programmen, mit denen für das verkabelte Berlin ein neues Medienzeitalter eingeläutet wurde.

Die Zahl der Monitore macht spätestens nach der dritten Halle die Augen trunken wie das Bier, das zu Messepreisen (0,3 Liter für vier Mark) ausgeschenkt wird. Besser, schärfer, brillanter, verspricht das blonde Girl, das für eine neue Bildröhrengeneration freundlich Zähne zeigt. „Wann haben Sie den Fernseher gekauft? 1983? Den können sie vergessen", erfährt der Fragesteller, als er die Tauglichkeit seines vor zwei Jahren erworbenen Gerätes auf die Probe stellt. Das Prospektbündel kommt so schnell über den Tisch des Standes, wie auf den Monitoren die Sequenz vom badenden Alligator zur barbusigen Strandschönheit wechselt.

Spätestens hier drängt sich die Frage auf, ob ein brillantes Bild auch brillante Sendungen verspricht. Betrachtet man den 100-Stunden-Live-Zirkus von ARD und ZDF auf dem Messegelände, so macht sich bei der Selbstdarstellung der Öffentlich-rechtlichen zumindest in diesem Punkt leichte Skepsis breit.

Im Sommergarten unter dem Funkturm quält sich die „Goldene Eins" der ARD mühsam über die Funkausstellungs-Runden, mit Kinderspielchen, Kulissengeschiebe und zäher Improvisation. Als der US-Star Grace Jones kurzfristig seinen Auftritt bei der „Goldenen Eins" absagte, sprang Harald Juhnke ein, Deutschlands populärster Zecher, der sich gelegentlich in letzter Minute vertreten lassen muß, durfte für die Kollegin die Kartoffeln aus dem Feuer holen.

Bei den unzähligen Ratespielen in dem Hallengewirr, wo Luftballons um die Wette zum Platzen gebracht, Polstergarnituren unters Volk verlost und Besucher den Daheimgebliebenen zuwinken dürfen, verzichtet am dritten Tag selbst der quirlige Hans Rosenthal angesichts der Bildungslücken der Amateurgäste („Wie heißt der Bundespräsident?" Antwort: „Genscher") auf die obligaten Luftsprünge.

Spitze ist dagegen die Shuffle-Play-Taste des PLL-Quarz-Synthesizer-Tuners eines japanischen Herstellers, obwohl bei der Vorführung kurzfristig der Strom versagt und der Präsentator sich mit der Frage über die Zeit zu retten versucht, ob jemand von den ehrenwerten Gästen denn Strom bei sich habe.

Als dann nach hektischem Hin- und Hergefummel die Neuheit wieder Töne spuckt, staunt die Menge, und der Herr im Flanell am Infopult strahlt wie nach einem fetten Orderauftrag. Und freut sich noch mehr, als niemand zu der Frage anhebt, wozu denn das Ding eigentlich gut sei.

Den Zweck erkannt haben dagegen das Dutzend männlicher Messebesucher, das mit neuen 8-Millimeter-Videokameras, denen die Hersteller eine große Zukunft prophezeien, an einem sogenannten „Action-Stand" eine rassige Bauchtänzerin ins Visier nehmen. Technik hautnah, im wahrsten Sinne des Wortes.

Im Nu bildet sich ein Menschenauflauf, man drängt, schubst, und geduldet sich, bis einer der Hobbyfilmer das Gerät aus der Hand legt und den begehrten Platz räumt. Ein erfolgreicher Besucher zu sein, verlangt Ausdauer, Schnelligkeit und Ellenbogen.

Die Bauchtänzerin windet sich zu Dezibel-Klängen, die das Ohr malträtieren, und die Mienen der probierenden Herren lassen für das Nachmessegeschäft schwere Zeiten erwarten – zumindest für die Dame daheim. Droht der Bauchtanz im Hobbykeller, wenn die Messeneuheit in den Haushaltsplan aufgenommen wird?

Viel Zuspruch findet, in einem Übergang von einer flimmernden Halle zur anderen, auch der Stand zweier junger Berliner Unternehmer. Für sie hieß die Devise: Frisch vom Patentamt zur Internationalen Funkausstellung.

Sie interpretierten den Innovationsrausch auf eigene Art: mit Lautsprechern, die in *höchst gewöhnliche* Ofenrohre integriert wurden, die in der Nachkriegszeit die Wohnstuben wärmten. Der erstaunlich klare Klang verblüfft bei dieser Ehe von Antiquität und Novität – für manchen ist die Funkausstellung eben ein Spiel ohne Grenzen.

Obwohl die Zeit der großen Neuheiten passé ist, genügen fast alle Aussteller dem Anspruch des Zeitgeistes: Hier ein Schalter mehr, dort ein buntes Knöpfchen oder das Design im neuen „line up" – und schon wird von einer Neuheit gesprochen.

Der interessierte Verbraucher akzeptiert es willig, läßt Broschüren und Produktinformationen eintüten und ärgert sich über das veraltete Equipment daheim, das fernöstliche Tüftler mit einer, nur einer Glanzidee unzeitgemäß werden ließen.

Die Fronten in der Dezibel-Schlacht sind klar gezogen: Bei Fernsehern und Videogeräten überwiegen deutsche Anbieter, während Japan, Korea und Hongkong, das immer noch versucht, das Image des „billigen Jakob" loszuwerden, im Audiobereich über die vielfältigere Ausrüstung verfügen.

Hier gibt es den Walkman, vor allem bei jungen Leuten beliebtes Hörgerät, mittlerweile als Apparatur, die doppelt belegt werden kann: Einmal mit Kassetten, so daß man ständig zwischen Pop und Klassik – falls gewünscht – hin- und herschalten kann; dann natürlich auch mit zwei Kopfhörer-Gabeln, so daß nun Musikgenuß im Duo angeboten wird. Ähnliches verspricht ein „Soft-Touch-Kassettendeck", daß mit immerhin vier Motoren und zwei Laufwerken renommiert. „Wunderwerke der Technik" versichert der Vertreter, verschweigt allerdings, daß der Hörwillige trotz zweier Laufwerke immer nur eine Kassette genießen kann.

Sich durch alle Hallen zu arbeiten,



Zum 22. Mal: Internationale Funkausstellung Berlin FOTO: KLAR/DPA

ist schweißtreibende körperliche Arbeit. Dennoch: Kein anderer Messeplatz der Welt bietet, konzentriert auf ein so kleines Areal, eine derart geballte Informationsvielfalt.

Ob Laser- oder Digitalanzeigen, ob computergesteuerte HiFi-Racks oder bierdeckelgroße CD-Scheiben – die Funkausstellung beansprucht Ohr und Auge, verwöhnt sie aber auch. Und bietet auch eine der merkwürdigsten Straßen Berlins: die ARD-Hörstraße, in der der Gast – wie bei einem akustischen Hindernisrennen – in einem Korridor Lautsprecherboxen passiert, aus denen U-Musik, E-Musik, Pop- und Rockklänge munter durcheinanderspielen.

Manch einer rettet sich aus dieser Eigentümlichkeit auf eine der Holzbänke im Freigelände, wo ältere Generationen in alter Tradition die mitgebrachten Stullen verzehren.

Etwas abseits von Würstchen und Bildsalat, dreidimensionalen Fernsehern und der Chance eines Gehörschadens umfängt den Besucher hier eine befremdende Ruhe. Kein Satellit trübt den Blick in den blauen Himmel, kein Kabel lädt zum Stolpern ein. Und doch zieht es die meisten nach wenigen Minuten wieder in die Hallen.

Gorbatschow dämpft Honecker

hrk. Leipzig

Die überaus optimistischen Äußerungen von SED-Chef Erich Honecker über die Weltlage bei der Messepremiere am Sonntag sind bereits 24 Stunden später durch skeptische Bemerkungen von KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow praktisch gegenstandslos gemacht worden.

Der besonders krasse Unterschied in der Einschätzung der gegenwärtigen Ost-West-Politik zwischen Honecker und dem sowjetischen Parteichef zeigte sich gestern besonders augenfällig, als Honeckers Worte auf einer Kundgebung in Potsdam bekannt wurden: Laut „Neues Deutschland" äußerte Honecker dabei die Überzeugung, „die Sache des Friedens" werde siegen, während Gorbatschow in der US-Zeitschrift „Time" wörtlich erklärte: „Die Kriegsgefahr nimmt nicht ab." Zudem stellte er Sinn und Zweck seines Treffens mit Ronald Reagan wieder in Frage. Honecker wiederum war noch am Sonntag, in Unkenntnis der Moskauer Äußerungen, von einem Druchbruch in Genf ausgegangen: „Denn das wird auch uns helfen, einander in verschiedenen Fragen näherzukommen", hatte er sich an Staatssekretär Hans Otto Bräutigam auf dem Stand der Hoechst AG gewandt.

Die extrem negative Lesart der Weltlage durch Gorbatschow ist in politischen Kreisen der „DDR" offenbar mit Betretenheit und Beklemmung aufgenommen worden. Angesichts der engen Bindung der deutschen Kommunisten an Moskau sind vor allem folgende Aspekte des Gorbatschow-Interviews mit Unbehagen aufgenommen worden:

- Während Honecker am Sonntag noch von „Nebel oder Wolken" sprach, die nur bisweilen den Himmel verhängten, stellte Gorbatschow eindeutig „verschlechterte Beziehungen" zu den USA und ein „verstärktes Wettrüsten" fest.

Im sowjetischen Messepavillon konstatierte Honecker zur selben Stunde in Gegenwart der Sowjets, in den internationalen Beziehungen würden sich „letzlich Vernunft und Realismus durchsetzen".

- Die ungeschönte Analyse der eigenen Schwachstellen durch Gorbatschow („Wir arbeiten nicht immer gut; mit dem technischen Niveau bestimmter Erzeugnisse sind wir nicht zufrieden") lehrt die „DDR" zudem, daß sie noch stärker als ohnehin befürchtet, in ihrem Abkommen mit der Sowjetunion bis zum Jahr 2000 mithelfen muß, die UdSSR-Industrie zu Lasten der eigenen „DDR"-Wettbewerbsfähigkeit zu modernisieren und zu unterstützen.
- Wenn Gorbatschow die Frage stellt, ob sich angesichts der amerikanischen Politik das Gipfeltreffen überhaupt „lohne", ergibt sich für Honecker daraus die Schlußfolgerung, daß auch für ihn eine Westreise allein wegen der Herstellung einer besseren Atmosphäre, aber ohne konkrete Ergebnisse im Moskauer Sinne (Bonner Verzicht auf SDI) nicht in Betracht kommen kann.
- Ost-Berlin bleibt aufgrund dieser neuerlichen kalten Dusche aus Moskau – rund ein Jahr, nachdem Bonn Reiseverbot für Honecker durch die damalige Nummer eins, Andrej Gromyko – nur die Chance, die Bonner Karte durch intensive Handelsbeziehungen zu spielen und die Dialogpolitik mit hochrangigen Westgästen wie Franz Josef Strauß oder Willy Brandt fortzusetzen.

Vogel hofft auf Einigung

p.p. Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel „hofft", daß es trotz aller Differenzen noch gelingen wird, wieder zu einer gemeinsamen Erklärung der etablierten Bundestagsfraktionen zur Lage der Nation kommen wird. Im Moment sei zwar „die andere Seite" nicht bereit, nicht als Zitate gekennzeichnete Passagen aus der Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai in der Entschließung zu akzeptieren, aber Vogel will die Einigkeit „nicht im Vorbeigehen kaputtgehen lassen".

Während des vergangenen Wochenendes hatte er selbst auf einer Privatreise in den Raum Erfurt Aspekte der Lage der geteilten Nation erkundet. Vogel, der dabei immer wieder vor allem das Gespräch mit den Kirchen sucht, zeigte sich vor allem beeindruckt „von dem Informationsstand dort über die Bundesrepublik Deutschland", der „besser ist als der vieler Bundesbürger". Alle Ereignisse im westlichen Teil Deutschlands würden „drüben mit größter Aufmerksamkeit verfolgt", zugleich habe er mehrfach von Bürgern die Sorge gehört, daß durch die Einführung der neuen Medien, insbesondere des Kabelfernsehens, für die Menschen „drüben breite Informationsmöglichkeiten" verloren gehen könnten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Kanzler: Die Union muß mit großer Entschlossenheit offensiv werden

Kohl und Dregger rufen Fraktion zur Geschlossenheit auf / Chancen für Wahlerfolg gut

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Fraktionschef Alfred Dregger haben gestern in der ersten Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach der parlamentarischen Sommerpause die Abgeordneten zur Geschlossenheit aufgerufen. Die Union sei derzeit „Generalangriffen" bestimmter Kreise der Publizistik ausgesetzt, sagte Kohl. Dennoch sehe er für die Bundestagswahl 1987 eine reelle Möglichkeit voraus, wieder ein Stimmergebnis zu erzielen, „das nicht viel anders aussieht" als das von 1983.

Voraussetzung dafür allerdings sei, daß die Union in den nächsten 14 Monaten „mit großer Entschlossenheit" ihrerseits offensiv werde. Man solle sich mehr „mit den anderen als mit sich selber" beschäftigten, mahnte der Kanzler die Abgeordneten. Es dürfe nicht quasi Tag für Tag eine „neue Hysterie" über irgendein Thema ausbrechen. Die eigene Erfolgsbilanz könne sich sehen lassen.

Konkret hatte der Kanzler zur Außenpolitik angeführt: „Wir werden 1987 sagen können: ‚Der Frieden ist sicherer geworden'". Das Gerede der Opposition von einer „Eiszeit" in den Beziehungen zum Osten sei durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt worden. Das wichtigste in diesen Beziehungen sei, klar für „Frieden und Freiheit" einzutreten.

Zur Innenpolitik sagte der CDU-Vorsitzende, niemand habe bei der letzten Bundestagswahl 1983 geahnt, daß alle Wirtschaftsdaten sich bis heute so positiv entwickeln würden. Allein die niedrige Preissteigerungsrate, um die uns die ganze Welt beneide, sei in ihrer Wirkung für die Bevölkerung eine der „größten sozialen Leistungen." Der Kanzler wiederholte seine Einschätzung, daß die „Lage besser als die Stimmung" sei.

Fraktionschef Dregger nahm zur Diskussion um den Paragraphen 218 Stellung. Nachdem Rheinland-Pfalz nun doch nicht vor dem Bundesverfassungsgericht klagen werde sei es eine „Existenzfrage der Union", daß jetzt ein gemeinsamer Standpunkt der Union erarbeitet werde, der „übereinstimmend von den CDU/CSU-Bundesländern und von dieser Fraktion vertreten wird."

Das CDU-Präsidium habe deshalb die Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder aufgefordert, eine kleine Arbeitsgruppe zu bilden „mit Chef-Besetzung", um diese gemeinsame Haltung zu formulieren. Grundsätzlich müsse gelten: „Den Müttern mehr helfen und Mißbräuchen wehren." Mißbräuchen wehren heiße, daß man Indikation und Eingriff voneinander zu trennen habe. Dregger forderte nachdrücklich, daß man die Indikationen auch schriftlich begründen müsse, was „erstaunlicherweise" bisher nicht der Fall sei.

An der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nahm auch die designierte Familienministerin Rita Süssmuth teil. Sie wurde von der Fraktion bei ihrer Vorstellung mit Beifall begrüßt. Für die Arbeitsgruppe der Frauen versicherten die Abgeordneten Ursula Männle und Lieselotte Berger, daß man sich über die Entscheidung für Frau Süssmuth freue. Man sei bereit, ihr jede Hilfe zu geben, um ihr eine rasche Einarbeitung in die Zusammenarbeit mit dem Parlament zu ermöglichen.

Allerdings bestand man darauf, in einem Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Kohl und mit Generalsekretär Geißler die Frage zu klären, warum die Frauengruppe erst durch die Presse informiert worden sei. Auf Anfrage erklärte die Abgeordnete Roswitha Verhülsdonk, man habe in der Frauengruppe das Gefühl, übergangen oder politisch nicht ernst genommen worden zu sein.

Schließlich habe der Kanzler zur Nachfolge von Minister Geißler erklärt, er wolle nach der Sommerpause zunächst die Gremien der Union konsultieren und dann seine Entscheidung bekannt geben. Es gehe also in dem Gespräch, das noch diese Woche stattfinden solle, ausschließlich um Stilfragen, nicht aber um die Entscheidung für Frau Süssmuth, die einhellig gutgeheißen werde.

Ebenso gutgeheißen wie des Kanzlers Entscheidung für Rita Süssmuth als Familienministerin wurde die Benennung von Lutz Stavenhagen als Nachfolger des verstorbenen Staatsministers im Auswärtigen Amt, Alois Mertes. Die Wahl des Nachfolgers von Werner Marx als Vorsitzender des Auswärtigen Bundestagsausschusses wurde auf die Fraktionssitzung am Dienstag in Berlin verlegt, da die zuständige Arbeitsgruppe darüber noch nicht beraten hat.

Allzweckwaffe der SPD resigniert vor der Ausgabensucht der Partei

Der Rücktritt von Wischnewski kam auch für Brandt und Vogel überraschend

Von PETER PHILIPPS

Die Sitzungen des SPD-Parteipräsidiums gehören traditionell zu den wenigen Veranstaltungen in Bonn, in denen bei Bedarf Vetraulichkeit gewahrt werden kann. Selbst die übrigen Vorstandsmitglieder, die nicht dem elfköpfigen engsten Führungszirkel angehören, werden dann nicht informiert. So sollte es auch am späten Montag abend gehalten werden, nachdem Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski auf Bemerkungen des stellvertretenden Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel über die Zukunft des defizitären Parteiblattes „Vorwärts" erneut heftig reagierte, sich „nicht mehr unterstützt" sah. Rau und Koschnick sahen das Unglück kommen, beknieten „Ben Wisch" anschließend eine Stunde lang, doch die „Allzweckwaffe" der Partei schrieb handschriftlich die Demission und übergab am Vormittag die Kopie zur Veröffentlichung – auch für Vogel und Bundesgeschäftsführer Glotz, die bis dahin noch völlig ahnungslos waren. Für Parteichef Brandt blieb er den ganzen Tag lang nicht zu sprechen, will erst päter mit ihm reden.

Er hatte mit ungebrochenem Selbstbewußtsein in den vergangenen Monaten hoch gepokert. Es war ein offenes Geheimnis, daß er sich die jährliche Millionen-Belastung zur Abdeckung des Defizits beim „Vorwärts" lieber heute als morgen vom Hals schaffen wollte. Bereits im April hatte er mit einer Rücktrittsdrohung im Kreise des Präsidiums seine Entschiedenheit unterstrichen, öffentlich in einem WELT-Interview nachgehakt, daß „der Zuschuß die Grenze des Vertretbaren erreicht" habe. Er wollte, nachdem Schatzmeister-Vorgänger Halstenberg sich nach einer euphorischen Schlußbilanz mit Ovationen in den Ruhestand verabschiedet hatte, nicht als „Schuldenmacher" in die Geschichte der SPD eingehen, „den Daumen draufhalten".

Wie ein einmal in Fahrt gekommener D-Zug war Wischnewski nicht mehr von seiner Strecke abzubringen, an deren Ende für ihn nur die Verschmelzung des „Vorwärts" mit dem kostenlos verteilten Mitgliederblatt „sm" stehen konnte. Alle vertraulichen Sondierungen und Gespräche, die zu einer Sanierung der Traditions-Zeitung etwa in Anlehnung an einen anderen Verlag führen sollten, wurden von ihm mit Widerstand begleitet. Wenn er mit seinem Rücktritt ein Signal für den „Vorwärts" setzen wollte, wird dies mißlingen: Die Sanierung „von innen heraus", ohne Verschmelzung mit „sm", wird voraussichtlich Mitte des Monats beschlossen werden.

Er konnte wohl nicht erwarten, daß ihm angesichts der Umstände viel freundliches von den anderen Spitzengenossen nach dem Rücktritt nachgerufen wurde. Während nach außen hin alles getan wird, einen neuen Höhenflug der SPD, wiedergewonnene Kompetenz und Geschlossenheit zu demonstrieren, beschreibt Wischnewski an den „lieben Willy" Brandt einen desolaten Zustand von Mitgliedschaft und Finanzen, fertigt den Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel als für ihn nicht mehr erträglichen „Oberlehrer" ab. Mit einem knappen: „Kurzschlußhandlung" ließ sich Brandt den Ärger deutlich



Hans-Jürgen Wischnewski
FOTO: WERNER SCHÜRING

anmerken, der persönlich attackierte Vogel bezeichnete unterkühlt Form, Inhalt und „Zeitpunkt" als „falsch". Wischnewski hatte am Ende als Einzelkämpfer dagestanden.

Mit dem Abschied Wischnewskis von den Insignien auch der Parteimacht neigt sich ein politischer Lebensweg, der Stoff für Geschichten bietet – Geschichten, in denen auch er selbst immer mehr geschwelgt hat, seitdem er das angenehme Ambiente eines Staatsministers mit den Unbequemlichkeiten eines einfachen Abgeordneten-Büros im Bonner „Langen Eugen" hatte vertauschen müssen. Die Zeit als „trouble shooter" des von ihm unverändert hochgehaltenen Schmidt, als Reisender in Sachen Burnus-Diplomatie im Nahen Osten war seine Hoch-Zeit.

Wer „Ben Wisch" wegen seiner Bonhomie unterschätzte, konnte böse erwachen. Er ist ob seiner hemdsärmligen, direkten und ehrlichen Maklertätigkeit, verbunden mit einer gehörigen Portion Schlitzohrigkeit im Nahen Osten bei Arabern wie bei Israelis gleich angesehen. Sein Hang zum Abenteuer hat zusätzlich beeindruckt. Ohne seinen Erfolg in Mogadischu hätte Schmidts Kanzlerschaft sehr viel früher zuende sein können.

Doch wenn es um die Schliche der eigenen Partei geht, vertut sich der Kölner, der mit einer Lederwarenfabrikantin in dritter Ehe verheiratet und mit den wichtigen Vertretern des „Kölsche Klüngel" auf vertrautem Fuß steht, allzuleicht, überhebt sich: Als Bundesgeschäftsführer pokerte er in den siebziger Jahren ebenfalls zu hoch, wollte sich als „Generalsekretär" vom Vorstand abnabeln und direkt von den Parteitags-Delegierten wählen lassen. Georg Schröder schrieb damals in der WELT, „Ben Wisch knüpfte sich selbst den Strick". Er verlor das Spiel und zog in das ehemalige Abgeordneten-Büro von Fritz Erler.

Daß er als einer der letzten 14 Aufrechten auf dem Essener Parteitag noch zu Schmidts Nachrüstungsbeschluß gestanden hatte, hatte die Partei akzeptiert. Die demonstrative Umarmung mit Willy Brandt auf dem Parteitags-Podium, die Wischnewski sichtbar die Tränen in die Augen trieb, tat ein übriges. Doch als Einzelkämpfer an allen Fronten, seiner liebsten Rolle, mußte er irgendwann scheitern. Schon seit Monaten lag der Schatzmeister mit Bundesgeschäftsführer Glotz im Clinch, weil er die Parteikasse für alle Vor-Wahlkampfaktivitäten nach der Meinung des einfallsreichen Partei-Managers allzu verschlossen hielt.

Der Verkauf der Mehrheitsanteile an den letzten sozialdemokratischen Tageszeitungen in Bayern sollte die Rücklagen für den Wahlkampf 1986 auffüllen. Doch was den Bonnern willkommen war, stieß bei den bayerischen Genossen auf einen Aufschrei. Mit der an Alex Möller und dessen Rücktritt als Bundesfinanzminister vor 14 Jahren angelehnten Geste und Begründung zog sich Wischnewski aus dem Amt zurück, das er ohnehin vor allem deshalb erreicht hatte, weil sich niemand seinem Anspruch vor rund 18 Monaten verschließen wollte und konnte. Doch daß er sich jetzt nur noch um seine heimische Briefmarken-Sammlung – Schwerpunkt: Adenauer-Zeit – kümmern wird, erscheint unwahrscheinlich. Für den Bundestag will er jedenfalls wieder kandidieren.

Lehrer-Arbeitslosigkeit – aber an den Schulen herrscht Mangel an Pädagogen

SUSANNE PLÜCK, Bonn

„In der fünften Klasse gibt es keine Physik, und für die gesamte Jahrgangsstufe acht fällt der Sport aus; einige Klassen müssen auch auf den Biologieunterricht verzichten – wenn nicht bald die versprochenen drei Lehrer kommen. Mit Vertretung ist das Problem auf die Dauer nicht zu lösen." Der Direktor eines Gymnasiums am Niederrhein muß – noch einen Monat nach Schulbeginn – einen Ausfall von 53 Wochenstunden konstatieren und kann noch immer keine endgültigen Stundenpläne ausarbeiten.

Schon dreimal haben vom Regierungspräsidenten angeschriebene Stellenbewerber abgesagt. Ob der Direktor Ersatz bekommt, ist offen. Sein Alptraum: Vielleicht kommen am Jahresende drei Lehrer mit Fächern, die er nicht unbedingt braucht. Um die Eltern nicht von der Anmeldung an seiner Schule abzuschrekken, hat er gebeten, keine Namen zu nennen. Aber sein Gymnasium ist kein Einzelfall.

Obwohl es in Nordrhein-Westfalen, rechnerisch gesehen, 9000 Lehrer mehr gibt als es die offiziellen Richtlinien vorsehen, herrscht in einigen Fächern – Mathematik, Naturwissenschaften, Musik, Religion und Sport – nach wie vor chronischer Mangel an Pädagogen.

Abitur gefährdet

An einer Schule im Ruhrgebiet fallen 20 von 50 vorgesehenen Musikstunden aus; lediglich 12 werden von einem ausgebildeten Musiker erteilt, 18 von „fachfremden" Kräften. In einem Gymnasium an der Weser können gar nur zehn Prozent des nach der staatlich festgesetzten Stundentafel vorgesehenen Musikunterrichts erteilt werden; die Möglichkeit, in diesem Fach das Abitur abzulegen, ist in Frage gestellt.

Nicht in allen Bundesländern sieht es so schlecht aus. Der Düsseldorfer Kultusminister Schwier hat kürzlich in einer in der Presse veröffentlichten Diskussion die Behauptung seines Stuttgarter Kollegen Mayer-Vorfelder unwidersprochen gelassen, um baden-württembergische Verhältnisse an den Schulen herzustellen, müßten in Nordrhein-Westfalen 14 000 Lehrerstellen neu geschaffen werden. „Um die Versorgungsdichte Bremens zu erreichen", so der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Philologenverbands, Peter Heesen, „sind sogar 31 000 neue Stellen nötig. Nur Schleswig-Holstein und Hessen stehen noch schlechter da."

Die Situation ist auch nach Schultypen und -stufen höchst unterschiedlich. Während – nach Angaben des Kultusministeriums – etwa in Baden-Württembergs allgemeinbildenden Schulen wegen Lehrermangels kein Unterricht ausfällt, sind es an den Berufsschulen im Durchschnitt elf Prozent. Soweit der Stundenausfall statistisch erhoben wird – in Berlin, Niedersachsen und Hessen ist das nicht der Fall –, zeigt sich, daß an berufsbildenden und an Sonderschulen signifikant mehr Stunden ausfallen als an allgemeinbildenden Schulen. Einzige Ausnahme ist Hamburg. Innerhalb der allgemeinbildenden Schulen ist der Stundenausfall ausnahmslos an Gymnasien am höchsten, er schwankt zwischen durchschnittlich 4,6 (Schleswig-Holstein) und 1,2 Prozent (Bayern).

Doch können die Zahlen, mit denen Kultusbehörden traditionell geschickt zu jonglieren pflegen, täuschen. Wenn zum Beispiel – wie im Schuljahr 1984/85 in Idstein im Taunus – an einer Schule 22 Prozent des vorgesehenen Unterrichts ausfallen, schlägt das in der Gesamtstatistik kaum zu Buche, für die Betroffenen hingegen kann es eine Katastrophe bedeuten.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Lehrerverbände mißtrauen zudem den ministeriellen Erhebungen und nennen weit höhere Schätzzahlen. So vermutet GEW-Sprecher Steffen Welzel bundesweit einen Unterrichtsausfall von durchschnittlich fünf bis zehn, an Berufsschulen bis zu 27 Prozent.

Nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Philologenverbandsvorsitzenden beruhen die Berechnungen von Kultusminister Schwier auf falschen Voraussetzungen: Nicht allein die Anzahl der Schüler könne für die Berechnung des Lehrerbedarfs von Belang sein, sondern zusätzlich die Zahl der bestehenden Klassen. Denn gleichgültig, ob eine Klasse 40 oder zehn Schüler habe, müsse dieselbe Anzahl von Stunden erteilt werden.

Ausfall durch Krankheit

Da die durchschnittlichen Klassenstärken in allen Bundesländern im Zuge der rapide sinkenden Schülerzahlen in den vergangenen Jahren auf höchstens 28 zurückgegangen sind, die Anzahl der Lehrer aber prozentual weniger abgenommen hat, ergibt sich – rein rechnerisch gesehen – eine im Vergleich zu früheren Jahren bessere Lehrerversorgung. Kurssystem, Differenzierungs- und Orientierungsstufen sowie Förderunterricht erfordern jedoch mehr Lehrer als der herkömmliche Unterricht in Großklassen.

Mancher Kultusminister würde – insbesondere in den Mangelfächern, aber auch als Reserve für Krankheits- und Schwangerschaftsfälle, die meist mit den vorhandenen Kräften aufgefangen werden müssen – gern mehr Pädagogen einstellen. Die Finanzminister aber sperren sich mit dem Hinweis auf knapper werdende Haushaltsmittel gegen die Einrichtung neuer Beamtenstellen. Mit Ausnahme von Hamburg wurde in den letzten Jahren für Lehrer keine einzige mehr genehmigt. In vielen Bundesländern wird sogar nicht mehr jede durch Pensionierung oder Verzicht freiwerdende Stelle neu besetzt.

„Priorität für Leistungseliten"

Kabinett billigt Wilms-Bericht über die hochschulpolitischen Zielsetzungen

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat sich gestern im Bundeskabinett absegnen lassen, daß die „Heranbildung von Leistungseliten" zu den „erstrangigen hochschulpolitischen Aufgaben" dieser Regierung gehöre. In einem vom Bundestag angeforderten Bericht über die „Hochschulpolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung" hat sie zwar auch festgeschrieben, daß es beim „Offenhalten" der Hochschulen bleibe, aber: „Die wissenschaftlich besonders Befähigten müssen auf allen Stufen des Studiensystems besonders gefordert und gefördert werden."

Dieser Bericht unterscheidet sich damit sowohl in der Diktion als auch in der Zielsetzung deutlich von früheren, sozialliberalen Festlegungen auf diesem Gebiet. Nachdem Frau Wilms zu Beginn ihrer Amtszeit mit „16 Thesen" bereits ihre Intentionen öffentlich skizziert hatte, mit ihrer Novelle zum Hochschulrahmengesetz (HRG) allerdings letztendlich wegen des Widerstandes aus den unionsregierten Ländern doch erheblich hinter ihrer Zielsetzung zurückbleiben mußte, hat sie nun mit dem Bericht die Konturen noch einmal scharf herausgearbeitet. Es sind die Worte „Qualität" und „Leistung", „Differenzierung", „Wettbewerb" und „Entscheidungsfreiheit der Hochschulen", die den 80-seitigen Bericht wie ein roter Faden durchziehen.

Zur aktuellen Situation heißt es: „Unabhängig von der Tatsache, daß Studienberechtigte – in erfreulich nüchterner Einschätzung der Situation – auf die veränderten Beschäftigungsaussichten von Hochschulabsolventen reagieren und eine berufliche Ausbildung anstreben, müssen die Hochschulen nach Möglichkeit offengehalten werden. Die Bundesregierung will die eigenverantwortliche Entscheidung des einzelnen über seinen Bildungsweg sichern, allerdings auf der Grundlage umfassender Informationen."

Aber der Bericht greift über die aktuellen Probleme der Überlast-Bewältigung an den Universitäten hinaus, deutet Weichenstellungen für die neunziger Jahre an: „Die Aktualitäten dürfen nicht den Blick für die Notwendigkeiten von morgen verstellen", sagte die Ministerin. Dazu gehöre beispielsweise das Bemühen des Bundes „zur Verbesserung der Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses" die „besondere Förderung begabter junger Menschen". Gedacht wird hierbei auch an „neue Formen der übernationalen Kooperation" im Bereich der Hochschulforschung, also Auslandsaufenthalte von deutschem Nachwuchs wie auch der umgekehrte Weg von Ausländern an deutsche Universitäten.

Erstmalig in einem solchen Bericht einer Bundesregierung taucht die ausdrücklich positive Bewertung von „privatem Engagement" im Hochschulbereich auf, also die gesamte Bandbreite von privaten Hochschul-Gründungen bis zu Stiftungslehrstühlen. Vor allem an die eigenen Adresse geht dabei die Forderung, daß für ein „stärkeres privates Engagement" auch „eine Änderung der steuerlichen Behandlung gemeinnütziger Stiftungen" erforderlich sei.

Noch deutlicher als in der HRG-Novelle wird ein Schlußstrich unter die sozialliberale Ära der Gesamthochschulen gezogen: Die Bundesregierung wolle den Bestand nicht antasten, aber es erfolge ein „Abschied vom Leitbild Gesamthochschule". Dafür wird der Wille zum Ausdruck gebracht, so weit, wie dies möglich sei, die Benachteiligung weiblicher Wissenschaftlerinnen durch gesetzliche und administrative Initiativen zu bekämpfen.

Rahmen ist abgesteckt

Milliarden-Überschüsse Thema bei Spitzengespräch mit Kohl

PETER JENTSCH, Bonn

Das Spitzengespräch zwischen Bundesregierung, Deutschem Gewerkschaftsbund und Arbeitgebern morgen Abend um 18 Uhr im Kanzlerbungalow steht ganz im Zeichen der Beschäftigungspolitik. Die Gesprächspartner haben sich bereits am 23. August geeinigt, in diesem Treffen vornehmlich Fragen des Arbeitsmarktes und der Verwendung der Milliardenüberschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu erörtern. Weitere Gesprächsthemen sind das Betriebsverfassungsgesetz, die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen sowie Probleme der Alterssicherung (Rentenfinanzen) und der Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Wie Regierungssprecher Ost gestern mitteilte, wird die sechsköpfige DGB-Delegation von Ernst Breit angeführt. Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, führt die gleich starke Arbeitgeberdelegation an. Von Seiten der Bundesregierung nehmen neben Bundeskanzler Helmut Kohl Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, Innenminister Friedrich Zimmermann, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, Arbeitsminister Norbert Blüm und Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble teil.

Entscheidung offen

Im Vorfeld dieses Spitzentreffens hat sich die Koalition am Montagabend grundsätzlich auch weitgehend in der umstrittenen Frage der Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit geeinigt. Zwar stellte Friedhelm Ost gestern vor der Presse fest, eine Entscheidung sei in dieser Frage noch nicht gefallen; sie bleibe einem weiteren Koalitionsgespräch am 17. September vorbehalten, um das morgige Gespräch mit den Sozialpartnern nicht durch Beschlüsse zu belasten. Aus Teilnehmerkreisen der Koalitionsrunde verlautete jedoch, daß zumindest ein Rahmen abgesteckt sei.

Danach sollen von den 1984 und 1985 entstandenen Überschüssen der Bundesanstalt in Höhe von rund vier Milliarden Mark rund 2,5 Milliarden Mark in ein Paket eingebunden werden, mit dem die berufliche Qualifizierung Arbeitsloser verbessert, der Bezug von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer abgestuft verlängert und möglicherweise die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geringfügig gesenkt werden sollen. Darüberhinaus wird erwogen, den Arbeitgebern Anreize zu schaffen, auch Langzeitarbeitslose einzustellen.

In der Notwendigkeit, die berufliche Qualifizierung Arbeitsloser zu verbessern, sind sich die Koalitionspartner ebenso wie Gewerkschaften und Arbeitgeber einig. Während aber Blüm für diese Maßnahmen nur Mittel in Höhe von rund 400 Millionen Mark bereitstellen wollte, hat eine starke Gruppe der CDU-Fraktion um den Vorsitzenden des Arbeitskreises Arbeit und Soziales, Haimo George, dafür plädiert, diese Mittel mit mindestens einer Milliarde Mark anzusetzen. Eine Entscheidung in dieser Frage ist noch nicht gefallen.

Neue Anreize

Entschieden ist ebensowenig, mit welchem Betrag die Staffelung des verlängerten Bezugs von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer finanziert werden soll. Die Vorschläge schwanken von 600 Millionen Mark (George) bis 1,3 Milliarden Mark (Blüm). Die FDP, die bislang diese Maßnahme ablehnte, hat im Koalitionsgespräch grundsätzlich zugestimmt.

Teile der CDU-Fraktion wie die FDP hatten darüberhinaus eine weitere Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gefordert. Diese waren zu Beginn dieses Jahres im Zuge der Beitragserhöhung der Rentenversicherung befristet bis Ende 1986 von 4,4 auf 4,1 Prozent gesenkt worden. Erwogen wird jetzt eine geringfügige Senkung um 0,1 auf vier Prozent. Damit, so heißt es, könne auch die FDP einverstanden sein, nachdem die Arbeitgeber zu erkennen gegeben haben, daß sie von einer Senkung dieser Beiträge keine allzu starke Entlastung der Lohnnebenkosten erwarteten.

Schließlich wird überlegt, Anreize für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen zu schaffen. Ein Modell: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung dieses Personenkreises könnten (auf zwei Prozent) um den Arbeitgeberanteil halbiert werden.

Semljakow streitet Agententätigkeit ab

WERNER KAHL, Düsseldorf

In Anwesenheit des Leiters der Konsularabteilung der Bonner Sowjetbotschaft ist gestern vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht der Prozeß gegen den 39jährigen Angestellten der russischen Handelsvertretung, Ewgenij Semljakow, wegen des Verdachts der Agententätigkeit eröffnet worden.

Trotz Enttarnung des Russen bei konspirativen Treffs bezeichnete die Verteidigung – erstmals in einem Verfahren gegen angeklagte Sowjetspione – den Staatsschutzsenat als nicht zuständig. Der Fall müsse vielmehr an das Kölner Amtsgericht überwiesen werden, das für den Sitz der Handelsvertretung der UdSSR in Frage komme.

Der Angeklagte protestierte gegen seine Festnahme am 13. April dieses Jahres am Haupteingang des Kölner Zoos und wies die Beschuldigung, daß er im Auftrag des KGB Elektronikspezialisten für den illegalen Transfer von Spitzentechnologie – vor allem aus dem Sicherheitsbereich des Militärs und der Nachrichtendienste sowie der Polizei – anwerben wollte, zurück. Nach seiner Auffassung habe er sich bemüht, bei der Handelsvertretung die wirtschaftlichen Beziehungen zu entwickeln, sagte Semljakow in deutscher Sprache. Er betrachte sich deshalb als „nicht schuldig".

Der als Führungsoffizier an der sogenannten legalen Residentur des Sowjetgeheimdienstes in der Bundesrepublik Deutschland enttarnte Agent gehört nach Ansicht der Spionageabwehr vermutlich zur „Linie X" des Moskauer Nachrichtendienstes. „X"-Agenten spezialisieren sich auf Spitzentechnologie und militärisch verwertbare Grundlagenforschung.

Nach der Kontaktanbahnung zu dem Verkaufsleiter eines Elektronikhandelsunternehmens im Ruhrgebiet, der später die Spionageabwehr einschaltete, war Semljakow Werber von Spezialisten aus deutschen Elektronikfirmen, die Konkurs anmelden mußten oder in Finanzengpässen steckten. Für die Spionage hatte der Russe in Gorki ein Ingenieurstudium mit dem Spezialgebiet drahtlose Nachrichtenübermittlung absolviert. Bei der Festnahme rief er: „Das ist eine Provokation."

Barre profiliert sich als Kandidat gegen Mitterrand

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der Mann der Stunde in Frankreich heißt Raymond Barre. Der ehemalige Premierminister Giscard d'Estaings hat sich zum profiliertesten Politiker der Opposition aufgeschwungen, gegen den die beiden Matadore Jacques Chirac und Valéry Giscard d'Estaing zunehmend verblassen. Barre, der die anfänglichen Komplexe des in die Politik verschlagenen Wirtschaftsprofessors schon in seiner fünfjährigen Amtszeit abgestreift und inzwischen weit hinter sich gelassen hat, verkündet mit der Souveränität des Mannes, der unbeirrt auf sein Ziel losgeht, zweierlei: Er werde sich den Franzosen als geeignetster Nachfolger Mitterrands für das Amt des Staatspräsidenten präsentieren und Mitterrand müßte das Elysée räumen, wenn sein sozialistisches Lager die Parlamentswahlen des Frühjahrs verlieren sollte.

Daß er damit das oppositionelle Lager der Gaullisten und Liberalen teilt und in schwere Argumentationsbedrängnis bringt, ist Raymond Barre gänzlich egal. Er rechnet nicht mit Zulauf aus diesen Reihen, sondern baut auf seine zunehmende Anhängerschaft unter den vom Sozialismus übersättigten Franzosen (in Meinungsumfragen steht der 61jährige schon seit Monaten an der Spitze aller Oppositionspolitiker) und auf die Unterstützung, die er als Abgeordneter von Lyon unter Abgeordneten und Senatoren im Parlament, vor allem aber in Wirtschaft und Hochfinanz findet. Sein Wirtschaftsprogramm für die Ablösung des Sozialismus ist gegenüber dem liberalen Überschwang von Gaullisten und Giscardisten von Vorsicht geprägt. Gewisse Sozialreformen der Sozialisten will er beibehalten; und die Rücküberführung der verstaatlichten Industrie in private Hände will er etappenweise oder gar nicht betreiben.

Vor allem aber verlangt er unerbittlich den Abzug Mitterrands. Barre war am vergangenen Freitag so weit gegangen, einen Verbleib Mitterrands im Elysée im Fall einer Niederlage der Sozialisten als „eigensinnige Besetzung der elyseeischen Räumlichkeiten auf Grund eines zweifelhaft gewordenen Besitzrechts" zu bezeichnen. Hiergegen haben die Gaullisten energisch protestiert, denn sie betrachten sich als die Hüter der Verfassung der V. Republik und sehen zu Recht in Barres Behauptungen einen Angriff auf diese Verfassung. Ihr früherer Generalsekretär Bernard Pons malte das Spektrum eines Marsches „einiger Hitzköpfe" auf das Elysée-Palais am Abend eines Wahlsiegs der Rechten an die Wand und fragte, ob Barre die Verantwortung für das, was dann passieren müsse, übernehmen wolle.

Pol Pots Rücktritt ändert Lage in Kambodscha nicht

Ex-Rote Khmer bleiben bei ihren Zielen / Hanoi blockiert

CHRISTEL PILZ, Bangkok

In der verfahrenen Kambodscha-Situation hat die Widerstandsgruppe der Ex-Roten Khmer eine gewichtige Entscheidung getroffen. Sie hat Pol Pot in den Ruhestand versetzt. Der Militärrat, der dem Vorsitz Pol Pots unterstand, wurde aufgelöst. Seine Position als Oberkommandierender der 60 000 Mann starken Widerstandsstreitkräfte National Army Democratic Kampuchea (NADK) wurde Son Sen übertragen. Son Sen ist 55 Jahre alt, Geschichtsprofessor und ehemaliger Studienrat, ein Experte im Guerrillakrieg. Die letzen vier Jahre hat er in der Führung der Ex-Roten Khmer als Minister für Verteidigung gedient.

Seit der Formierung der Koaltionsregierung der drei Widerstandsgruppen im Juni 1982 (Ex-Roten Khmer, die nichtkommunistische KPNLF und die Bewegung unter Prinz Sihanouk) wirkte Son Sen zudem als Mitglied des militärischen Koordinierungsrats.

Sprecher der beiden Koalitionspartner haben die Beförderung von Son Sen begrüßt, obwohl die Frage bleibt, welche Rolle Pol Pot weiterhin spielen wird.

Professor und Guerillaführer: Nachfolger Son Sen

Pol Pot, der in den Jahren 1975 bis 1979 die Revolution der Roten Khmer anführte und damit zum Symbol für Schrecken und Terror wurde, ist mit seiner „Pensionierung" keineswegs entmachtet oder gar bestraft. Dafür spricht, daß er den Vorsitz eines neu gegründeten „höheren Instituts" erhielt. Dessen Aufgabe soll sein, Fragen der nationalen Verteidigung zu studieren und zu prüfen und Erfahrungen weiterzugeben.

Die Führungsgruppe der Roten Khmer, die in den fünfziger Jahren in Frankreich studierte, hat drei Dekaden lang eisern zusammengehalten. Offenbar aber hat sie jetzt eingesehen, daß es ihrem Kampf gegen die 180 000 vietnamesischen Besatzungstruppen nur nützen könnte, würde sie den Namen Pol Pot aus der Liste offizieller Ämter streichen. Sie benutzte dazu den Vorwand, demnächst würden alle Führungsmitglieder mit Erreichen des 60. Lebensjahres ausscheiden. Das deutet weitere künftige Umbesetzungen an.

Eine Regeneration der Ex-Roten Khmer entspricht den Bemühungen der Aseanländer wie auch Chinas, die drei Gruppen der Widerstandskoalition mit dem von Hanoi kontrollierten Heng-Samrin-Regime zu nationaler Versöhnung zusammenzubringen. Die Vietnamesen aber wollen von solcher Versöhnung nichts wissen, solange diese die Ex-Roten Khmer einschließen soll. Sie bestehen auf der Ausschaltung dieser Guerrilla-Truppe. Aus der Sicht Hanois ist das verständlich. Es sind die 60 000 Kämpfer der Ex-Roten-Khmer, die den endgültigen Sieg Hanois über Kambodscha und dessen Integration mit Vietnam verhindern.

Bisher hat Hanoi sehr geschickt mit Pol Pots blutbeschmutztem Ruf operiert und die Politik der Aseanländer damit diskriminiert, daß sie Pol Pot erneut zur Macht verhelfen wolle. Mit seiner Pensionierung verlieren Hanois Propagandisten ihr wirksamstes Propaganda-Instrument. Auch kommt Pol Pots Pensionierung nur wenige Wochen vor Beginn der diesjährigen UNO-Vollversammlung, die wie jedes Jahr den Kambodscha-Konflikt vor den Augen der Weltöffentlichkeit diskutieren wird.

Seit dem Einmarsch der Vietnamesen im Dezember 1978 haben die Ex-Roten Khmer eine Reihe von Entscheidungen zur Mäßigung ihres früher ultraradikalen Kurses getroffen:

– Umbesetzung ihrer Führungsspitze im Dezember 1979. Pol Pot verlor seinen Posten als Premierminister des damals bereits aus Phnom Penh vertriebenen Regimes und schied aus dem Kabinett aus. An seine Stelle rückte der gemäßigtere Khieu Samphan.

– Aufhebung der Staatsverfassung, unter der die Roten Khmer von 1975 bis Ende 1978 regierten.

– Auflösung der Kommunistischen Partei im Dezember 1981.

– Erklärung eines Programms zur Wiederzulassung einer freien Wirtschaft und Beziehungen mit den Ländern der freien Welt. Deshalb die Bezeichnung „Ex"-Rote Khmer.

– Erklärung, das Ergebnis freier Wahlen (nach dem Abzug der Vietnamesen) zu respektieren, und zwar *auch im Falle einer* Niederlage bei diesen Wahlen, was eine Beteiligung an einer künftigen Regierung ausschließen würde.

Botha zunehmend unter Druck von allen Seiten

Ein Jahr Unruhen in Südafrika / Eine Zwischenbilanz

M. GERMANI, Johannesburg

„Apartheid stinkt" und „Fort mit Botha und dem Ausnahmezustand" stand auf den Transparenten. Eine Gruppe von knapp dreihundert Studenten reckte sie vor „Garone", dem *Parlaments- und Verwaltungsgebäude* in Mabatho, in die Höhe, um gegen den Besuch von Südafrikas Staatspräsident Botha in dem seit 1977 unabhängigen, international jedoch nicht anerkannten Bophutatswana zu protestieren. In diesem immer noch aus sechs Teilen bestehenden Homeland gibt es aber weder Apartheid noch Ausnahmezustand. Darüber befragt, erklärte Hector Magome, Präsident des lokalen Studentenrates, das Volk der Tswanas sei mit den Bewohnern Südafrikas eben solidarisch. „Wir fühlen uns mit ihnen verbunden, weil wir hier isoliert sind."

Auf die Frage der WELT, ob er auch von anderen unterstützt würde, erwidert er: „Ja, wir haben hier auch Vertreter aus Soweto und der Transkei." Seinen Aussagen zufolge waren alle 700 Bewohner des Studentenheimes früh morgens mobilisiert worden, um an dieser Demonstration teilzunehmen. Manche wußten gar nicht, warum.

Im Mabatho Hotel mahnte der Präsident der Homelands, Lukas Mangope, seinen Gast, den Reformprozeß in Südafrika zu beschleunigen. Die Zeit laufe aus. Und mit symbolträchtiger Geste schenkte er Botha eine Standuhr.

Botha steht unter Druck von vielen Seiten. Auf dem Parteikongreß der Konservativen Partei vor zwei Wochen kam die Kritik der Weißen, die eine Beherrschung durch die andersfarbigen Bevölkerungsgruppen als Folge der derzeitigen Regierungspolitik befürchten, vehement zum Ausdruck. Besonders das Konzept der Machtteilung zwischen Weißen, Kap-Farbigen und Indern, die geplante Teilnahme auch der Schwarzen, die Abschaffung der Gesetze gegen gemischte Liebe und Ehe und den sogenannten „politischen Einmischungs-Akt", der es nun allen Parteien erlaubt, andersfarbige Mitglieder aufzunehmen – all diese Reformschritte haben viele Weiße aufgeschreckt. Manch ein Sprecher forderte bei einem eventuellen Regierungswechsel, diese Gesetze zu revidieren. Die seit einem Jahr anhaltenden Unruhen wurden der Regierung angelastet. Sie sei hilflos und nicht fähig, die Unruhen zu beenden.

Auf der anderen – linken – Seite stehen die Radikalen der United Democratic Front (UDF) und der Azapo, die eine sofortige Machtübergabe an den verwandten ANC verlangen, ferner Wahlen nach dem Modus ein Mann eine Stimme und Freilassung aller politischen Häftlinge, allen voran Nelson Mandelas. Diese drei Strömungen geben den Ton an. Mit ihnen muß sich die Regierung Botha auseinandersetzen.

Die Gefahr eines Erdrutsches der weißen Wählerschaft nach rechts wird von der regierungsnahen Zeitung „Citizen" als wahrscheinlicher angesehen als die Möglichkeit einer Stärkung der offiziellen Opposition, die die Progressive Partei (PP) verkörpert. Wie auf ihrem Parteikongreß in den vergangenen Wochen deutlich wurde, hat sich die liberale Politik der PP als Wagnis erwiesen. Sie ist auf dem Weg zu einer multirassischen Partei und ihr Führer, Frederick van Zyl Slabbert, setzt sich intensiv für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ein. Um seinen rechten Flügel unter dem einflußreichen Politiker Harry Schwartz zu beschwichtigen, mußte sich Slabbert in dieser Frage mit einem vorläufigen Kompromiß begnügen.

Die PP erhält zwar laufend Anträge von UDF-Mitgliedern, die um Aufnahme in die Partei bitten. Warnende Stimmen aus der UDF meinen aber auch, Slabbert „spiele mit dem Feuer", wenn er sich als Vermittler im Konflikt in Südafrika betrachte.

Die UDF ist gegen eine Zusammenarbeit mit Buthelezi und den liberalen Kräften in der südafrikanischen Wirtschaft und Industrie, obwohl diese sich wiederholt für einen Kompromiß und für Verhandlungen mit der ANC-Führung in Lusaka ausgesprochen haben. Solche Gespräche, offensichtlich gefördert von der Barclays Bank, sollen unter Teilnahme leitender Führer aus Wirtschaft und Industrie demnächst in Lusaka stattfinden. ANC-Sprecher Tom Sebina gab bekannt, beide Seiten träfen entsprechende Vorbereitungen. ANC-Präsident Oliver Tambo sei bereit, eine Delegation zu leiten.

Botha gerät zunehmend unter Zugzwang. Die sich ständig verschlechternde Wirtschaftslage des Landes wird noch erschwert durch die Zahlungsforderungen besonders der US-Banken. Es gibt für Botha nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder das Reformprogramm wird beschleunigt, wofür vor allem Außenminister Pik Botha und Verfassungsminister Chris Heunis plädieren, oder Botha gibt den Forderungen des rechten Flügels nach. Momentan sieht es so aus, als folge er seinem Namensvetter. Der erklärte jetzt in einem Interview, die Regierung wolle „alle Bestimmungen beseitigen, die die Würde von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe beeinträchtigen."

Säbelrasseln zwischen San José und Managua

Costa Rica rückt an die Seite der Schutzmacht USA

WERNER THOMAS, San José

Informationsminister Armando Vargas erläutert die Situation mit einem Vergleich aus dem Reich der Insekten: „Wir sind wie ein Bienenschwarm. Jeder arbeitet und verhält sich friedfertig. Wehe aber, wenn uns jemand belästigt. Dann greifen wir alle an." Die Costaricaner, „Ticos" genannt, fühlen sich von dem nördlichen Nachbarn Nicaragua belästigt. Sie reagieren mit wütenden Attacken verbaler Natur. Es gibt wohl kein anderes Land auf der Welt, in dem die Revolution der sandinistischen Comandantes eine ähnliche Verachtung findet.

„Nieder mit den Sandinisten", steht an den Häuserwänden der Hauptstadt San José geschrieben. Der sozialdemokratische Präsident Luis Alberto Monge beschuldigt Nicaragua einer „Politik der Aggression". Eine Gallup-Umfrage ergab, daß 89 Prozent der Bevölkerung das sandinistische Regime als Bedrohung Costa Ricas betrachten und 76 Prozent die Anwesenheit amerikanischer Militärberater zur Ausbildung der Sicherheitskräfte begrüßen. „La Nación" und „La Republica", die beiden einflußreichsten Zeitungen, verdammen regelmäßig in bissigen Leitartikeln die Männer in Managua. Ideologische Kontraste, ethnologische und kulturelle Differenzen sowie das Gefühl, undankbar behandelt worden zu sein, haben diese feindselige Stimmung geschürt.

Warnt vor Managua: Costa Ricas Präsident Monge

Costa Rica (2,5 Millionen Menschen) ist ein demokratisches Land, in dem 1948 die Streitkräfte abgeschafft wurden. 8000 Polizeibeamte mit museumsreifen Waffen sollen die Sicherheit der Nation garantieren. Nicaragua (2,9 Millionen Menschen) marschiert seit der Machtübernahme der Sandinisten im Juli 1979 in Richtung Marxismus. Die Comandantes halten die gesamte Region für revolutionsreif und verfügen über den mächtigsten Militärapparat Mittelamerikas: 120 000 Soldaten und Milizen, von 3000 kubanischen Experten (amerikanische Schätzungen) ausge*bildet und beraten, unter anderem* mit sowjetischen Panzern und Kampfhubschraubern ausgerüstet. Informationsminister Vargas spricht von einem „gewaltigen Einschüchterungspotential".

Die vorwiegend hellhäutigen „Ticos" blicken etwas hochnäsig auf das dunkle Mischlingsvolk Nicaraguas herab. Das rassische Überlegenheitsgefühl schuf schon öfters Spannungen. Der frühere costaricanische Präsident Ricardo Jimenez traf bereits 1910 die Feststellung: „Wir haben drei Jahreszeiten: die Trockenzeit, die Regenzeit und die Zeit des Konfliktes mit Nicaragua."

Costa Rica toleriert Aktivitäten nicaraguanischer Oppositionsvertreter. Obgleich die Monge-Regierung einen Neutralitätskurs verfolgen möchte, operieren die Partisanen der „Demokratischen Revolutionsallianz" (ARDE) oft von costaricanischem Gebiet. Die Mehrheit der Bevölkerung sympathisiert mit den antisandinistischen Rebellen, deren prominentester Führer Eden Pastora ist.

Längst hat Monge die Hoffnungen auf die Friedensinitiativen der Contadora-Staaten aufgegeben. Er verdächtigt die vier Länder (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela), sich von den Sandinisten manipulieren zu lassen. Costa Rica, das bisher mehr als 100 000 nicaraguanische Flüchtlinge aufnehmen mußte, fordert eine internationale Friedenstruppe zur Überwachung der 320 Kilometer langen Grenze. Nicaragua will dagegen eine entmilitarisierte Zone schaffen. Je mehr sich die Konfrontation zuspitzt, desto näher rückt Costa Rica an die Seite der USA. Die USA gewähren heute eine Wirtschaftshilfe von etwa 300 Millionen Dollar im Jahr, die militärische Unterstützung belief sich auf 21 Millionen Dollar seit 1982. Zur Zeit erhalten 700 Sicherheitsbeamte eine militärische Ausbildung durch 20 US-Berater.

Viele Costaricaner befürchten eine Eskalation der Spannungen. Die Comandantes und ihre kontroverse Revolution stehen im Mittelpunkt des Wahlkampfes, in dem sich die beiden Spitzenkandidaten Oscar Arias (Sozialdemokrat) und Rafael Angel Calderon (Christdemokrat) mit antisandinistischer Rhetorik überbieten. Calderon, nach letzten Meinungsumfragen Favorit für einen Sieg im Februar, erklärt: „Es wird sehr schwierig sein, mit den Marxisten in Nicaragua zu leben." (SAD)



In das Strauß-Lachen mischen sich verschiedene Elemente: Er kann sich königlich amüsieren; er hat Humor. Er lacht auch über Dummheit; dann tritt aus dem Amüsement die Schärfe der Kritik hervor.

FOTOS: DARCHINGER/AP/POLY-PRESS/SVEN SIMON (2)

Franz Josef Strauß, 70 – farbig, kantig, kompetent. „70 verweht", heißt Ernst Jüngers Titel, Strauß verweht nicht. Er ist eine höchst lebende Figur der Zeitgeschichte. Deshalb fragten wir den Kölner Historiker Andreas Hillgruber nach seinen Ansichten über Strauß. Die Antworten schlossen sich zu einer Plastik. Wer ist Franz Josef Strauß, was wird er tun? Professor Schiller, Wirtschaftsminister a.D., schildert, wie er mit Strauß in der Großen Koalition zusammenarbeitete und was Strauß als Finanzminister beitrug. Das Interview mit Andreas Hillgruber führten Herbert Kremp und Günter Zehm.





Strauß, der Gebirgsschütze



Strauß, unter Tage, vor Ort



Strauß, der Ehemann und Familienvater

Strauß, der Pilot

Franz Josef Strauß – schon die Lebzeit ist Geschichte

WELT: Wir haben bewußt den Weg zu einem deutschen Historiker angetreten, um ein Gespräch über Franz Josef Strauß zu führen, der mehr ist als ein üblicher Politiker, vielmehr eine Figur der Zeitgeschichte und ein Mensch, mit dem sich der Historiker schon zu dessen Lebzeiten befassen kann. Teilen Sie diese Charakterisierung?

Hillgruber: Ja. Strauß fällt aus der Reihe fähiger Politiker durch seine Überlegenheit in verschiedenen Bereichen heraus. Es gibt sehr wenige Politiker dieser Spitzenklasse in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten. Ich würde ihm zur Seite – mit gewissen Einschränkungen – Helmut Schmidt stellen. Alle anderen sind bei aller Wertschätzung doch „eine Etage darunter".

WELT: Worin besteht das Besondere?

Hillgruber: Zunächst im Lebensweg. Strauß hat nach einem glänzend bestandenen Abitur in München Griechisch, Latein und Geschichte studiert und hat – wie er es in Briefen an seinen Akademischen Lehrer ausgedrückt hat – eigentlich ein Leben der Besinnlichkeit, der Reflexion führen wollen. Er ist dann durch den Zweiten Weltkrieg, den er als Soldat und später als Offizier mitgemacht hat, von diesem Wege abgekommen. Er selber hat in einem Brief an seinen Akademischen Lehrer nach 1945 bekannt, daß ihn aufgrund seiner Erfahrungen während des Krieges dazu dränge, in die Politik zu gehen, Verantwortung zu tragen für die deutsche Nachkriegsentwicklung. Er wolle aber die Verbindung zwischen der Vita contemplativa und der Vita activa, die er jetzt zu führen entschlossen sei, aufrechterhalten.

Dies hatte die Konsequenz, daß er sich niemals nur in das Getümmel der Tagespolitik stürzte, sondern sich auch bei scheinbar ganz pragmatischen Entscheidungen vielfach von grundlegenden Erwägungen tragen ließ und läßt und daß er das eigene Tun im Blick auf die Entwicklung der Bundesrepublik, die Entwicklung in Europa und in der Welt stets mit Reflexionen verbunden hat.

WELT: Sie sprechen von überlegener Befähigung ...

Hillgruber: Er besitzt eine ungewöhnliche Wissensbreite. Erstens: Als junger Verteidigungsminister hat Strauß die Bundeswehr in einer ganz schwierigen Phase geführt und ihren Aufbau im großen erst richtig eingeleitet. Er hat sich also Kompetenzen im Bereich der Verteidigungspolitik, der Militärstrategie angeeignet.

Zweitens hat er sich dann weitere Kompetenzen durch ein Studium der Wirtschaftswissenschaft in Innsbruck erarbeitet, die ihn zu einem der heute seltenen Politiker machen, die weltweite ökonomische Zusammenhänge erfassen.

Drittens: Auch für den Bereich der Außenpolitik ist er einer unserer kompetentesten Politiker. Wenn Strauß weltpolitische Vorgänge erklärt, verbindet er das historische mit dem politischen Denken. Er sieht die Dinge nie ausschließlich kurz- oder mittelfristig. Wenn er etwa über die sowjetische Politik spricht, dann ist die historische Erfahrung seit 1917 bei ihm stets präsent. Wenn er über die amerikanische Politik spricht, dann ist auch hier die Erfahrung mit ihr seit Wilsons Kriegseintritt in den Ersten Weltkrieg immer im Hintergrund lebendig. Er sieht auch die europäische Politik, die Tendenzen, die den Eisernen Vorhang übergreifen, unter solchen historischen Aspekten.

Strauß hat sich ferner intensiv mit Problemen des Nahen Ostens beschäftigt. In seinem Blick liegen Israel, mit dem er schon als Verteidigungsminister Kontakte geknüpft hat, aber auch die arabische Welt. Im Blick liegt ebenso die südosteuropäische Politik. Strauß ist einer der wenigen Politiker, die genau wissen, welchen Stellenwert Rumänien, Ungarn, Jugoslawien haben.

Dazu kommt die afrikanische Komponente. Er durchschaut, daß man Südafrika nicht mit einer schlichten Gesinnungsethik umgestalten kann. Er sieht die geostrategische, die geopolitische Bedeutung Südafrikas, unterschätzt dabei aber auch nicht die Bedeutung der Vorgänge am Horn von Afrika und allgemein in den schwarzafrikanischen Ländern. Er weiß, wie leicht hier etwas politisch ins entgegengesetzte Extrem umschlagen kann. Er ist also gefeit gegen leichtfertige, einseitige Verurteilung der einen oder der anderen Seite.

WELT: Strauß gilt als ein Politiker der für Überraschungen gut ist, der durchaus scharfe Kehren riskiert und die Politik gewissermaßen interessant macht. Kommt es da nicht zu Widersprüchen?

Hillgruber: Sicher kommt es dazu. Als Beispiel bietet sich die Ostpolitik an, die Strauß während der sozialliberalen Koalition schärfstens bekämpft hat. Die Überraschung danach war groß, als er nicht nur den ersten großen Kredit für die DDR „einfädelte", sondern auch in Prag, in Warschau und schließlich in der DDR mit den dortigen Machthabern zusammentraf.

Ich darf aber auch an das Gespräch zwischen Strauß und Breschnew bei dessen letzten Besuch in Bonn erinnern. Am Ende einer ganzen Reihe von Politikern, die Breschnew empfing, dauerte das Gespräch mit Strauß viel länger als erwartet, und Breschnew begleitete ihn persönlich zu seinem Wagen – eine Reverenz, die Breschnew keinem andern hatte zuteil werden lassen. Vermutlich ist Breschnew bei aller Reserve gegenüber den Straußschen Ideen doch die ungewöhnliche Kompetenz des Politikers aufgefallen.

Strauß kann ganz harte pragmatische Politik machen, die auch Parteifreunde vor den Kopf stößt. Die Austritte aus der CSU im Anschluß an das Treffen mit Honecker sind bekannt. Strauß versucht das, was ich einmal als „Doppelstrategie" gegenüber dem Osten bezeichnet habe, nämlich einerseits die großen, seit den fünfziger Jahren festliegenden Leitlinien weiterzuverfolgen, es damit aber nicht bewenden zu lassen, sondern – weil die Dinge in Mitteleuropa nun einmal nicht schnell zu verändern sind – Zwischenlösungen einzuschalten, die im Augenblick oder für die nächste Zeit wenigstens etwas weiterhelfen.

WELT: Welches ist das langfristige Ziel? Besteht es bei Strauß primär in der Verwirklichung europäisch-atlantischer Vorstellungen oder betrifft es primär doch die Nation?

Hillgruber: Strauß sieht meines Erachtens die nationale deutsche Frage unlösbar verknüpft mit der europäischen Problematik. Einen nationalstaatlichen Alleingang, eine Lösung der deutschen Frage allein in Verhandlungen mit der Sowjetunion lehnt Strauß ab, weil er das langfristig für fundamental gefährlich hält – nicht nur für die Deutschen selber, sondern für Europa. Die nationale Problematik ist bei ihm also eingebettet in die europäisch-atlantische.

Aber er ist kein rein westeuropäisch-atlantischer Politiker, sondern betrachtet diesen westlichen Block, der in Wirklichkeit eine Zusammenfügung doch sehr heterogener Elemente ist, wiederum als Anfang eines am Ende blockübergreifenden Europa, das dann auch den östlichen Teil des Kontinents mit umspannen müsse. Da er selber eine großen, mit Nuklearwaffen ausgetragenen Krieg für ausgeschlossen hält und auch den sowjetischen Politikern keine Bereitschaft zu diesem Risiko unterstellt, setzt er auf Wandlungen im Sowjetimperium. Wann und wie sie möglich sind, ist eine andere Frage.

WELT: Es gab über Strauß ja das etwas sarkastische Wort vom „Alpen-Churchill", der wohl keine Chance mehr bekommen wird. Er scheint ja ein Politiker zu sein, den das Volk vielleicht in besonders schwierigen Lagen rufen würde, während bei ruhiger Wellenlage ein Mann dieser Art gar nicht so sehr beliebt sein mag.

Hillgruber: Sebastian Haffner hat ein Buch über den „Wechselwähler" geschrieben, in dem er ausführt, daß er im Falle einer Situation, die mit der Englands vom Mai 1940 vergleichbar wäre, dafür einträte, Strauß an die Macht zu rufen. Ein Mann für Zeiten ruhigen Gewässers sei er aber nicht. Ich würde es so nicht ausdrücken. Meiner Meinung nach besteht das grundsätzliche Problem eines so überlegenen Mannes und Politikers darin, daß es ihm schwerfällt (und zwar prinzipiell), eine Mehrheit zu finden. Überlegene Persönlichkeiten werden nicht gewählt, jedenfalls nicht von der Mehrheit. Nehmen Sie Helmut Schmidt, der als Kanzler bei seiner eigenen Partei niemals eine so große Gefolgschaft gefunden hatte wie sein Vorgänger Brandt. Bei den Wahlen kam er ja eigentlich nur mit Hilfe der stark gewordenen FDP zweimal, 1976 und 1980, über die Runden. Dabei war er zweifellos der bedeutendste Kanzler seit Adenauer.

> „Strauß hat mehr fachliche Kompetenzen als Adenauer – aber Adenauer war füchsischer, raffinierter in der Tagespolitik"

Strauß ist so weit nicht gekommen. Er war einmal wirklich im Zentrum, nämlich als Finanzminister in der Regierung der Großen Koalition. Damals hatte er in enger Zusammenarbeit mit Schiller die, aus heutiger Sicht betrachtet, kleine Wirtschaftskrise glänzend gemeistert. Er besaß eine Schlüsselstellung in der Regierung Kiesinger.

WELT: Es fiel der Name Adenauer. Strauß und Adenauer: Wo sind die Übereinstimmungen, wo sind die Differenzen, von den landsmannschaftlichen abgesehen?

Hillgruber: Die Übereinstimmung ist im Grundsätzlichen da: Die nationale Frage kann, wenn überhaupt, nur im europäischen Kontext gelöst werden und nur bei einer festen Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis. Das sagte ich schon.

Strauß hat aber mehr fachliche Kompetenzen, als sie Adenauer besaß. Er bräuchte zum Beispiel keinen Erhard. Andererseits – Adenauer war füchsischer, raffinierter in der tagespolitischen Praxis. Er war außerordentlich kühl. Eine Rede wie die Straußsche in Sonthofen oder im Münchner „Wienerwald" ist bei Adenauer schwer vorstellbar. Er hat zwar einmal gesagt, die SPD sei der Untergang Deutschlands – das aber war bei ihm schon sehr viel. Adenauer lehnte Preußen ab, aber im Wesenskern war er selbst doch preußischer geprägt als der vitale Bayer Strauß. Adenauer hat abgewartet, die Zeit lief ja – wenn auch spät – nach 1945 auf ihn zu. Für Strauß hingegen läuft die Zeit weg. Im Grunde sind es die 16 verlorenen Jahre, von 1969 bis heute, die ihm anhängen.

WELT: Warum ein Mann, der so viele Kompetenzen in seiner Persönlichkeit vereinigt, nicht an die Spitze vorrücken kann, verdient nähere Begründung. Gibt es eine innere Gesetzmäßigkeit, weshalb er das nicht schaffen konnte?

Hillgruber: Dazu muß ich auf die sechziger und siebziger Jahre zurückkommen. Die Straußsche Position, dieses Handeln aus reflektierter Erfahrung, stand quer zum „progressiven" Zeitgeist, der seit der Mitte der sechziger Jahre entschieden von „links" wehte. Die Prinzipientreue, die Strauß kennzeichnet, hat es verhindert, daß er sich – anders als andere – diesem Zeitgeist anpaßte. Er hat sich ihm entgegengestellt.

So, wie SPD und FDP in den siebziger Jahren Strauß als „reaktionären" Gegenpol darstellten, war es auch der CDU kaum möglich, sich voll zu Strauß zu bekennen. Als überlegener Mann hatte er in den eigenen Reihen nicht nur Freunde. Seine bayerische Lebensart, sein Temperament fanden nicht überall Anklang. Seine rhetorischen Übersteigerungen, seine Fähigkeit, Entwicklungen oder Tendenzen plastisch darzustellen, machten es den Gegnern leicht, ihn zu verteufeln.

Ein anderer, ein historischer Faktor hat Strauß zusätzlich behindert. Im Deutschen Reich hatte Preußen die Schlüsselstellung. Die Vertreter Preußens hatten daher vorrangig die Chance, die politischen Schlüsselstellungen zu besetzen. Berlin war gleichzeitig die Hauptstadt Preußens und des Deutschen Reichs – die Verknüpfung war naheliegend. Anders in der Bundesrepublik: Sie hat nur *einen* Staat, der über die Katastrophe von 1945 hinübergerettet werden konnte, das ist Bayern, während alle anderen Bundesländer künstliche Gebilde von Besatzungsgnaden sind. Nur konnte Bayern die alte Schlüsselstellung Preußens nicht einnehmen. Es liegt in der Bundesrepublik am Rande. Die Bundeshauptstadt Bonn ist von München nicht nur geographisch weit entfernt, sondern unterscheidet sich auch in der Mentalität – als Zentrale im Rheinland – grundlegend von der bayerischen Metropole. Man denkt dort anders.

WELT: Aber Sie sagten, Strauß sei ein Mann der ersten Stunde, also der ersten Stunde der Bundesrepublik. Welche Rolle spielte er, als Bayern sich damals im Parlamentarischen Rat gegen das Grundgesetz stellte?

Hillgruber: Eine sehr wichtige. Strauß ist im Bayerischen verwurzelt. Bei seinem Aufstieg in der Nachkriegszeit innerhalb der CSU stand er immer auf dem liberalen Flügel der Partei. Und er hat diesen Flügel verstärkt, der im Unterschied zu dem etwas engherzigen hochkonservativen (Hundhammer), bei aller Betonung der Eigenstaatlichkeit Bayerns, doch die Einfügung in den Rahmen der Bundesrepublik befürwortete. Von da aus war ein Brückenschlag zur CDU möglich. Und Strauß konnte die liberale CSU-Linie zur allgemeinen Linie seiner Partei machen.

> „Strauß hält es für die größte Gefahr, daß die SPD in Richtung eines Neutralismus abgleitet"

WELT: Sie würden Strauß also nicht als einen konservativen Politiker bezeichnen?

Hillgruber: Ich würde ihn als liberal-konservativ bezeichnen, das scheint mir treffender ausgedrückt. Konservative, bewahrende Grundhaltung, geprägt von dem katholischen Elternhaus, geprägt von den Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegszeit, aber verbunden mit einer Flexibilität, die dieses Bewahrende nicht zu einem Verkümmern und Begrenzen werden ließ. Liberal-konservativ als etwas, was in der deutschen Geschichte immer wieder einmal zum Ausdruck kam, aber nicht dauerhaft zum Besitz der Nation werden konnte aus Gründen, die nun weit in die Geschichte zurückführen.

WELT: Strauß ist ein großer Redner. Verbunden mit dem starken Temperament brachte ihm dies den Ruf eines auftrumpfenden, unbeherrschten Mannes ein. Bayern haben zupackende, plastische Begriffe. Wenn Strauß jedoch schwierige Entscheidungen zu treffen hatte, erwies er sich doch eher als ein Zauderer.

Hillgruber: Er handelt im großen nicht unbeherrscht, sondern eher zögernd. Er reflektiert die Folgen und die Nachwirkungen, so daß dieses Bild eben doppelpolig ist. Auf der einen Seite das Bild eines etwas unbeherrschten und polternden Strauß, der in der Tat in gewissen Reden, die wir alle kennen, über das Ziel hinausgeschossen ist, um die Dinge plastisch zu machen, der aber damit in weiten Teilen der Bundesrepublik nicht ankommt, weil diese bayerische Mentalität nun einmal nicht mit derjenigen distinguierter Hamburger oder Bremer Familien übereinstimmt – weil man überhaupt in Norddeutschland anders agiert und reagiert.

Das andere aber ist, wie ich schon sagte, die Fähigkeit zur Gesamtschau, die ihn veranlaßt, eher bedenkend zu handeln, weil er weiß, welche Folgen eintreten können, beabsichtigte oder unbeabsichtigte. Man sagt ja, wer immer reflektiert, der handelt überhaupt nicht. Goethe sagte, der Handelnde sei immer skrupellos und habe kein Gewissen, nur der Reflektierende habe Gewissen.

WELT: Strauß hatte in der innenpolitischen Strategie stets Ideen, die weniger an der Tagespolitik als am historischen Ablauf orientiert waren. Seine Einstellung zur SPD zum Beispiel war und ist polemisch gefärbt, aber nie feindselig ...

Hillgruber: Strauß ist der Überzeugung, daß die Bundesrepublik eigentlich aus einer Art „großer Koalition" von CDU/CSU und SPD geboren worden ist. Wir wissen, daß diese Koalition bei Adenauer faktisch nicht zustande kam – aber ohne diese Art Koalition wäre das Grundgesetz, die Basis unseres Staates, nie verabschiedet worden. Und diese Erfahrung ist für Strauß bestimmend geworden. Er hält es für die größte Gefahr, daß die SPD, was augenblicklich möglich erscheint, in Richtung eines Neutralismus abgleitet. Dies könnte im Falle ihrer Rückkehr zur Macht, was ja früher oder später wieder der Fall sein wird, zu einem regelrechten Systemwechsel mit schwerwiegenden Folgen für die internationale Konstellation führen.

Eine solche Entwicklung zu verhindern, war auch ein Anliegen bei der Gründung der Großen Koalition 1966. Strauß weiß, daß die Bundesrepublik nur existieren kann, wenn beide große Parteien einen Fundamental-Konsens behalten. Daher der Gedanke, daß man die Kräfte des Konsenses innerhalb der SPD stützen muß, möglicherweise wieder einmal in Form einer Großen Koalition, damit ein Regierungswechsel nicht national wie international verheerende Folgen nach sich zieht, die dann nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Strauß sieht die Bundesrepublik gegenwärtig in einer Situation mit geschichtlicher Tiefendimension. Wenn die Schmidt-SPD noch bestünde, wäre es letztlich gleichgültig (unter nationalem wie internationalem Aspekt), wenn es schon 1987 zu einem Regierungswechsel käme. Ein Regierungswechsel 1987 unter den gegenwärtig herrschenden Tendenzen in der SPD würde jedoch die Bundesrepublik in eine Situation bringen, wie sie noch nie bestanden hat. Der alte Konsens seit der Wehner-Rede und der Erler-Rede 1960, der außenpolitische Konsens, von Schmidt als führendem Kopf der SPD fast bis zuletzt durchgehalten, ist heute nicht mehr da. Strauß erkennt diese Lage. Sicher hat er das den heute Verantwortlichen in Bonn auch unter vier Augen gesagt. Aber das hatte offenbar keine Wirkung.

WELT: Erklärt diese Lageeinschätzung die irreparable Beziehung zur FDP?

Hillgruber: Strauß hält die FDP offensichtlich für überflüssig, weil die liberalen Kräfte in der CDU oder CSU längst eine Heimat haben. Diese negative Einstellung wurde – von ihm aus gesehen – von den frühen sechziger Jahren bis in die achtziger Jahre hinein immer wieder bestätigt. Es waren ja nicht die Gewerkschaften und es war nicht die „rechte" SPD, die die fragwürdigsten kulturpolitischen, rechtspolitischen und innenpolitischen Entscheidungen durchgesetzt haben, sondern es waren die „linken" FDP-Leute. Die ganze Bildungspolitik, um dieses dunkelste Kapitel zu erwähnen, ist von FDP-„Linken" gemacht worden. Auch für die „Lockerungsübungen" im Bereich des Rechtswesens, der Innenpolitik, war die FDP verantwortlich, die SPD hat mitgezogen. Und es war schließlich die FDP, die verhindert hat, daß 1976, als Kohl 48,6 Prozent gewann, der Wechsel, der damals schon nahegelegen hätte, vollzogen wurde. Sie ging nochmals das Bündnis mit der SPD ein.

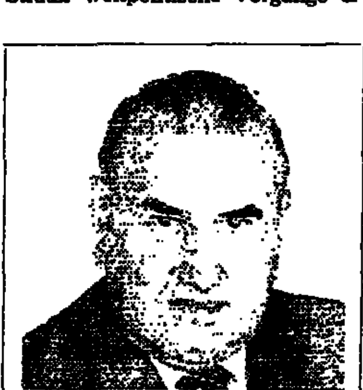
Als Schmidt 1982 stürzte, entstand eine hochinteressante Situation. Denn Strauß war damals, soweit ich informiert bin, bereit, mit Schmidt zusammen ein Übergangskabinett zu bilden: Schmidt als Kanzler, er als Außenminister, um dann in die Wahl zu gehen. Die FDP wäre in diesem Falle wohl endgültig weg gewesen.

WELT: Strauß als kontemplativer Mann, als Philologe, der seine Reden in Latein halten kann, ein Gebildeter also – wie erklärt sich die starke Spannung zwischen ihm und den sogenannten Intellektuellen?

Hillgruber: Die meisten Intellektuellen besitzen nicht das, was ein Politiker und Staatsmann haben muß: Verantwortungsethik. Ein Intellektueller ist eine spielerische Natur, er probiert gern verschiedene Dinge durch, die brillant sein mögen, die aber dann, wenn man sie auch nur ansatzweise verwirklichte, leicht zur Katastrophe führen würden. Auch Schmidt hat sich mit Intellektuellen, mit Professoren angelegt, weil sie auch ihm zu spielerisch erschienen und letztlich die Verantwortung nicht zu tragen bereit waren. Da in Deutschland die Intellektuellen immer weit nach „rechts" oder nach „links" ausholen – vorwiegend nach „rechts" wie in der Weimarer Zeit; bei uns fast nur noch nach „links" –, existieren zwischen allen handelnden Politikern und den Intellektuellen Spannungen.

WELT: Was würden Sie Strauß raten: Soll er seine Memoiren schreiben, seine Erfahrungen für die nachwachsende Politikergeneration aufzeichnen? Oder soll er in Bonn noch eimal das große Spiel wagen? Was würden Sie ihm an seinem 70. Geburtstag als Historiker empfehlen?

Hillgruber: Die Fortsetzung und vertiefte Kombination von Vita contemplativa und Vita activa. Also nicht darauf setzen, daß in Bonn doch noch eine Konstellation entsteht, die ihn an die Spitze, sei es des Kanzleramtes, sei es des Außeministeriums, bringt; sondern seinen Rat und seine Erfahrung der Regierung zur Verfügung stellen, trotz aller Schwächen und aller Probleme, die er dort sehr deutlich sieht. Als Sondergesandter in schwierigen Problemen, etwa in Nahost-Fragen oder auch im Verhältnis zu Amerika bereitstehen, in einer Kooperation, aber nicht in einer Integration mit der Regierung. Reflexion: das heißt, er sollte den Schatz seiner in Jahrzehnten gewonnenen Erfahrungen und Einsichten festhalten, sei es in Form von Memoiren oder in anderen Formen der Mitteilung. Das Leben im Alter neigt sich oft wieder zu den Anfängen. Die Vita contemplativa war der erste, wertvolle, in gewissem Sinne endgültige Anfang von Franz Josef Strauß.



Prof. Andreas Hillgruber (60) ist ordentlicher Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Köln. Der aus Ostpreußen stammende Gelehrte ist besonders mit Arbeiten über die Bismarckzeit und über das Dritte Reich hervorgetreten. Sein jüngstes Buch, „Der Zweite Welkrieg 1939–1945. Kriegsziele und Strategien der Großen Mächte", ist von der Kritik als Meisterwerk gefeiert worden. Hillgruber gehört (zusammen mit Schramm, Hubatsch und Jacobsen) zu den Herausgebern des „Kriegstagebuchs des Oberkommandos der Wehrmacht".

Schiller: Der josefinisch aufgeklärte Bayer

Von KARL SCHILLER

Beteiligte und Zuschauer wissen, daß in der Großen Koalition die Zusammenarbeit zwischen Strauß und mir sehr gut war. Der Finanzminister stand dem ökonomischen Kollegen bei seinen konjunkturpolitischen Bemühungen zur Seite, der Wirtschaftsminister half dem ärarisch-fiskalischen Kollegen bei seinen Anstrengungen zur Sanierung des Haushalts. Wenn man so will, verkörperte sich die Devise vom gleichzeitigen „Jäten und Säen" in der Arbeitsteilung und Kooperation dieser beiden Figuren.

Der Finanzminister Strauß hielt unter den damaligen Umständen einiges von aktiver Konjunkturpolitik. Vielleicht war er zeitweilig sogar ein geläuterter Keynesianer, was bekanntlich heute ziemlich aus der Mode gekommen ist. Aber die Politik der beiden Konjunkturprogramme und der Entlastung der „Altvorräte" bei der Einführung der Mehrwertsteuer (die zu seiner Zeit stattfand) war unzweifelhaft erfolgreich. Die erste größere Rezession der Nachkriegszeit wurde rasch überwunden. Auch der Sachverständigenrat gab sein Placet zu dieser Art von Nachfragepolitik, was heute ebenfalls vielfach vergessen wird.

Strauß, wie immer lernbegierig und lernfähig, hat zu dem damaligen allgemeinen Konsens wesentlich beigetragen. Er unterstützte das beschlossene Konzept makroökonomischer Politik nach Kräften, nicht nur im temporären deficit spending, sondern ebenfalls (was man später nicht schaffte) im konsequenten Schuldenabbau im Hochschwung der Konjunktur.

Aber auch unter den damaligen Gegebenheiten konnte sich antizyklische Wirtschaftspolitik, wie man es einst nannte, nicht im Auf und Ab von Eventualhaushalten erschöpfen, das gestärkte Vertrauen der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten in die Politik der Großen Koalition war ebenfalls eine entscheidende Vorbedingung dafür, daß die Wirtschaft auf einen besseren Wachstumspfad gebracht wurde.

Die Strauß'sche Finanzpolitik war in diesem Sinne eine vertrauensbildende Maßnahme. In seiner Haushaltspolitik trat dabei schon eine deutliche Technologiefreundlichkeit hervor, ein Element, das später zu den Konstanten seiner politischen Philosophie wurde. Überhaupt offenbarten sich zwei Seiten seines Wesens, eine bajuwarisch-konservative und eine „josefinisch"-aufgeklärte, progressive.



Prof. Karl Schiller

Natürlich ist es nicht möglich, eine so starke und bunte, facettenreiche Persönlichkeit, die zudem vielerlei Entwicklungen durchgemacht hat, lediglich aus der angenehmen Zusammenarbeit während dreier Jahr im Kabinett und aus einigen gemeinsamen Jahren im Bundestag gerecht zu würdigen. Dazu wäre ein größerer Wurf nötig. Die manchmal geschmähte Regierung der Großen Koalition wird heute schon gelegentlich zu den produktivsten Phasen der deutschen Politik gezählt. Es ist kein Zufall, daß Strauß in dieser Kombination eine tragende Kraft wurde.

Wenn er selber heute, an seinem Festtag, auf seine bisherige politische Aktivität zurückblickt, wird er möglicherweise sein eigenes Tun in jenen drei Jahren unter die produktivsten Abschnitte seines Wirkens einreihen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das neue Kauderwelsch

Oft ist auf einzelne überflüssige Fremdworte hingewiesen worden; ich vermisse die Feststellung, daß es sich um eine Pest handelt: Wie bei „Aids" merken die Erkrankten nichts. Als Beispiel für das Neu-Kauderwelsch ein Satz aus einer Tageszeitung: „Er legte zur Realisierung dieses Postulats jetzt ein Strategiepapier zur Konsolidierung der Sozialhilfe vor." Ins Deutsche übersetzt könnte das etwa heißen: „Damit diese Forderung durchgesetzt werden kann, legte er jetzt einen Planungsentwurf für die Sicherstellung der Sozialhilfe vor" – vier Fremdworte eingespart.

Wie unsere Sprecher und Schreiber heute ihre Muttersprache verarmen lassen, sollen drei Beispiele zeigen: „Distanz" statt „Strecke, Entfernung, Abstand, Zwischenraum". „Position" statt „Stelle, Lage, Platz, Stand, Stellung, Einstellung, Ansicht, Meinung, Auffassung", „reduzieren" statt „herabsetzen, verringern, vermindern, mindern, verkleinern, senken, einschränken".

„Integrieren, installieren, institutionalisieren, konkretisieren, präsentieren, perfektionieren" – das sind einige wenige Beispiele; ohne „defekt, präzis, effektiv, exakt, konkret" ist kein Text mehr denkbar. „Agieren, aktiv, Aktion, Akteur, Aktivität" sind unentbehrlich. Zum Abschluß sei noch das „Terrain" erwähnt.

Wer ist zuständig? Der Innenminister lehnt die Verantwortung ab; seiner Ansicht nach sind es „die" Kultusminister.

Friedrich Doepner, Celle

Ein politisches Problem

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nachrichtendienste gehören zum normalen Instrumentarium eines Staates, Spionagefälle sind die damit verbundenen Vorkommnisse. Im Fall Tiedge offenbart sich aber weit mehr als ein Spionagefall, es zeigt sich die erschreckende und abgrundtiefe Unfähigkeit einer politischen Führung. Politische Unfähigkeit führt zur Lähmung bedeutender Institutionen. Hat nicht erst im Falle Kießling der MAD völlig versagt?

Bei den offiziell sehr hohen Zahlen von Ostagenten in der Bundesrepublik hätte Herrn Zimmermann die geringe Effizienz des Verfassungsschutzamtes auffallen müssen, ganz zu schweigen von Herrn Hellenbroich, dem Hauptverantwortlichen der äußeren Katastrophe. Mittlerweile war Hellenbroich Präsident des BND, ein Umstand, der unsere Verbündeten zu noch größeren Vorbehalten veranlassen dürfte.

Die Unzulänglichkeit des Verfassungsschutzamtes ist ein politisches Problem und kein Versagen der unteren Chargen, die pflichtgemäß ihre Besorgnisse meldeten. Was Reporter in wenigen Stunden über Tiedge in Erfahrung bringen konnten, muß zu den ernstesten Konsequenzen für die Verantwortlichen des Skandals führen.

Das schlimmere Übel ist aber der Nährboden, auf dem der Fall Tiedge gedeihen konnte. Es ist dies die permanente Desinformation und Irreführung des Bundesbürgers durch Einflußagenten des KGB. Besonders bedenklich erscheint mir die Tätigkeit gewisser Parteipolitiker, Parteikreise und Medien (Rundfunk, Fernsehen usw.), die mittels gezielter Irreführungskampagnen verhindert haben, daß durch geeignete Gesetze und Maßnahmen eine intensive Sicherheitsprüfung von Personen im öffentlichen Dienst möglich gemacht worden wäre. Wer nichts zu befürchten hat, wird nichts dagegen haben.

Es hilft auch nicht, wenn Herr Kohl im Falle Tiedge die „DDR" mit erhobenem Finger ermahnt; das wirkt läppisch und unrealistisch. Wer nicht in der Lage ist, seine Gegner zu erkennen, sollte die Geschäfte anderen überlassen.

Mit freundlichen Grüßen
A. Neumaier, München 50

*

Ach, wie „beruhigend" ist es doch, daß Regierungsrat Tiedge vorläufig die Hälfte seiner Bezüge weiter erhält. Wie funktioniert denn das? Werden ihm die Gelder über Mittelsmänner an seine unbekannte Adresse weitergeleitet? Und wie lange ein Prozeß dauert, bis er „eventuell" seine Beamten-Rechte verliert, das wissen wir ja. Ach, wie schwimmt unser staatliches Finanzwesen im Geld! Wer den Staat verrät, wird auch noch hoch belohnt!

L. Gieseke, Berlin 28

Nichts gelernt?

„Leserbrief: Späte Einsicht"; WELT vom 28. August

Alle im Leserbrief erwähnten Fakten sind nachhaltig zu unterstreichen. Aus Versailles hat man allerdings gelernt, aus München offenbar nicht. Daher muß „München 1938" als ständige Mahnung für den Umgang mit Diktatoren gelten! Damals Appeasement – heute friedliche Koexistenz! Unter dem Schirm dieser Begriffe wurde zum Beispiel die Tschechoslowakei je eimal besetzt; eine Fülle weiterer „Schirmherrschaften" könnten aufgezählt werden.

Im Augenblick findet man allerorten Plakate „Nie wieder Hiroshima" – völlig richtig, kann ich ebenfalls nur unterstreichen. Doch wo findet man ein Plakat „Nie wieder Afghanistan"?

Den Geist von Nürnberg 1935 (Nürnberger Gesetze) haben wir gottlob überwunden, doch der Geist von Nürnberg 1985 (Friedensgespräche der SPD) scheint sich fortzupflanzen. Wer spricht eben dort noch über geschichtliche Fakten, die dem friedlichen Koexistenzpartner nicht ins politische Geschäft passen?

Heute erst müssen wir schon wieder lesen, daß Professor Carstens einige Passagen seiner Rede vor dem Lutherischen Weltbund und dem Weltkirchenrat in Genf „mit Rücksicht auf die Delegierten aus dem Osten" ändern sollte.

Es zeigen sich doch langsam aber deutlich Symptome, die, wenn die Einsicht nicht bald kommt, unsere Freiheit mehr bedrohen als jeder noch so hochkarätige Abwehrmann, der sich nach Osten absetzt.

P. Wendlandt, Hamburg 36

Wort des Tages

» Die Vergangenheit und die Gegenwart sind die Mittel. Die Zukunft ist der Zweck. «

Blaise Pascal, französischer Mathematiker und Philosoph (1623–1662)

Beweisnot

„Die französische Staatsräson ließ nur ein Ergebnis zu"; WELT vom 28. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior" wurde von Agenten des französischen Geheimdienstes DGSE versenkt, wobei ein portugiesischer Fotograf ums Leben kam. Die Beteiligten an und die Verantwortlichen für diese Tat müssen ausfindig gemacht und hart bestraft werden.

Doch bei der Suche darf man nicht so weit gehen, daß dem unabhängigen Sonderbeauftragten vorgeworfen wird, er habe aus Gründen der Staatsräson die Regierung von allen Verdächtigungen reingewaschen. Schon die Tatsache, daß Herr Tricot Richter ist, läßt erkennen, daß er bestimmt nicht einen die Regierung belastenden Beweis in seinem Bericht unter den Tisch fallen lassen würde.

Zwar bleiben nach dem Bericht noch einige Fragezeichen bestehen. So hat Herr Tricot nicht ausdrücklich die französische Regierung von jeder Verantwortung freigesprochen, sondern es lagen hierfür keine handfesten Beweise vor.

Die Wahrheit darüber, ob die Regierung über dieses Unternehmen ihres Geheimdienstes informiert war, es geduldet oder gar angeordnet hat, wird wohl nie herauskommen. Doch bei den Problemen mit unseren Geheimdiensten sollten wir uns ein Urteil über Vorgänge in anderen Ländern tunlichst verkneifen.

Mit freundlichen Grüßen
Th. Aden, Sande

Die Nachfolgerin

Liebe WELT,

Herr Geißler sagt als Familienminister ade. Die beste Würdigung hat am 15. Juli 1985 Ihr Feuilletonist Pankraz ausgesprochen: „Und daß das Geißler-Ministerium ausgerechnet in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit die Politik früherer Koalitionen fortsetzt und die berufstätige Frau eindeutig gegenüber der Nur-Hausfrau privilegiert, geschieht zwar auf Druck der CDU-Frauenvereinigungen, ist aber dennoch beschäftigungspolitisch falsch und familienpolitisch gefährlich."

Seine Nachfolgerin wird man erst nach zehn Jahren an ihren Erfolgen in der Familien- und Beschäftigungspolitik für Jugendliche messen können. Wird dann die Alterspyramide noch immer so ungünstig aussehen wie jetzt? Wird die Arbeitslosigkeit der dann zusammengeschmolzenen Jugend noch immer ein Problem sein? Wird die hohe Zahl der Abtreibungen dann zurückgegangen sein? Wird noch immer ein großer Teil der Jugendlichen „no future" vor sich sehen?

Die Nur-Hausfrau darf nicht länger unterprivilegiert sein. Deutschland muß kinderfreundlicher werden. Der Jugend muß wieder eine Zukunft offenstehen. Es ist eine Aufgabe für alle. Am wenigsten dürfen CDU-Frauen sich querlegen.

Mit freundlichen Grüßen
U. Strech, Wissen (Sieg)

Horchbojen

„Konkurrenz für Lauscher"; WELT vom 28. August

Der Beitrag könnte den Eindruck erwecken, Funkbojen zur Wetterbeobachtung seien neu. Tatsächlich aber hat die deutsche Kriegsmarine solche Geräte von 1942 bis 1945 in verschiedensten Positionen in der Arktis und im nördlichen Atlantik eingesetzt, um die gleichen Wetterelemente wie nun Toga zu messen. Sie wurden von U-Booten ausgesetzt. Einziger Unterschied zu Toga ist, daß die Bojen verankert wurden und die Signalübermittlung mit Kurzwellen durch Reflexion an der Ionosphäre erfolgte. (Veröffentlichung: E. Plötze, K. Rawer, E. Stoebe in „Zeitschrift angewandte Physik" 5, 1953, 351-359.)

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. K. Rawer, March-Hugstetten

Fettes Symbol

„Der Hut des Ministers"; WELT vom 28. August

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

als Illustration zu dem Artikel von Wilfried Hertz-Eichenrode bringen Sie ein Bild des Adlers, der den Plenarsaal des Bundestages in Bonn ziert, mit der Unterschrift: „Preußen im Unterbewußtsein: der Adler des Bundestages".

Bitte vergleichen Sie einmal diesen fetten Vogel mit den gestutzten Flügeln, die wohl kaum ausreichen dürften, um sich aus dem Sitzen zum Flug zu erheben, mit dem preußischen Adler. Dann haben Sie den ganzen Unterschied zwischen Preußen und der Bundesrepublik schlagartig vor Augen.

Es wäre m. E. ein Dienst an Ihren Lesern, in einer Abbildung die beiden Adler einmal nebeneinander zu zeigen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolf Schenke, Hamburg 61

Personalien

GEBURTSTAG

Der geschäftsführende Direktor des Zentrums für Dermatologie und Andrologie an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, Professor Dr. **Leonhard Illig**, feierte seinen 65. Geburtstag. Der seit 1970 an der Universität Gießen arbeitende Wissenschaftler wurde vor allem durch seine Aufklärungskampagne im Kampf gegen die malignen Melanome (Hautkrebs) in den letzten Jahren weit über sein Fachgebiet hinaus bekannt.

AUSZEICHNUNGEN

Zwei große alte Männer der deutschen Politik nach 1945 trafen in Bonn zusammen: **Heinrich Krone**, der mit dem „Ludger-Westrick-Preis" ausgezeichnet wurde, und **Ludger Westrick**, der zur Gratulation in die Wohnung von Krone gekommmen war. Die Auszeichnung, die Heinrich Krone (89) erhielt, wird für besondere Verdienste um den sozialen und inneren Frieden und um die Partnerschaft in den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft verliehen. Krone, von 1925 bis 1933 Reichstagsabgeordneter, nach dem Krieg Mitbegründer der CDU in Berlin, von 1955 bis 1961 Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, war ein enger Vertrauter des früheren Bundeskanzlers **Konrad Adenauer**. Ludger Westrick (90), einst Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister **Ludwig Erhard**, war zehn Jahre lang Aufsichtsratsvorsitzender bei der Deutschen Honeywell, die den mit 10 000 Mark dotierten Preis vergibt. Der Geehrte hat den Geldpreis in voller Höhe an das Maximilian-Kolbe-Werk weitergereicht, das ehemalige polnische Häftlinge deutscher Konzentrationslager betreut.

*

Der Maler **Wolfgang von Websky**, der am 29. September sein 90. Lebensjahr vollendet, erhält die von der Künstlergilde Esslingen gestiftete Pro-Arte-Medaille. Die Auszeichnung wird ihm am 27. September in der Ostdeutschen Galerie Regensburg übergeben. Der in Berlin geborene Senior der schlesischen Maler entstammt einer alteingesessenen schlesischen Familie, die zu den großen Unternehmer-Dynastien des Landes gehörte. Wolfgang von Websky gilt als „lebender Porträtist von Rang", aber auch Landschaften und Stilleben sowie figurale Kompositionen im großen Format gehören zu seinem bildnerischen Werk.

KIRCHE

Schwester **Maria Ancilla Röttger** (34) aus Meschede ist zur neuen Äbtissin des Konvents der Klarissen am Dom zu Münster gewählt worden. Ihre Amtszeit beträgt zwölf Jahre. Sie ist Nachfolgerin von Schwester **Maria Coleta Schulte Walter** (63), die als Vikarin des Konvents das Amt der Stellvertreterin übernommen hat. Schwester Maria Ancilla ist seit 1977 im Konvent der Klarissen. Zuvor war sie Studienrätin in Soest.

RUHESTAND

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. **Paul Wilhelm Kolb**, ist nach 16jähriger Präsidentschaft in den Ruhestand gegangen. Der gebürtige Münchner, Jahrgang 1920, gehört zu jener Generation, die vom Kriegs- und Nachkriegsgeschehen geprägt wurde. Nach seiner Entlassung als Offizier folgten Jurastudium mit Promotion, dann Tätigkeiten als Anwalt und Syndikus in der Wirtschaft. Vielseitige Erfahrungen waren Anlaß und Basis für einen Wechsel in den öffentlichen Dienst im Jahre 1956. Im Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, im Bundesministerium der Verteidigung, als Geschäftsleitender Beamter im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates sowie im Bundeskanzleramt konnte Kolb sich bewähren. Am 13. Mai 1969 wurde er Präsident des früheren Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, dessen Vizepräsident er seit Januar 1968 war. Als Präsident des späteren Bundesamtes für Zivilschutz trat er mit starkem persönlichen Engagement unermüdlich dafür ein, den Zivilschutz auszubauen.

UNIVERSITÄT

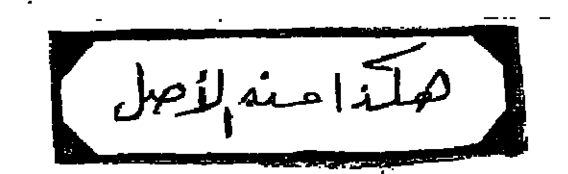
Dr. **Peter H. Seeburg**, Senior Scientist, Genentech Inc., San Francisco, hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Molekularbiologie am Zentrum für Molekulare Biologie Heidelberg (ZMBH; Fakultät für Biologie) erhalten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT), WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger
Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.
Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.
Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.
Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.





Sie feierten die erste TV-Weihnacht und den ersten TV-Jahreswechsel: Lonny Kellner und Peter Frankenfeld FOTO: PETER TIMM

Von Anfang an dabei (7): P. Frankenfeld, L. Kellner und die Weihnachtsfeier

Eine rote Papphand wies den Weg

Eigentlich ist das Fernsehen ein Weihnachtsgeschenk an die Menschheit gewesen. Es war nämlich am Heiligen Abend des Jahres 1883, als der Berliner Student Paul Nipkow den Einfall hatte, lebende Bilder zu übertragen, indem man sie einfach in einzelne Punkte auflöste. Unter dem Christbaum sitzend, skizzierte er gleich die ersten Entwürfe für eine entsprechende Apparatur. Aber erst Jahrzehnte später gehörte das von Nipkow vorausempfundene Gerät so selbstverständlich zum Leben der Menschen, daß es in Millionen von Wohnzimmern aus dem trauten Kreis der Familie einen Halbkreis machte.

Mein Mann Peter Frankenfeld und ich hatten das Glück, schon in den Pioniertagen dieses aufregenden Mediums dabeisein zu dürfen. Bei Peter war das schon 1938 der Fall. Der Berliner Fernsehsender „Paul Nipkow", der seit 1935 ein bescheidenes Programm in fünf öffentliche Fernsehstellen übertrug, engagierte den damals in Berlin schon recht bekannten Conferencier Frankenfeld zusammen mit Theo Lingen. Ausgerechnet diese beiden Erzkomödianten trugen, in Stresemann-Anzüge gehüllt, mit würdigen Mienen Lyrik vor. Ein Männerchor, ebenfalls dunkel gewandet, sang dazu Feierliches. Die wenigen *Zuschauer erlebten Seriöses,* ohne zu ahnen, daß ihnen die bemerkenswerteste Darbietung des Abends entging.

Es hatte sich unter den Chormitgliedern herumgesprochen, daß auf dem winzigen Kontrollgerät des Regisseurs das Fernsehbild nur zögernd verblaßte. Wer also flink war, konnte sich selbst noch für Sekundenbruchteile bewundern. Das war für alle Beteiligten eine aufregende Vorstellung, *denn keiner von ihnen konnte sich* später auf dem Bildschirm sehen – Aufzeichnungsgeräte waren noch nicht erfunden. Schon während sich die Darbietung ihrem Ende zuneigte, sorgten die Sänger für eine gute Startposition, Füße wurden eingestemmt und der kürzeste Weg zum Monitor in Augenschein genommen. Beim letzten Sendeton stürzten sie Hals über Kopf auf das Gerät des Regisseurs zu, der sich behend in Sicherheit brachte. Wem es gelang, den Apparat zu erreichen, ohne daß ihn ein Mitläufer zu Fall brachte, kam immerhin in den Genuß, sein Konterfei als zerlaufenden Schemen zu betrachten. Immerhin – man hatte sich auf dem Fernsehschirm gesehen!

Als das Deutsche Fernsehen nach dem Krieg wieder mit seiner Arbeit begann, konnte es schon mit einer erheblich besseren Bildqualität aufwarten. Peter Frankenfeld war bereits am zweiten offiziellen Sendetag, dem 25. Dezember 1952, wieder dabei. Das Studio des NWDR war in einem ehemaligen Flakbunker auf dem Hamburger Heiligengeistfeld eingerichtet. Geradezu rührend war das Hinweisschild zu den Produktionsanlagen. Auf den groben Beton hatte jemand eine rote Hand aus Pappe genagelt, die signalisierte: hier lang zum Studio ...

Produziert wurde an jenem Tag die Sendung „Eine nette Bescherung": Peter und Alice Treff spielten in einer dürftigen Handlung das Elternpaar von Cornelia Froboess. Passend zur Jahreszeit schmetterte das Kind seinen neuesten Schlager „Hei hei hei so eine Schneeballschlacht". Im Studio herrschte allerdings nicht gerade Winterklima; die mächtigen Scheinwerfer sorgten für tropische 55 Grad. Bei Verwendung von echtem Schnee wäre die fröhliche Szene denkbar kurz geraten, also bastelte der Requisiteur weiße Bälle aus Watte, die die kleine Cornelia aus dem Bild warf, worauf der Kameramann auf Zeichen des Regisseurs „Au" juchzte.

*Einer der Fleißigsten der Produk*tion war Erwin Fuchs, damals Leiter der Unterhaltungsabteilung, in Wahrheit aber Mädchen für alles. So übernahm er es zum Beispiel, alle Fernsehteilnehmer zu Hause anzurufen, um ihnen rechtzeitig mitzuteilen: Achtung, heute abend gibt's was im Fernsehen. Das klingt schlimmer, als es war: In den ersten Tagen des Fernsehens nach dem Krieg hatten weniger als hundert Menschen überhaupt einen Apparat.

Ein paar Tage nach Peter, am Silvesterabend 1952, stand ich im selben Studio vor der Kamera. Es war die *zweite Unterhaltungssendung* des Deutschen Fernsehens. Ich sang mein Lied in einer hellblauen Wolke von Kleid, in dem etwa zwanzig Meter Tüll verarbeitet waren. Die Sendung begann, die Scheinwerfer flammten auf. Innerhalb von Minuten kletterte das Thermometer auf 65 Grad. Alle Mitwirkenden schwitzten unsäglich. Noch während meines Auftrittes spürte ich, wie meine duftige Tüll-Kreation zusammenfiel wie ein Soufflé. Ich traute meinen Augen nicht, als ich nach meinem Auftritt in einen Spiegel sah: Von Eleganz war nichts übriggeblieben, ich sah aus, als hätte ich soeben den Ärmelkanal durchschwommen. So konnte ich unmöglich der Silvestereinladung der legendären Grethe Weiser folgen. Ich warf mich also in ein Taxi, fuhr ins Hotel, duschte und zog mich um. Dann fuhr ich mit demselben Taxi zu Grethe Weisers Haus. Unterwegs schlug es zwölf Uhr, Böller knallten und Raketen stiegen auf. „Prost Neujahr", rief ich dem Taxifahrer zu. Das erste Jahr des Deutschen Fernsehens war zu Ende gegangen.

Peter und ich erhielten auch Jahre später noch einmal die Gelegenheit, unter den TV-Pionieren zu sein. Als die zweite große deutsche Sendeanstalt, das ZDF, aus der Taufe gehoben wurde, waren wir dabei. In der Eröffnungssendung spielten wir gemeinsam einen Sketch.

Der Fortschritt war auch im Studio spürbar: Unter den Scheinwerfern herrschten jetzt nur noch 40 Grad Hitze.

LONNY KELLNER-FRANKENFELD

Am 11. 9. erzählt Chris Howland von seiner Premiere als Discjockey beim NWDR



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über ARD:
9.45 ARD-Ratgeber
TV-Kochbuch
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Via Mala (5)
Film von Tom Toelle
11.55 Umschau
12.10 Monitor
12.55 Presseschau

IFA-Programm (nur über ZDF):
10.00 Tagesschau
10.05 Mit dem Ersten dabei
11.00 Tagesschau
11.05 Wir über uns
12.00 Tagesschau
12.05 Das Mittagsmagazin
13.00 Tagesschau
13.15 ARD und ZDF im Gespräch

ARD

13.45 Die Stunde der Dritten
Funkausstellung Berlin 1985
Heute vom NDR
Fernsehen zum Mitmachen – Die Nordkette von NDR, RB und SFB
Mit Liane Pein und Denes Törzs
14.45 Die goldene Eins
Mit Sigi Harreis, Jürgen von der Lippe und Michael Schanze
17.40 Funkausstellung aktuell
Der Tag im Rückblick
Berichte und Reportagen über die Höhepunkte des Tages und die neuesten technischen Entwicklungen
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wer einmal lügt
Krimi von Wilfried Dotzel und Friedheim Werremeier
Mit Gerd Kunath, Arthur Brauss u. a.
Regie: Wilfried Dotzel
Erich Weygang hat Angst. Angst vor der Arbeitslosigkeit. Die Geldtransportfirma, für die er seit langen Jahren riesige Summen befördert, steckt angeblich in Schwierigkeiten. Da hat der Mittfünfziger eine Wahnsinnsidee: Er heuert zwei Ganoven an, die seinen mit Millionen beladenen Geldpanzer überfallen, zum Schein ein paar hunderttausend Mark stehlen – und dann von ihm, Weygang, in die Flucht geschlagen werden sollen. So hofft er, seine Unentbehrlichkeit dramatisch unter Beweis *zu stellen. Seine Komplizen* wollen sich aber nicht mit einem Teil der Millionen-Ladung zufrieden geben.
21.15 Begegnungen
Mit Franz Josef Strauß
Aufgezeichnet von Peter von Zahn
„Wie beurteilen ihn führende Köpfe unserer Zeit, die in der Zusammenarbeit oder Auseinandersetzung mit Strauß ein Urteil über ihn gewinnen konnten?" Diese Frage haben Wolf Feller und Peter von Zahn an Freunde, politische Gegner und distanzierte Beobachter gerichtet. Das Spektrum reicht dabei von Henry Kissinger über Karl Schiller bis zu Golo Mann.
22.00 ARD-Sport extra
Fußball: 1. Bundesliga
22.30 Tagesthemen
23.00 Musikszene 85
Neues aus dem Schaugeschäft
Präsentiert von Ron Williams
Mit Trio, John Fogerty u. a.
23.45 Tagesschau

ZDF

13.45 Funkausstellung Berlin 1985
Quasselbox
ZDF-Zuschauer und ihr Programm
13.50 Quick, quick, slow ...
Tanz und Sport
Präsentiert von Renate Hilgert, Max-Ulrich Busch und Wolfgang Steuer
14.30 Grüezi, Servus, Guten Tag
3-SAT in Berlin
14.45 Zehnkampf der Fernsehfans
Ein Mannschaftswettstreit mit Ausstellungs-Besuchern
16.00 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 Showplatz Berlin
Die ZDF-Infothek
Mit Victoria von Campe und Horst Schättle
18.00 Alte Gauner
Schrittmacher
Das Übernachten auf Parkbänken wird dem alten Stadtstreicher Emil Schropf allmählich zu mühsam. Im Krankenhaus, so meint er, sei er am besten aufgehoben. Die Frage ist nur: wie kommt man hinein, wenn man gesund ist?
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Funkausstellung Berlin 1985
Filme, Facts und Favoriten
Vorgestellt von Sabine Sauer
20.15 Aus dem Deutschen Reichstag:
ZDF-Magazin
Deutschland und Berlin – Meinungsbilder zu nationalen Fragen
Moderator: Gerhard Löwenthal
21.00 Hotel
Serie nach Arthur Hailey
Entwürfe
21.45 heute-journal
22.05 Auf Biegen und Brechen?
Regierung – Gewerkschaften – Arbeitgeber
Bericht von Dieter Balkhausen
22.45 Das kleine Fernsehspiel
Der goldene Oktober
Mit Norbert Hähnel, Zazie de Paris, Knut Hoffmeister, Trini Trimpop u. a.
Musik: Gas Twist
Regie: Knut Hoffmeister
Im Berlin einer Zeit X werden fünf Mitglieder der Regierung von der Untergrundgruppe „Goldener Oktober" gekidnappt. Aus Furcht vor weiteren Entführungen beschließt das Kabinett unter Kanzler Heino ein Paket von Gegenmaßnahmen.
23.55 Zeugen des Jahrhunderts
Leo Brawand im Gespräch mit Kurt A. Körber
0.55 heute

III.

WEST
9.00 Aus dem Bundestag
Einbringung des Haushalts 1986 durch Minister Stoltenberg, mit anschließender Debatte
18.30 Die kleine Meerjungfrau
Nach Hans Christian Andersen
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme

NORD
18.00 Sport-Treff
18.30 Die kleine Meerjungfrau
19.00 Das Auge
Funktion – Erkrankung – Prophylaxe
19.30 Das Jahr im Garten: September

HESSEN
18.30 Die kleine Meerjungfrau
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
19.45 Der Physik-Zirkus II
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Live aus Düsseldorf
Zwischen Königsallee und Kom(m)ödchen – Düsseldorfer Köpfe
21.45 Hobbythek
Einfach ätzend:
Plaketten, Schilder, Abzeichen
22.30 Keine Gnade, Mr. Dee
Amerikanischer Spielfilm, 1976
Mit Jim Mitchum, Karen Lamm u. a.
0.05 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
9.00 Wie WEST III
18.00 Albert Schweitzer
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Jogiarts
Die kurze Geschichte einer Kinder-Band
20.15 Wanderungen durch die DDR
Potsdam
21.00 Anastasia
Amerikanischer Spielfilm, 1956
Mit Ingrid Bergman, Yul Brynner u. a.
22.40 Frauen in der Fremde
Schicksale indischer Frauen in Deutschland
23.25 Nachrichten

BAYERN
9.00 Wie WEST III
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Mad Movies
20.15 Christians Wanderbrettl
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Claire (6)
22.40 Weine nicht um mich, Argentinien
Reisebericht von Leif Hemann
23.25 Schach dem Weltmeister
23.55 Rundschau

SAT 1

13.30 Trickfilmzeit mit Adelheid
Wilhelm Tell
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Black Beauty
Wolken über York Cottage
15.30 Musicbox
16.30 Happy Days
Die Rocker rücken an
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Der Goldschatz
Österreichischer Dokumentarfilm, 1969
18.00 Es darf gelacht werden
Der Wüstling und die Dame
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
News, Show, Sport
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Unterhaltung rund um den Sport
Moderation: Roman Köster
20.00 Offen gesagt
Lothar Kleinjung unterhält sich mit Rudolf Schock
20.30 Love Boat
Anschließend: Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Kommissar X – In den Klauen des goldenen Drachen
Deutscher Spielfilm, 1966
Mit Tony Kendall, Brad Harris u. a.
Regie: Frank Kramer
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Grüezi, Servus, Guten Tag
18.30 Die drei Klumberger
Besuch in Amsterdam
19.00 heute
19.30 „Ich erinnere mich gern"
Zum 70. Geburtstag von Rudolf Schock
21.05 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 In Viscontis Land
Eine Reise durch die südliche Lombardei
22.30 Sportreport
Der See
23.15 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

17.00 Gewinn zu Beginn
17.05 Mini-Max
18.55 Typisch RTL – Jetzt ist Feierabend
18.15 Da-da-damals
18.15 Regional 7
18.35 Der gute Nachbar
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.18 Karlchen
19.22 RTL-Spiel
19.30 Die Straße der Mode
2050 Die keusche Geliebte
Deeutscher Spielfilm, 1940
22.20 Zeichentrick für Erwachsene
22.38 Hier ist Berlin
22.46 Horoskop
22.50 Betthupferl

STUDIO

Am 6. September wird in Salzgitter die erste **kommunale türkische Videothek in der Bundesrepublik** eröffnet. *150 türkische Unterhal*tungsfilme und 50 türkische Sach- und Informationsfilme stehen zur Ausleihe bereit, darüber hinaus auch rund 180 deutschsprachige Spiel-, Kinder- und Sachfilme. Die Stadbücherei Salzgitter hofft, auch bald Videofilme des türkischen Kultusministeriums zu erhalten.

In der anderen beteiligten Projektbibliothek, der Stadtbibliothek Bielefeld, wird das Videoangebot für die türkische Bevölkerung am 11. September eröffnet. Dort werden bereits seit einiger Zeit deutschsprachige Videokassetten ausgeliehen; rund 240 türkischsprachige werden nun dazukommen, *die von der Thematik her mit dem* Angebot in Salzgitter vergleichbar sind. Das Videoangebot für die türkische Bevölkerung soll in beiden Städten bis Mitte 1986 noch ausgebaut werden. Ziel ist ein Bestand von 400 bis 600 Kassetten pro Bibliothek. Beide Projekte werden vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und dem deutschen Bibliotheks-Institut in Berlin gefördert. DW.

*

Eine von der Deutschen Welle, der Gesellschaft Transtel und zwei Stationen der nicht-kommerziellen amerikanischen Senderkette „Public *Broadcasting Service"* (PBS) gemeinsam produzierte Fersehsendung über Johann Sebastian Bach ist für den **Emmy-Award**, den renommiertesten Fernsehpreis in den USA, nominiert worden. Das Zwei-Stunden-Programm mit dem Titel „The Well-Tempered Bach", das von Peter Ustinov moderiert wird, wurde im April dieses Jahres von rund 300 PBS-Stationen ausgestrahlt. DW.

KRITIK

Zu hoch gepokert

Es fiel schwer, Symphatie für den etwas schläfrigen jungen Mann aufzubringen, der zu Beginn der neuen (vierten) **Wochenendgeschichte** mit dem Titel „Schwarzer Bube" (ARD) anfangs beim Pokerspiel enorme Gewinne einkassierte. Mit seiner Freundin ging er auch einigermaßen nachlässig um, trotz aller Liebesbeweise. Von seinem Vater, dem überalterten Heldendarsteller an einer mittleren Bühne, den er wie alljährlich zum Geburtstag besucht, wird er zu einem Kartenspiel zu vieren aufgefordert.

Weiß der Vater eigentlich, daß die Karten des Sohnes Leidenschaft sind? Bei diesem Spiel, bei dem es keineswegs mit rechten Dingen zugeht, und zwar auf allen Seiten, wird ihm sein ganzes Bargeld und auch sein bildschöner Porsche abgeknöpft. Es ist, wie wir hinterher erfahren, ein Racheakt für seine mangelnde Sohnesliebe. Von dem Augenblick an hat ihn dann sein Glück ein für allemal verlassen, sowohl in der Liebe wie auch im Spiel – die Freundin schmeißt ihn raus, und seine Spielkumpane plündern ihn vollständig aus.

Das 60 Minuten lange Dramolett ist von dem Autor Klaus Bädekerl überzeugend angelegt und durchgeführt, ebenso wie der Held (Hanno Pöschl). Ein kleiner Exkurs über die Regeln des Pokerspieles wäre vielleicht angebracht gewesen. Aber die beklemmende Luft unter leidenschaftlichen Glücksspielern bis ins Morgengrauen hinein hat die Regie (Vivian Naefe) sehr gut eingefangen, auch den etwas freudlosen Witwerhaushalt des Vaters und den Gang von Vater und Sohn auf den Friedhof.

Man kann sehen, wie sich aus dem Stil der meist recht gut gelungenen Episodenfilme und den vielgeschmähten deutschen Krimi-Serien, die weit besser als ihre amerikanischen Pendants sind, im deutschen Fernsehen ein realistischer Stil entwickelt hat, frei von überflüssigen künstlerischen Überhöhungen und hinreichend spannend, wobei immer noch genug Raum für gelungene Kamera-Arbeit und raffinierte Schnitte bleibt. HELLMUTH JAESRICH

Lebensgeschichte in Bruchstücken

Ein Film zur späten, viel zu späten Stunde – und kryptisch zu deuten. Der spanische Regisseur Victor Erice siedelte den Film Der Süden (ARD), 1982 entstanden, in den fünfziger Jahren an und erzählte ihn als Familiengeschichte mit angedeutetem politischen Hintergrund. Ein Verweis darauf, daß die Regisseure damals, als die Zensur noch erbarmungslos wachte, politische Stellungnahmen nur durch diese Hintertür einbringen konnten. Und man wird es wohl als sanfte Ironisierung dieser filmhistorischen Tatsache werten dürfen, daß der eigentliche Grund, warum der Arzt Agustin nach dem Bürgerkrieg seine Heimat verlassen mußte, im verborgenen blieb.

Wie dies überhaupt ein Film der dunklen Andeutungen war, eine nur in Bruchstücken hingeworfene Lebensgeschichte, die das Mädchen Estrella vergeblich zusammenzusetzen versuchte (wobei Erice zweimal den Stilbruch beging, die Erzählerperspektive aus der Sicht des Mädchens zu verlassen). Dunkel auch das Land, ein Nordspanien, das mit der Ferienwelt am Mittelmeer nichts zu schaffen hatte. Dem entsprach die Ausleuchtung, die aus Dämmerlicht und Nacht die Personen nur immer zu Auftritten herauskommen ließ. Und erst allmählich formte sich da der offene Schluß heraus: daß die Sonne des Südens endlich für befreiende Klarheit sorgen könnte.

SVEN HANSEN

Koalition stützt Minister Zimmermann

● Fortsetzung von Seite 1

nicht für die Schadensbegrenzung des Übertritts von Tiedge und der anderen Spionagefälle zu interessieren, sondern nur darum bestrebt zu sein, einen Bundesminister zu stürzen. Die Rede des SPD-Fraktionschefs Vogel sei angelegt gewesen, Zimmermann „herabzusetzen und zu verdächtigen". Er habe sich in „allgemeinen Verdächtigungen" ergangen, ohne konkrete Beweise für ein Fehlverhalten vorzulegen, das Zimmermann zugeordnet werden könne. Daß auch die eigenen Genossen mit dieser Art und Weise der Diskussionsführung nicht einverstanden seien, beweise der Rücktritt von SPD-Schatzmeister Wischnewski vom selben Tag.

Vogel hatte von „persönlichen Vorwürfen" gesprochen, die gegen Zimmermann zu erheben seien. Er hatte allerdings dabei stets nur in Frageform bezweifelt, daß sich Zimmermann nicht schon in der Vergangenheit über den Fall des alkoholsüchtigen, kranken und hochverschuldeten Gruppenleiters der Spionageabwehr gegen die „DDR" habe informieren lassen. Dies sei um so unwahrscheinlicher, als dessen Abteilungsleiter Rombach früher sicherheitspolitischer Referent der Unionsfraktion und somit enger Mitarbeiter Zimmermanns gewesen sei.

Für die Unionsfraktion wies als erster Redner der Abgeordnete Miltner die Darstellungen Vogels als „unaufrichtig" zurück. Er überhäufe den Innenminister mit Vorwürfen und verschleiere deren Haltlosigkeit damit, „daß man diese Behauptungen leider wegen der gebotenen Vertraulichkeit nicht begründen könne". Dies geschehe „in der perfiden Gewißheit, daß der so Angegriffene sich nicht wehren kann, weil er sonst die vereinbarte und gebotene Geheimhaltung verletzen würde". Wenn es der Opposition wirklich um rückhaltlose Aufklärung und schnellstmögliche Schadensbegrenzung gehe, so dürfe nicht der Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission, SPD-Fraktionschef Vogel, durch voreilige Fensterreden die Arbeit des geheim tagenden Gremiums belasten. Es sei auch „unredlich und unseriös" gewesen, daß Vogel unmittelbar nach der Sitzung der Kontrollkommission die Forderung nach dem Rücktritt Zimmermanns erhoben und damit den Eindruck erweckt habe, daß die Erkenntnisse aus der vertraulichen Sitzung dieses Verlangen deckten. Das Gegenteil sei der Fall. Miltner beendete seine Rede mit der Erklärung für die gesamte Fraktion: „Ich danke dem Bundesinnenminister ausdrücklich für seine Amtsführung und spreche ihm unser Vertrauen aus."

Der FDP-Sprecher Hirsch, der wie Miltner Mitglied der PKK ist, wurde noch deutlicher: „Wir bedauern, daß der Kollege Vogel als Vorsitzender dieser Kommission uns die heutige Debatte zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufzwingt, ohne daß wir die gesamte Sachlage haben erörtern können." Die PKK wird heute einen weiteren Bericht des Innenministers und anderer Fachleute zu den Vorgängen im BfV hören. Hirsch stellte auch klar: „Der Minister hat selbst von dem Fall Tiedge nichts gewußt." Eine persönliche Mitschuld an der falschen Entscheidung Hellenbroichs könne ihm nicht angelastet werden. Die Entscheidung des Kanzlers, Hellenbroich in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, „war richtig".

Genschers neuer Akzent in der Nahost-Politik

Schwergewicht auf die Probleme der Palästinenser gelegt

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat zum Abschluß seiner viereinhalbtägigen Reise nach Ägypten, Kuwait und Syrien die Akzente der Bonner Nahost-Politik verschoben. War bisher von ihm stets gleichgewichtig das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und das Existenzrecht Israels in anerkannten und sicheren Grenzen gefördert worden, so legte er nun das Schwergewicht auf die Palästinenser, ohne Israel überhaupt zu erwähnen.

In einem während des Rückflugs aus Kairo aufgenommenen Rundfunkinterview sagte Genscher, fast gleichlautend mit Erklärungen nach seinem Gespräch mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak am Montagabend: „Bonn hat eine klare Position. Wir treten ein für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes. Wir haben zusammen mit unseren europäischen Partnern in der Erklärung von Venedig unsere Absichten zum Ausdruck gebracht und wir haben auch die Erklärung von Fes als einen wichtigen Wegweiser für die Lösung des Nahostkonflikts bezeichnet. Alles, was in dieser Richtung sich bewegt, findet unsere Unterstützung."

Zwar war in der von Genscher erwähnten Venedig-Erklärung des Jahres 1980 auch von den Rechten Israels die Rede. Der Außenminister hatte aber in früheren Reden und Erklärungen, auch auf arabischem Boden, darauf stets ausdrücklich hingewiesen. Beispielsweise sagte er am 9. 2. 1983 vor der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Bonn: „Im Nahen Osten stehen sich zwei Rechte gegenüber, die es auf friedlichem Wege, das heißt in Verhandlungen, in Einklang miteinander zu bringen gilt: das Recht aller Staaten der Region, einschließlich Israels, auf Existenz in Frieden und in sicheren Grenzen, und der Anspruch aller Völker auf Gerechtigkeit, der das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließt."

Nach seiner Begegnung mit Mubarak hat Genscher am Montagabend klar gemacht, daß er auf den drei Stationen seiner Nahostreise nicht den Ehrgeiz gehabt habe, eine neue Initiative vorzutragen. „Mir ging es bei diesem Besuch darum, die Meinung dieser wichtigen Länder aus ganz verschiedenen Gruppierungen zu hören, um dafür auch Ansatzpunkte für die Politik, die wir im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft betreiben, zu finden." Dabei stehe im Zentrum der Bemühungen der Wunsch, daß jede Verhandlungsmöglichkeit genutzt werde.

Mubarak hat Genscher nach dessen Angaben versichert, daß er sich seiner Verantwortung bei der Suche nach Wegen zum Frieden im Nahen Osten bewußt sei und sich für die Nutzung aller Verhandlungschancen einsetzen werde. Nach Ansicht von Beobachtern geht es Mubarak darum, sowohl in Israel als auch in Washington mit Nachdruck für eine „konstruktive Haltung" zu werben. Anders als der syrische Präsident Hafiz Al-Assad wünscht Mubarak keine internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung der Sowjets. Aber er möchte Moskau anscheinend in irgendeiner Weise einbinden, damit eine umfassende Friedenslösung nicht von vornherein am Widerstand der Sowjets scheitert.

Winkler lehnt Treffen ab

Hellenbroich setzt sich gegen Kumpanei-Vorwurf zur Wehr

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der bisherige Gesandte der „DDR"-Botschaft in Buenos Aires, Martin Winkler, lehnt es ab, mit Familienangehörigen oder Vertretern Ost-Berlins zu sprechen. Das hat Winkler, der vor seiner Reise von Argentinien in die Bundesrepublik Deutschland um Asyl in den Vereinigten Staaten gebeten hatte, jetzt in einer handschriftlichen Erklärung bekräftigt. Nach Angaben von Regierungssprecher Friedhelm Ost hatte die in der „DDR" lebende Ehefrau den Wunsch nach einem Treffen geäußert. Allerdings wollte sie in Begleitung eines Mitglieds der Ständigen Vertretung Ost-Berlins in Bonn mit ihrem Mann zusammentreffen. Auch die „DDR"-Behörden hatten sich um das Treffen bemüht.

Im Fall des in die „DDR" übergetretenen Regierungsdirektors Hans Joachim Tiedge hat sich unterdessen der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Heribert Hellenbroich, der wegen des Vorfalls als Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) abgelöst wurde, jetzt gegen die Vorwürfe zur Wehr gesetzt, er habe „aus alter Kumpanei" Tiedge gedeckt. Hellenbroich wies dies entschieden zurück und sprach von einer „Schlammschlacht" gegen ihn, die „in vollem Gange" sei.

Im „stern" erklärte er weiter: „Die Sache ist nicht erledigt, sie fängt jetzt erst an." Vor einem Untersuchungsausschuß würde er sein „Wissen auf den Tisch legen müssen". Er habe den „Eindruck, daß bei den bisherigen Entscheidungen der ganze Umfang des Falls" nicht berücksichtigt worden sei.

Bei der Bewertung des möglichen, durch Tiedge ausgelösten Schadens setzte sich Hellenbroich in Widerspruch zu anderen Experten: Die Arbeit der Spionageabwehr könne „schon in einem halben Jahr wieder laufen", der BND sei nicht betroffen. Bis jetzt sei auch „kein einziger unserer Agenten in der DDR festgenommen" worden. „Purer Unsinn" sei es, daß zahlreiche Geschäftsleute als angebliche Zuträger des Verfassungsschutzes nicht mehr in die „DDR" reisen könnten. Im übrigen hätten ihm „Kollegen befreundeter Dienste" erklärt: „Das kann jedem Dienst passieren". Hellenbroich räumte ein, er müsse als „Realist" immer davon ausgehen, daß es beim BfV einen „Maulwurf" gebe: „Wir haben natürlich versucht, ihn aufzuspüren."

Bei der verschwundenen Sekretärin von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann geht man in Bonn inzwischen davon aus, daß sich die Frau nicht in Ost-Berlin, sondern in der Sowjetunion befinde. Vor dem Bundestags-Innenausschuß räumte Bangemann gestern ein, daß seine Sekretärin mit dem falschen Namen Sonja Lüneburg zwar das Recht auf Einblick in Geheimakten gehabt habe. Es sei aber nicht beobachtet worden, daß sie sich derartige Unterlagen gezielt beschafft habe.

Thatcher will Tories mit großem Revirement aus dem Tief führen

Tebbit wird Parteivorsitzender / Innenminister Brittan übernimmt das Industrie-Ressort

R. GATERMANN/DW. London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat die umfassendste Kabinettsumbildung in ihrer bisher sechsjährigen Amtszeit vorgenommen. Mit 14 Um- und Neubesetzungen auf Minister- und Staatssekretärsebene will die Regierungschefin vor allem energischer gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen und die Aussichten für ihre Wiederwahl in zwei bis drei Jahren verbessern. Eine Änderung ihrer Wirtschaftspolitik sei jedoch nicht geplant, betonte Frau Thatcher nach Bekanntgabe der neuen Kabinettsliste. Sie ließ keinen Zweifel an ihrer festen Überzeugung, auf dem politisch richtigen Weg zu sein.



Norman Tebbit FOTO: CAMERA PRESS — Leon Brittan FOTO: L. CHERRUAULT

Mit diesem Kabinett möchte Margaret Thatcher ihren dritten Wahlsieg erringen. In Gestalt des bisherigen Industrieministers Norman Tebbit (54) wird ein echter „Thatcher-Mann" den Parteivorsitz von dem überforderten John Gummer übernehmen, der zum Staatsminister für Landwirtschaft ernannt wurde. Tebbit, der bei dem Anschlag der Untergrundbewegung IRA auf Frau Thatcher beim Parteikongreß der Konservativen in Brighton im Oktober 1984 schwer verletzt worden war, wird als Parteivorsitzender die schwierige Aufgabe zu bewältigen haben, den Konservativen wieder zu Popularität zu verhelfen.

In den vergangenen Monaten waren sie in Meinungsumfragen stets von der Labour-Partei und manchmal sogar von der seit 1981 bestehenden „dritten Kraft" – der Allianz aus Liberalen und Sozialdemokraten – aus dem Feld geschlagen worden.

Die größte Überraschung lieferte Frau Thatcher mit der Ernennung des bisherigen Innenministers Leon Brittan (45) zum Minister für Handel und Industrie. Neuer Innenminister wurde Douglas Hurd, bisher Staatssekretär für Nordirland. Diesen Posten übernimmt der bisherige Arbeitsminister Tom King.

Der Wechsel sollte, wie Frau Thatcher erklärte, in keiner Weise die laufenden britisch-irischen Verhandlungen über die Nordirland-Problematik behindern, die „bereits sehr weit gediehen" seien. Der Wechsel an der Spitze des Nordirland-Sekretariats wurde vom Chef der sozialdemokratischen Opposition, David Owen, hingegen als „bizarr" kritisiert, weil er gerade zu einem Zeitpunkt erfolge, an dem bei den Verhandlungen über die Zukunft der Krisenprovinz neue Hoffnung aufgekommen sei. Brittan hatte es als Innenminister offenbar an Talent gefehlt, die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Auch in der BBC-Affäre hatte er keine glückliche Hand bewiesen.

Als wichtigste Neubesetzung in der Regierung wird die Ernennung von Lord Young zum Arbeitsminister angesehen. Als bisheriger Minister ohne Portefeuille hat er bereits große Erfahrung auf diesem Gebiet gesammelt. Er gilt auch als sprachgewandter als sein degradierter Vorgänger Tom King.

Da Lord Young Mitglied des Oberhauses ist, wurde ihm der bisherige Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Kenneth Clarke, als Sprecher des Arbeitsministeriums für das Unterhaus mit Kabinettsrang zugeordnet. Auch er gilt als medienfreundlicher und überzeugungskräftiger Redner. Lord Young wird nun seine Vorstellungen über die Bewältigung der hohen Arbeitslosigkeit (13,4 Prozent) verwirklichen können. Von seinem Erfolg könnte die politische Zukunft Margaret Thatchers entscheidend beeinflußt werden. Die Inhaber der Schlüsselressorts, Außenminister Sir Geoffrey Howe, Verteidigungsminister Michael Heseltine und Schatzkanzler Nigel Lawson, beließ die Regierungschefin in ihren Ämtern.

Völlig aus dem Kabinett ausgeschieden ist Umweltschutzminister Patrick Jenkin, von dem gesagt wird, er habe ein besonderes Talent, ins Fettnäpfchen zu treten. Seinen Platz nimmt sein bisheriger Staatssekretär Kenneth Baker (50) ein. Baker war Privatsekretär bei Heath und 1975 für dessen Wahlkampagne gegen seine Herausforderin Margaret Thatcher verantwortlich. So mußte er auch bis 1981 warten, bis es für ihn wieder einen höheren Posten im Industrieministerium gab. Baker sieht sich selbst als einen „technologischen Missionar". Zu seinen Vorzügen muß auch seine Telegenität gerechnet werden.

Als dritter Neukömmling zieht John MacGregor (48) ins Kabinett ein. Er löst als Erster Staatssekretär im Finanzministerium den ausscheidenden Peter Rees ab.

Döring für private „Arbeitsmakler"

hey, Bonn

Zur besseren Stellenvermittlung für Arbeitslose sollen neben der Bundesanstalt für Arbeit nach einer Forderung des baden-württembergischen FDP-Vorsitzenden Walter Döring künftig auch private „Arbeitsmakler" tätig werden. Sie sollen dafür eine Lizenz von der Nürnberger Behörde erhalten.

Gegenüber der WELT meinte Döring gestern, diese Makler sollten für Arbeitsuchende „Zukunftschancenberater" sein und außerdem Stellen vermitteln. Zur Begründung erklärte er, die Bundesanstalt sei „zu unflexibel", um auf die Probleme der regionalen Arbeitsmärkte offensiv zu reagieren. Dies zeige sich auch darin, daß viele Firmen nicht über die Behörden, sondern auf anderen Kanälen Neueinzustellende suchten. Döring: „Statt staatlicher Arbeitslosenverwaltung brauchen wir private Stellenvermittler." Er begrüßte, daß mit dem Arbeitsplatzförderungsgesetz ein erster Schritt zur Lockerung des Vermittlungsmonopols gemacht worden sei.

„Nationalflagge ist schutzwürdig"

dpa, Karlsruhe

Die vom Grundgesetz garantierte Freiheit der Kunst darf nicht zur Verunglimpfung der Nationalflagge mißbraucht werden. Die schwarz-rot-goldene Fahne zählt nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des 2. Strafsenats des Bundesgerichtshofes (BGH) zu den schutzwürdigen Gütern. Ausgangspunkt des Verfahrens war eine Entscheidung des Amtsgerichts Gießen, das einen Mann wegen Verunglimpfung von Staatssymbolen zu einer Geldstrafe verurteilt hatte. Er hatte ein Buch mit einer Collage herausgebracht, in der ein männlicher Torso auf die Bundesfahne uriniert. Das Amtsgericht hatte es abgelehnt, dem Mann die vom Grundgesetz garantierte Freiheit der Kunst zuzuerkennen, da es sich bei der Fotomontage nicht um ein Kunstwerk handle. Mit der Entscheidung des BGH wurde das Verfahren an das Oberlandesgericht Frankfurt zurückverwiesen, das die eingereichte Revision verwerfen will, die Collage allerdings als Kunstwerk bewertet (Az.: 2 StR 885/83 vom 24. Juli 85).

Parlament in Belgien aufgelöst

DW. Brüssel

König Baudouin hat am späten Montagabend die beiden Kammern des belgischen Parlaments aufgelöst. Die Mitte-Rechts-Regierung unter Wilfried Martens führt bis zu den Wahlen weiter die Geschäfte. Die ursprünglich für Dezember vorgesehenen Neuwahlen waren bereits im Juli auf den 13. Oktober vorverlegt worden, als die Katastrophe im Brüsseler Fußballstadion eine Regierungskrise auslöste. Damals hatte König Baudouin den Rücktritt der Regierung abgelehnt.

Ausgelöst wurde die erneute Regierungskrise durch den Streit innerhalb der Regierung über eine Dezentralisierung des Schulwesens. Die flämischen Christsozialen sowie die flämischen und wallonischen Liberalen hatten verlangt, die Regierung solle dem Parlament eine Verfassungsänderung vorschlagen, durch die die Zuständigkeit für das Schulwesen auf die regionalen Vertretungen der Volksgruppen übertragen werden sollte. Die wallonischen Christsozialen hatten das entschieden abgelehnt.

Rentenkassen voller als erwartet

■ Fortsetzung von Seite 1

sichtlich nicht reich. Sonst werden Begehrlichkeiten geweckt und Überschüsse geteilt, die es gar nicht gibt."

Da die Rentenanpassung an die Lohnentwicklung des Vorjahres gekoppelt ist, kann bis 1990 auch mit einer durchschnittlichen Anpassung von rund 3,5 Prozent gerechnet werden. Davon sind allerdings die Steigerungen des Beitragssatzes der Rentner zu ihrer Krankenversicherung abzuziehen. Dieser Beitrag steigt von 3,75 Prozent in 1985 auf 4,85 in 1986, 5,55 in 1987 und schließlich auf 5,9 Prozent in 1988. Wird der Zuwachs von der Rentenanpassung abgezogen, so verbleiben im nächsten Jahr 2,4 Prozent (1985: 1,1 Prozent), 1987 dann 2,8 und 1988 sogar 3,15 Prozent Rentenerhöhung im Portemonnaie der Ruheständler – einstweilen allerdings rein rechnerisch. Doch, so Quartier: „Die Rentner können mit Ruhe der Entwicklung entgegensehen."

Die nun anstehende Strukturreform muß nach Quartier drei Voraussetzungen erfüllen: Die Rente müsse beitragsbezogen bleiben; Einkommen, Rentner-Zahl und Erwerbstätigkeit müsse sich gleichgewichtig entwickeln und der Bundeszuschuß angehoben werden. Allerdings werde man das Problem „von hinten aufzäumen": Man müsse sich über die Höhe der Rente einigen, zum Beispiel 65 Prozent des letzten Netto-Einkommens nach einem Arbeitsleben von 40 Jahren mit Durchschnittsverdienst. Die Mittel sollten von Beitragszahlern, Rentnern und Allgemeinheit gleichermaßen erbracht werden.

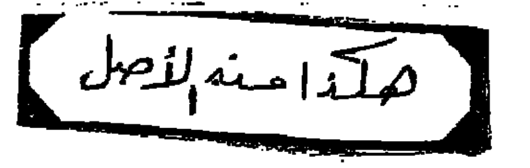
Bei den Beiträgen gebe es 1990 ja „Luft". Quartier wandte sich „auf jeden Fall gegen Horrormeldungen von 30 Prozent Beitrag oder um ein Drittel gekürzter Rente". Eine gesetzliche Verankerung von längerer Lebensarbeitszeit sei nicht notwendig. Wenn Arbeitskräftemangel herrsche, würden diejenigen länger arbeiten, die jetzt über verschiedene Programme sehr früh ausschieden und als Beitragszahler ausfielen. „Das regelt der Markt", meinte Quartier.

Arbeitsgruppe berät Abtreibung

AP. Bonn

Eine CDU/CSU-Arbeitsgruppe soll einen einheitlichen Standpunkt der Union zum Problem der von Krankenkassen finanzierten Abtreibungen aus sozialen Notlagen erarbeiten. Davon unterrichtete Bundeskanzler Helmut Kohl die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wie der Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Rudolf Seiters mitteilte, werden der Arbeitsgruppe voraussichtlich die Ministerpräsidenten der unionsgeführten Länder, die zuständigen Bundesminister, der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dregger, sein Stellvertreter Theodor Waigel sowie weitere Experten der Fraktion angehören.

Seiters betonte, es werde bei der von Rheinland-Pfalz dann einzubringenden Initiative nicht um eine Änderung des Paragraphen 218 gehen, sondern um Änderungen des Krankenkassenrechts. Man könne den jetzigen Zustand, daß in einem der reichsten Länder der Welt pro Jahr schätzungsweise 200 000 Abtreibungen vorgenommen würden, so nicht hinnehmen.



Dollar im Aufwind

ed. – Der Dollar, der vor knapp zwei Wochen die Marke von 2,75 D-Mark nach unten durchbrochen hatte, liegt wieder im Aufwind. Gestern strebte er auf 2,85 D-Mark zu. An Erklärungen mangelt es nicht.

Die Zinsen in den USA könnten wieder steigen und den Dollar attraktiver machen, glauben einige Kommentatoren, die befürchten, die US-Notenbank werde die Zügel wieder etwas anziehen, weil die starke Geldmengenausweitung und die mit dem Dollarkursrückgang verbundene Importverteuerung der Inflation neue Nahrung geben könnten. Zudem wollte man in der jüngsten Verringerung des US-Handelsbilanzdefizits eine Dollarstütze sehen.

Aber damit noch nicht genug. Auch die jüngsten Ereignisse in Südafrika müssen zur Begründung herhalten, wobei man sich allerdings fragt, warum deswegen die D-Mark, der Schweizerfranken und der Yen gegenüber dem Dollar an Wert einbüßen müssen.

Viel näher liegt eine andere, freilich simplere Erklärung. Spekulanten, die nach dem sechsmonatigen Kursrückgang um fast 75 Pfennig auf ein Anhalten der Abwärtsbewegung gesetzt hatten, haben sich offenbar „verhoben". Nachdem diese Spekulation nicht aufzugeben schien, haben sie sich „gedreht". Alle übrigen Begründungen für die Dollarerhöhung scheinen nur nachgeschoben zu sein.

Ende einer Talfahrt

Von HARALD POSNY

Die monatelange Zitterpartie der deutschen Autoindustrie scheint zu Ende zu sein. Wenige Tage vor der Eröffnung der 51. Internationalen Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt stellt sich die Branche in einem zu Jahresbeginn nicht in kühnsten Träumen erwarteten Glanz dar. Neue Rekordziffern in der Produktion von Pkw und Kombifahrzeugen bis zum Jahresende, in Export, Umsatz und Beschäftigung fegen letzte Nebelschleier einer befürchteten Entwicklung weg. Auch im Inlandsabsatz, der Verkauf im Ausland war nie gefährdet, ist die Talfahrt beendet.

Seltsam genug: Zum ersten Mal, soweit die Erinnerung reicht, war ein Sommermonat so absatzstark wie der Juli 1985. Die Vorstände deutscher Autobauer trauten ihren Augen nicht. Sie hatten damit gerechnet, daß deutsche Interessenten zumindest die Neuheitenschau in Frankfurt abwarten würden, bevor sie die Dämme brechen, ohne aber den Absatz insgesamt wesentlich zu verbessern.

Wie sich lange Zeit die Politik über das Käuferverhalten getäuscht hatte, als dem potentiellen Kunden Haarsträubendes bei der Kaufentscheidung zugemutet wurde, so täuschten sich die Hersteller über das Konsumverhalten, als die Steuerrichtlinien für schadstoffarme oder bedingt schadstoffarme Karossen verständlicher und einsichtiger wurden. Vielleicht hatte die Kaufzurückhaltung schließlich doch ihr Gutes, es kommt zumindest kein Frust durch voreilige Bestellungen auf.

Der Run erklärt sich jetzt aus der Furcht vor allzu langen Wartezeiten nach der IAA. Für einige Renner unter bestimmten Marken, vor allem auch bei Dieselfahrzeugen, sind die Lieferzeiten noch beträchtlich. Der Dieselanteil an den Pkw/Kombi stieg im 1. Halbjahr auf 20 Prozent, die 85er-Planungen der Hersteller sehen für den Markt sogar 25 Prozent vor. Gesicherte Zahlen über den Absatz von Katalysator-Fahrzeugen liegen noch immer nicht vor. Selbst wenn man den Anteil der Autos mit Katy-Beipack hoch einschätzt, wird der schadstoffarme Diesel den Katalysator weit hinter sich lassen.

Kein Wunder, denn zur IAA haben in- und ausländische (vor allem japanische) Anbieter, Modelle angekündigt, die auch, ohne Katalysator und ohne Diesel zu sein, die erforderlichen Abgas-Grenzwerte erfüllen. Und dies zu einem relativ niedrigen Preis, um selbst älteren Autos eine umweltfreundliche Umrüstung zu ermöglichen. Dieselboom und ohne neue Technik umrüstbare, „bedingt schadstoffarme" oder „schadstoffarme" Fahrzeuge nach der IAA können die Bonner Katalysator-Euphorie, die ja von der – vielleicht doch intelligenter einzuschätzenden – Industrie nie geteilt wurde, schneller beenden als die Katalysatoren in notwendiger Zahl auf dem Markt sind.

Hoffnungen auf einen Katalysator-Boom sollten nicht allzu laut propagiert werden. Nach dem Stand möglicher Umrüstungstechniken ohne Katy sind 75 Prozent schadstoffarme Autos bei den Neuzulassungen des Jahres 1987 zu hoch gegriffen. Realistischer sind bis dahin vielleicht 30 Prozent des Bestandes. Der Ausbau des Bleifrei-Tankstellennetzes auch mit bleifreiem Super-Treibstoff könnte die Entwicklung allerdings wesentlich beschleunigen.

Unheimlich wird den deutschen Pkw-Herstellern wieder die Exportentwicklung, die noch vor Jahresfrist als nicht sonderlich expansionsfähig beurteilt worden war. Der Exportanteil einer Branche, die gegen administrative Eingriffe und konjunkturelle Schwankungen gleichermaßen anfällig ist, ist mit 62 Prozent zu hoch, um sich darauf allzu lange verlassen zu können. Für Westeuropa, den nach wie vor größten deutschen Exportmarkt, gilt, daß einige Länder ihr normales Fertigungsniveau noch nicht wieder erreicht haben. Anders die Bundesrepublik, die auch auf diesem Markt Marktanteile gewonnen hat. In den USA kam der günstige Dollarkurs zu Hilfe. Freilich gingen die deutschen Exporterfolge nicht allein zu Lasten der Europäer, auch die Japaner mußten Federn lassen. Das nimmt jenen deutschen Herstellern den Wind aus den Segeln, die ihre Mißerfolge immer gern den „aggressiven Japanern" zuschreiben.

Im Inland haben sich die Marktanteile der ausländischen Anbieter auf 30 Prozent erhöht. Bei einem kommenden Bestellschub wird sich der Anteil jedoch wieder auf 25 Prozent einpendeln. Diese können für die deutschen Hersteller nicht beunruhigend sein.

LANDWIRTSCHAFT / Getreideernte nicht ganz so hoch wie im letzten Jahr

Kiechle weist Subventionswünsche des Bauernverbandes energisch zurück

HENNER LAVALL, Bonn

Eine insgesamt positive Bilanz über Ernte, Versorgung und Preise im laufenden Jahr zog gestern in Bonn Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle. Den größten Nutzen haben aber auch diesmal wieder die Verbraucher, denn der Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln erreichte zur Jahresmitte nur ein Plus von 0,6 Prozent. Dies war die niedrigste Steigerungsrate der letzten 15 Jahre. Für die Landwirtschaft sieht es nach Angaben von Kiechle allerdings nicht so rosig aus.

„Selbst das Erntewetter scheint sich in diesem Jahr gegen unsere Bauern verschworen zu haben", meinte der Minister. Der Regen der letzten Wochen mache die Ernteberqung schwer und teuer. Nach der besonderen Ernte-Ermittlung des Landwirtschaftsministeriums wird die gesamte Getreideernte in der Bundesrepublik Deutschland im laufenden Jahr 25,3 Millionen Tonnen erreichen. Das sind knapp 1,2 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahr, aber 1,5 Millionen Tonnen oder 6,3 Prozent mehr als der Erntedurchschnitt der letzten 15 Jahre. Die Qualität des Getreides wird überwiegend als gut beurteilt. Teilweise muß allerdings mit hohem Feuchtigkeitsgehalt geerntet und deshalb getrocknet werden.

Dies verursache hohe Kosten und der Erlös werde entsprechend gemindert. Von einem Preisverfall, wie er derzeit vom Bauernverband beklagt wird, wollte Kiechle allerdings nicht reden. Die Bundesregierung habe bei den letzten Getreide-Preisverhandlungen gegenüber der Brüsseler Kommission höhere Interventionspreise durchgesetzt als ursprünglich erwartet worden waren. Zu diesen Preisen, so erklärte der Minister, könne jeder Bauer sein Getreide abliefern. Wenn jetzt der Handel am Markt die Getreidepreise noch unter das Interventionspreis-Niveau drücke, scheine es ihm ein „Verzicht auf eigenes Risiko bei der aufnehmenden Hand" zu sein.

Auch einen Schadenausgleich von 300 Millionen Mark für die Landwirtschaft, wie jetzt verschiedentlich wegen der fallenden Getreidepreise gefordert, hält Kiechle für nicht gerechtfertigt. „Wir haben uns in Brüssel erfolgreich für die deutsche Landwirtschaft eingesetzt", meinte der Minister, „und keinen Schaden verursacht." Wo kein Schaden festzustellen sei, liege folglich auch kein Grund für einen Ausgleich vor.

Auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wird die Getreideernte in diesem Jahr kleiner ausfallen als 1984. Erwartet werden derzeit 137 Millionen Tonnen gegenüber knapp 151 Millionen im Jahr zuvor. Die Weltgetreideernte verspricht dagegen nach den bisherigen Schätzungen höher auszufallen und mit 1,83 Milliarden Tonnen (einschließlich Reis) wiederum ein Rekordergebnis zu bringen.

Die Zuckerrübenernte wird nach den vorläufigen Schätzungen in der Bundesrepublik im Vergleich zum Vorjahr höher ausfallen. Auch bei Kartoffeln geht das Ministerium von einem überdurchschnittlichen Ergebnis aus. An Gemüse stehe dem Verbraucher aus inländischer Erzeugung und aus umfangreichen Importen nach wie vor ein vielfältiges Angebot zur Verfügung. Dagegen litten Obst und Wein unter den strengen Frösten des letzten Winters und teilweise auch unter Unwetter.

Deshalb erwartet das Landwirtschaftsministerium nach der schon durchschnittlichen Weinmosternte des letzten Herbstes von rund acht Millionen Hektolitern diesmal nur fünf bis sechs Millionen Hektoliter. Zur Qualität könne erst im Herbst etwas gesagt werden. Kiechle hofft aber, „daß unseren fleißigen Winzern zum Ausgleich für die geringe Ernte eine gute Qualität beschieden sein wird".

Insgesamt kann nach Angaben des Ministers festgestellt werden, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln hoher Qualität zu günstigen Preisen auch in nächster Zeit keine Schwierigkeiten bereiten wird. Die Landwirte hätten aber nach wie vor große Probleme in wichtigen Produktionsbereichen. Ohne das umfangreiche Hilfsprogramm der Bundesregierung, so stellte Kiechle fest, wäre die Situation in vielen Fällen unerträglich.

LEIPZIGER MESSE

Von Würzen: „Die Signale stehen weiter auf Grün"

HANS R. KARUTZ, Leipzig

Mit der Präsentation einer stark optimistisch getönten Farbpalette des innerdeutschen Handels setzte gestern Staatssekretär Dieter von Würzen die erkennbaren Bemühungen Bonns fort, zumindest den Handel von allen aktuellen Mißtönen freizuhalten. Das Plus von sieben Prozent im beiderseitigen Handelsaustausch im ersten Halbjahr 1985 veranlaßte von Würzen zu der Prognose: „Die Signale stehen auch bis zum Jahresende und darüber hinaus auf grün."

Der Vertreter von Minister Martin Bangemann – er selbst will wieder zur Frühjahrsmesse 1986 anreisen – äußerte die Hoffnung, einen Teil der Milliardengeschäfte, die Ost-Berlin zur Modernisierung der eigenen Wirtschaft im neuen Fünfjahresplan offenbar mit dem Westen abschließen will, auf die Mühlen westdeutscher Firmen zu lenken: „Es gibt Anfragen der DDR-Industrie in Höhe von 1,5 bis zwei Milliarden Verrechnungseinheiten an westliche Anbieter." Die Adressaten befinden sich allerdings nicht nur in der Bundesrepublik. Dabei steht eine höherwertige Technologie im Maschinenbau, der „DDR"-Rückstand bei Umweltinvestitionen, der Bau einer Rauchgasentschwefelungsanlage und die allgemein rationellere Energienutzung im Vordergrund.

Der Gast aus Bonn trat zwar dem Eindruck entgegen, bestimmte Großprojekte seien bereits vereinbart: „Aber ich rechne damit, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Vorhaben, nach denen westdeutsche Firmen gefragt worden sind, auch durch sie erstellt werden."

Spektakuläre Abschlüsse in Ost/West-Richtung noch auf dieser Messe schloß von Würzen nicht aus: „Ich höre, daß sich einiges schon ganz gut anläßt." Zwar nahm die „DDR" im ersten Halbjahr 1985 für 600 Millionen VE mehr Waren als ein Jahr zuvor aus der Bundesrepublik ab, aber dieser Betrag lag immerhin um 200 Millionen VE unter den Lieferungen Richtung „DDR" im ersten Halbjahr 1983, also vor zwei Jahren. Von Würzen arbeitete jedoch die positive Grundrichtung heraus.

Ost-Berlin gab vor allem in folgenden Bereichen seine oft beklagte Kaufzurückhaltung in der Bundesrepublik auf: Gegenüber 1984 wurden für 84 Millionen VE mehr Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse geordert. „Damit ist jedoch noch nicht das Lieferniveau früherer Jahre erreicht", stellte von Würzen fest. Die „DDR" kaufte gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 auch für 40 Millionen VE mehr Bekleidung und Textilien in der Bundesrepublik; bei Schuhimporten gab es ein Plus von 53 Millionen VE, und bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden für 20 Millionen VE mehr Waren in die „DDR" geliefert. Beim Problem der Gegengeschäfte, auf denen viele der „DDR"-Firmen beharren, zeichnet sich nach den Angaben des Bonner Gastes ein „leichter Rückgang" ab.

AUF EIN WORT

„Je höher eine Position angesiedelt ist, um so mehr treten die spezifischen Fachkenntnisse in den Hintergrund. Bei Führungskräften kann dagegen die charakterliche Eignung gar nicht hoch genug bewertet werden. Nur starke Charaktere können führen."

Uwe Fenner, Personalberater, Partner der Dr. Weber & Partner GmbH, Frankfurt FOTO: DIE WELT

INDUSTRIE

Produktion ist kräftig gestiegen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Industrieproduktion ist zur Jahresmitte kräftig gestiegen. Sie lag im Juli saisonbereinigt um zwei Prozent über dem Stand des Vormonats. Der Zweimonatsvergleich (Juni/Juli gegenüber April/Mai), durch den Zufallseinflüsse etwas ausgeschaltet werden, weist für das produzierende Gewerbe eine Zunahme der Produktion um drei Prozent aus. Die Industrie konnte um 2,5 Prozent zulegen. Lediglich bei den Herstellern von Nahrungs- und Genußmitteln stagnierte die Produktion. Die Produzenten von Grundstoffen konnten ihren Ausstoß um 1,5 Prozent erhöhen. Das Verbrauchsgütergewerbe meldet ein Plus von 2,5 Prozent. Besonders kräftig, und zwar um vier Prozent, erhöhten sich die Aktivitäten im Investitionsgütergewerbe. Die Bautätigkeit nahm um sieben Prozent zu.

In den beiden Monaten übertraf die Industrieproduktion den entsprechenden Vorjahresstand um neun Prozent. Dieses Ergebnis ist jedoch durch den Streik in der Metallindustrie im vergangenen Jahr verzerrt. Deutlich wird das vor allem bei den Herstellern von Investitionsgütern, deren Ausstoß im Juni/Juli um 23 Prozent über dem Vorjahresniveau lag. Die Industrie insgesamt kam auf einen Zuwachs von 11,5 Prozent. Allerdings meldet das Bauhauptgewerbe ein Minus von 7,5 Prozent.

WERFTEN

Hilfe wird bis 1989 fortgesetzt

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern die Fortsetzung der Hilfen für die Schiffswerften beschlossen. Das VIII. Werfthilfeprogramm, das bisher für Schiffsablieferungen bis Ende 1986 gilt, soll bis 1989 weitergeführt werden. Dadurch können die Kredite für Schiffsbauten um maximal zwei Prozentpunkte verbilligt werden.

Das Gesamtvolumen der Hilfen soll in den nächsten Jahren allerdings sinken. Dieses entspricht, so das Bundeswirtschaftsministerium, der Politik der Bundesregierung, Subventionen wo irgend möglich abzubauen. Wegen der fortbestehenden Wettbewerbsverzerrungen ist ein vollständiger Abbau der Werfthilfen gegenwärtig jedoch nicht möglich.

Es soll eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 502,8 Millionen Mark für die Zinszuschüsse in den Jahren nach 1986 in das Haushaltsgesetz aufgenommen werden. Die jetzt bereitgestellten Mittel sind um rund 23 Prozent niedriger als bei der vorangegangenen Tranche.

Der durchschnittliche Jahresbetrag von 1987 bis 1989 beträgt 167,6 Millionen Mark, verglichen mit 217,6 Millionen im vorangegangenen Dreijahreszeitraum. Die Werfthilfen sollen den teilweisen Ausgleich von Subventionen in anderen Ländern dienen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BHW mit Bonn unzufrieden

Hameln (dos.) – Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch das Wohnungsrechtsvereinfachungsgesetz ist nach Ansicht des Beamtenheimstättenwerks in Hameln (BHW-Bausparkasse) zwar in der Tendenz, längst aber nicht ausreichend verbessert worden. Nach wie vor sei es breiten Bevölkerungskreisen nicht möglich, Wohneigentum zu erwerben. Die neuen Regelungen, so Louis Storck, Vorsitzender der BHW-Geschäftsführung, bedeuteten zweifellos für junge Familien mit Kindern zusätzliche Hilfen. Dies dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß „die meisten Bauwünsche unverändert an Eigenkapitalmangel" scheiterten. Aus diesem Grund müsse jede effiziente Eigenheimförderung vorrangig der Eigenkapitalbildung dienen, meinte Storck. Hierzu gehöre auch die Neufassung des 936-Mark-Gesetzes.

Weniger Autos gekauft

Flensburg (dpa/VWD) – Arbeitnehmer und Personen ohne eigenes Einkommen haben im 1. Halbjahr 1985 erheblich weniger neue Personenwagen gekauft als ein Jahr zuvor. Nach einer gestern veröffentlichten Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) in Flensburg ging die Zahl der für diese Haltergruppe erstmals zugelassenen Pkw um 109 000 oder zwölf Prozent auf 796 000 zurück.

Entleiher-Haftung

Bonn (rtr) – Unternehmer, die Arbeitskräfte entleihen, sollen nach dem Willen der Bundesregierung künftig für die Lohnsteuerabführung haftbar gemacht werden können. Das Bundeskabinett verabschiedete gestern einen Gesetzentwurf, nach dem der Entleiher für die Lohnsteuer der bei ihm tätigen Leiharbeiter in Anspruch genommen werden kann, wenn der Verleiher die Lohnsteuer nicht einbehalten oder abgeführt hat. Regierungssprecher Ost sagte, die Regierung hoffe, daß damit die „Hemmschwelle für illegale Arbeitnehmerüberlassungen angehoben" werde.

Erdölproduktion gesunken

Jakarta (dpa/VWD) – Indonesiens Erdölförderung hat im 1. Halbjahr 1985 einen neuen Tiefstand erreicht, wurde gestern in Jakarta aus Wirtschaftskreisen bekannt. In den ersten fünf Monaten betrug sie nur 1,1 Mill. Barrel pro Tag, im Juni beträchtlich unter einer Mill. Barrel. Sie lag damit deutlich unter der Opec-Quote von 1,19 Mill. Barrel. Der Produktionsrückgang aber auch die Senkung der offiziellen Exportpreise um einen halben Dollar im Juli haben in Jakarta Zweifel aufkommen lassen, daß der Staatshaushalt wie vorgesehen realisiert werden kann. Die Regierung war in ihrer Wirtschaftsplanung davon ausgegangen, daß die Erdöleinnahmen im laufenden Haushaltsjahr um 7,7 Prozent auf rund zehn Mrd. US-Dollar (rund 28 Mrd DM) steigen und damit etwa 60 Prozent der ordentlichen Staatseinnahmen erbringen.

Hohe Bürgschaften

Bonn (MK.) – Auf Grund der Absicherung von deutschen Lieferungen und Leistungen nach Polen mußte die Bundesregierung bis Ende 1984 bereits rund drei Mrd. Mark aus Haushaltsmitteln zahlen. Da die polnische Regierung Ende 1981 die Schuldendienstleistungen auf staatliche oder staatlich garantierte Kredite eingestellt hatte, mußte die Bundesregierung auf Grund übernommener Ausfuhr- und Finanzkredit-Bürgschaften Entschädigungen an deutsche Exporteure und Banken leisten. Die Fälligkeiten aus bundesverbürgten Ausfuhr- und Finanzkrediten belaufen sich in diesem Jahr auf 916 Mill. Mark.

Banken fordern Impulse

Bonn (Mk.) – Der Verband öffentlicher Banken teilt den konjunkturellen Optimismus von Bundesregierung und Bundesbank nicht. Der Vorsitzende des Verbandes, Hans Fahning, hat gestern zusätzlich finanzpolitische Maßnahmen gefordert. Er hält zusätzliche Impulse für staatliche Bauinvestitionen und für den privaten Konsum für notwendig. Er plädierte noch einmal für eine Steuerreform in einem Zug. Die Mittel für den Umweltschutz und die Städtebauförderung sollten über das vorgesehene Maß hinaus ausgedehnt werden.

Förderung drosseln

London (AFP) – Die britische Erdölförderung könnte in diesem Jahr mit 120-125 Mill. Tonnen ein Rekordniveau erreichen. Bei weiterhin stagnierenden saudiarabischen Exporten wäre Großbritannien hinter der Sowjetunion, den USA und Mexiko der viertgrößte Erdölproduzent der Welt. Zu diesem Schluß gelangten die Experten der britischen Großbank Lloyds. Allerdings könnte Großbritannien, das gegenwärtig 80 Prozent mehr Erdöl produziere als es verbrauche, bei Beibehaltung der derzeitigen Fördermengen Mitte der 90er Jahre wieder von Importen abhängig werden. Die Experten der Lloyds Bank raten deshalb, die Förderung zu drosseln.

KINDERBEKLEIDUNG

Kapazitäten der deutschen Hersteller voll ausgelastet

SABINE SCHUCHART, Bonn

Trotz sinkender Kinderzahlen sehen Industrie und Handel im Bereich der Kinderausstattungen zur Zeit keinen Grund zur Klage. Angesichts eines ausgeprägten Trends zu hochwertiger und modischer Ware wachsen die Ausgaben für den Nachwuchs weiter. Dies erklärten Branchensprecher vor der Internationalen Messe Kind + Jugend, auf der vom 13. bis 15. September 546 Unternehmen aus 26 Staaten ihr Angebot zeigen.

Allein für Bekleidung wurden in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr pro Kind rund 420 Mark ausgegeben. Bei einem Markt von mehr als 12 Mill. Kunden errechnete sich daraus ein Gesamtumsatz an textiler Baby- und Kinderausstattung von rund 4,65 Mrd. Mark. Der Handel rechnet damit, 1985 mindestens das Umsatzplus des Vorjahres von drei Prozent zu erreichen.

Auch für die deutschen Hersteller von Kinderbekleidung verlaufe das Jahr 1985 erfolgreich, erklärte ein Branchensprecher. Die Kapazitäten seien voll ausgelastet und das Exportgeschäft verzeichne eine Hochkonjunktur. Dies sei darauf zurückzuführen, daß es die deutsche Bekleidungsindustrie verstanden habe, mit passiver Veredelung in Billiglohnländern und der Inlandsproduktion eine Mischkalkulation zu erreichen, die marktgerechte Preise gewährleiste. Auch sei die deutsche Kindermode im Ausland zur Zeit sehr gefragt.

„Hochzufrieden" sind auch die deutschen Hersteller von Kinder- und Jugendmöbeln mit der Exportsituation. Vor allem Großbritannien, die Schweiz und Österreich sind hier wichtige Wachstumsmärkte.

GROSSBRITANNIEN / Gewerkschaften kämpfen weiter gegen Thatchers Gesetze

Metallarbeitern droht der Ausschluß

WILHELM FURLER, London

Die britischen Gewerkschaften üben auch weiter heftige Kritik an den Gewerkschaftsgesetzen der Regierung Thatcher. Auf dem Jahreskongreß des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC in Blackpool bekräftigten die Delegierten mit großer Mehrheit ihre uneingeschränkte Ablehnung. Damit haben sie gleichzeitig einen schweren Bruch innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung besiegelt.

Denn die Delegierten befürworteten mehrheitlich eine Resolution, die vom militanten Führer der Transportarbeiter-Gewerkschaft, Ron Todd, eingebracht wurde. Danach soll zu den 1982 auf einer TUC-Sonderkonferenz in Wembley beschlossenen Grundsätzen der „rigorosen Bekämpfung der Gewerkschaftsgesetzgebung" zurückgekehrt werden. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft wehrt sich jedoch gegen diese Härte. Damit ist voraussichtlich weder der Ausschluß der Metallarbeiter aus der britischen Gewerkschaftsorganisation noch der damit verbundene Austritt der Gewerkschaft der Elektriker aufzuhalten.

Eric Hammond, Generalsekretär der Elektriker-Gewerkschaft, hatte versucht, die TUC-Delegierten in letzter Minute umzustimmen. Er und seine Funktionäre könnten ebensowenig wie die der Metallarbeiter-Gewerkschaft zulassen, daß die ihnen von der Basis übertragene Gewalt mißbraucht wird.

Wie berichtet, wird der Bruch durch die Weigerung der Metallarbeiter und der Elektriker herbeigeführt, sich der TUC-Politik zu beugen und keine Regierungsgelder für die Abhaltung von Briefwahlen bei Urabstimmungen anzunehmen.

Größte Probleme dürften auf die Gewerkschaftsbewegung und die oppositionelle Labour-Partei darüber hinaus durch einen überraschenden Sieg zukommen, den der vielumjubelte Präsident der Bergleute-Gewerkschaft, Arthur Scargill, gestern in Blackpool davongetragen hat. Mit knapper Mehrheit und gegen die dringende Aufforderung des Generalrats des TUC wurde eine Resolution der Bergleute-Gewerkschaft NUM angenommen, die Beobachtern zufolge das Ansehen der Gewerkschaftsbewegung schwer schädigen wird.

Darin wird von einer künftigen Labour-Regierung gefordert, die Fälle aller während des einjährigen Kohle-Streiks gerichtlich verurteilten Bergleute völlig neu zu verhandeln, alle damals entlassenen Kumpel wieder einzustellen, das während des Streiks von der NUM für Gerichtsstrafen und Schadenersatzforderungen beschlagnahmte Geld zurückzuzahlen, und jegliche Zechen-Schließung zu verhindern.

LATEINAMERIKA

Deutsche Exporte stark gesunken

VWD, Hamburg

Das Defizit der Bundesrepublik im Handel mit Lateinamerika hat sich im ersten Halbjahr 1985 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum verdoppelt. Nach Angaben der Deutsch-Südamerikanischen Bank betrug der Fehlbetrag 3,6 (1,8) Mrd. DM. Die deutsche Ausfuhr nach Lateinamerika ging gegenüber der Vergleichszeit um fast zehn Prozent auf 5,4 Mrd. DM zurück. Der Anteil Lateinamerikas an den im ersten Halbjahr um knapp 14 Prozent auf 268 Mrd. DM gestiegenen deutschen Gesamtausfuhren sank damit auf 2,0 (2,6) Prozent.

Die Bank führt den Rückgang vor allem darauf zurück, daß die Warenlieferungen nach Argentinien um fast 50 Prozent auf 602 Mill. DM abnahmen. Hier dürfte das Auslaufen größerer Lieferprojekte eine wesentliche Rolle gespielt haben, meint das Institut. Die deutschen Exporte nach Brasilien verringerten sich um fast 25 Prozent auf 1,13 Mrd. DM und nach Kolumbien um fast 40 Prozent auf 363 Mill. DM.

Mexiko ist dagegen in eine Spitzenposition als Abnehmer deutscher Waren gerückt. Die Zuwachsrate betrug mehr als 23 Prozent auf 1,13 Mrd. DM, so daß das Land mit dem traditionellen Großabnehmer Brasilien gleichgezogen hat. Ein weiterer bedeutender Abnehmer ist Venezuela, das in der ersten Jahreshälfte Waren im Wert von rund 500 Mill. DM aus der Bundesrepublik Deutschland importierte.

Die deutsche Einfuhr aus lateinamerikanischen Ländern nahm im ersten Halbjahr um 15,4 Prozent auf 9 Mrd. DM zu. Der Anteil am Gesamtimport der Bundesrepublik Deutschland von 236 Mrd. DM in diesem Zeitraum hat sich nach Mitteilung der Bank damit auf 3,8 Prozent erhöht. Wichtigstes lateinamerikanisches Lieferland war wie immer Brasilien, dem die Bundesrepublik Deutschland Waren im Wert von 3,1 (2,6) Mrd. DM abnahm. Danach folgen Venezuela mit 1,8 (1,4) Mrd. DM, Kolumbien mit 827 (782) Mill. DM, Argentinien mit 684 (621) Mill. DM, Chile mit unverändert 647 Mill. DM und Mexiko mit 615 (406) Mill. DM.

Die deutschen Investitionen in Lateinamerkika per Ende 1984 betrugen rund 14 Mrd. DM. An der Spitze stand Brasilien (7,35 Mrd. DM) vor Mexiko (1,92 Mrd. DM) und Argentinien (1,56 Mrd. DM).

MAILÄNDER BÖRSE / Unternehmen sind verpflichtet, mindestens ein Viertel ihres Kapitals am freien Markt zu halten

Kurse sind in einem Jahr um 70 Prozent gestiegen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Anders als in den vergangenen Jahren hat die Mailänder Börse in diesem Jahr auch im August nichts von ihrer Vitalität eingebüßt. Die Geschäftstätigkeit war von hohen Umsätzen und überwiegend fester Kursentwicklung gekennzeichnet.

Inzwischen beträgt die durchschnittliche Kurserhöhung gegenüber dem Jahresanfang etwa 60 Prozent; im Vergleich zu Ende August 1984 beinahe 70 Prozent. Die Börsenkapitalisierung hat sich erhöht auf etwas über 77 000 Mrd. Lire (113,2 Mrd. DM) – 33 000 Mrd. Lire oder 76 Prozent mehr als vor einem Jahr. Damit bewegt sich die Mailänder Börse mittlerweile nicht nur auf dem höchsten jemals erreichten Stand, sondern hat auch alle Aussichten, in diesem Jahr erneut unter den Weltbörsen mit der besten Performance zu rangieren. Selbst wenn man die im Juli erfolgte Lira-Abwertung einkalkuliert, liegt die reale durchschnittliche Kurssteigerung gegenwärtig noch immer weit über der des vergangenen Jahres. Auch für solche ausländische Anleger, die nicht nur kurze Engagements und schnelle Gewinnmitnahmen suchten, hat sich der Gang an die Mailänder Börse gelohnt.

Daß das Interesse des Auslands trotz der weiter gefährdeten Lira nicht abgeflaut ist, zeigen vor allem die zahlreichen Vorhaben, Kapitalquoten großer Unternehmen in den Portefeuilles ausländischer Investmentfonds zu plazieren. Nach der Mailänder Großbank Banca Commerciale Italiana, deren Muttergesellschaft, die Staatsholding IRI, 15 Prozent ihrer 88prozentigen Kapitalquote institutionellen Anlegern verkauft hat, davon die Hälfte ins Ausland, soll jetzt in Kürze schon die ebenfalls von IRI kontrollierte Telefongesellschaft SIP folgen, in deren Fall, wie es heißt, mindestens zehn Prozent des IRI-Anteils abgegeben werden sollen. Nicht zuletzt im Ausland und hier insbesondere auf dem US-Markt plaziert werden soll auch die geplante neue Emission von Aktien des Chemiekonzerns Montedison. Schon jetzt sind Schätzungen Mailänder Finanzexperten zufolge rund 20 Prozent des Montedison-Kapitals in Händen institutioneller US-Anleger.

Ausgangspunkt dieser Operationen sind nicht nur die verbesserten Ertrags- und Dividendenaussichten der italienischen Industrie und Dienstleistungsgesellschaften, sondern auch das Bedürfnis der Unternehmen, sich angesichts der weiter angespannten Zinslage verstärkt über den Aktienmarkt zu finanzieren. In den ersten acht Monaten dieses Jahres haben bereits 44 Gesellschaften rund ein Viertel aller an der Börse notierten Firmen Kapitalerhöhungen durchgeführt. Weitere werden in den kommenden Monaten folgen. Darüber hinaus erwarten Börsenbeobachter, daß immer mehr Gesellschaften dazu übergehen werden, ihre bisherigen Kontrollanteile an anderen Firmen zu reduzieren, unter anderem auch, um sich damit der Auflage der amtlichen Börsenaufsichtskommission anzupassen. Diese sieht vor, daß Börsengesellschaften mindestens 25 Prozent ihres Kapitals frei am Markt halten müssen. Diese Auflage erfüllen heute erst wenige Unternehmen.

Experten erwarten daher, daß es in den nächsten Monaten zu zahlreichen öffentlichen Zeichnungsangeboten und den neuen Aktionären vorbehaltenen Kapitalerhöhungen kommen wird. Namen werden auch schon genannt. Dazu gehören unter anderem die Immobilientochter der Fiat-eigenen Finanzholding Fidis, die Montedison-Töchter Farmitalia Carlo Erba, Mira Lanza und Standa sowie die von der Finanzholding Bastogi kontrollierte Bau- und Immobiliengesellschaft Cogefar und die Italmobiliare-Tochter Franco Tosi.

Der Augenblick ist zweifellos günstig. Aus einem Angebotsmarkt hat sich die Mailänder Börse in letzter Zeit immer deutlicher in einen Nachfragemarkt verwandelt, der inzwischen nach Ansicht von Beobachtern geradezu von „Anlagehunger" gekennzeichnet ist. Die Situation hat sich vor allem seit der vor einem Jahr begonnenen Aktivität italienischer Investmentfonds radikal geändert. Seit Jahresanfang haben diese Fonds rund 10 000 Milliarden Lire angelegt, davon etwa die Hälfte in Aktien.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Varta-Führer, Hrsg. Varta AG, Bad Homburg. Mairs Geographischer Verlag, Ostfildern bei Stuttgart 1985, 28. Auflage, 1072 S., 39,80 Mark.

Erstmals werden im neuen Varta-Führer 1985/86 rund 590 Restaurants mit einer roten Lilie ausgewiesen. Mit diesem Symbol werden Häuser ausgezeichnet, die eine sehr gute stilvolle Umgebung, einen sehr guten Service und eine gute Küchenleistung bieten. Über diesem Standard finden sich weiterhin die Kochmützen-Auszeichnungen – diesmal sind es 355 Restaurants mit einer, 39 mit zwei und fünf mit drei Kochmützen. Für den neuen Führer wurden mehr als 9000 Gasthäuser und Hotels sowie rund 4000 Cafes und Restaurants – vier Prozent mehr als im letzten – in mehr als 6600 Orten geprüft.

Jürgen Schwarze (Hrsg.): Fernsehen ohne Grenzen. Nomos Verlag, Baden-Baden 1985, 254 S., 77 Mark.

Fernsehen ohne Grenzen – ein realisierbares, erstrebenswertes Ziel? Diese Frage unter juristischen Aspekten ins Blickfeld zu rücken, streben der Herausgeber und seine Mitautoren an. Anregung und Titel lieferte das „Grünbuch", das die EG-Kommission zu Rundfunk und Fernsehen im Gemeinsamen Markt vorlegte. Autoren aus den Bereichen privater und öffentlich-rechtlicher Medien, der Anwaltschaft, der nationalen und EG-Verwaltungen und der Wissenschaft beleuchten die Rechtsprobleme des grenzüberschreitenden Fernsehens und die Entwicklung neuer Medien.

Ferdinand Gillmeister: Ermittlungsrechte im deutschen und europäischen Kartellordnungswidrigkeitenverfahren. Nomos Verlag, Baden-Baden 1985, 261 S., 78 Mark.

Die Ermittlungen in großen Wirtschaftsstraf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren werfen für das deutsche Prozeßwesen neue Probleme auf: gleichzeitige Ermittlungen in zahlreichen Großunternehmen, Maßnahmen zur Sicherung des Durchsuchungserfolges, spontane Zeugenvernehmungen, Aussageverweigerungsrechte von Organmitgliedern, Beweismittelsicherstellung und -auswertung. Kartellverwaltungs- und Kartellbußgeldverfahren haben unterschiedliche Verfahrensziele und abweichende Ermittlungsbefugnisse. Aus der Verfahrensparallelität entstehen Fragen nach den Mitwirkungspflichten der Betroffenen, nach Verwertbarkeit der Ermittlungsergebnisse und nach den Schutzrechten. Der zweite Teil der Abhandlung erörtert das eigenständige Kartellrecht im europäischen Gemeinschaftsrecht und die sich daraus ergebenden möglichen parallelen Verfahren.

James Martin: Manifest für die Informations-Technologie von morgen. Econ Verlag, Düsseldorf 1985, 376 S., 98 Mark.

Der Autor legt ein volks- und betriebswirtschaftliches Manifest für den gezielten und optimalen Einsatz moderner Informationstechnolgie in der Wirtschaft vor. Die momentane Problematik innerhalb der Datenverarbeitung führt dazu, daß die Manager von ihren Systemen nicht die Informationen erhalten, die sie brauchen. Viele Entscheidungen werden deshalb immer noch ohne vollständigen Informationsstand gefällt. Im ersten Teil des Buches wird beschrieben, welche Schritte unternommen werden müssen, um den Nutzen der Computer zu steigern. Der zweite Teil analysiert die Zukunftsaspekte, hier insbesondere die japanische Herausforderung. Der dritte Teil widmet sich der Zukunft der freien Unternehmer und den informationspolitischen Aktivitäten der öffentlichen Hand.

H.-G. Grünewald/W. Kilger/W. Seiff (Hrsg.): AGPLAN-Handbuch zur Unternehmensplanung. Loseblattsammlung, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1985, 844 S., 98 Mark.

Die Gesellschaft für Planung (AGPLAN) hat die zweite, neue Ausgabe zum AGPLAN-Handbuch zur Unternehmensplanung, dem anerkannten Standardwerk dieses Fachgebietes in den deutschsprachigen Ländern, vorgelegt. Schwerpunkt der Ausgabe sind die aktuellen Beiträge zur Gewinnung und Sicherung der Stabilität der Unternehmen. Dabei wird den in den letzten Jahren entscheidend veränderten Umweltbedingungen für die Unternehmen Rechnung getragen.

Japan nutzt Taiwan als Exportbasis

dpa/VWD, Tokio

Drei große japanische Autoproduzenten – Nissan Motor Co., Toyota Motor Corp. und Mitsubishi Motors Corp. – denken offenbar daran, Taiwan als Basis für eine indirekte Exportexpansion aufzubauen. Sie verstärken zu diesem Zweck derzeit ihre Zusammenarbeit mit taiwanischen Partnern. Die Überlegungen hängen zusammen mit der Beschränkung der japanischen Autoexporte nach den USA – durch „freiwillige" Zurückhaltung der japanischen Produzenten.

Nissan wird, meinen Branchenkenner in Tokio, schon in wenigen Jahren Autos in die USA exportieren, die vom taiwanischen Partner Yue Loong Motor Co. hergestellt werden. Seit Juni diesen Jahres hält Nissan einen 25-Prozent-Anteil an Yue Loong. Das Unternehmen war 1984 mit etwa 60 000 der 160 000 in Taiwan produzierten Wagen Branchenführer. Toyota, Japans größter Produzent, hat mit Kouzui Motors Ltd., Taipeh, ein Abkommen über die Herstellung von Kleinlastwagen abgeschlossen und will sich dort in Kürze ebenfalls finanziell engagieren. Mitsubishi plant, sich mit 25 Prozent an China Motor Co. zu beteiligen, einer anderen Autofabrik in Taipeh.

Handelskonferenz in Südkorea

dpa/VWD, Seoul

An einer Handelskonferenz in Südkoreas Hauptstadt Seoul, an der sich vom 25. bis zum 27. Oktober 20 Industrie- und Entwicklungsländer beteiligen, werden Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und zahlreiche seiner ausländischen Kollegen teilnehmen. Hauptthemen der Konferenz sind nach Angaben des südkoreanischen Handels- und Industrieministeriums der zunehmende Trend zu protektionistischen Maßnahmen und die Vorbereitung einer neuen Zollsenkungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt).

Zugesagt haben nach südkoreanischen Angaben unter anderem US-Präsident Ronald Reagans Handelsbeauftragter Clayton Yeutter, Japans Außenminister Shintaro Abe, EG-Kommissar Willy de Clercq und Frankreichs Industrieministerin Edith Cresson. Aus den Entwicklungsländern kommen der philippinische Handels- und Industrieminister Roberto V. Ongpin, Indonesiens Handelsminister Rachmat Saleh, der indische Finanzminister V. P. Singh und Brasiliens Außenminister Olavo Egydy Setubal.

Die 50 größten Kreditinstitute

Als Ergänzung der Liste der 500 größten deutschen Industrie-Unternehmen, die am 15. August zum zehnten Mal erschien, veröffentlicht die WELT nun die Liste der 50 größten Banken und Geldinstitute. Maßstab für die Rangfolge ist die Bilanzsumme aus dem Geschäftsbericht 1984. Die Deutsche Bank hat ihre führende Rolle weiter ausgebaut, neu aufgenommen wurde die Stadtsparkasse Köln auf Rang 50.

		Banken und Geldinstitute	Sparte / Geschäftszweig	Bilanzsumme 1984 (in Mill. DM)	1983
1	(1)	Deutsche Bank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	233 300,0	210 200,0
2	(2)	Dresdner Bank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	174 723,0	160 834,0
3	(3)	Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Düsseldorf	Bankgeschäfte aller Art	141 494,0	135 737,0
4	(4)	Bayerische Vereinsbank, München	Kredit- und Hypothekenbank	124 160,0	113 530,0
5	(5)	Commerzbank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	122 687,0	113 250,0
6	(7)	Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München	Kredit- und Hypothekenbank	105 137,0	97 144,0
7	(6)	Bayerische Landesbank Girozentrale, München	Bankgeschäfte aller Art	104 825,0	100 463,0
8	(8)	Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover u. Braunschweig	Bankgeschäfte aller Art	88 178,9	83 653,1
9	(9)	DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	83 240,0	77 665,0
10	(10)	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt	Spezialkreditinstitut	78 538,0	72 744,0
11	(11)	Hessische Landesbank Girozentrale, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	68 571,0	65 655,0
12	(12)	Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	62 703,0	58 715,0
13	(13)	Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden	Hypothekenbank	61 064,0	56 941,0
14	(14)	Landesbank Rheinland-Pfalz – Girozentrale, Mainz	Bankgeschäfte aller Art	36 999,7	37 120,6
15	(15)	Beamtenheimstättenwerk Gemeinnützige Bausparkasse f. den öffentlichen Dienst, Hameln	Bausparkasse	34 145,4	33 068,5
16	(17)	Bausparkasse Schwäbisch Hall	Bausparkasse	33 980,0	30 811,0
17	(16)	Landeskreditbank Baden-Württemberg, Karlsruhe	Spezialkreditinstitut	33 578,9	32 016,9
18	(18)	DSL Bank Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin/Bonn, Bonn	Spezialkreditinstitut	32 230,9	30 527,0
19	(19)	Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	Spezialkreditinstitut	32 051,4	30 421,4
20	(22)	Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg	Bankgeschäfte aller Art	31 321,8	28 160,5
21	(21)	Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinn. Gesellschaft mbH Ludwigsburg	Bausparkasse	29 481,0	28 297,0
22	(20)	Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	30 607,0	29 388,0
23	(24)	Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale, Landesbank Stuttgart, Stuttgart	Bankgeschäfte aller Art	28 957,0	26 774,0
24	(26)	Rheinische Hypothekenbank, Frankfurt/Mannheim/Köln (Zu 5)	Hypothekenbank	28 006,6	25 651,2
25	(23)	Landesbank Schleswig-Holstein – Girozentrale, Kiel	Bankgeschäfte aller Art	27 843,0	27 837,0
26	(25)	Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank, Hamburg (Zu 9)	Hypothekenbank	27 820,0	26 399,0
27	(27)	Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt (Zu 1)	Hypothekenbank	26 813,8	25 068,8
28	(29)	Deutsche Centralbodenkredit, Köln (Zu 1)	Hypothekenbank	25 832,0	23 868,0
29	(28)	Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale, Mannheim	Bankgeschäfte aller Art	24 863,3	24 213,0
30	(31)	Berliner Bank, Berlin	Bankgeschäfte aller Art	24 809,7	21 943,2
31	(30)	Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt	Bankgeschäfte aller Art	24 398,0	23 113,0
32	(33)	Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen	Bankgeschäfte aller Art	23 057,0	21 330,0
33	(32)	Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt	Spezialkreditinstitut	22 335,0	21 662,0
34	(34)	Hamburger Sparkasse, Hamburg	Sparkasse	22 255,0	20 868,0
35	(35)	Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank, Düsseldorf	Bankgeschäfte aller Art	21 217,0	19 922,0
36	(36)	Westfalenbank, Bochum/Düsseldorf (Zu 6)	Bankgeschäfte aller Art	19 287,0	18 421,0
37	(38)	Bayerische Raiffeisen-Zentralbank AG, München	Bankgeschäfte aller Art	18 620,0	16 588,0
38	(37)	Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin – Anstalt des öffentlichen Rechts – Berlin	Wohnungsbaufinanzierung	17 323,0	16 837,0
39	(41)	Deutsche Hypothekenbank Frankfurt/Bremen, Bremen und Frankfurt (Zu 2)	Hypothekenbank	17 238,0	15 867,0
40	(40)	Bayerische Handelsbank, München (Zu 4)	Hypothekenbank	17 903,6	16 051,0
41	(39)	SGZ Bank Südwestdeutsche Genossenschafts-Zentralbank AG, Frankfurt/M. u. Karlsruhe	Genossenschaftliche Zentralb.	16 945,9	16 192,3
42	(42)	Norddeutsche Genossenschaftsbank AG, Hannover	Genossenschaftliche Zentralb.	15 616,0	14 959,0
43	(43)	Industriekreditbank – Deutsche Industriebank, Düsseldorf und Berlin	Spezialkreditinstitut	15 613,4*	14 696,0*
44	(44)	Sparkasse der Stadt Berlin West	Sparkasse	15 121,9	14 336,0
45	(45)	Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft, Hamburg	Bankgeschäfte aller Art	14 984,0	14 092,0
46	(46)	Landesgirokasse, öffentliche Bank und Landessparkasse, Stuttg.	Sparkasse	14 555,1	13 247,1
47	(48)	Westhyp Westfäl. Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Dortmund	Hypothekenbank	13 839,8	12 842,3
48	(47)	Süddeutsche Bodencreditbank, München (Zu 4)	Hypothekenbank	13 461,0	13 074,0
49	(49)	Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, München	Sonderkreditinstitut	12 750,0	12 450,0
50	(–)	Stadtsparkasse Köln	Sparkasse	12 604,4	10 803,4

W = Welt-Konzern-Bilanzsumme; *Jahresabschluß März 1984/85;

Quelle: Schmacke: „Die Großen 500 – Deutschlands führende Unternehmen und ihr Management", Handbuch in Loseblattform mit Sonderteil „Die größten Banken und Versicherungen". 2 Bände, ca. 2000 Seiten, Luchterhand Verlag, Neuwied, 198,– DM

CLAUDIUS PETERS / Anpassungsmaßnahmen

Wieder in der Verlustzone

JAN BRECH, Hamburg

Die Claudius Peters AG (CP), Hamburg, ist im Berichtsjahr 1984 wieder in die Verlustzone geraten. Wie es in dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht heißt, sei der Fehlbetrag vor allem durch Anpassungsmaßnahmen in den stagnierenden Bereichen Zement und Rohölverarbeitung entstanden. Bei der im Anlagengeschäft tätigen Gruppe hätten sich zudem erhebliche Verzögerungen bei der Realisierung erteilter Aufträge ergeben, da die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel für die Auftraggeber schwierig gewesen sei. Die Folge war eine Verringerung des zur Verfügung stehenden Angebots- und Abwicklungsvolumens.

Nach Angaben der Verwaltung ist der Auftragseingang um 15,5 Prozent auf 153 Mill. DM zurückgegangen. Die Ausweitung des Umsatzes in der Konzernrechnung von 169 Mill. auf 219 Mill. DM sagt über die Geschäftsentwicklung nichts aus. Die vor drei Jahren beschlossene Zusammenfassung des operativen Geschäfts ausschließlich in der AG ist noch nicht abgeschlossen.

Als Verlust weist CP 4,5 Mill. DM aus. *Die zweijährige Erholungsphase* mit bescheidenen Überschüssen in den Jahren 1982 und 1983 ist damit schon wieder zu Ende. In der Bilanz schiebt CP nun wieder 19,7 Mill. DM Verlust vor sich her, der die Rücklagen von 14,6 Mill. DM deutlich übersteigt. Vom Grundkapital, das 26 Mill. DM ausmacht, und zu 100 Prozent von der Babcock International plc, London, gehalten wird, sind 5,1 Mill. DM verloren.

Auf die anhaltende Schwäche im internationalen Anlagenbau, bei dem CP in den Gebieten Zement, Gips, Raffinerien und Energie tätig ist, hat das Unternehmen mit Kapazitätsanpassungen reagiert. Die personellen Maßnahmen, die bereits im Vorjahr zu einer Reduzierung der Belegschaft um 8 Prozent auf 794 Mitarbeiter geführt hatten, erstrecken sich bis in dieses Jahr. Sozialplan und Verpflichtungen aus der Vorruhestandsregelung belasteten das Ergebnis mit 3,8 Mill. DM.

Die Aussichten für dieses Jahr sind zuversichtlicher, obwohl auf den von CP belieferten Märkten bislang keine grundlegenden Änderungen erkennbar sind. Das sehr schwache Geschäft im Zement- und Raffineriebereich sei durch höhere Auftragseingänge in der Energie- und Baustoffsparte ausgeglichen worden, heißt es. Der Auftragseingang im 1. Halbjahr 1985 sichere eine längerfristige Beschäftigung. Auch werde sich die Ertragslage aufgrund der 1984 eingeleiteten Maßnahmen zu Kostensenkungen verbessern.

SCHNEIDWAREN- UND BESTECKINDUSTRIE / Ohne Handelsbarrieren Sonderstellung in Europa behauptet

Die Mittelständler halten das Heft in der Hand

HARALD POSNY, Solingen

Die deutsche Schneidwaren- und Besteckindustrie hat 1984 mit einigen Abstrichen an das Vorjahr anknüpfen können. Auf diesem von vielen Kaufgewohnheiten abhängigen Markt nimmt die Branche nach Zahl der Betriebe und deren wirtschaftlicher Bedeutung europaweit eine Sonderstellung ein. Obwohl in anderen EG-Ländern mit protektionistischen Hürden gegen Fernost-Importe abgeschirmt und mit staatlichen Wohltaten gepäppelt, befinden sich die dort noch arbeitenden Restindustrien im Niedergang.

So hat die deutsche Branche – auch ohne Subventionen – den Vorteil, diese Länder, die sich mit eigenen Erzeugnissen nicht mehr selbst versorgen können, mit kompletten Produktpaletten zu bedienen. Dieser ganz ausschließlich mittelständisch geprägte, oft auch auf gut funktionierende Handwerksbetriebe gestützte Industriezweig hat sich das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen.

Schneidwarenhersteller, mehr noch die Besteckproduzenten haben in den letzten Jahren kräftig in neue Maschinen und Fertigungsmethoden investiert. Friedrich Klopotek, Geschäftsführer des Industrieverbandes Schneidwaren- und Bestecke (IVSB): „Teilweise wurden ganze Maschinengenerationen übersprungen. Computergestützte Technologien laufen bei vielen Unternehmen schon auf vollen Touren." Dazu wird der Anwendung neuer Werkstoffe besonderes Augenmerk gewidmet. Der Begriff „Stahlwarenbranche" dürfte kaum mehr ganz zutreffen, wenn stahlähnliche Legierungen (Titan), Kohlenstoffasern und technische Keramik stärker Verwendung finden. Vereinzelt kommen diese neuen Werkstoffe schon in Schneidwaren vor.

Die Anstrengungen in Produktion und Werkstoff-Technologie laufen mit aktiver Absatzpolitik einher. Das gilt namentlich für Anstrengungen, Image und Markennamen zu polieren, was einigermaßen schwerfällt, wenn man die Gesamtbranche mit 385 Klein- und Kleinstunternehmen und einem Umsatz (einschließlich „Kollegenlieferungen" und Importe) von 1,53 (1,48) Mrd. DM betrachtet.

Die mit 55 Prozent des Umsatzes im Raum Solingen konzentrierte Branche bestritt drei Viertel des Umsatzes (siehe Tabelle) mit Schneidwaren, das letzte Viertel entfiel auf Bestecke. Bei den Schneidwaren waren Rasier- und technische Klingen mit 46 Prozent, feine Scheren mit 13, Haushalts- und Berufsmesser mit 16 sowie Klapp- und Taschenmesser mit vier Prozent beteiligt.

Die Besteckhersteller waren 1984 vom deutschen Verbraucherverhalten enttäuscht. Das galt vor allem für Echtsilber und versilberte Bestecke mit zweistelligen Rückgängen auf 36 bzw. 96 Mill. DM, obwohl die Silberpreisentwicklung moderat war. Freilich wird immer deutlicher, daß die qualitativ hochwertigen Edelstahlbestecke (52 Prozent Marktanteil) mit *versilberten Bestecken konkurrieren.* Andererseit werden öfter Bestecke neu gekauft, das aber hält auch vom teureren Echtsilber ab.

Im Export dominieren eindeutig Schneidwaren (58 Prozent der Produktion), die zu fast drei Viertel in elf Ländern, vor allem in Europa, abgesetzt werden. Besonders stolz ist die Branche auf den Export nach Japan, wo „Made in Solingen" einen herausragenden Ruf genießt. Innerhalb von zwei Jahren hat sich der Export dorthin auf 20 Mill. DM verdoppelt. Geländegewinn erzielten auch die Ausländer auf dem deutschen Markt, dies vor allem bei den Bestecken (Importquote 33 Prozent). Mit Ausnahme der Italiener verloren sämtliche europäische Mitbewerber Anteile an die fernöstliche Konkurrenz.

Nach den Worten von IVSB-Geschäftsführer Klopotek dürfte die Branche 1985 keine realen Zuwächse in Produktion und Inlandsumsatz erreichen. Die Besteckindustrie allein wäre mit den Vorjahresergebnissen schon sehr zufrieden. Im 1. Halbjahr 1985 brachten die Zuwächse im Export (plus 6 Prozent auf 370 Mill. DM) den Gesamtumsatz auf eine Steigerung um 5,5 Prozent auf 800 Mill. *DM. Der Inlandsmarkt war weitaus* schwächer.

Schneidwarenindustrie	1984	±%
Produktion (Mill. DM)[1]	1 064	+ 6,0
dav. Schneidwaren	778	+ 11,0
Bestecke	286	– 7,0
Export	720	+ 12,0
dav. Schneidwaren	620	+ 13,0
Bestecke	100	+ 10,0
Import	391	+ 11,0
dav. Schneidwaren	216	+ 6,0
Bestecke	175	+ 18,0
Betriebe [1]	96	– 5,9
Beschäftigte [1]	11 459	– 2,7

[1]) aus Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten.

GABLER-VERLAG

Nach Sanierung keine Sorgen mehr

INGE ADHAM, Frankfurt

„Sorgen macht uns momentan nichts im Hause", bekennt Dirk Naumann, Geschäftsführer der Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden. Offenbar haben wir den Markt richtig eingeschätzt, befindet er angesichts der positiven Entwicklung der letzten Jahre. Naumann erinnert freilich auch an die „harten Schnitte", die vorangegangen waren: 1979 hatte Bertelsmann den Wirtschaftsverlag, der 60 Jahre zuvor von Richard Sellien gegründet worden war, übernommen; *Jahresumsatz damals rund* 13,5 Mill. DM, die mit 110 Mitarbeitern erzielt wurden.

Im vergangenen Jahr erreichte die Bertelsmann-Tochter mit 60 Mitarbeitern rund 20 Mill. DM Jahresumsatz und wuchs dabei mit 5 Prozent stärker als der Branchenumsatz. Früchte einer „erfolgreichen Neugestaltung" des Programms erntet das Verlagshaus in Form einer „nochmals erheblich verbesserten" Ertragssituation, die mit „deutlich überdurchschnittlich" gekennzeichnet ist. Besondere Erfolge brachten Gabler, dessen Wirtschaftslexikon (inzwischen in der 11. Auflage) praktisch jeder Betriebswirtschaftsstudent kennt, im vergangenen Jahr die Fachzeitschriften. Die Umstellung auf den Magazintypus hat nicht nur erhebliche Auflagensteigerungen gebracht, sondern inzwischen auch das Anzeigengeschäft kräftig anspringen lassen, das rund ein Fünftel zu den 10 Mill. DM Zeitschriftenumsätzen beiträgt.

Rund 35 Prozent Umsatz steuerte das Buchprogramm (etwa 1000 Titel) bei. Dabei wurde gezielt das Management-Buchprogramm ausgebaut, wozu ebenso Fachbücher für den Einsatz von Mikrocomputern für den Kaufmann gehören wie Literatur für den Manager. Im Fernkursbereich will sich Gabler verstärkt „Spezialitäten" zuwenden, da die Konkurrenz staatlicher Weiterbildungsanbieter immer spürbarer wird. Grundsätzlich rechnet Naumann, der im Herbst zur Münchner Bertelsmann-Thomson-Holding wechselt, in diesem Jahr mit einer Fortsetzung des Aufwärtstrends.

Massa prüft Gang an die Börse

dpa/VWD, Alzey

Der Chef der Einzelhandelskette Massa, Karl-Heinz Kipp, hat jetzt Überlegungen bestätigt, die Massa GmbH, Alzey, in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und die Börseneinführung der Massa-Aktien zu beantragen. Eine Studie werde, wie Kipp mitteilte, derzeit von der BHF-Bank erarbeitet.

Die Entscheidung, ob der Gang an die Börse für Massa - insbesondere unter steuerlichen Gesichtspunkten - „interessant" sei, werde im Frühjahr 1986 fallen. Kipp, nach eigenen Worten kein Freund von stimmrechtslosen Vorzugsaktien, schloß in diesem Zusammenhang auch eine Abgabe der Mehrheit an dem Alzeyer Familienkonzern nicht aus.

Der Umsatz der Unternehmensgruppe Kipp, die neben 27 Selbstbedienungsmärkten in West- und Südwestdeutschland eigene Produktionsfirmen betreibt sowie unter anderem im Fertig/Ausbauhaus-, Fahrzeug-, Touristik- und Hotelbereich tätig ist, mußte 1984 erstmals einen Umsatzrückgang auf 3,92 (3,99) Mrd. DM hinnehmen. Für das Geschäftsjahr 1985 wird nur ein bescheidenes Wachstum erwartet.

NAMEN

Werner Ludwig, geschäftsführender Gesellschafter der Wohnform GmbH + Co Werkstätten KG, Groß-Bieberau bei Darmstadt, feiert heute den 70. Geburtstag.

Dr. **Otto Plagge**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Vieh- und Fleischhandelsbundes (DVFB), Bonn, vollendet am 5. September 1985 das 60. Lebensjahr.

John Murray wurde zum Vizepräsidenten Operations von Austria Mikrosysteme Internationale GmbH, Unterpremstätten, bestellt.

Bodo Liebe, Vorsitzender des Vorstandes der Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, hat den Vorsitz im Aufsichtsrat der Motoren-Werke Mannheim AG (MWM) übernommen. **Friedrich Wöpkemeier** und **Werner Kirchgässer**, beide Vorstandsmitglieder der KHD AG, wurden zu Aufsichtsratsmitgliedern der MWM AG berufen.

Dr. **Jürgen W. Beck**, bisher Leiter des Bereichs „Wissenschaftlich-Technische Betriebseinrichtungen" der Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. (DFVLR), Köln-Porz, wurde zum Leiter des neuen Bereichs „Raumfahrt" ernannt und in den Vorstand berufen.

Klaus-Peter Schneidewind (38), nach diversen Führungsfunktionen in Co op und Hussel-Gruppe zuletzt Vorsitzender der Geschäftsführung „Nord" der Co op AG, Hamburg, ist als Nachfolger von Dr. Heinz Heger (63) seit 1. September 1985 Vorstandsvorsitzender der mittelständischen Kaufhäuser-Einkaufsgenossenschaft Kaufring eG, Düsseldorf.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: Rühl Klima- u. Umwelttechnik GmbH; Jauer Natursteine GmbH; **Bochum:** KV Büro Kartographie u. Vermessung GmbH; **Brilon:** Josef Schmelzer jun., Kaufm., Winterberg-Siedlingshausen; **Duisburg:** Marlene Schellberg geb. Hamans, Kauffrau, Inh. d. Wollboutique Schellberg, Mülheim/Ruhr; **Göttingen:** Ewert Busreisen GmbH; **Hamm:** Karl Hecker KG, Elektro-Großhandlung; **Homburg/Saar:** Nachl. d. Wilhelm Anton Hoffmann, Schlossermeister u. Schmied; **Köln:** Curtius-Garagen GmbH zur Erstellung u. Vermietung von Garagen; **Mayen:** Anneliese Korb geb. Jungblut, Kettig; Hermann Josef Jungblut, Kettig; **Nordenham:** Nachl. d. Hildegard Magdalena Rada geb. Krönke; **Osterholz-Scharmbeck:** Industrie-Elektrik Montageges. mbH, Schwanewede 1; **Witten:** Sprintol Mineralöl GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Hamm: Ziegel- u. Klinkerwerke Köhle GmbH & Co. KG, Fröndenberg.

Konkurs beantragt: Lörrach: Omnibus Homberger.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Aktien-Umtausch

München (dpa/VWD) – Die Aktionäre der Allianz-Versicherung müssen *ihre auf „Allianz Versicherungs-*Aktiengesellschaft" lautenden Aktien gegen neue Urkunden der jetzt laut Beschluß der Hauptversammlung vom 27. Juni als „Allianz Aktiengesellschaft Holding" firmierenden Gesellschaft umtauschen. Durch die Umbenennung seien die bisherigen Aktien nach dem Aktiengesetz unrichtig geworden, heißt es in der Pflichtveröffentlichung im Bundesanzeiger. Die Allianz-Aktionäre werden daher aufgefordert, ihre Aktien sowie die zugehörigen Erneuerungsscheine, Eintragungsbestätigungen und Abtretungserklärungen in der Zeit vom 16. September 1985 bis 14. März 1986 zum Umtausch gegen neue Urkunden einzureichen. Die Umtauschstellen wurden im Bundesanzeiger Nr. 163 vom 3. September veröffentlicht. Die bis einschließlich 14. März 1986 nicht eingereichten alten Aktien werden für kraftlos erklärt.

Gutes Wachstum

Bad Salzdetfurth (dpa/VWD) – Die Unternehmensgruppe Fuba-Hans Kolbe und Co., Bad Salzdetfurth, steigerte 1984/85 (30. 4.) den Umsatz um 25 Prozent auf 280 Mill. DM. Wie der Hersteller von Nachrichtenübertragungstechnik, gedruckten Schaltungen und Funktechnik mitteilte, wurden in den Bereichen gedruckte Schaltungen (plus 40 Prozent auf 120 Mill. DM) und Funktechnik (plus 70 Prozent auf 20 Mill. DM) überdurchschnittliches Wachstum erzielt. Das Unternehmensergebnis wird als gut bezeichnet. Beschäftigt waren (Stichtag 30. April) über 2700 Mitarbeiter, gut 400 mehr als im Vorjahr.

Stammkapital erhöht

Singen (dpa/VWD) – Die Alusuisse Deutschland hat das Stammkapital der Aluminium-Walzwerke Singen (Alusingen) um 25 Mill. auf 125 Mill. DM erhöht. Das Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist auf über 25 Prozent angestiegen, erklärte das Unternehmen. Dies sei notwendig, damit Alusingen, eines der größten aluminiumverarbeitenden Unternehmen Europas, umfangreiche Investitionen realisieren könne. In den ersten acht Monaten 1985 erreichte der Umsatz 770 Mill. DM (1984: 1,13 Mrd. DM). Die Mitarbeiterzahl wurde seit Jahresbeginn um 90 auf 4300 vergrößert.

Europa-Umsatz steigt stark

Genf (dpa/VWD) – Die Digital Equipment Corporation (DEC), nach eigenen Angaben weltweit der zweitgrößte Hersteller von Computersystemen, Peripheriegeräten, Netzwerk- und Kommunikationsprodukten, erzielte im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) erhebliche Zuwächse in Europa. Wie die europäische Zentrale des US-Konzerns in Genf meldete, lag der europäische DEC-Umsatz mit 1,95 Mrd. Dollar (5,54 Mrd. DM) um 33 Prozent über dem Vorjahresergebnis. In Europa produziert DEC unter anderem in Kaufbeuren und in Schottland. Weltweit wurden 6,69 Mrd. Dollar (plus 20 Prozent) umgesetzt. Der Gewinn nach Steuern betrug 446,6 Mill. Dollar – 36 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Konzern beschäftigt mehr als 89 000 Mitarbeiter, 17 000 davon in Europa.

Kooperiert Honda mit Renault?

dpa/VWD, Tokio

Der japanische Autohersteller Honda Motor Co. und Frankreichs staatseigene Autofabrik Régie Nationale des Usines Renault werden noch in diesem Monat Gespräche über eine umfassende Zusammenarbeit aufnehmen, verlautet aus Tokio. Honda betrachte dies als nächsten wichtigen Schritt seiner Auslandsstrategie nach der Errichtung eines eigenen Autowerks in den USA und der Kooperation mit British Leyland. Die Franzosen hatten zunächst mit dem größten japanischen Autohersteller Toyota Motor Corp. über eine technische Zusammenarbeit verhandelt, aber kein Übereinkommen erzielt.

Das hochverschuldete französische Automobilwerk will mit japanischem Know-how vor allem die Produktivität verbessern. Honda möchte jedoch, wie es hieß, über die rein technische Kooperation hinausgehen, mit der Renault nur zu einem stärkeren Konkurrenten gemacht würde. Ein Renault-Sprecher in Paris dementierte allerdings die Gerüchte. Gesprochen werde nur über die Kooperation der Renault-Tochter American Motors Corp., USA, mit einem anderen japanischen Unternehmen.

NIKON / Mit Bedienungskomfort gegen Marktstagnation in der Bundesrepublik

Mehr Bedeutung für Nichtfoto-Sektor

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der im Bereich hochentwickelter und hochpreisiger Kameras angesiedelte Foto-Optik-Konzern Nippon Kogaku K. K. will dem insgesamt stagnierenden deutschen Markt neue Impulse geben. Mit einer neuen Spiegelreflexkamera (Nikon F-301) soll das Geschäft zumindest für Nikon angekurbelt werden. Der Leiter des Fotobereichs bei der deutschen Vertriebstochter, der Nikon GmbH, Düsseldorf, Kristof Friebe, sieht die Talsohle der Schrumpfung bei Spiegelreflexkameras verlassen. Dazu hätten verschiedene Innovationen in Richtung auf eine noch bedienungsfreundlichere Kamerageneration beigetragen. Dennoch warnte Friebe vor übertriebenen Hoffnungen auf neues Wachstum auf dem Kameramarkt.

Bei 35-mm-Sucherkameras strebt Nikon einen Marktanteil der Stückzahl nach von deutlich über fünf (derzeit: vier) Prozent, bei Spiegelreflexkameras einen Anteil von „deutlich über zehn (neun) Prozent" an. Im Sektor Systemkameras hatte Nikon in den ersten fünf Monaten eine Verkaufssteigerung von neun Prozent (Stück) und 10,8 Prozent (Wert) bei insgesamt rückläufigem Markt.

Die 1971 in der Bundesrepublik gegründete Nikon GmbH erwartet mit ihren derzeit 90 Mitarbeitern für 1985/86 (30. 3.) eine Umsatzsteigerung von 19 (17) Prozent auf 94 Mill. DM. Dabei wird der Foto-Umsatzanteil auf 85 (94) Prozent zurückgehen, während der Nichtfoto-Bereich mit dem erst vor wenigen Wochen begonnenen Verkauf von Halbleitern auf 15 (fünf) Prozent ansteigen wird.

Der Fotoumsatz verteilt sich zu 30 Prozent auf Spiegelreflexkameras, zu zehn Prozent auf Sucherkameras. Der übergroße Rest umfaßt Umsätze mit Wechselobjektiven und Zubehör. Der Nichtfoto-Bereich umfaßt in der Bundesrepublik vor allem optische und medizinische Instrumente, Mikroskope und Meßinstrumente.

Der Konzernumsatz lag 1984/85 nach einer Steigerung um 31 Prozent bei 2,25 Mrd. DM. Der Gewinn, so Geschäftsführer Shigeru Kashima, habe ebenfalls ein „günstiges Ergebnis" gezeigt, was im Klartext eine Verdoppelung auf 60 Mill. DM bedeutet hat. Für 1985/86 sehen die Planungen rund 2,44 Mrd. DM Umsatz (plus acht Prozent) sowie 89 Mill. DM Gewinn (plus 47 Prozent) vor.

Rund 55 Prozent des Umsatzes entfallen bereits auf Nichtfoto-Artikel, nach den Worten Kashimas „ein erstmaliger drastischer Wechsel in der Nikon-Geschäftsstruktur". Vor allem Halbleiter-Produkte sollen künftig größeres Gewicht haben. Nikon macht immer noch 58 Prozent des Umsatzes in Japan. Von den überseeischen Märkten liegt Nordamerika noch mit weitem Abstand vor Europa. Seit Jahresanfang betreut Nikon aus der Bundesrepublik auch den gesamten westeuropäischen Bereich für Maschinen zur Herstellung von integrierten Schaltkreisen und für Schaltkreis-Meßgeräte. Auf der höchsten Technologiestufe des Maschinenbaus kosten einzelne Gerätetypen zwischen 250 000 DM und 2,75 Mill. DM.

Aktien überwiegend freundlich

Der Südafrika-Schock ist überwunden

DW. – Der Aktienmarkt präsentierte sich am Dienstag in einer guten Verfassung. Zahlreiche Papiere zogen gegenüber dem Montag an. Auch wenn es gegen Börsenschluß zu kursdrükkenden Gewinnmitnahmen kam, blieben in den meisten Fällen noch begrenzte Kursgewinne übrig. Zur besseren Tendenz hat die Überwindung des Schocks beigetragen, der zunächst durch den Kreditrückzahlungsstop der Südafrikaner eingetreten war, und der vor allem die Kurse der Bankaktien negativ beeinflußt hatte.

Gut im Markt lagen weiterhin Autoaktien. Auch wenn es bei ihnen keine spektakulären Kurssteigerungen mehr gab. Die Hoffnungen, daß die bevorstehende Automobilausstellung diesem Sektor neuen Auftrieb geben wird, ist geblieben. Eine Sonderbewegung verzeichneten Linde-Aktien, die zeitweise bis zu 20 DM fester tendierten. Entsprechend lebhaft war der Handel in Linde-Optionsscheinen. Von der nach wie vor vorhandenen Nachfrage nach Maschinenbauwerten profitierte auch Mannesmann, wo vorübergehend ein neuer Höchstkurs erreicht wurde. Als „zurückgeblieben" wurden Klöckner-Aktien empfunden, die ebenfalls überdurchschnittlich zulegten. Bei den Elektrowerten ergaben sich Tagesgewinne von 2 bis 3 DM. Sonderbewegungen blieben in diesen Bereich aus. RWE-Stämme übersprangen die 200 DM-Marke. Die hier seit Tagen zu beobachtende Nachfrage geht teilweise auf englische Aufträge zurück.

Frankfurt: Linde zogen per Kasse um 24 DM an. Agiv gewannen 7 DM und Didier 4,30 DM. Adler zogen um 2,90 DM an. Schwächer tendierten Pfaff mit minus 13,50 DM und Thüringer Gas mit minus 4,50 DM.

Düsseldorf: Aseag und Heinrich erhöhten je um 10 DM und Hindr. Auffermann um 4,50 DM. Kochs Adler verbesserten sich um 4 DM. Nachgegeben haben Audi NSU um 12 DM und Düwag um 3 DM. Allianz Vers. stockten um 35 DM auf.

Hamburg: HEW stiegen um 2,50 DM und NWK Vz verminderten um 0,50 DM. Beiersdorf gaben um 2 DM nach. Phoenix Gummi verloren 2,70 DM. Hapag Lloyd verbesserten sich um 0,80 DM und Haller Meurer um 9,50 DM.

Berlin: DeTeWe erholten sich um 5 DM und Berliner Bank lagen um 1 DM freundlicher. Herlitz St. mußten 5,50 DM und Berthold 3,50 DM hergeben. Bergmann lagen um 2 DM leichter.

München: Audi verloren 15 DM und Bay. Hartstein 30 DM. Cassella verminderten um 17 DM. Leonische Draht erhöhten um 12 DM und Patrizier um 2 DM. AKS legten 3 DM zu.

Stuttgart: Daimler festigten sich um 9 DM. Zeag wurden zu 460DM (plus 15 DM) lebhaft gehandelt. Spinnerei Pfersee verloren 17 DM. Für Ackermann bestand 1,90 DM billiger zu 121,10 DM noch Nachfrage.

Nachbörse: knapp behauptet

WELT-Aktienindex: 207,44 (205,97)
WELT-Umsatzindex: 4322 (3157)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Freiverkehr

Ausland

Brüssel

Arbed	1590	1585
Brux. Lambert	1925	1905
Cockerill Ougrée	205	205
Ebes	3000	2980
Gevaert	3995	4075
Kreditbank	9100	9100
Petrofina	6140	6090
Soc. Gén. d. Belg.	1820	1795
Sofina	7590	7580
Solvay	5010	5000
UCB	5100	4995
Index	2399,29	2387,63

Singapur

Cycle + Car	3,1	3,12
Cold Storage	2,8	2,79
Dev. Bk. of Sing	4,8	4,8
Fraser + Neave	5,8	5,8
Kl. Kepong	2,28	2,28
Mal. Banking	–	5,55
Nat. Iron	1,96	2
OCBC	8	8,1
Sime Darby	1,77	1,81
Singapur Land	2,1	2,21
Un. Overs. Bank	3,32	3,34

Optionshandel

Frankfurt: 03. 09. 85

1727 Optionen = 88 800 (89 300) Aktien

davon 337 Verkaufsoptionen = 18 000 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-120/22,5, 10-130/13, 10-140/5,2, 10-150/1,7, BASF 10-220/10, 10-221/8, 10-230/2,8, 1-210/27,8, Bayer 10-191/34, 10-211/15, 10-220/5,5, 10-221/2,6, 1-230/12, 1-231/11, 1-240/7, Bekula 10-110/3, 4-110/8,1, BMW 10-417,5/60, 10-447,5/30, 10-480/12,6, Commerzbk. 10-187,75/30,65, 10-191,75/16, 10-200/12, 10-210/3,5, 1-210/17,4, 1-220/12, 1-230/7,8, Conti 10-147/11,3, 10-157/3,2, 1-150/15, 1-160/10,6, Daimler 10-880/84, 10-889,5/74,5, 1-889,5/85, 1-1000/49, Dt. Babcock St. 10-170/5, 1-170/19, Dt. Babcock Vz. 1-170/8, Deutsche Bk. 10-600/7, 1-570/40, 1-630/10, 4-600/38,9, Dresdner Bk. 10-240/30, 10-270/8,4, 1-250/38, 1-290/10, GHH St. 10-170/19, 10-180/10,15, 1-180/17, Hoechst 10-211/9,5, 10-220/3,5, 10-221/8,5, 10-230/1,8, 1-211/19,8, Hoesch 10-110/15,5, 10-130/3, 1-110/21, 1-120/12, 1-130/6,5, 1-150/2, Karstadt 10-233/26, 1-270/14,5, Kaufhof 1-233,5/69, KHD 4-330/4, Klöckner 10-65/7, 10-70/3,5 10-75/1,8, 1-70/5, 1-75/2,5, Lufthansa St. 10-195,5/34,5, 10-205,5/24,5, 1-225,5/18,6, Lufthansa Vz. 10-215,5/18,5, Mercedes 10-600/26,3, 10-740/12,5, Metallges. 1-300/12,9, Mannesmann 10-156/47, 10-166/37, 10-176/27, 10-180/23, 10-186/20, 10-190/13,2, 10-196/7, 1-166/39, 1-200/15, 1-210/9,4, Preussag 1-300/7,6, RWE St. 10-170/29,5, 10-180/19,6, 10-190/12, 10-200/6, RWE Vz. 10-170/28, 10-180/15, 10-190/9,9, Schering 10-400/20, Kali + Salz 10-292/38, 1-320/30, 4-320/35, Siemens 10-483,3/88,7, 10-570/7,5, 10-580/4, 1-540/48, 1-560/34, 1-570/29, Thyssen 10-98,25/30,7, 10-108,25/20,7, 10-110/18, 10-120/10,6, 10-130/4,6, Veba 10-171/64, 10-181/54, 10-191/44, 10-201/34, 10-230/10, 10-231/83, VEW 10-124/27, 10-140/11,5, 1-134/25, VW 10-330/15,6, 10-360/8, 1-315/38, 1-325/30, 1-330/28, 1-340/20,5, 1-350/18, 1-360/14, Alcan 1-90/6, Chrysler 4-110/7,1, General Motors 4-220/5,05, IBM 1-360/33, 1-390/17, 1-410/8,4, Norsk Hydro 1-40/2,9, 4-40/4,1, Philips 10-45/1,5, 1-45/3,1, 1-50/1,7, 4-40/11, Royal Dutch 1-170/10, **Verkaufsoptionen:** AEG 1-130/3, 1-140/6,9, 4-130/4, BASF 10-230/2,6, 1-210/2, 1-230/4, Bayer 10-220/2, 1-210/1,8, 1-230/3,4, BMW 1-440/14, 4-430/11, Conti 10-150/1,5, 1-150/4,9, Daimler 10-930/7, 10-940/8, 1-890/12, Deutsche Bk. 10-560/5,05, 1-540/6, 4-540/11,4, Dresdner Bk. 10-280/3, 1-250/5,05, 1-270/14, Hoechst 10-220/8, 1-210/3, 1-220/9, Hoesch 4-120/4, Kaufhof 1-280/5,2, Klöckner 10-70/2,1, 1-70/4,3, 4-65/3, Lufthansa St. 1-220/5, Mannesmann 1-190/3,1, 4-190/4, Nixdorf 10-340/10, RWE St. 1-200/10,8, Siemens 10-540/5, 10-560/16, 1-520/3,25, Thyssen 10-130/3, 1-130/3,55, 4-120/2, Varta 4-230/5, Veba 4-220/2,5, 4-230/5, VW 10-310/3,8, 10-320/5, 10-330/7, 1-260/2, 1-300/4, IBM 4-350/15, Philips 4-4/2, Unilever 1-290/1,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3.9.85 : Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8-8¼	4½-4⅝	4½-4¾
3 Monate	8⅛-8¼	4½-4¾	4½-4¾
6 Monate	8¼-8½	4⅝-4⅞	4¾-5
12 Monate	8¾-8⅞	4¾-5	4¾-5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3. 9. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1340,00	1721,40
10 US-Dollar (Indian)**	1300,00	1567,55
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	655,50
1 £ Sovereign alt	219,50	273,03
1 £ Sovereign Elizabeth II.	216,25	269,33
20 belgische Franken	170,50	232,87
10 Rubel Tscherwonez	227,50	286,71
2 südafrikanische Rand	212,75	264,20
Krüger Rand, neu	949,25	1122,05
Maple Leaf	963,75	1138,58
Platin Noble Man	973,00	1149,12
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	221,25	280,73
20 schweiz. Franken „Vreneli"	185,75	240,26
20 franz. Franken „Napoléon"	173,75	226,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	893,00	1081,36
20 österr. Kronen (Neuprägung)	176,50	224,01
10 österr. Kronen (Neuprägung)	91,75	121,70
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	413,25	505,31
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,75	133,10

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

3.9.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴)	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,8409	2,8489	2,8214	2,78	2,88
London¹)	3,899	3,913	3,838	3,84	3,99
Dublin¹)	3,105	3,119	3,072	3,021	3,160
Montreal³)	2,07	2,078	2,0479	2,02	2,12
Amsterd.	88,765	88,985	88,620	86,78	90,77
Zürich	121,30	121,50	121,43	120,00	122,75
Brüssel	4,928	4,948	4,874	4,77	4,97
Paris	32,685	32,825	32,255	31,75	33,50
Kopenh.	27,525	27,845	27,305	26,75	28,50
Oslo	34,03	34,15	33,475	33,25	35,00
Stockh.**)	33,75	33,91	33,005	32,75	34,50
Mailand²)**)	1,491	1,501	1,4650	1,44	1,54
Wien	14,211	14,251	14,200	14,13	14,35
Madrid**)	1,70	1,71	1,654	1,66	1,78
Lissabon**)	1,675	1,695	1,6800	1,25	2,05
Tokio	1,19	1,193	–	1,145	1,305
Helsinki	47,18	47,38	46,260	46,00	48,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*)**)	2,076	2,13	–	1,65	2,45
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	1,948	1,967	–	1,91	2,01
Johannbg.*)	1,253	1,287	–	0,65	1,25

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der US-Dollar zog am 3. 9. bei lebhaftem Umsatz weiter auf 2,8449 amtlich an und erzielte damit die höchste Notierung seit dem 7. 8. 85. Außerbörslich prallte der Kurs zweimal bei 2,8490 ab, was zu einer Beruhigung im Handel führte. Die Euro-Dollar-Zinssätze wurden erneut um 1/16 Prozentpunkt höher genannt. Neue kurstreibende Aspekte waren nicht vorhanden. Die Entwicklung der übrigen Währungen war uneinheitlich. Die Nachfrage nach Englischem Pfund ließ nach, der Kurs fiel auf 3,906 zurück. Auch der Schweizer Franken gab nach. Der Japanische Yen kletterte dagegen auf 1,1915. Der Rand konnte sich behaupten. US-Dollar in: Amsterdam 3,2040; Brüssel 57,6875; Paris 8,6900; Mailand 1900,80; Wien 19,9870; Zürich 2,3434; Ir. Pfund/DM 3,112; Pfund/Dollar 1,3730; Pfund/DM 3,906.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 3.9. : In D-Mark 2,22965 (Parität 2,24184); In Dollar 0,78323 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 3. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Depots befestigten sich am 3. September erneut um 1/16 Prozent, die Terminabschläge notierten nochmals erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,91-0,81	2,57-2,47	5,20-5,00
Pfund/Dollar	0,45-0,43	1,19-1,16	1,96-1,91
Pfund/DM	3,10-1,70	7,30-5,90	12,8-11,4
FF/DM	23-7	57-41	112-96

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3.9. : Tagesgeld 4,70-4,80 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3.9. : 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 3.9. : 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,06.

BBC

Umsatz und Ergebnis besser

dpa/VWD, **Mannheim**

Der Elektrokonzern Brown, Boveri und Cie AG, Mannheim, hat in der ersten Jahreshälfte 1985 in Umsatz und Ergebnis besser als in der gleichen Vorjahreszeit abgeschnitten. Nach dem gestern vorgelegten Zwischenbericht stieg der konsolidierte Umsatz um 14 Prozent auf 2,31 Mrd. DM. Dabei wuchs der Auslandsumsatz sogar um 22 Prozent. Der Auslandsanteil am Umsatz erreichte 47 (44) Prozent. Für das Gesamtjahr rechnet die mehrheitlich zur schweizerischen BBC-Gruppe gehörende Gesellschaft wegen der Abrechnung des Hochtemperaturreaktors THTR-300 in Schmehausen mit einer beträchtlichen Umsatzsteigerung.

Das wieder stärkere Umsatzwachstum war begleitet von einem um 18 Prozent auf 2,62 Mrd. DM erhöhten Auftragszugang. Davon entfielen etwa zwei Drittel auf das Anlagengeschäft (plus 22 Prozent) und ein Drittel auf das Serienmaterialgeschäft (plus elf Prozent). Die Inlandsbestellungen erhöhten sich, vor allem durch einen deutlichen Zuwachs bei Anlagen, um 20 Prozent und die Auslandsorders um 16 Prozent. Der Auftragsbestand ist erneut gewachsen.

Dank der günstigeren Auftragslage hat sich die Beschäftigungslage tendenziell gebessert. Die Zahl der Kurzarbeiter zur Jahresmitte sei auf 900 gegenüber durchschnittlich noch 2800 im ersten Vierteljahr 1985 gesunken. Beschäftigt wurden Ende Juni im Konsolidierungskreis 35 800 Mitarbeiter, das sind 250 weniger als Ende 1984.

Die Ertragslage wurde im ersten Halbjahr 1985 den Angaben zufolge durch weitere Kostensteigerungen belastet, deren Weitergabe am Markt der noch härter gewordene Wettbewerb nur begrenzt zugelassen habe. Im Halbjahresvergleich habe sich das Ergebnis jedoch weiter gebessert.

Sigri liefert Wärmetauscher

dpa/VWD, **Meitingen**

Wärmetauscher im Wert von mehreren Millionen DM wird die Sigri GmbH, Meitingen, für die Rauchgas-Entschwefelungsanlagen der Kraftwerke Buschhaus und Offleben liefern. Ihren um 13 Prozent höheren Umsatz von 1,23 Mrd. DM 1984 erzielte die Sigri-Gruppe vor allem mit ihren Produkten aus Kohlenstoff und künstlichem Graphit für Lichtbogenöfen der Elektrostahlindustrie. Umsatzpotentiale werden vor allem in Ländern der Dritten Welt gesehen, die fast ausschließlich mit Elektrostahlwerken arbeiten. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 994 Mill. DM außerhalb der Bundesrepublik umgesetzt, bei der Muttergesellschaft waren es 579 Mill. DM.

Für das laufende Jahr rechnet das Unternehmen, das zu je 50 Prozent der Hoechst AG und der Plania Beteiligungsgesellschaft gehört, mit einem zufriedenstellenden Ergebnis, wenngleich der Zuwachs nicht mehr die Größenordnung des Vorjahres erreichen dürfte. Weltweit beschäftigt die Gruppe 6600 Mitarbeiter, davon rund 3500 in der Bundesrepublik.

Off-shore-Geschäft hat sich abgeschwächt

dos. **Wilhelmshaven**

Der Rückgang der Off-shore-Tätigkeit im deutschen Schelfgebiet hat bei der Wiking Helikopter Service GmbH, Hamburg, deutliche Spuren hinterlassen. Das Unternehmen, vor zehn Jahren von der Preussag-Tochter VTG Vereinigte Tanklager GmbH (Anteil 51 Prozent) und der norwegischen Helikopter Service AS (49 Prozent) mit einem Stammkapital von 2,5 Mill. DM gegründet, mußte in den vergangenen Jahren beträchtliche Umsatzeinbußen hinnehmen. Noch 1982 lag der Umsatz bei über 20 Mill. DM; die Hälfte der Einsätze entfiel auf die Versorgung von Off-shore-Einrichtungen. Im laufenden Jahr rechnet die Geschäftsführung nur noch mit Umsatzerlösen von rund 17 Mill. DM.

Derzeit versorgt Wiking Helikopter von der Hubschrauber-Basis Mariensiel bei Wilhelmshaven aus drei Off-shore-Einrichtungen: die Forschungsplattform „Nordsee", die Pumpstationen der Gas-Pipeline „Ekofisk-Emden" und die Produktionsbohrungen auf dem Feld „Schwedeneck See" in der Ostsee. Einige Hoffnungen setzt das Unternehmen auf den „Entenschnabel". Noch im September sollen dort zwei Projekte neu bedient werden.

Wichtigstes Standbein von Wiking ist die Versetzung von Seelotsen mit Hubschraubern, ein Dienst, der im Auftrag des Bundesministers für Verkehr rund um die Uhr durchgeführt wird. Zum Tätigkeitsbereich gehören weiter Kontrollflüge, Personen- und Außenlasttransporte sowie seit kurzem Einsätze bei der Walddüngung.

Wiking verfügt derzeit über sieben Hubschrauber, ein Flächenflugzeug und ein Lotsenversetzboot. Im vergangenen Jahr wurden ein Hubschrauber verkauft und ein anderer in Norwegen langfristig verchartert. Beschäftigt werden 55 Mitarbeiter, davon 15 Piloten.

Warenpreise – Termine

Mit gegenläufigen Tendenzen schlossen am Freitag die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. Gold notierte schwächer, Silber ging fester aus dem Markt. Leichte Gewinne bei Kupfer. Höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	2.9.	30.8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.		274,75
Dez.	geschl.	287,50
März		294,75
Weizen Winnipeg (can.$/t)		
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	geschl.	234,55
Amber Durum		231,46
Roggen Winnip. (can.$/t)		
Okt.		118,00
Dez.	geschl.	121,30
März		126,50
Hafer Winnip. (can. $/t)		
Okt.		93,00
Dez.	geschl.	95,60
März		99,10
Hafer Chicago (c/bush)	2.9.	30.8.
Sept.		116,50
Dez.	geschl.	125,00
März		129,50
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.		230,00
Dez.	geschl.	219,00
März		228,50
Gerste Winnipeg (can.$/t)	2.9.	30.8.
Okt.		107,00
Dez.	geschl.	110,60
März		113,50

Genußmittel

	2.9.	30.8.
Kaffee New York (c/lb)	2.9.	30.8.
Terminkontr. Sept.		135,70
Dez.	geschl.	138,50
März		140,10
Kakao New York ($/t)	2.9.	30.8.
Terminkontr. Sept.		2140
Dez.	geschl.	2215
März		2260
Umsatz		1476
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.		4,60
Okt.		4,74
Jan.	geschl.	4,86
März		5,12
Mai		5,25
Umsatz		-
Isa-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	2.9. geschl.	30.8. 4,79
Kaffee London (£/t) Robusta	2.9.	30.8.
Kontrakt Sept.	1583-1585	1580-1584
Nov.	1631-1635	1630-1634
Jan.	1670-1677	1675-1679
Umsatz	2739	6600
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1702-1704	1707-1709
Dez.	1734-1735	1730-1731
März	1756-1759	1747-1748
Umsatz	2875	4270
Zucker London (£/t) Nr. 6	2.9.	30.8.
Okt.	127,60-127,80	128,40-128,60
Dez.	131,00-132,00	131,60-132,00
März	138,00-138,40	138,40-138,60
Umsatz	544	2190
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	2.9.	30.8.
schw. Sarawak spez.	735,00	720,00
weißer Sarawak	855,00	855,00
weißer Muntok	865,00	865,00
Orangensaft New York (c/lb)	2.9.	30.8.
Sept.		133,70
Nov.		129,40
Jan.	geschl.	125,50
März		124,00
Mai		122,90
Umsatz		500

Öle, Fette, Tierprodukte

	2.9.	30.8.
Erdnußöl New York (c/lb)	2.9.	30.8.
Südstaaten fob Werk	geschl.	36,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelwest-staaten fob Werk.	geschl.	22,75
Sojaöl Chicago (c/lb) Aug.		22,48
Sept.		22,15
Okt.	geschl.	22,00
Dez.		22,20
Jan.		22,45
März		22,60
Mai		22,81
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	geschl.	21,75
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	geschl.	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	geschl.	12,50
Talg New York (c/lb)		
top white		14,75
fancy	geschl.	14,00
bleichfähig		13,50
yellow max. 10%fr.F		10,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.		36,27
Dez.	geschl.	38,95
Feb.		40,65
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Feb.		58,35
März	geschl.	58,20
Mai		57,65
Häute Chicago (c/lb)	2.9.	30.8.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	56,50
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	45,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.		515,50
Sept.		512,80
Nov.		521,75
Jan.	geschl.	532,00
März		541,00
Mai		544,00
Juli		543,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.		125,40
Sept.		126,10
Okt.		129,50
Dez.	geschl.	131,00
Jan.		134,00
März		135,50
Mai		138,50
Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	2.9.	30.8.
Okt.		305,50
Dez.	geschl.	307,80
März		318,00
Kokosöl New York (c/lb)	2.9.	30.8.
Westküste fob Werk	geschl.	23,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	3.9.	2.9.
jegl. Herk. cif	840,00	870,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	565,00	570,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	375,00	380,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	156,00	158,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	450,00	455,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	243,00	243,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	2.9.	30.8.
Baumwolle New York (c/lb)	2.9.	30.8.
Kontrakt Nr. 2: Okt.		58,40
Dez.		58,45
März	geschl.	59,67
Mai		60,05
Juli		60,84
Okt.		55,06
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	geschl.	44,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz.:	2.9.	30.8.
Okt.	498-499	498-500
März	514-515	515-517
Mai	519-521	-
Umsatz	59	34
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	2.9.	30.8.
Okt.		53,80
Dez.	geschl.	54,80
März		54,90
Mai		55,00
Umsatz		0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standardtype	2.9.	30.8.
Okt.	607,00-612,00	605,00-608,00
Dez.	610,00-614,00	612,00-614,00
März	617,00-619,00	619,00-620,00
Umsatz	31	21
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	3.9.	2.9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	2.9.	30.8.
Sept.	12800	12535
Okt.	12586	12527
Kautschuk London (p/kg)	2.9.	30.8.
Nr. 1 RSS loco	61,25-63,25	61,25-63,25
Okt.	–65,00	–65,00
Nov.	–65,00	–65,00
Dez.	–66,00	–65,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	2.9.	30.8.
Aug.	182,25-183,00	182,50-183,50
Sept.	181,00-181,50	182,00-183,00
Nr. 2 RSS Aug.	169,00-170,00	170,00-171,00
Nr. 3 RSS Aug.	166,50-167,50	167,50-168,50
Nr. 4 RSS Aug.	162,00-163,00	163,00-164,00
Tendenz: nominell		
Jute London (£/lgt)	3.9.	2.9.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenang.: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	3.9.	2.9.
Aluminium: Bas. Lond.		
laufend. Monat	284,67-284,87	284,85-285,22
drittfolg. Monat	295,67-295,87	293,86-294,06
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	116,41-116,61	118,37-118,57
drittfolg. Monat	117,95-117,87	118,37-118,57
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1351,94-1355,86	1354,47-1358,40
drittfolg. Monat	1380,12-1381,29	1381,95-1383,92
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	199,56-200,35	194,73-195,52
drittfolg. Monat	-	196,30-197,09
Produz.-Preis	236,46	235,06
Reinzinn 99,9 %	3837-3875	3779-3816

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3.9.	2.9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	404,80-408,12	404,77-408,11
Blei in Kabeln	124,00-125,00	126,00-127,00
Aluminium 1. Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 17 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	3.9.	2.9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	360–	359-360
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	399-400	397-400
MS 63	400–	396-400

Zinn-Preis Penang

	2.9.	30.8.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,65	30,65

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	3.9.	2.9.
Leg. 225	350-355	350-355
Leg. 226	352-357	352-357
Leg. 231	387-390	387-390
Leg. 233	397-400	397-400

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	3.9.	2.9.
Platin (DM je g)	32,85	30,05
Gold (DM/kg Feing.)		
Banken-Vkfpr.	31010	31180
Rücknahmepr.	30260	30480
Gold (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31050	31190
Rücknahmepr.	30260	30390
verarbeitet	32570	32720
Gold (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg)	30435	30516
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	581,40	580,80
Rücknahmepr.	564,20	563,60
verarbeitet	606,90	606,30

Internationale Edelmetalle

	3.9.	2.9.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	332,70	335,45
15.00	328,20	334,65
Zürich mittags	331,20-331,70	335,50-336,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95400	95800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	451,00	449,00
3 Monate	463,40	461,75
6 Monate	474,85	473,05
12 Monate	491,35	497,25
Platin (£/Feinunze) London	2.9.	30.8.
fr. Markt	242,40	241,00
Palladium (£/Feinunze) London	2.9.	30.8.
f. Händlerpreis	76,70	76,35

New Yorker Metallbörse

	2.9.	30.8.
Gold H & H Ankauf		333,25
Silber H & H Ankauf	-	625,50
Platin fr. Händlerpr.	geschl.	331,00-353,00
Produz.-Preis		475,00
Palladium fr. Händlerpr.		107,00-108,00
Produz.-Preis		150,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.		625,00
Okt.		628,00
Dez.		636,50
Jan.	geschl.	641,60
März		650,00
Mai		659,50
Juli		669,60
Umsatz		15000
Kupfer (c/lb)	2.9.	30.8.
Sept.		60,95
Dez.		61,80
Jan.		62,10
März	geschl.	62,60
Mai		63,05
Juli		63,55
Sept.		64,00
Umsatz	-	-

Londoner Metallbörse

	3.9.	2.9.
Aluminium (c/lb)		
mittags Kasse	727,50-728,00	724,50-725,50
3 Monate	750,50-751,00	747,50-748,00
Blei (£/t) mittags	297,50-298,00	300,00-300,50
3 Monate	300,50-301,00	302,00-302,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1014,00-1014,50	1010,50-1011,00
3 Monate	1040,00-1041,00	1036,00-1036,50
abends Kasse	-	1010,50-1011,50
3 Monate	-	1036,50-1037,00
(Kupfer-Standard) mittags Kasse	989,00-990,00	986,00-987,00
3 Monate	1016,00-1017,00	1014,00-1015,00
Zink (£/t) mittags	510,00-512,00	499,00-501,00
3 Monate	-	503,00-505,00
Zinn (£/t) mittags	9085-9086	9083-9084
3 Monate	9050-9051	9050-9051
Quecksilber ($/Fl.)	-	280-290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	65-70

Renten unter Druck

Am Rentenmarkt macht sich das Fehlen jeglicher Zinssenkungsphantasie bemerkbar. Kaum jemand glaubt daran, daß der Zentralbankrat noch in diesem Jahr eine weitere Leitzinssenkung beschließen wird. Die Situation in den USA ist zu unübersichtlich, als daß von daher Anregungen für den deutschen Markt empfangen werden könnten. Deshalb gab es am Dienstag einen forcierten Abbau von Beständen. Von den öffentlichen Anleihen gaben namentlich Langläufer bis zu einem halben Punkt nach. Bei den Bundesobligationen waren die Abschläge mit 0,20 geringer.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wirtschaftliche Sorgen, schwer lösbare Probleme, Engpässe ... dann

Management auf Zeit?

Unternehmensberater, Büro Hamburg, verfügt über ein praxiserfahrenes, eingespieltes, akademisch vorgebildetes Management-Team (Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol., Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtschafts-Ing.), das Unternehmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten oder sonstige Krisen (Unfall, Krankheit, Todesfall) geraten sind – in dringenden Fällen kurzfristig –, zur Verfügung steht. Es deckt sämtliche Bereiche, Verkauf/Vertrieb/Innovation, Finanzen/Steuern/Rechnungswesen, Technik/Entwicklung/Fertigungssteuerung, ab und schließt jede Lücke in der „Chef-etage". Durch Rationalisierung werden alle Bereiche auf den betriebswirtschaftlich und technisch neuesten Stand gebracht. Auch Einsatz eines Teil-Managements oder eines

Einzelberaters auf Zeit ist möglich, jeweils nach Erfordernis.

Langjährige, umfassende Erfahrungen in vielen Branchen liegen vor. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung. Wir beraten Ihre Probleme und stimmen mit Ihnen den optimalen Weg ab.
Kontaktaufnahme erbeten unter A 4919 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gute Vertretungen sind wie ein

Lottogewinn

Wir glauben, etwas derartiges anbieten zu können! Wenn Sie über gute Kontakte zu den Entscheidungsträgern der Indistrie, des Handels oder von Dienstleistungsunternehmen usw. im Bundesgebiet verfügen und außerdem schon bisher im

Anzeigenverkauf

(auch telefonisch) sehr erfolgreich waren, dann sollten Sie mit uns sprechen! Zur Erweiterung unseres Mitarbeiterstabes suchen wir Verkäuferpersönlichkeiten, die so sind wie unser Projekt, um das es geht: Absolut seriös und einsame Spitze!

Primus Public Relation, Postfach 12 31, 8036 Herrsching
Tel. 0 81 52 / 27 53

Machen Sie sich selbständig

Unser Stadtführer hat bereits in vielen Städten großen Erfolg, darum geben wir Damen und Herren, die endlich das Geld in die eigene Tasche verdienen wollen, die Möglichkeit, den gleichen Erfolg zu haben wie viele vor ihnen. Mit einem Eigenkapital von DM 10 000,- werden Sie einen Jahresverdienst von DM 190 452,- erzielen. Diese Tätigkeit kann von jedermann ohne Vorkenntnisse ausgeübt werden. Bitte senden Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen, wir werden Ihnen umgehend antworten. Zuschriften unter W 4849 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Neuester Modehit aus den USA

„LIPS TM", die einzigartigen Lippenstifte, jede Farbe paßt sich natürlich dem Hauttyp an. Langzeitwirkung, hält mehr als 12 Stunden, selbst beim Trinken, Essen, Rauchen oder Küssen. Farbecht, aus reinen, natürlichen Stoffen. Sensationell!

Wir suchen für den Vertrieb potente und erfolgreiche

Vertriebsorganisationen

der Kosmetikbranche. Zuschriften unter U 4935 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Für unser Super-Produkt

ROTOPRACTIC

Toilettenpapier-Spender, 3 Typen für 4–5 Rollen normales Papier, auch abschließbar, suchen wir aktive und potente

Handelsvertretungen

mit entspr. Vertriebs-Organisationen im Bereich: Waschraum, Hygiene. Für den Verkauf an den gew. Endverbraucher gute Provisionen.

Angeb. unt. W 4937 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir haben die Innovation des Jahres

Gute Ansätze, teilweise Realisation durchgeführt. Um ein ungestörtes weiteres Wachstum weltweit durchzusetzen und eine unangefochtene Marktstellung zu erreichen, wird Kapital in Höhe von 2 Mill. benötigt, das auch in Tranchen zu 50 TDM eingebracht werden kann.

Die Kapitalverwaltung wird treuhänderisch vorgenommen und überdurchschnittlich verzinst.

Angebote richten Sie unter V 4936 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Für Schnellentschlossene Telex-Nr. 4 63 348.

Wir suchen aktive Vertriebs-Organisationen, die einen erfolgreichen Vertrieb gewährleisten. Wir bieten:

Auto-Zubehör

1a Qualität (TÜV), Markt- und preisgerecht. Voraussetzung: Nachweisbare langjährige Erfahrung und großer Kundenstamm.

Detaillierte Angebote unter Y 4939 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junges, aufstrebendes Touristik-Unternehmen

in Berlin sucht zwecks Geschäftserweiterung Kapital. Ca. DM 300 000,–. Stille Beteiligung möglich.
Zuschr. erb. u. B 4942 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

An alle Handwerksbetriebe

Gute Kunden ist gleich sicheres Geld. Aufträge für jeden Handwerksbetrieb über das ganze Jahr. Rufen Sie uns unverbindlich an.

Bauauftragsvermittlung
GSBA, 02 08 / 5 30 25 - 26

Jurist

übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.
Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

RESTPOSTEN

Sicherheits-Lampe, u. a. mit Fotozelle, inkl. Varta-Spez.-Batt. als Sonderposten günstig zu verkaufen. Menge: 2500 Stück.
Zuschr. erb. u. T 4934 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Nebenberufliche Vertreter

per sofort gesucht für den Verkauf von Jojoba-Plantagen in Südamerika. 500 % Rendite in 11 Jahren, überdurchschnittliche Provisionszahlung.

IMAC, 6310 Grünberg 19
Tel. 0 64 00 / 84 92 H. Bock

LV-Partner für den Vertrieb

von Immobilien-Fonds mit Ansparprogramm gesucht.
Erschließen Sie sich neue Märkte mit interessanten Konditionen für Sie und Ihre Kunden

Günter Bienert
Unternehmensberatung
Luxemburger Str. 19, 5 Köln 1
Tel. 02 21 / 23 06 01

Wir exportieren Haushaltswaren, elektr. Küchengeräte, sämtliche Porzellanwaren sowie Geschenkartikel in die Türkei.

Interessierte Exporteure bitte melden.

Tel. 0 29 45 / 54 54

Geschäftsz.: Mo.–Fr. 9 bis 13 Uhr, 15 bis 18 Uhr

Palettendienst

Reparatur – Ankauf – Verkauf – Tausch neu und gebraucht

Reparaturdienst vor Ort – bundesweit – preiswert und schnell

Firma HOPA
Alter Gerauer Weg 30
6094 Bischofsheim
Telefon 0 61 44 / 88 56
Telex 4 182 163 – HOPA - D

Handelsbüro
Sitz Remich

übernimmt Ihre Interessenvertretung in Luxemburg.

Zuschriften an:
Juergen Konetzny, Marktstr. 7
6638 Dillingen/Saar

Sind Ihre Interessen in der Schweiz gewahrt?

Erfahrenes Treuhänder-Team übernimmt Beratung, Geschäftsabwicklung und Kontrolle für Sie. Wenn Sie an einer guten und effizienten Abwicklung interessiert sind, sollten wir uns kennenlernen. Nur seriöse Anfragen werden beantwortet.

Consulting Team C + S
Postfach 51 27, CH – 8107 Buchs

● ALU-ROLLADEN ●

– Fertigelemente, ausgeschäumt –
z. B. 200×240 = 4,8 m² = 478,- DM
Preisliste anfordern! Evtl. auch Montage.
Angebote unter S 4933 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Firmendomizil in Bonn

Günstiges Preis-/Leistungsverhältnis im Büro-Service.
Postfach 16 01 70, 53 Bonn 1
Tel. 02 28 / 25 60 61

Brasilien

Geschäftsanbahnung, Marktforschung, Organisationsberatung, Betriebsschließung.
Dt. Wirtschaftsjurist mit internationaler Erfahrung übernimmt den Service für Sie.
Michael Schreiber
04722 Granja Julieta
Sao Paulo/Brasil
Rua Dona Maria Augusta Rolim Loureiro, 222
Telefon 00 55 11 / 2 47–05 04

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★★

FORDERUNGSANKAUF

(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Kunststoffindustrie Vertretung Schweiz

Kleine, techn. Handelsfirma, seit 1960 in der Branche (Spritzguß) tätig, sehr gut eingeführt, sucht Vertretung für

Verarbeitungsmaschinen/Zubehör

Angebote unter Chiffre 33-200677, PUBLICITAS, CH - 9001 St. Gallen

Ihr eigenes Geschäft

Den Wert eines Mittelklasse-Personenwagens müssen Sie investieren als Anfangskapital, um DM 100 000,– p. a. zu verdienen. Interessantes neues Produkt. Kein Verkauf. Großhandelsfunktion. Gebietsschutz. Auch als 2. Bein sehr geeignet. Kema Handels GmbH, Beethovenstr. 9, 6000 Frankfurt/Main. Telex 4 12 713. (Bitte keine Vermittler – nur für direkte Interessenten.)

Geschäftsleuten

die sich in Spanien niederlassen wollen, bieten wir in Gerona/Costa Brava zentral gelegene Büros, Ausstellungsräume und Lagerhäuser. Wir bieten Verkauf oder Beteiligung.
Telex: 5 7 300 ELS. E
Tel. 00 34 / 72 20 53 80

Spanisches Unternehmen

möchte mit Firmengruppe zusammenarbeiten zwecks Entwicklung eines touristischen Komplexes an der Costa Brava. Entwicklung von Golfplatz (18 Löcher) sowie 400 Parzellen zur Bebauung. Komplex liegt direkt an Fernstraße.
Telex: 5 7 300 ELS. E
Telefon: 00 34 / 72 20 53 80

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Bundesanstalt für Arbeit

Qualifizierte Fach- und Führungskräfte des Personalwesens

Am 23. 08. 1985 beendeten in der Akademie Klausenhof, Wesel, 17 Sozialwissenschaftler, Psychologen und Pädagogen ein neunmonatiges Qualifizierungsseminar in **Personalwesen und EDV.** Die Teilnehmer erfuhren eine fachspezifische Weiterbildung in den Bereichen

Personalwirtschaft: Personalorganisation, -planung, -einsatz und -entwicklung, Personalführung, Arbeitsplatz- und Leistungsbewertung, Entgeltfindung und Entgeltsysteme, betriebliche Bildungsarbeit, betriebliches Sozialwesen usw.

Arbeits- und Sozialrecht: Tarif- und Arbeitsvertragsrecht, Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsschutzrecht, Sozialrecht und Sozialversicherung.

Informationsverarbeitung: EDV-Organisation und Systemanalyse, Programmierung in Cobol, Basic, RPG II, Datenschutz, neue Medien.

Bestandteil des Seminars war eine dreimonatige betriebliche Praxisphase, in der praktische Erfahrungen gesammelt wurden.

Wenn Sie an den Teilnehmern dieses Seminars als zukünftige Mitarbeiter interessiert sind, wenden Sie sich bitte an den

Fachvermittlungsdienst beim Arbeitsamt Düsseldorf
Frau Adameit, Telefon 02 11/8226-378
Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1
Telex 8 588 292 aaddd, Telefax 02 11/8226-295

Sie sendet Ihnen gerne Bewerbungsunterlagen einzelner Teilnehmer und Informationsmaterial über das Seminar zu. 1434

Leiter Verkauf/Marketing

43 J., mit langjähriger Erfahrung im Verkauf v. Gebrauchsgütern an Handel, Handwerk u. Industrie, erfolgreicher Praxis in der Markteinführung neuer Produkte, im Aufbau u. der Führung einer Vertriebsorganisation sowie Planung, Erfolgskontrolle u. Werbungsgestaltung, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe. Eintritt evtl. kurzfristig mögl. Auch zeitlich beschränkte Aufgabenstellungen können übernommen werden.
Zuschriften unter R 4866 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertrieb Automobilzulieferer

36 J., Außenhandelskfm., langj. Erfahrungen in- u. ausländ. Automobilindustrie, nachweisl. Erfolge PKW-, NKW-Prod., Karosseriebau, Händler etc. Extrovertierte Reisetätigkeit.

Ich suche eine anspruchsvolle Tätigkeit in Geschäftsführung, Vertriebsleitung oder adäquater anderer Branche.

Ausführliche Zuschriften erbeten unter H 4926 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wer kann mir helfen?

DIPLOM-VOLKSWIRT, 48 J., ev., gläubiger Christ, ehem. Verw.-Leiter im Sozialbereich, sucht Stelle, in die er Glauben und Erfahrungen einbringen kann.
Ang. erb. u. K 4971 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Einkauf/Materialwirtschaft

ungekündigt, 47 J., verh., langjähr. Erfahrung in leitender Position im industriellen Einkauf, mit fundierten Kenntnissen u. a. in den Bereichen Materialdisposition und Lagerbewirtschaftung über EDV (IBM 38), Lagermethoden, mit guten Englischkenntnissen, sucht neuen Aufgabenbereich, möglichst Großraum Hamburg.
Ang. u. L 4973 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmerpersönlichkeit

seit 1975 erfolgreich als alleiniger Geschäftsführer in einem Unternehmen (60 Mio.) der Konsumgüterindustrie tätig,

sucht neue Herausforderung

Beste Kontakte zu allen wichtigen Handelskanälen des Food- und Non-food-Bereichs. Fließend Englisch. Schwerpunkte:

● Marketing u. Vertrieb ● Unternehmens-Strategie u. -Planung ● Controlling ● Rationalisierung ● Gewinnoptimierung.

Zuschriften unter D 4922 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sofort einsetzbar! Drinnen u./o. draußen!

Elektroingenieur (Dipl.), 43, unkompliziert, erfahren, MSR, SPS, Automatis., NS-Schalt., Wärme, Energie f. Haus, Industrie, einsatzfreudig, vielseitig, freundlich, sucht passendes Team. Nordd. Großstadt besonders angenehm.
Ang. unt. E 4923 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Manager – Direktvertrieb

Person: 46 Jahre, verheiratet, Praktiker
Branche: Direktvertrieb von hochqualitativen technischen Gebrauchsgütern (Verschleißartikel) mit eigener Handelsmarke an gewerbliche Abnehmer; Wiederverkauf.
Tätigkeit: 5 Jahre leitende Einkaufstätigkeit, 20 Jahre Vertriebsleitung – hiervon 11 Jahre Geschäftsführer Vertrieb. Aufbau und Leitung einer Vertriebsorganisation (über 100 ADM in verschiedenen Vertriebszweigen). Erarbeitung von Konzeptionen/Strategien und die Umsetzung in die Praxis. Konsequente Vertriebs- und Markenpolitik. Außendienstmotivation, Verkaufsplanung und -steuerung, Mitarbeiterschulung, Verkaufsförderung, Messe-Profi, Aufbau von Auslandsvertretungen, Innendienstleitung.
Eigenschaften: Kreativ, flexibel, verhandlungssicher, führungsstark. Bereitschaft zu hohem persönlichen Engagement, unternehmerisch denkend und handelnd.
Wunsch: **Unternehmerische Aufgabe** in vergleichbarer Position in Handel oder Industrie

Zuschriften erbeten unter V 4828 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

AUSSENDIENST

Welches Unternehmen sucht einsatzfr., dynam., belastb., nicht ortsgebundenen, 37jähr., getr. leb. (bisher Med.-Techn./Masch.-Bau), fest angestellten Außendienstler. - Es wird eine Aufgabe mit Perspektive gesucht. Eig. kl. Büro mit Lagermöglichkeit ist vorhanden. Übernimmt ebenso auch gut eingef. Vertretung. Raum Berlin, Nieders., Schlesw.-Holstein.
Zuschr. erb. u. A 4941 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ingenieur für Natursteintechnologie

40 Jahre, flexibel, belastbar, 15 Jahre tätig in Hartgestein-Grabmalproduktion (Verwaltung, Produktion, Kalkul.) sucht neue Tätigkeit, evtl. auch andere Branche.
Zuschriften erb. u. H 4948 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leitung Ihres Finanz- und Rechnungswesens

halbtags, effiz. u. kostengünst. Erf. m. Einf.-EDV, 6 J. Erf. als Prod.-Manager u. Leiter d. R.wesens, mehrsprachig
Zuschr. erb. u. C 4943 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64 4300 Essen

Transportversicherungskfm.

Schaden/Betrieb, 40 Jahre selbständig arbeitender, qualifizierter Fachmann, sucht neue Aufgabe in Hamburg.
Zuschr. erb. u. E 4945 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen

Masseur und med. Bademeister

28 J., mit Berufserfahrung im Krankenhausbereich, sucht Anstellung in Klinik, Kurheim oder Privatpraxis
Ang. u. R 4822 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

LEASINGREFERENT

Betriebswirt, 29 Jahre, HV in ungekündigter Stellung, sucht ab 1. 1. 86 im Raum Hamburg neue, verantwortungsvolle Tätigkeit im Investitionsgüterbereich.
Zuschr. erb. u. V 4914 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

38 Jahre, „Auslandserfahrung", übernimmt Geschäftsführung im In- oder Ausland, vorübergehend oder auf Dauer.
Zuschr. erb. u. Z 4940 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Wo wird in Industrie od. Handel engag. Mitarbeiter im Innendienst gesucht?

Diplom-Betriebswirt

42 J., in ungekünd. Stellg., erf. in Pers.- u. Verkaufsltg., Engl. i. W. u. S., sucht verantw.. Aufgabe in HH/Schl.-Holst.
Angebote unt. K 4927 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinenbau-Techniker

37 Jahre, führungserfahren, sucht verantwortl. Position in Werksmontage/Montage/Fertigung für Maschinen und Anlagen bei deutscher Firma in Brasilien. Aufenthalts- u. Arbeitserlaubnis liegt vor.
Angebote bitte u. F 4946 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Leiter/Geschäftsführer

48 J., dynam., einsatzfreudig, langjähr. Führungserfahrung als Prokurist u. Geschäftsführer im Finanz-, Rechnungs-, Personalwesen sowie in der gesamten kaufm. Verwaltung, sucht entsprechende Position. Zuschriften unter L 4862 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PTA, 21, sucht ab sof. Stelle als AU-PAIR-Mäd. in N.-Italien
Sprachen: Engl., Ital. Deutsch
Zuschr. unt. T 4824 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

15 J. Personalwesen, gute Kenntnisse Bilanzbuchhaltung u. Organisation, EDV-Erfahrung, 46 J., verh., sucht verantwortliche Aufgabe in NRW od. Süddeutschland.
Angeb. unter T 4846 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauingenieurin (FH)

23 J., Absolvent Juli 85, sucht Anfangsstellung.
Ang. unt. F 4924 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Berufserfahrene Krankenschwester

unabhängig, sucht Neuanfang (auch Privatpflege).
Ang. unter N 4930 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Überseetätigkeit gesucht

von Sägewerker, 23 J., mit Ausbildung Holzfachschule Bad Wildungen.
Angeb. mit Gehaltsangabe unter P 4931 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Jg. Mann

42 J., Reisekfm., Hotel, Verwaltg., Kurier, Übersee-Erf., engl./spanisch sprechend, sucht Position, die seinen Fähigkeiten entspricht. Tageseinsätze mögl.
Ang. erb. unt. M 4929 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportleiter

außerordentliche Erfolge in der Erschließung neuer Märkte, versiert im Auf- und Ausbau, Organisation und Kundenpflege – Research und Marketing; 50 J., 15 Jahre Textilbereich, Auslandsaufenthalte. Erfahrungen vor Ort, Europa, Nahost, Fernost, Japan, Australien, USA, Kanada, engl. (wie deutsch), franz., arabisch, hervorragende Verbindungen und Kontakte, sucht neuen Tätigkeitsbereich zum 1. 1. 1986, auch Beraterfunktion oder Übernahme Gesamtexport auf Prov.-Basis von Unternehmen, die ihren Export auf- oder ausbauen wollen.
Ang. unt. R 4932 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolgssteuerung

wird durch gezielten Einsatz der PPS-Funktionen (Auftragsabwicklung, Materialwirtschaft, Produktionsplanung, Versandabwicklung) in Verbindung mit Kostenrechnung erreicht.

Technischer Betriebswirt, 40 Jahre „jung" und 15jähriger Erfahrung mit PPS-Funktionen, Kostenrechnung und Organisation (z. Z. Leiter ORG/DV) ist in diesem Metier zu Hause.

Wollen Sie Ihren Erfolg steuern? Dann nehmen Sie bitte Kontakt mit mir auf unter L 4928 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter Innen- oder Außendienst

Kaufm. Angestellter, 47 Jahre, sehr vital, 18 Jahre Außendiensterfahrung, sehr gute, nachweisbare Verkaufserfolge, verhandlungs- und abschlußsicher, sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit als Verkaufsleiter Innen- oder Außendienst. Beleuchtungs- oder Elektroindustrie bevorzugt.
Zuschr. erb. u. D 4944 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

Internationale Aufgabe

sucht Dipl.-Kfm., Mason, Ende 30, fl. Englisch, Spanisch, Chinesisch, 2 J. Stipendiat Peking, 3 J. Ind.-Berater Südostasien, 3 J. Geschäftsführer Südamerika – verhandlungssicher, zielstrebig und verantwortungsbewußt.
Ang. unter S 4823 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen

Dipl.-Kaufmann/Dr. jur.

37 J., Erfahrungen in den Bereichen Betriebswirtschaft, Einkauf/Materialwirtschaft, Reporting, Controlling i. w. S., Betreuung von Beteiligungen aus intern. Unternehmen, Recht, Direktions-Assistent sucht neue verantwortungsvolle Führungsaufgabe im Raum Hamburg.
Zuschr. erb. unter G 4947 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Markenartikel – Marketing

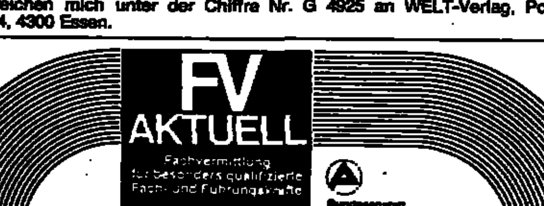
Dipl.-Volkswirt, Anfang 40, mit langj. Führungspraxis als Marketing-Direktor (ppa) in marktführendem Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie einigen Tochtergesellschaften. Verantwortlich für Marketing, strat. Unternehmensplanung, Werbung, Produktentwicklung, Mafo. Ergebnis- und vertriebsorientiert, suchte neue, herausfordernde Aufgabe, möglichst auf GL-Ebene.
Kontaktaufnahme erbeten unter W 4915 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handel – Industrie – Dienstleistung

Sie denken an
- Eigene Entlastung bei der Unternehmensführung
- Ausweitung des Geschäftes
- Unternehmernachfolge
- Besetzung/Neugründung einer ausländischen Niederlassung

Dann nehmen Sie mit mir Kontakt auf!
Ich biete Ihnen mit meinem Profil:
- Nationale und internationale Verbindungen
- Unternehmerisches Denken und Handeln
- Langjährige Führungsverantwortung
- Ausgeprägte kfm. Kenntnisse
- Vertriebserfahrung
- Flexibilität (z. B. in der Standortwahl)
- Einen 42jährigen Interessenten

Sie erreichen mich unter der Chiffre Nr. G 4925 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Assessorin jur.

25, Studium an der Univ. Bielefeld (einstufige Ausbildung). Schwerpunkt Zivilrechtspflege, Teilnahme am Lehrgang, Steuern und Betrieb; sucht Anstellung als Rechtsanwältin in Industrie- oder Handelsunternehmen.

Auskünfte erteilt: Herr Wiefel
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 05 21/5 87-3 61 o. -3 42, FS 9 32 344 1472

Kaufm. Führungskraft, Dipl.-Volkswirt

50, mit 25 J. Berufspraxis in verschiedenen Sparten der Grundstoff- und Investitionsgüter-Industrie, mit Schwerpunkt Vertrieb/Marketing (Verkauf Inland/Export, Werbung/Öffentlichkeitsarbeit, Verkehrswesen, Administration) sowie Unternehmensplanung, mit guten Englisch-Kenntnissen; sucht verantwortungsvolle neue Aufgabe.

Auskünfte erteilt: Frau Meimbresse
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66
4630 Bochum 1, ☎ 02 34/3 05-6 42, FS 8 25 309 1473

Assessor/Dipl.-Sozialwirt

35, gute u. befriedigende Noten, Studienschwerpunkte Zivil- und Strafrecht, engagiert und belastbar; sucht entwicklungsfähige Dauerstellung, bevorzugt im Personal- u. Sozialwesen.

Auskünfte erteilt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/2 48 44-23 31, FS 2 163 213 1474

STELLENANGEBOT

2. Verkaufsleiter/in Deutschland

Wir sind: Branchenführer für den Bereich modischer Bekleidungsverschlüsse mit Sitz in Bielefeld. Unsere Kunden sind Konzerne, Verbände, Großhändler, Facheinzelhändler und die Bekleidungsindustrie. Wachsende Aufgaben im Vertrieb über den Handel machen die Einstellung einer Führungsnachwuchskraft erforderlich.
Wir erwarten: höhere Handelsschule/Abitur; kaufmännische Ausbildung; Nachweis beruflicher Qualifikation; Lebhaftigkeit; Modebewußtsein; Ehrgeiz; Alter bis ca. 33 Jahre
Wir bieten: anspruchsvolle vielfältige Verkaufsaufgaben; erfolgsbezogene Vergütung; intensive Einarbeitung; Firmen-Wagen

Bitte bewerben Sie sich mit den üblichen Unterlagen einschließlich Foto bei



Personalleitung, Lilienthalstr. 2-4, 4800 Bielefeld 11, Tel. 0 52 05 / 12-0

Suchen Sie Fach- und Führungskräfte aus dem Maschinen- und Anlagenbau?

In der WELT erscheinen am

14. September

Sonderseiten mit einer Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig. Gehört Ihr Unternehmen dieser Branche an oder suchen Sie Fach- und Führungskräfte aus diesem Bereich? Dann sollte Ihre Stellenanzeige innerhalb dieser Sonderseiten nicht fehlen.

Anzeigenschluß ist am 11. September 1985.

Sind Sie an einer Insertion interessiert? Wir informieren Sie gern. DIE WELT, Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, 2000 Hamburg 36, Tel. (040) 3 47 43 91/4318.

Dem Vertrieb Beine machen

Bm. – Landauf, landab sind die Klagen laut, daß die kurze Eigenkapitaldecke der deutschen Wirtschaft das Unwesen der langen Zahlungsziele, die viele Kunden von ihren Lieferanten fordern, verstärkt. Produzenten von Wirtschaftsgütern werden auf diese Weise zu Bankern, sie müssen ihre eigene Ware auch noch finanzieren.

Natürlich gibt es das Factoring, das von dafür zuständigen Banken Forderungen aufkauft, dem Produzenten also Liquidität verschafft und schließlich die Forderung beim Kunden des Produzenten eintreibt. Aber nicht jedes Geschäft ist factoringfähig. Sensibilitäten zwischen Geschäftspartnern spielen hier oft eine Rolle.

Nicht anders geht es dem Warenwechsel, den der Lieferant auf seinen Abnehmer zieht. Diesen Wechsel verkauft der Lieferant dann seiner Hausbank, die ihn gegen Spesen zum Fälligkeitstermin dem Kunden präsentiert. Auch hier gibt es verständliche Berührungsängste, die stabile Geschäftsbeziehungen stören können.

Warum, so muß man sich nach über 20 Jahren Leasing in der Bundesrepublik Deutschland fragen, haben die Lieferanten, die da oft gezwungen sind, Bankier des Kunden zu spielen, das Leasing noch nicht für ihr Geschäft *entdeckt?* Es beschert dem Abnehmer eine hundertprozentige Fremdfinanzierung – und es gewährt Zahlungsziele mit den vereinbarten Leasingraten. Hinzu kommt, daß der Produzent seinem Abnehmer die Entlastung seiner Bilanz anbietet und die Kreditlinien bei den Banken schont.

Vertriebsleasing heißt dieses weite und großenteils noch unentdeckte Feld der Produktfinanzierung, das sich bei kluger Anwendung auch als umsatzförderndes Mittel erweisen kann. Es läßt sich nicht nur im Geschäft mit mobilen, sondern ebensogut im Immobilienleasing einsetzen. Der Kunde bekommt Produkt plus Finanzierung – idealer, als wenn er den Produzenten vorübergehend den Bankier sein läßt, was sich in der Regel doch im Endpreis niederschlagen muß.

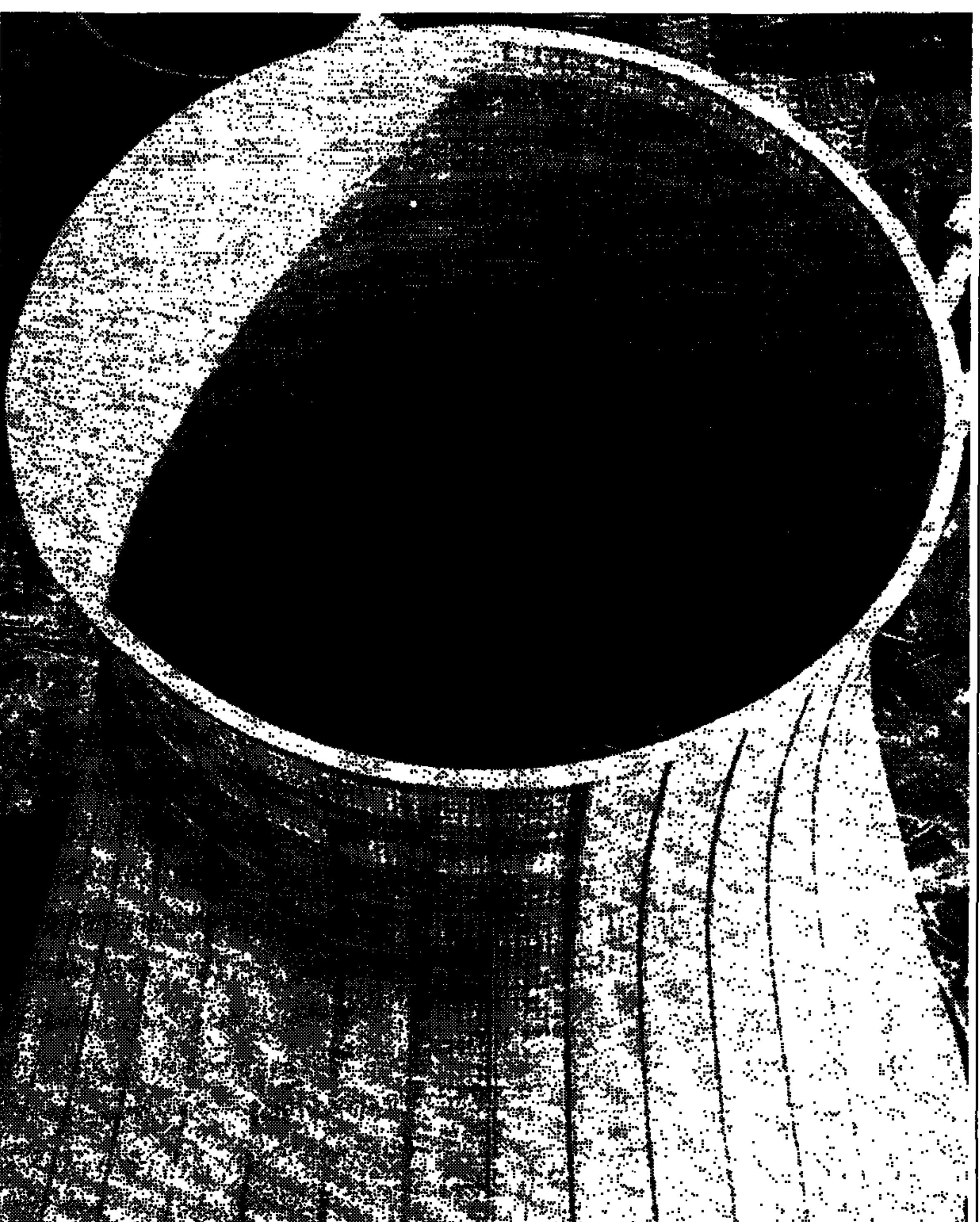
Nun könnte man sich vorstellen, daß es dem Kunden mißfällt, wenn zur Finanzierung von Geschäften eine Leasing-Gesellschaft als Dritter im Bunde eingeschaltet wird. *Dagegen hilft das verdeckte* Vertriebsleasing, bei dem die Leasing-Gesellschaft gegenüber dem Kunden gar nicht in Erscheinung tritt, der Hersteller selbst den Leasingvertrag mit dem Kunden ausarbeitet und schließt.

Es sind die unterschiedlichsten Vertragsformen für das Vertriebsleasing denkbar. In jedem Fall eben, in dem der Leasinggeber (der Finanzier also) im Hintergrund bleiben soll, wird der Produzent gezwungen sein, das Kreditrisiko voll selbst zu tragen – neben der Verwaltungsarbeit.

Das Vertriebsleasing kann also sehr wohl dem Umsatz des Produzenten Beine machen. Wie das gesamte System des Leasing enthält es zudem große Möglichkeiten des Service. Es ist unproblematisch, während der Laufzeit des Leasingvertrages Teile des geleasten Systems etwa auszutauschen, das System zu erweitern oder im Falle geringeren Bedarfs auch zu verkleinern. Die Flexibilität ist groß. Selbst die Wartung einer Anlage kann mitgeleast werden.

Hat ein Hersteller ein besonders großes Umsatzvolumen, das er für den Kunden über Leasing finanziert, so bietet sich eine Variante an, die Karl-Peter Otto in seinem neuen Handbuch für Vertriebsleasing (siehe übernächste Seite) beschreibt: das Same-name-Leasing. Hier gründet der Produzent mit einer Leasing-Gesellschaft eine neue Leasing-Gesellschaft, die aber aus werblichen Gründen unter dem Namen des Produzenten läuft.

So bleibt der Hersteller unmittelbarer Partner des Kunden, kann über das Geschäftsvolumen günstige Leasingraten erzielen und hat einen ständigen Blick auf den Umgang mit seinen Geschäftspartnern.



Auch der Naßkühlturm eines Kraftwerkes (mit Inneneinrichtungen rund 15 Millionen Mark bei 100 Meter Höhe und 50 Meter Durchmesser) kann von Kraftwerksbetreibern einschließlich Wartung geleast werden

FOTO: HEITKAMP

INVESTITIONEN / Alternative Finanzierung

So läßt sich die Erfahrung des Profis am Baumarkt nutzen

In den Finanzetagen aller Unternehmen – unabhängig von ihrer Branchenzugehörigkeit – ist es längst zu einer Selbstverständlichkeit geworden, bei der Finanzplanung für Immobilieninvestitionen die Leasing-Alternative in die zentralen Überlegungen einzubeziehen.

Die vielfältigen Vorteile einer Immobilien-Leasing-Lösung im Vergleich zu einer konventionellen Finanzierung – viel zitiert und daher an dieser Stelle verzichtbar – zählen Finanzmanager heute zu ihrem fest verankerten Standardwissen. Sie stellen an die Leasinggesellschaften mit Recht die Anforderung, ein Leasing-Vertragswerk zu konzipieren, das finanztechnisch, zivil- und steuerrechtlich den individuellen und spezifischen Anforderungen ihres Unternehmens gerecht wird. Mit Flexibilität und Kreativität läßt sich im Leasinggeschäft dieses breite Spektrum optimal bündeln, was eine klassische Finanzierung in ihren erstarrten Strukturen nicht zuwege bringt.

Beratung schon in der Planungsphase

Führende Immobilien-Leasinggesellschaften sind mit ihren Experten für diese Herausforderung bestens gerüstet, wobei ein- oder mehrstellige Millionenbeträge des Investitionsvorhabens oder die Nutzungsart des Objektes keine Rolle spielen.

Bevor jedoch der Investor über die Gestaltung der Finanzierung nachdenkt, beginnt er mit seinen Überlegungen hinsichtlich Planung, Durchführung und Ertrag seines Investitionsvorhabens. In dieser wichtigen Phase ist der gute Leasingfachmann schon immer ein gern gesehener Berater bei allen Arten von gewerblichen Bauprojekten – seien es auch nur die typischen Leasingsprojekte wie Verwaltungsgebäude, Lager, Fabrikhallen, Warenhäuser, Einkaufszentren, Hotels oder Kommunalbauten – gewesen.

Die Verwaltung von Objekten in einer Leasinggesellschaft mit Anschaffungswerten von mehreren Milliarden D-Mark unterstreicht die Bauerfahrung, die kein Unternehmer sich erwerben kann. In allen Branchen erfolgen technische Innovationen in immer schnelleren Intervallen. So können neue Kommunikationsmöglichkeiten, Lagertechniken, Produktionsabläufe, moderne Maschinen innerhalb weniger Jahre über die schnelle Abnahme des tatsächlichen Nutzungswertes von Gebäuden entscheiden, ebenso wie Veränderungen des Einkaufsverhaltens in der Bevölkerung oder regionale Verschiebungen von Industrie- und Gewerbestrukturen.

Haben in den früheren Jahren vornehmlich mittelständische Unternehmen, die in der Regel über keine Bauabteilung verfügen, diese Beratungskapazität zu nutzen gewußt, so wollen inzwischen auch Großunternehmen auf Bauconsulting und technische Baubetreuung nicht mehr verzichten; denn es erspart ihnen, diese Kapazitäten selbst vorzuhalten. Wegen der starken Nachfrage haben daher Immobilien-Leasinggesellschaften zur stärkeren Wahrnehmung dieser Aufgaben eigene Ingenieurgesellschaften gegründet.

Allein im Rahmen der technischen Baubetreuung kann der Unternehmer eine breite Palette von einzelnen Dienstleistungen abrufen; Bedarfsermittlung, Definition des notwendigen Bauprogramms; Standortwahl, Grundstücksbeschaffung, Klärung von Baurechts- und Erschließungsfragen; Aufstellung des Budget- und Kostenrahmens für die Gesamtmaßnahme; Auswahl der Planungspartner und Abgrenzung ihres Leistungsumfangs; Aufbereitung von Entscheidungsgrundlagen während der Planungs- und Durchführungsphase; Festschreibung des erforderlichen Standards bei Bau- und Haustechnik; Steuerung des Projektablaufs, Koordination aller Planungs- und Baubeteiligten; Auswahl der Firmen, Preis- und Vertragsverhandlungen; Kontrolle der Ausführungsqualität während der Bauabwicklung; laufende Überwachung und transparente Darstellung der Kosten im genehmigten Rahmen; Prüfung und Freigabe von Zahlungsvorgängen; Bauabnahme und Überwachung der Mängelbeseitigung bis zum Ende der Gewährleistungsfrist.

Bei all diesen Aufgaben entlastet und unterstützt die Ingenieurgesellschaft den Unternehmer in jeder gewünschten Leistungstiefe. Er kann seine volle Kraft weiter für seine originäre unternehmerische Tätigkeit einsetzen. Auch in der Rolle des Generalübernehmers oder Generalunternehmers kann die Ingenieurgesellschaft allumfassend tätig werden. Welche Dienstleistungen vom Unternehmer auch in Anspruch genommen werden, die Ingenieure der Leasinggesellschaft vermitteln ihm neben der großen Erfahrung ein Optimum aus Marktmacht sowie Leistung und Preisgestaltung der Baubranche.

Immobilien-Leasing bedeutet konsequenterweise auf der einen Seite Finanzierungs- und Vertragsverantwortung sowie auf der anderen Seite Projektverantwortung. Mit der Übernahme der Objektbetreuung soll die optimale Ausgewogenheit zwischen Bausubstanz/Nutzungsanwendung und Herstellungskosten erreicht werden. Dieses Verhältnis stimmt jedoch erst dann, wenn die Berater über den Termin der Fertigstellung hinaus gedacht und eine Minimierung auch der Folgekosten beachtet haben.

Auch ein Umbau kann Vertragsbestand sein

Die Leasinggesellschaft ist in der Rechtsstellung als Eigentümer und Bauherr über die Vertragsdauer des Leasinggeschäftes für die Substanz- und Werterhaltung verantwortlich. Es ist jedoch üblich, daß diese Verpflichtungen vom Leasingnehmer übernommen werden. Für die Wartung und die technische Betreuung des Objektes kann er zu seiner eigenen Entlastung einen Rahmenvertrag mit dem Baubetreuer abschließen. Diese Leistung kann sich auch auf mögliche Umbaumaßnahmen oder Umrüstungen für andere Produktionsvorgänge erstrecken.

Es empfiehlt sich für jeden Investor, sich im frühen Stadium an eine führende Immobilien-Leasinggesellschaft zu wenden, um aus der Kombination von Bau- und Finanzkonzept eine optimale Investitionsentscheidung treffen zu können.

LUDWIG H. WEBER

DER MARKT / Investitionsstau löst sich – Zinsvorteil belebt das Geschäft – Abschreibungsfristen auf 25 Jahre halbiert

Die Wende – jetzt kommen die „Klassiker" wieder

Da machte sich der Verband der Deutschen Leasing-Unternehmen zum Observatorium und wagte einen Blick in den Markt für Immobilien von morgen. Das Ergebnis hat die Branche freudig überrascht: Während im zweiten Quartal dieses Jahres noch 30 Prozent der befragten Immobilien-Leasing-Unternehmen die Chancen für morgen mäßig bis ausreichend bezeichneten, 30 Prozent aber schon Vokabeln wie „zufriedenstellend" bis „besser" fanden, sagten noch 20 Prozent, daß dieser Markt auch *in Zukunft „schwach" sei.*

Doch die jüngste Umfrage, die repräsentativ ist, weil 90 Prozent der Leasing-Unternehmen für den Bereich Immobilien befragt wurden, belegt die „Wende". 50 Prozent halten die Entwicklung für „günstig", weitere 50 Prozent sehen gegenüber dem zweiten Quartal keine Veränderung, kein einziger Verleaser sieht den Markt von morgen als „schwach", was sich deutlich von den 20 Prozent im zweiten Quartal abhebt.

In einem Gespräch mit der WELT sieht Karl-Peter Otto, Geschäftsführer der IKB Immobilien-Leasing GmbH, Düsseldorf, die Wachstumsraten in dieser Branche geprägt von Neuinvestitionen. Im Bereich der gehobenen Freizeitbetätigung sieht Otto Investitionslust (Squash, Tennis, Reiten), aber auch in Altenheimen, die sich allerdings durch besonders hohen Standard auszeichnen.

Investitionslustige, die bisher in Ketten des Konsums investierten, haben plötzlich Appetit auf solche Objekte bekommen, die allerdings immer höchsten Ansprüchen genügen müssen, weil sonst auch zu leicht die Objekte notleidend werden und mit ihnen die Renditen.

Eigenleistungen erwünscht

Eine „Wende" ist unübersehbar: Die „Klassiker" des Immobilienmarktes kommen wieder, die Verwaltungshäuser, Lagerhallen und auch Produktionsgebäude. Interessant ist auch, daß die Investoren der Leasing-Gesellschaft nicht in jedem Fall die volle Finanzierung überlassen, sondern Eigenleistungen erbringen und sich an Objektgesellschaften beteiligen – was selbstverständlich auch steuerliche Gründe hat.

Der Verband Deutscher Leasing-Gesellschaften erwartet für 1985 eine Steigerung der bilanzierten Anschaffungswerte gegenüber 1984 bei Mobilien um stolze 13,5 Prozent und bei Immobilien um 5,3 Prozent. Dabei ist die Struktur des Immobilienmarktes interessant. Während im zweiten Quartal 1984 die Handelsobjekte noch einen Anteil von 25 Prozent hatten, gehen sie im zweiten Quartal 1985 auf 20 Prozent zurück. Wahrhaftig im Boom stehen Bürogebäude. Hatten sie nach dieser Statistik im zweiten Quartal 1984 nur einen Anteil von elf Prozent, so sind es im zweiten Quartal 1985 enorme 60 Prozent.

Der Boom kommt demnach aus den neuen Büros, denn die Produk*tionsbetriebe bleiben im zweiten* Quartal 1985 mit 15 Prozent hinter dem zweiten Quartal 1984 mit 20 Prozent doch deutlich zurück. Insgesamt werden für das zweite Quartal 1985 Neuabschlüsse zu Anschaffungswerten von rund 500 Millionen Mark erwartet gegenüber rund 300 Millionen Mark im zweiten Quartal 1984.

Diese Entwicklung läßt Karl-Peter Otto vermuten, daß sich der seit Jahren verzeichnete Investitionsstau im Inland löst. Aber auch die Motivation für neue Investitionen im Bereich des Immobilien-Leasings möchte er ein wenig relativieren. Da sei zwar frischer Mut zu entdecken, aber auch der habe möglicherweise seine tieferen Ursachen in der besonders günstigen Refinanzierung nach Senkung des Diskontsatzes. Als Basiszahl nennt er für den Bereich der Immobilie einen Zinssatz von 7,25 Prozent, der sich deutlich abhebt von den noch hemmenden 8,5 Prozent vor einem Jahr. Damit liegt die Refinanzierung so tief wie 1979. Wer jedoch eine feste Zinsbindung fordere, müsse sich auf etwa acht Prozent für 15 Jahre einrichten.

Kürzere Laufzeiten

Für den Markt des Immobilien-Leasings ist natürlich auch von Bedeutung, daß die Abschreibungsfristen für Gebäude von einst 50 Jahren auf jetzt 25 Jahre halbiert wurden. Die Neuverträge haben deshalb erheblich kürzere Laufzeiten. Das Kapital wird schneller zurückgeführt als früher. Die Amortisation braucht jetzt 15 bis 20 Jahre, die früher übliche Nachmiete von rund zehn Jahren entfällt.

Das beschwert natürlich auch den Vorteil der besseren Kalkulierbarkeit eines Objektes, denn im Bereich des Immobilien-Leasings wird immer deutlicher, daß die Objekte schneller „altern" als früher. Im wesentlichen ist diese Tatsache auf die oft schnelle Änderung der Produktionsmethoden zurückzuführen. Wo früher große Maschineneinheiten aufgestellt werden mußten, kommen heute Produktionsgesellschaften oft mit wesentlich geringerem Raum aus. Auch der Wunsch nach ebenerdiger Unterbringung wächst, was wiederum den Wert von Produktionsstätten in Etagenhäusern mindert. Das trifft wiederum auf Verwaltungsgebäude nicht zu.

Grundsätzlich aber gilt, daß die Immobilien-Gesellschaften Wert darauf legen, die Nutzung der Objekte an die Laufzeiten anzupassen, wozu die Halbierung der Abschreibungszeiten deutlich beigetragen hat. Überhaupt rückt der Gedanke an die spätere Wiederverwertbarkeit des Objektes in den Vordergrund der Leasing-Geschäfte mit Immobilien.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Infrastruktur, in die das Objekt eingebettet ist. Ist sie in Ordnung, so kann auch für spätere Zeiten selbst ein Abbruch und der Wiederaufbau eines Objektes kalkuliert werden. Daher verzichtet kaum eine Immobilien-Gesellschaft heute mehr darauf, sorgfältig Bebauungs- und Stadtentwicklungspläne einzusehen, bevor ein Objekt unter Vertrag genommen wird.

HANS BAUMANN

DIENSTLEISTUNG

Gedanken auf Pump

Leasing betrieben schon die alten Phönizier, die sich Schiffe von ihren Nachbarvölkern borgten – gegen Ratenzahlung natürlich. Aber war das schon Leasing, oder war das eher Miete?

Bis heute gibt es keine exakte wissenschaftliche Definition des Begriffes Leasing. Es ist ein Zwitter zwischen Miete und Ratenfinanzierung, aber doch wiederum keines von beiden.

Daher könnte man sich auch eine Form des Leasings vorstellen, die sich nicht auf ein physisches Objekt bezieht, sondern ausschließlich auf eine Dienstleistung, weiß man in der Fachwelt doch längst, daß das reine Finanzierungsleasing eher ein Steinzeit-Leasing ist, weil in der Regel bei bedeutsamen Leasing-Geschäften die Dienstleistung heute unabdingbar dazugehört.

Da entwickelte der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen, den Gedanken, das Kernforschungszentrum Jülich mit seinen rund 4000 Mitarbeitern nicht nur zum Innovationszentrum auszubauen, sondern seine zahlreichen Wissenschaftler auch an Betriebe des Landes „auszuleihen", um neue Ideen, Anregungen in die Betriebe einfließen zu lassen.

Da man nun solchen Beistand nicht aus dem Steuersäckel finanzieren kann, liegt der Gedanke nahe, daß der Nutzer einer solchen geistigen Kapazität dafür einen Beitrag entrichtet.

Ohne Vertrag und ohne Laufzeiten für einen solchen Vertrag wird ein solcher „Kopf" nicht zu bekommen sein. Und da man davon ausgehen darf, daß die Finanzverwaltung den Aufwand für eine solche Miete als sofort absetzbar anerkennen wird, häufen sich die Parallelen zum Leasing.

Der Tag wird also kommen, daß man ein Egghead „leasen" kann. Es wird Leasing in Reinkultur sein, da es bare Dienstleistung offeriert. Bm.

KONGRESS / Ergebnisse der Dritten Internationalen Konvention in London:

Das Leasing in der ganzen Welt steht in einem umfassenden Wandel

Wie war die Welt einst öd und leer, als der Reeder bei einer Leasing-Gesellschaft 3000 Container bestellte oder per Miete über einen Computer seiner Wahl (längst nicht immer die richtige) verfügte. Dem Immobilien-Leasing ging es nicht anders. Da stand das schmucke, moderne, zentrale Verwaltungshochhaus, das irgendein Konzern für andere geschäftliche Interessen „liquidierte" und das zu Barem gemachte Haus im Leasing-Verfahren wieder nutzte (Sale-and-lease-back).

Wie relativ leicht war es doch, den Wohnungskomplex einer großen Gesellschaft einer Leasing-Gesellschaft zu übereignen, den Erlös anderweitig und zweckentsprechender anzulegen – mit der Vertragsgarantie, daß die Firmenangehörigen in den „Firmenwohnungen" bleiben konnten.

Das alles gibt es auch heute noch. Aber nur als Raritäten. Der Normalfall ist kompliziert, weit mehr mit Risiko behaftet. Brauchten die Leasing-Unternehmen bisher schon das Gegenteil an leitenden Männern, als es dem Bedarf etwa der Banken entsprach, so müssen heute die, die ein Geschäft vom Markt nach Hause bringen wollen, mit allen Wassern gewaschen sein. Eine neue Zeit bricht herauf.

Auch geschulte Schwätzer sind Sand für die Bilanz

Es ist nicht mehr mit dem Feilbieten eines Objektes oder einer Ware allein getan. Unverrückbar gehört der umfassende Service dazu, die Beratung von außer Haus, die vom Sachverstand her im eigenen Hause gar nicht zur Verfügung steht. Leasing ist daher kein Finanzierungsinstrument mehr, sondern ein umfassendes Dienstleistungsgeschäft, das die Finanzierung mit einschließt.

Diesen Wandel hat nicht zuletzt der Wettbewerb mit herbeigeführt. Eine Maschine verleihen – das konnten inzwischen zu viele. So blühten die Neugründungen im Leasing-Bereich in der Hoffnung, die mit ein Treibriemen des Wirtschaftens ist, möglichst schnell zu Geld zu kommen. Qualifikation mußte her. Und die kann zunächst nur von der Führungsspitze kommen, der es wiederum vergönnt sein muß, ein „Händchen" für die richtigen Mitarbeiter zu haben.

Wer heute im Leasing-Markt erfolgreich sein will, der muß nicht nur seine Branche – Gesetze und Konditionen – im Schlaf beherrschen; er muß eine breite Bildung haben, konziliant und beredt sein. Schwätzer – mögen sie noch so geschult sein, sind Sand für die Bilanz.

Zu all diesen Ergebnissen kam in London die Dritte Internationale Leasing Versammlung, die zum Thema hatte „Das neue Gesicht des Leasing". So konnte ein Experte aus den USA verkünden, daß viele Firmen schmerzhafte Erfahrungen mit den verschiedensten Rezessionen gemacht und dadurch eingesehen hätten, daß der Gebrauch von Investitionsgütern wichtiger sei als das Eigentum daran. Als man dies wahrgenommen habe, hätten sich neue Möglichkeiten für Leasing-Nehmer ergeben.

Und mit einer Meinung, die sich allmählich zur Sorge auswächst, räumte Mr. McKenna, Vorsitzender der American Association of Equipment Lessors und Präsident der Sanwa Business Credit Corp., gründlich auf: Das angekündigte neue Besteuerungsrecht in den USA, der Wegfall von Steuern auf Kredite für Investitionen und die vorgesehene Verlängerung der Abschreibungszeiten werde nicht zum Ende des Leasing in den Vereinigten Staaten führen. Seine Auskunft, die seine Meinung bestätigt: „Heute schon sind 40 Prozent des Dollar-Umsatzes im Leasing-Geschäft unabhängig von Steuererwägungen."

Das Gespräch in London stand vor dem realistischen Hintergrund des harten Wettbewerbs bei sich wandelnden Strukturen, neuen Wünschen des Marktes. Hier müßten die Leasing-Geber sich etwas einfallen lassen, etwa Spezialformen des Vermietens, Berücksichtigung des schnellen Wandels der Technik, Projekt-Finanzierung, Verkauf von ganzen Programmen und das Leasing über die Landesgrenzen hinweg.

Und dabei werden neue Strukturen bei den Leasing-Nehmern sichtbar: Die Großen werden sowohl bei den Produkten als auch beim Service immer höhere Ansprüche stellen; das gleiche gelte für die kleinen, aber sehr gefragten Spezialisten. Die Unternehmen zwischen diesen beiden Gruppen werden ums Überleben kämpfen müssen, meinte McKenna.

Die Fesseln ihrer Refinanziers abgelegt

Bedeutende Elemente für die Zukunft des Leasings – zumindest vorerst in den USA – hob McKenna hervor. Das ausgeklügeltere Finanzierungsmix der Kunden, die Spitzentechnologie der Mehrzahl der neuen Produkte im Investitionsgüterbereich, die mehr und mehr über Leasing finanziert werden, die immer deutlichere wirtschaftliche Vorrangstellung der Service-Leistung und die Finanzierung des Umweltschutzes.

Um diese Aufgaben und Herausforderungen des Marktes bestehen zu können, machten sich bereits einige Leasing-Gesellschaften auf, ihre passive Rolle abzulegen und den Service zu forcieren. Sie legten auch die Fesseln ihrer Refinanziers ab und finanzierten sich frei im Markt, sehr zu ihrem Vorteil.

Auf der anderen Seite, so gehört in London, haben viele neue Firmen der Spitzentechnologie – noch – eine so schmale Kapitaldecke, daß sie brennend an Leasing interessiert sind. Natürlich sieht man auch das Risiko, das mit der Mietfinanzierung von Spitzentechnologie verbunden ist. Dieses Risiko sollte aber als Gebühr für den Wechsel zu neuer Technologie verstanden werden. Und wer da als Leaser die Nase vorne habe, der sei auch als erster mit dem Zweithand-Markt vertraut, was es ihm wiederum ermögliche, im Neugeschäft günstige Leasing-Raten zu offerieren. C. B.

	1979	1982	1983	1984
Institutionelle Vermieter				
Investitionen in Mill. DM	7700	12 050	11 570	11 200
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	+ 19,6	+ 8,1	- 4,0	- 3,2
Anzahl der Neuverträge*	68 100	81 200	95 000	
Herstellervermietung				
Investitionen in Mill. DM	4070	5200	7100	6970
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	+ 21,9	- 1,9	+ 36,5	- 1,8
Anlagenvermietung insgesamt				
Investitionen in Mill. DM	11 770	17 250	18 670	18 170
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	+ 20,3	+ 4,9	+ 8,2	- 2,7
Gesamtwirtschaftliche Investitionen				
Investitionen in Mill. DM	220 300	237 420	246 440	256 100
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	+ 13,4	- 2,4	+ 3,8	+ 3,9
Leasingquote	5,3	7,3	7,6	7,1
Zusammensetzung der Investitionen in %				
Immobilien		30,50	21,50	
Veränderungen gegenüber Vorjahr			- 29,51	
Mobilien (ohne Kfz)		53,20	50,50	
Veränderungen gegenüber Vorjahr			-5,08	
Straßenfahrzeuge		16,30	28,0	
Veränderungen gegenüber Vorjahr			+ 71,78	

Quelle: Ifo-Investitionserhebung „Anlagevermietung"; *Quelle: BDL-Umfrage (Mobilien-Leasing)

Mobilie und Immobilie lösen sich ab

Wer die Leasing-Quote von 7,1 Prozent allein betrachtet, könnte zu der Annahme kommen, daß das Leasing in der Bundesrepublik Deutschland doch noch eine reichlich unterentwickelte Finanzierungsart ist. Doch dieser Blick täuscht. Hinter den „nur" 7,1 Prozent stehen immerhin Investitionen in einer Größenordnung von über 18 Milliarden Mark im vergangenen und fast 19 Milliarden im Jahr zuvor.

Die Leasing-Quote als Anteil des Leasings an den gesamten Investitionen in der Bundesrepublik signalisiert aber auch die großen Chancen, die das Leasing in diesem Land noch hat. In England beträgt die Leasing-Quote rund 15 Prozent, und für die USA wird sie auf über 20 Prozent der volkswirtschaftlichen Gesamtinvestitionen geschätzt – exakte Statistiken darüber gibt es nicht.

Ins Auge fällt der große Sprung, den die Hersteller-Vermietung 1983 mit plus 36,5 Prozent machte. Es war das Jahr des „Null-Leasing", eines von den Auto-Hersteller-Leasing-Gesellschaften künstlich angefachten Booms im Bereich des privaten Auto-Leasings.

Der Nulltarif, der damals angeboten wurde, bedeutete nichts anderes, als daß der private Leasing-Kunde ein Automobil leasen konnte, bei dem er lediglich im Wege der Teilamortisation Raten auf den Listenpreis bezahlte. Er bezahlte zinsfrei nur dafür, was er von dem Auto genutzt hatte, und gab es nach Ablauf der Vertragszeit (meistens 24 oder 36 Monate) an seine Leasing-Gesellschaft zurück, die das gebrauchte Fahrzeug dann am Zweithand-Markt verwertete.

Auch wenn zu diesem Vorgang noch Prozesse anstehen, die hier einen Verstoß gegen das Rabattgesetz erkennen wollen, wird es immer wieder Null-Leasing geben, allein schon, um gelegentlich sich auftürmende Autohalden zu räumen.

Die Tabelle der bilanzierten Zugänge in den einzelnen Geschäftsjahren, die repräsentativ ist, weil sie vom Bundesverband Deutscher Leasing-Gesellschaften nach Rückfrage bei seinen 53 Mitgliedern (über 80 Prozent Marktanteil) erstellt wurde, zeigt die sehr unterschiedlichen Entwicklungen des Immobilien- und des Mobilien-Leasings.

Während bis 1982 noch die immobilen Objekte führten, schlug der Markt zugunsten der Mobilien um. Wegen der langen Laufzeiten der Verträge für immobile Objekte wird dagegen verständlich, daß bei den Vermögenswerten zu Anschaffungskosten das Immobilien-Leasing unangefochten führt.

Die Struktur des Marktes läßt sich deutlich von der prozentualen Aufteilung der Objekte ablesen. Hier führen traditionell Büromaschinen und EDV-Anlagen, wobei in dieser Gruppe EDV dominiert, weil hier die Objekte schnellem technischen Wandel ausgesetzt sind und weil die einzelne Einheit einen hohen Wert repräsentiert.

Der schon erwähnte Sprung des privaten Auto-Leasings nach vorn in 1983 wird auch hier wieder deutlich. Straßenfahrzeuge erreichten in der Güterstruktur mit 20 Prozent einen Gipfelpunkt.

Deutlichere Verschiebungen springen bei den Immobilien ins Auge. Während 1981 und 1982 noch Produktions- und Lagerstätten deutlich führten, zeigt sich in den beiden folgenden Jahren deutlich der Investitionsattentismus der Wirtschaft.

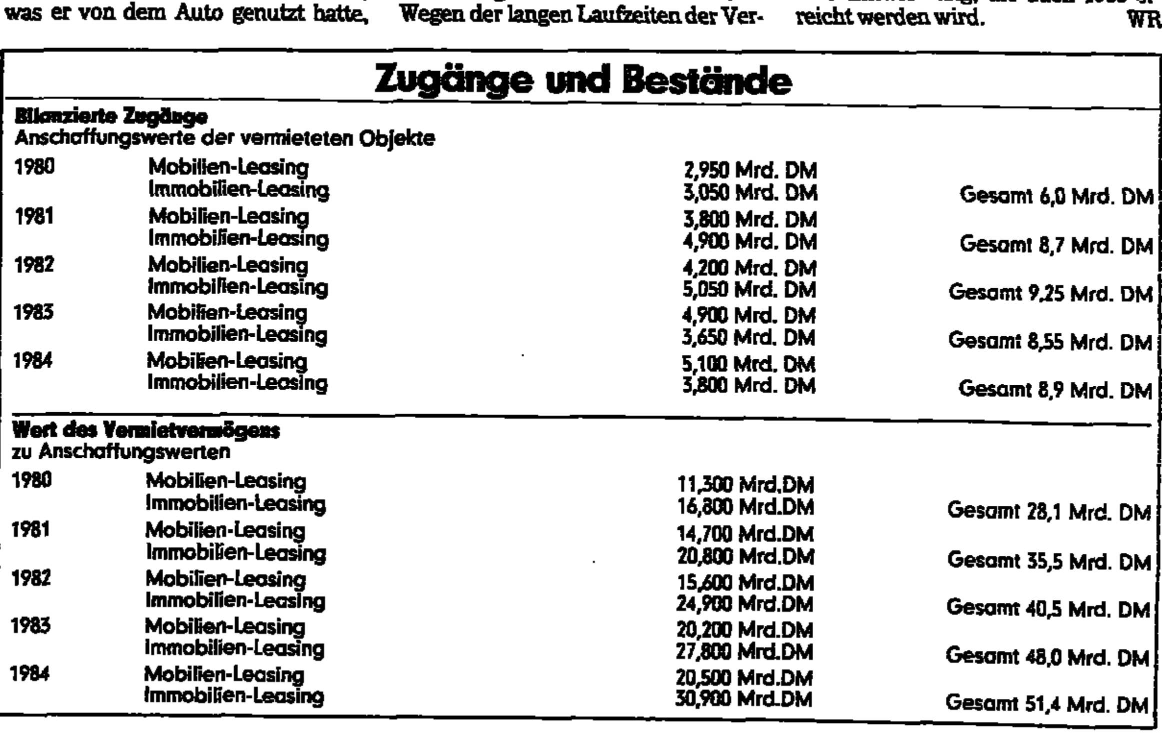
Betrachtet man den Wert des Vermietvermögens zu Anschaffungswerten (zu denen abgeschrieben wird – im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen zu Wiederbeschaffungswerten abgeschrieben werden darf), so erkennt man, daß das Leasing-Vertragsvolumen ständig gestiegen ist, daß es sich seit 1980 verdoppelt hat – eine Entwicklung, die auch 1985 erreicht werden wird. WR

Die Struktur des Leasing

Prozentualer Anteil des Vermietvermögens zu Anschaffungswerten nach Leasing-Objekten

Immobilien	1981	1982	1983	1984
Handelsobjekte (Supermärkte, Warenhäuser)	9	11	12	13
Geschäfts- und Bürogebäude	27	33	29	27
Produktionsgebäude, Lagerstätten	50	51	–	–
Produktionsgebäude, Lagerhallen	–	–	18	22
Sonstige Bauten	14	5	–	–
Komplette Produktions-, Versorgungs-, Energieanlagen	–	–	41	38
	100	100	100	100

Mobilien	1981	1982	1983	1984
Maschinen für die Produktion	32	29	34	30
Büromaschinen einschl. EDV	37	39	31	37
Fahrzeuge (Pkw, Lkw)	17	18	20	15
Luft- und Wasserfahrzeuge	6	3	2	3
Sonstige Fahrzeuge (Kräne, Gabelstapler, Waggons, Loks)	–	–	6	3
Nachrichten- u. Signaltechnik	2	2	1	1
Sonstige Ausrüstungen (z. B. Medizintechnik)	6	9	6	11
	100	100	100	100



Zugänge und Bestände

Bilanzierte Zugänge – Anschaffungswerte der vermieteten Objekte			
1980	Mobilien-Leasing	2,950 Mrd. DM	
	Immobilien-Leasing	3,050 Mrd. DM	Gesamt 6,0 Mrd. DM
1981	Mobilien-Leasing	3,800 Mrd. DM	
	Immobilien-Leasing	4,900 Mrd. DM	Gesamt 8,7 Mrd. DM
1982	Mobilien-Leasing	4,200 Mrd. DM	
	Immobilien-Leasing	5,050 Mrd. DM	Gesamt 9,25 Mrd. DM
1983	Mobilien-Leasing	4,900 Mrd. DM	
	Immobilien-Leasing	3,650 Mrd. DM	Gesamt 8,55 Mrd. DM
1984	Mobilien-Leasing	5,100 Mrd. DM	
	Immobilien-Leasing	3,800 Mrd. DM	Gesamt 8,9 Mrd. DM
Wert des Vermietvermögens zu Anschaffungswerten			
1980	Mobilien-Leasing	11,300 Mrd.DM	
	Immobilien-Leasing	16,800 Mrd.DM	Gesamt 28,1 Mrd. DM
1981	Mobilien-Leasing	14,700 Mrd.DM	
	Immobilien-Leasing	20,800 Mrd.DM	Gesamt 35,5 Mrd. DM
1982	Mobilien-Leasing	15,600 Mrd.DM	
	Immobilien-Leasing	24,900 Mrd.DM	Gesamt 40,5 Mrd. DM
1983	Mobilien-Leasing	20,200 Mrd.DM	
	Immobilien-Leasing	27,800 Mrd.DM	Gesamt 48,0 Mrd. DM
1984	Mobilien-Leasing	20,500 Mrd.DM	
	Immobilien-Leasing	30,900 Mrd.DM	Gesamt 51,4 Mrd. DM

VERSICHERUNG / Leasing-Gesellschaft als Eigentümer sorgt für den Schutz

So werden die Schäden abgedeckt

Im Bereich der notwendigen Versicherungen für die Leasing-Objekte ergeben sich zwischen Mobilien- und Immobilien-Leasing erhebliche Unterschiede. Beim Mobilien-Leasing wird dem Leasing-Nehmer vertraglich aufgegeben, das Objekt ordnungsgemäß zu versichern. Beim Immobilien-Leasing versichert die Leasing-Gesellschaft als Eigentümer meistens selbst.

Der Katalog notwendiger Versicherungsleistungen ist umfangreich. Er reicht von der Feuer-, Sturm- und Leitungswasser-Versicherung über die Grundstücks- und Gebäude-Haftpflicht-Versicherung bis zur Gewässerschaden-Versicherung.

Wichtig ist, daß der Versicherungsschutz so ausreichend bemessen ist, daß zu jeder Zeit durch die Inanspruchnahme der Versicherungssumme bei einem Schadenfall das Objekt ohne weitere andere Finanzleistungen im alten Zustand wiederhergestellt werden kann. Da bei den Industrie- und Handelsobjekten – im Gegensatz zur privaten Wohnhausversicherung – keine gleitende Neuwertversicherung vereinbart werden kann, also keine Automatik zwischen den ursprünglichen und den tatsächlichen Baukosten im Zeitpunkt des Versicherungsfalles besteht, ist eine laufende Anpassung der Werte durch jährliche Neueinschätzung der Objekte erforderlich.

Während es bei den beweglichen Wirtschaftsgütern Regelfall ist, daß das Objekt in seinem Umfang und bei Nutzungsabgabe – ein Schadensfall ausgenommen – über die Mietperiode unverändert bleibt, ergeben sich bei den über Jahrzehnte vermieteten Immobilien häufig notwendige Änderungs- oder Umbauerfordernisse. Insbesondere bei Handelsgebäuden zeigt sich, daß praktisch alle zehn Jahre ein erheblicher Modernisierungsaufwand erforderlich ist. Meldet ein Leasing-Nehmer zusätzlichen Raumbedarf an und hat der Standort des Objektes sich als positiv bestätigt, wird die Immobilien-Leasing-Gesellschaft zusätzlichen Mietwünschen sicher nachkommen und einen Erweiterungsbau in Abstimmung mit ihrem Kunden vornehmen.

Im Versicherungsfalle ist vertraglich geregelt, daß die Leasing-Gesellschaft mit den Mitteln aus der Versicherungssumme das Objekt neu erstellt. Die Mieten sind zunächst unverändert weiter zu leisten. Auch bei späteren höheren neuen Investitionskosten, die durch die Versicherungssumme gedeckt werden, ergibt sich keine Änderung der Ausgangsmiete, weil diese nach dem tatsächlichen Investment der Leasing-Gesellschaft kalkuliert war. Aus Sicht des Leasing-Nehmers ergibt sich im Vergleich zur konventionellen Eigenfinanzierung kein Belastungsunterschied. KLAUS FEINEN

DIE IMMOBILIE / Eine Definition

Von der Kiesgrube bis zum Grundstück für den Braunkohle-Abbau

Der Begriff Immobilie steht im deutschen Recht als Bezeichnung für Grundstücke oder grundstücksgleiche Rechte wie zum Beispiel das Erbbaurecht. Im Rahmen eines Immobilienleasingvertrages wird also ein Grundstück vom Leasinggeber (Leasinggesellschaft) dem Leasingnehmer (Mieter) über einen bestimmten Zeitraum, der maximal 90 Prozent der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer betragen darf, überlassen.

In der Regel ist dieses Grundstück bebaut. Zwingend ist dies jedoch nicht. Leasingfähig sind also auch die Kiesgrube, der Parkplatz oder das Grundstück, auf dem Braunkohle im Tagebau abgebaut wird.

Im Anlagevermögen der Immobilienleasinggesellschaft befinden sich jedoch überwiegend Gebäude, also „Bauwerke, die Menschen oder Sachen durch räumliche Umschließung Schutz gewähren, den Aufenthalt von Menschen gestatten, von einiger Beständigkeit und ausreichender Standfestigkeit sowie fest mit dem Grund und Boden verbunden sind".

Nach Paragraph 94 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sind Gebäude wesentliche Bestandteile des Grundstückes. Das rechtliche Eigentum am Gebäude setzt also das Eigentum am Grundstück oder ein grundstücksgleiches Recht – das Erbbaurecht – voraus.

Bei der Einräumung des Erbbaurechtes ist zu beachten, daß dessen Laufzeit über der des Mietvertrages liegt. Andernfalls ist der Mieter in der Lage, den Vermieter auf Dauer von der wirtschaftlichen Nutzung auszuschließen. Das wirtschaftliche Eigentum verbunden mit der Bilanzierungspflicht liegt dann unabhängig vom rechtlichen Eigentum beim Mieter.

Die klassischen Leasingobjekte sind Verwaltungsgebäude, Produktionsgebäude, Lagerhallen oder auch Einkaufszentren, Bankgebäude, Warenhäuser und -märkte. Typischerweise sind diese Objekte vom Leasingnehmer selbst gemietet, oft aber auch untervermietet.

Dies ist ein Ausdruck dafür, daß sich der Leasingnehmer trotz seiner Stellung als Mieter mit dem angemieteten Objekt identifiziert. Hinzu *kommt das Interesse an dem ihm ein*geräumten Ankaufsrecht bei Ablauf des Mietvertrages zum steuerlichen Restbuchwert.

Auch Rathäuser und Schulen im Angebot

Der Kreis der Mieter ist jedoch nicht auf die gewerblichen Unternehmer beschränkt. Im kommunalen Bereich haben Immobilienleasinggesellschaften bereits Rathäuser und Stadthallen errichtet, beispielsweise aber auch die schlüsselfertige Erstellung und Vermietung von Schulen.

Darüber hinaus gibt es jedoch Bereiche, die für eine Immobilienleasinggesellschaft zwar nicht zum täglichen Geschäft gehören, bei größeren Gesellschaften aber auch nicht ungewöhnlich sind. Stellvertretend seien dafür (Atom-)Kraftwerke oder Müllverbrennungsanlagen genannt. Hier wachsen die Leasinggesellschaften im wahrsten Sinne des Wortes über *sich hinaus:* In vielen Fällen wird der Leasingvertrag etwa durch Betreiberverträge, Müllentsorgungsverträge oder Energielieferungsverträge ersetzt. Besonderes Augenmerk ist hierbei auch auf die gesellschaftsrechtliche Gestaltung zu legen.

Ein nicht unerheblicher Teil des *Anlagevermögens* einer *Immobilien*leasinggesellschaft sind weder Grundstück noch Gebäude, sondern Betriebsvorrichtungen. Diese Vermietungsumsätze fallen zum Teil fast zwangsläufig an, wenn Betriebsvorrichtungen wesentliche Bestandteile eines Gebäudes sind – etwa Lastenaufzüge oder Schaufensteranlagen.

Der Steuervorteil bleibt erhalten

Diese Bestandteile müssen sorgfältig vom eigentlichen Gebäude getrennt werden, denn die Gesellschaft, die das Gebäude vermietet, ist entweder nicht gewerblich tätig oder aber Gewerbebetrieb kraft Rechtsform.

In diesem Falle ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme der erweiterten Kürzung nach Paragraph 9.1.2., daß sich die Vermieterin auf die Verwaltung und Nutzung des eigenen Grundbesitzes beschränkt. Die Vermietung beweglichen Anlagevermögens ist mit Ausnahme der Vermietung von Sachbegriffen eine gewerbliche Tätigkeit. Der Gewerbesteuervorteil bleibt dem Leasingnehmer erhalten, da der separat abgeschlossene Betriebsvorrichtungsvertrag nach überschlägiger Berechnung erstellt wird.

Nicht alle bei Immobilienleasinggesellschaften bilanzierten Betriebsvorrichtungen sind wesentliche Gebäudebestandteile. Zum Teil handelt es sich zwar um mit dem Grundstück verbundene Bauwerke, zu deren Eigentumsübergang der Erwerb des Grundstückes erforderlich ist, das im Rahmen der Refinanzierung der Leasinggesellschaft mit Grundpfandrechten belastet wird.

Aber eines oder mehrere Merkmale des Gebäudes sind nicht erfüllt. So kann ein Hochregallager Gebäude sein. Fehlt ihm jedoch die eigene Sta*tik der Außenwände, sind diese* nur als Verkleidung an den Regalträgern befestigt – wie heute durchaus üblich –, ist das Merkmal der ausreichenden Standfestigkeit nicht erfüllt. Das Hochregallager ist dann kein Gebäude, sondern Betriebsvorrichtung.

Das Tätigkeitsfeld von Immobilienleasinggesellschaften hat sich in der Vergangenheit ständig ausgeweitet. Die Grenzen des Geschäftsbereiches werden heute weniger durch das „Machbare" als vielmehr durch Risikoüberlegungen begrenzt. Eine hundertprozentige Fremdfinanzierung, wie Leasing sie bietet, kann nicht für besonders risikoreiche Investitionen *gelten*.

Dieser allgemeine Leitsatz gilt unter dem Aspekt der Langfristigkeit auch für die wertbeständigere Immobilie. So werden etwa Hotels, Tennishallen und ähnliche Immobilien in Zukunft für Leasinggesellschaften weiter an Bedeutung verlieren.

HARTMUT JAEGER

Dr. Karl-Peter Otto ist Sprecher der Geschäftsleitung der IKB Leasing GmbH in Hamburg. Seine Schriften sind Wegweiser durch die Branche. Die jüngste Arbeit beschäftigt sich mit dem Vertriebsleasing, dem weiten Feld des Leasings von morgen

FOTO: DIE WELT

Dr. Karl-Peter Otto

VERTRIEBSLEASING

der erfolgsberater

DAS PORTRÄT / IKB Leasing GmbH. Hamburg – Auch 1985/86 im Aufwind

Vollgas, während andere bremsen

Einst behielt sich die Mutter in Düsseldorf das Recht vor, die Hamburger Leasing-Tochter zu refinanzieren. Doch mit dem Wachstum der IKB Leasing GmbH an Hamburgs Gänsemarkt wurde Mutter Industriekreditbank AG–Deutsche Industriebank, Düsseldorf, überstrapaziert. So öffnete sich zwangsläufig der Markt der Refinanzierung für die IKB Leasing, den Karl-Peter Otto, Sprecher der Geschäftsleitung des Hamburger Hauses, ein „breites Spektrum" nennt. Nicht nur die Mittel der Mutter stehen für die Finanzierung bereit, sondern auch Kapital aus Frankreich, den USA und sogar aus Japan.

1972 gegründet, hat sich die IKB Leasing zu einer der ersten Adressen am deutschen Markt für Leasing gemausert. So erfüllt es Karl-Peter Otto mit Stolz, daß sein Haus im Geschäftsjahr 1984/85 (31. März) den Umsatz von 180 auf 210 Millionen Mark erhöhen konnte, um 16,7 Prozent also, obwohl die Branche im gleichen Zeitraum ein Minus von 3,2 Prozent hinnehmen mußte. Bilanziert wurden 449 Millionen Mark, das sind 7,6 Prozent mehr als 1983/84. Die Anzahl der bilanzierten Leasing- und Mietkaufverträge stieg im Berichtsjahr um 14,5 Prozent auf 14 463.

Und wie schätzt Karl-Peter Otto das laufende Geschäftsjahr ein? „Wir werden eine einstellige Wachstumsrate erhalten", meint er vorsichtig. Die Düsseldorfer Mutter kann aber davon ausgehen, daß sie wie in den beiden letzten Geschäftsjahren wieder 20 Prozent Dividende auf das Stammkapital von drei Millionen Mark erhält. Das Eigenkapital hat sich in den letzten drei Geschäftsjahren von 8,6 auf 13,2 Millionen Mark erhöht.

Die IKB Leasing GmbH beschäftigt rund 100 Mitarbeiter, davon 40 im Außendienst. Da es sehr schwer ist, geeignete Mitarbeiter zu finden, bildet das Unternehmen seinen Nachwuchs selbst heran.

Den großen Erfolg seines Hauses im letzten Geschäftsjahr bei gleichzeitiger allgemeiner Schwäche des *Leasing-Marktes führt Karl-Peter Ot*to auf die gute Mischung seines Geschäftes zurück. Kleine Einbußen im Industrie-Leasing konnten durch große Erfolge etwa im Auto-Leasing wettgemacht und sogar überkompensiert werden.

Service gehört dazu

Zielgruppe seines Hauses ist vor allem der gewerbliche Unternehmer, der immer größeren Wert auf Leasing plus Service legt. Die Zeiten des reinen Finanzierungs-Leasings sind damit längst vorüber. Karl-Peter Otto verweist auf das Auto-Leasing und auf den immer häufiger geforderten *Full-Service-Vertrag*.

Mit diesem Vertrag übernimmt die Leasing-Gesellschaft sämtliche Wartungs- und Reparaturarbeiten. Auf Wunsch wird aber auch die Entrichtung der Versicherungsgebühren, der Reifenersatz oder aber auch die Abrechnung der Tankgebühren übernommen.

In Zusammenarbeit mit Herstellern von Gabelstaplern und Kühlgeräten hat die IKB Leasing GmbH neue Leasing-Service-Modelle entwickelt. Karl-Peter Otto plant solches Service-Leasing auch in den Bereichen Druck-, Werkzeug- und Baumaschinen. *Ottos Philosophie:* der maßgeschneiderte Vertrag für jeden Kunden. Für ihn beginnt „das bessere Leasing" erst nach Abschluß der Verträge.

Karl-Peter Otto, der promovierte Volkswirt, ist in Personalunion auch Geschäftsführer der IKB Immobilien-Leasing *GmbH, Düsseldorf*, deren Stammkapital von einer Million Mark sich zu je 50 Prozent in Händen der Industriekreditbank AG–Deutsche Industriebank und der Berliner Handels- und Frankfurter Bank befindet. Über diese beiden Schienen läuft auch – noch – ein großer Teil der Akquisition. Zur Zeit wird aber auch ein eigenes Vertriebsnetz aufgebaut. Karl-Peter Otto spricht von zweistelligen Zuwachsraten bei der Immobilien-Gesellschaft, die 1977 gegründet wurde.

Gut verdienende Unternehmen bevorzugen nach seiner Auskunft die degressive Abschreibung, weil sie auf *diese Weise schon nach fünf Jahren* 40 Prozent der in die Objekte investierten Mittel aus der Bilanz heraushätten. Ottos Empfehlung: Bei jeder Investition in der Größenordnung von mindestens einer Million Mark sollte der Investor die Möglichkeiten des Immobilien-Leasings überprüfen. Dabei spiele für den Investor eine wesentliche Rolle, welche alternative Finanzierungsform zur Verfügung steht. Generell kann nach Otto gesagt werden, daß die Finanzierung, welche die Kosten der gesamten Investition trägt, die meisten Vorteile bietet.

Betriebswirtschaftlich ist die Erkenntnis wesentlich, daß eingesetztes eigenes Kapital eine höhere Verzinsung im Geschäftsbetrieb des Investors erwirtschaftet, als für die Aufnahme von Fremdkapital bezahlt werden muß.

Das Erbbaurecht hilft

Und wie funktioniert das IKB Immobilien-Leasing? Das zu bebauende Grundstück oder das bereits fertiggestellte Haus (Objekt) erwirbt die IKB Immobilien-Leasing über eine ihrer zahlreichen Tochtergesellschaften in der Rechtsform einer GmbH. Von einer gewissen Größenordnung an erhält der Leasing-Nehmer eine Objektgesellschaft ausschließlich für sein Investitionsvorhaben. Kleinere Investitionen werden über eine sogenannte Sammelgesellschaft abgewickelt.

Die Investition mit der IKB Immobilien-Gesellschaft kann auch über ein Erbbaurecht realisiert werden. *Das kommt dann in Betracht*, wenn der Leasing-Nehmer oder ein Dritter bereits Grundstückseigentümer ist und lediglich das Gebäude finanziert werden soll. Das Bauvorhaben wird in Übereinstimmung mit den Wünschen und Plänen des Leasing-Nehmers durchgeführt. Die Mietzeit beginnt mit der Fertigstellung des Objektes.

Bm.

SEMINAR / Ein Finanzierungsinstrument wird wissenschaftlich untermauert – Professor Hans E. Büschgen leitet das Forschungsinstitut in Köln

Leasing als Startrampe für Unternehmer?

Wozu Leasing eines Tages in der Lage sein wird, wenn es erst einmal festen wissenschaftlichen Boden unter den Füßen hat, darüber hat sich Professor Hans E. Büschgen Gedanken gemacht in der Schriftenreihe Nr. 7 der FL Finanz-Leasing GmbH, Wiesbaden. Er steht dem Forschungsinstitut für Leasing an der Universität Köln vor, das 1984 gegründet wurde und von deutschen und zum Teil auch von ausländischen Leasinggesellschaften getragen wird. Büschgen leitet das Seminar für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Besondere der Banken an der Universität zu Köln.

Zu jung ist das Kölner Institut, um Ergebnisse seiner Arbeit zu erwarten, doch die Gedanken Professor Büschgens erhellen den Blick auf ein weites Feld, das wissenschaftlich bestellt werden muß. So nennt er auch einige übergreifende Problembereiche, die doch sehr konkret werden könnten für das relativ junge Leasing in der Bundesrepublik Deutschland.

So muß nach seiner Meinung analysiert werden, ob sich das Leasing nicht im kommunalen Bereich stärker verankern läßt. Wichtig ist für ihn auch, im Rahmen der Institutsarbeit auf eine Ökonomisierung öffentlicher Mittelverwendung hinzuwirken und geeignete Argumentationshilfen auszuarbeiten.

Büschgen meint aber auch, daß sich eine internationale Leasingforschung mit schwer überschaubaren Fragenkomplexen seitens der Leasinggesellschaften und der investierenden Unternehmen zu befassen hat. Es müßten Wege aufgezeigt werden, um Möglichkeiten des internationalen Leasings zu erschließen und optimal zu nutzen.

Ein weiterer Schwerpunkt institutionalisierter Leasingforschung könnte nach Büschgen sein, sich verstärkt mit Beurteilungskriterien und Vorteilhaftigkeitsrechnungen alternativer Investitionsplanung und deren Realisierung zu beschäftigen. Von zentraler Bedeutung, so schreibt Büschgen, sei dabei, notwendig dispositive Gestaltungsräume für Leasingofferten herauszuarbeiten, sich also aus betriebswirtschaftlicher Sicht bewußter mit „kritischen Standardisierungsmaßnahmen" auseinanderzusetzen.

Nur so kann es nach Büschgen gelingen, gute, im Idealfall optimale Leasinginvestitionen zu realisieren, die sowohl den Leasingnehmern als auch den Leasinggebern Vorteile verschaffen und die Grundlage langfristiger vertrauensvoller Zusammenarbeit bilden werden.

Den Investitionsprozeß exakt erforschen

Die Leasingforschung habe dabei gerade dem Dienstleistungs- und Serviceaspekt *stärkere Beachtung zu* schenken, ein Aspekt, der sich in der jungen Branche als marktentscheidend für die Zukunft durchsetzt. Büschgen ist sicher, daß dieser Aspekt bei genauer Problemanalyse und optimaler Ausgestaltung den entscheidenden Vorteil leasingfinanzierter Investitionen ausmacht. Für ihn bleibt als Beispiel zu fragen, welche Auswirkungen Leasing auf die Qualität durchgeführter Projekte hat oder welche Möglichkeiten personeller Entlastung beim investierenden Unternehmen ökonomisch nutzbar sind.

Der Leasingforschung sollte es nach Büschgen gelingen, den gesamten Investitionsprozeß von der Ideenfindung beziehungsweise von der Problemerkenntnis bis hin zum Desinvestitions- oder Reinvestitionsvorgang exakter zu fassen. Dabei seien neben vorwiegend monetär ausgerichteten, quantitativen Komponenten verstärkt auch qualitative zu berücksichtigen, die etwa psycholo*gische Faktoren oder organisato*rische Regelungen auf seiten der Entscheidungsträger und deren Hilfsorganen erfassen müßten.

Es muß nach Meinung des Institutsleiters auch der Frage nachgegangen werden, welche volkswirtschaftlichen Wohlfahrteffekte durch Leasing erzielt werden, inwieweit die oft zitierte Innovationsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöht werden kann oder welche Bedeutung der Leasingfinanzierung im Rahmen von Existenzgründungs- und Existenzaufbauphasen zukommt.

Ferner dürften Probleme der Mittelstandsförderung oder Fragen der Investitionsförderung im Lichte leasingspezifischer Besonderheiten zu analysieren sein. Auch mögliche Strukturverschiebungen an Finanz- und Kapitalmärkten könnten nach Büschgen Gegenstand wissenschaftlicher Leasingforschung sein.

Denkbar ist für Professor Büschgen aber auch, kommentierend und kritisierend die aktuelle Rechtsentwicklung im legislativen und im judikativen Bereich zu verfolgen – und, falls möglich, aktiv zu beeinflussen. Dabei könnten einem unabhängigen, wissenschaftlichen Leasingforschungsinstitut unter Umständen bedeutende Mittlerfunktionen zukommen.

Praxisnahe Untersuchungsfelder sieht Büschgen auch in der Diskussion um die chronische Eigenkapitalknappheit, verbunden mit wachsenden Unternehmensrisiken. Er denkt auch an die Diskussion um mögliche Personalabbaureserven unter Lea*singgesichtspunkten. So sei bei*spielsweise auch zu fragen, wie Leasinganbieter und Leasingnachfrager Eigenkapitalpositionen oder andere Bonitätskriterien unter dynamischen Aspekten beurteilen, inwieweit sie gestaltbar sind und ob ein kritischeres Risikobewußtsein zu Verhaltensänderungen im (Leasing-)Investitionsprozeß führen wird.

Ausgangspunkt weiterer Untersuchungen könnten die Entscheidungsprozesse bei Finanzierung der Investoren sein. Bei der Konzeption maßgeschneiderter Leasingverträge könnten solche Untersuchungen von entscheidender Wichtigkeit sein.

Büschgen versucht, in sehr allgemeiner Formulierung den Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung des Leasing-Instituts zu fassen:

● Leasing in instrumentaler und institutioneller Sicht: Zu untersuchen sind Ausprägungsformen und mögliche Varianten der Leasing-Vertragsgestaltung sowie tiefergehende Analysen zur Anbieterstruktur und Geschäftspolitik auf seiten der Leasing-Gesellschaften.

● Leasing in funktionaler und normativer Betrachtung aus der Sicht des tatsächlichen oder des potentiellen Investors: Zu analysieren sind Faktoren, die es dem Investor ermöglichen oder anzeigen, Leasing optimal einzusetzen und zu nutzen.

● Leasing im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Analysen: Insbesondere die herausragende Stellung sollte präziser und umfassender definiert werden.

Enger Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis

Ein so weit gefaßter Forschungsrahmen erweist sich aber nach Büschgen noch als wenig operational und bedarf einer inhaltlichen Konkretisierung. Dabei ist nach seiner Meinung zu beachten, daß zum einen aktuelle Entwicklungen und Problemaspekte aufgegriffen werden, andererseits aber genügend Freiräume gelassen werden, um eine theoretische Fortentwicklung von Leasing-Fragen zu ermöglichen.

Gerade die Innovationskraft und *Dynamik im Leasing-Markt* ließen eine erklärtermaßen praxisorientierte Leasing-Forschung aber nur dann erfolgreich und effizient erscheinen, wenn es gelinge, einen engen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis herzustellen und permanent aufrechtzuerhalten. Dieser stärkere Gedankenaustausch ist nach Büschgen dringend geboten.

M. G.

NACHRICHTEN

Fußball: Heute Bundesliga

Bonn (DW.) – Fünf Spiele der Fußball-Bundesliga finden heute abend (20.00 Uhr) statt: Düsseldorf – Dortmund, Nürnberg – Leverkusen, Köln – Bremen, Hamburg – Mönchengladbach, Hannover – Stuttgart.

Vorwürfe zurückgewiesen

Frankfurt (dpa) – Der Deutsche Fußballbund (DFB) hat die Vorwürfe des VfB Stuttgart zurückgewiesen, wonach eine sachgerechte medizinische Betreuung nach dem Länderspiel in Moskau nicht erfolgt sei. Der Stuttgarter Kapitän Karl-Heinz Förster sei noch in Moskau wegen seiner Schmerzen im rechten Arm mit entzündungshemmenden Mitteln behandelt worden.

Beisetzung am Montag

Gießen (sid) – Der tödlich verunglückte deutsche Autorennfahrer Stefan Bellof wird am Montag in seiner Heimatstadt Gießen beigesetzt. Die Trauerfeierlichkeiten finden ab 13.00 Uhr in der Johannis-Kirche statt.

Vertrag unterzeichnet

Berlin (sid) – Der sogenannte Globalvertrag, der die Übertragungen von Sportveranstaltungen zwischen dem Deutschen Sportbund (DSB) und den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten regelt, ist in Berlin von ZDF-Intendant Dieter Stolte unterzeichnet worden. Die Anstalten zahlen im ersten Jahr ein Honorar von vier Millionen Mark. Fußball und Eishockey sind nicht miteinbezogen.

ZAHLEN

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, Herren-Einzel, Achtelfinale: Nystroem (Schweden) – Becker (Deutschland) 6:3, 6:4, 4:6, 6:4, McEnroe (USA) – Smid (CSSR) 6:3, 7:5, 6:2, Wilander (Schweden) – Holmes (USA) 6:3, 6:4, 4:6, 6:4. – **Damen-Einzel,** Achtelfinale: Kohde (Deutschland) – Turnbull (Australien) 5:7, 7:5, 6:2, Graf (Deutschland) – Maleeva (Bulgarien) 6:2, 6:2, Evert-Lloyd (USA) – White (USA) 6:2, 6:4, Navratilova (USA) – Lindqvist (Schweden) 6:4, 7:5.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 514 977,30 Mark, 2: 98 451,50, 3: 4572,80, 4: 92,80, 5: 7,90. – **Toto:** 1: 109 882,10, 2: 3109,80, 3: 330,30. – **„6 aus 45":** 1: unbesetzt, Jackpot: 791 099,15, 2: 23 169,80, 3: 5487,50, 4: 74,10, 5: 6,10. – **Rennquintett, Rennen A:** 1: 297,60, 2: 72,20. – **Rennen B:** 1: 145,80, 2: 85,80. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 14 587,20. (Ohne Gewähr.)

TENNIS / Nach Boris Beckers Niederlage gegen Nystroem ist der „Kampf der Gigangen" mit John McEnroe leider geplatzt



● Boris Becker schrie die Wut aus seinem Körper – am Ende mochte er sich am liebsten hinter seinem Schläger verstekken (Fotos). Es half nichts. Der „Kampf des Jahrhunderts" gegen John McEnroe ist geplatzt. Aber gerade der Amerikaner fand tröstende Worte für den Wimbledonsieger: „Es hätte mich gewundert, wenn er das Spiel gewonnen hätte. Er hat noch nicht verarbeiten können, was hier auf ihn einströmte. Ich hätte gerne hier gegen ihn gespielt, aber vielleicht ist es ganz gut für ihn, daß er sich nicht qualifiziert hat."

● Der Becker-Boom ist vorerst in Flushing Meadow vorbei. Aus deutscher Sicht sind aber mit Claudia Kohde und Steffi Graf erfreulicherweise noch zwei Spielerinnen im Viertelfinale vertreten. In der vergangenen Nacht mußte sich Claudia Kohde mit der Weltranglisten-Ersten Chris Evert-Llyod auseinandersetzen. Einen Tag mehr Ruhepause hatte dagegen die erst 16 Jahre alte Steffi Graf, die heute erst gegen Pam Shriver antreten muß. Steffi Graf spielte zuletzt in Wimbledon gegen sie und verlor nur knapp in drei Sätzen.



„Vielleicht ist diese Niederlage gut für mich"

HANS-J. POHMANN, New York

Aus und vorbei ist es bei den US Open mit dem Traummatch zwischen John McEnroe und Boris Becker. Nach 2:45 Stunden unterlag der 17jährige Wimbledon-Sieger auf dem Centre Court dem als Nummer 10 gesetzten Schweden Nystroem mit 3:6, 4:6, 6:4 und 4:6.

Dieses Ergebnis geht in jeder Beziehung in Ordnung. Niemals hatte man das Gefühl, daß Becker eine echte Siegchance besaß. Denn von Anfang an wirkte Becker gehemmt und nervös, er erlebte ein typisches Match, bei dem man niemals richtig ins Spiel kommt. „Ich war gar nicht auf dem Platz. Erst im 3. Satz fing ich an, wirklich Tennis zu spielen."

Derart realistisch schilderte Becker – äußerlich entspannt – auf der anschließenden Pressekonferenz diese Begegnung mit dem so ruhig wirkenden Schweden. In der Tat fand der Blondschopf keinen Rhythmus bei seinen Schlägen. Viel zu häufig versuchte er mit seiner Vorhand direkte Punkte aus allen Ecken des Platzes zu erzielen. Dann wieder blieb er unnötig lange an der Grundlinie stehen und ließ sich dort auf Duelle mit dem Grundlinien-Spezialisten Nystroem ein.

Man merkte dem jungen Deutschen die Anspannung an, mit der er auf dem Centre Court vor 16 000 Zuschauern stand. Dies wurde auch immer wieder an kleinen Reaktionen deutlich, die seine Unsicherheit überdecken sollten. Sei es das Abwinken nach verschlagenen Bällen oder das Wegstrecken des Schlägers in Richtung Linienrichter, so als ob er sagen wollte: Spiel du für mich weiter.

Sicherlich spielt bei der Niederlage auch der tagelange Trubel in New York eine Rolle, der Becker immer wieder an das eventuelle Spiel mit dem Titelverteidiger McEnroe erinnerte. „Irgendwie habe ich immer versucht, die Gedanken an dieses Match zu verdrängen, aber aus dem Hinterkopf bin ich sie nie richtig losgeworden."

Verständlich war das Nachdenken allemal. Sollte doch heute abend eine Premiere ganz besonderer Art stattfinden. Zum erstenmal in der 104jährigen Geschichte der US Open wollte die Fernsehgesellschaft CBS in der Hauptsendezeit ein Viertelfinalspiel nationenweit live übertragen. Dazu hatte man in etlichen Spots die Parole ausgegeben „The Kid against the Brad" – was soviel heißt wie: „Der Junior gegen den Flegel".

Becker und Nystroem wohnen in Monte Carlo und sind dort im gleichen Haus Nachbarn. Erst vor wenigen Wochen haben sie dort unten über eine Woche lang zusammen trainiert. Hinzu kam die unglaublich gute Beinarbeit des Schweden, die Bekkers Trainer Günther Bosch folgendermaßen schilderte: „Der Nystroem bewegte sich eher wie ein Schmetterling auf dem Platz." Und noch eine ganze Kleinigkeit mag Becker irritiert haben, die Bosch ebenfalls erkannte: „Bei Nystroem weiß man nie, was in ihm vorgeht, der ist so ruhig und zeigt niemals eine Regung."

Was immer auch sonst noch für Gründe oder Entschuldigungen gefunden werden könnten, alle sind sie unter dem Strich unwichtig und egal. Wichtiger erscheint vielmehr die richtige Einstellung von Becker zu sein, als er am Ende noch erklärte: „Vielleicht ist diese Niederlage sogar auf Dauer gut für mich."

Jetzt heißt es erst einmal – auch für die Öffentlichkeit – wieder auf einen normalen Level zurückzufinden. Die Becker-Euphorie darf nicht überspannt werden, zu schnell könnten ansonsten Abnutzungserscheinungen auftreten.

Phantastisches hat Becker in den vergangenen Wochen und Monaten geleistet. Aber noch ist er nicht so weit, daß er Spieler unter den besten 20 auf der Weltrangliste so mir nichts dir nichts einfach wegputzen kann. Becker hat sich auf einer Woge der Begeisterung aufgeputscht und sich noch einmal nach seinem Wimbledon-Sieg verbessert.

In den nächsten Wochen kommt es darauf an, daß er sich nicht durch Niederlagen verrückt machen läßt. Dann wird er ganz schnell regelmäßig unter den besten fünf Tennisspielern der Welt angesiedelt sein und damit auch für die Stars wie John McEnroe, Jimmy Connors und Ivan Lendl ein gleichberechtigter Konkurrent sein.

In den nächsten Tagen will ihn Manager Ion Tiriac „erst einmal von dem Rummel in New York" befreien. Am Montagabend sagte der auf einmal lockere Ion Tiriac in der Hotelbar des Spielerhotels: „Vielleicht schicke ich Becker mit Trainer Bosch an die Küste zum Baden, wer weiß."

Über Langeweile braucht sich der 17jährige in den kommenden Wochen jedenfalls nicht zu beklagen. Am Montag und Dienstag kommender Woche spielt er in Portland bzw. Seattle gegen Yannik Noah. Dann heißt es Platz nehmen in der Concorde und Hände schütteln bei Franz Josef Strauß anläßlich dessen 70. Geburtstags und tags darauf beim Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Ispö in München bildet den Abschluß dieser kurzen Deutschland-Stippvisite, bevor es wieder zurück in die Staaten geht.

STAND ● PUNKT / *Regina Weber und die hochsensible Livia Medilanski*

Früher war ich viel freier", sagt sie. Früher, das war daheim in Winsen an der Luhe oder beim Training in Hamburg. In Wattenscheid hat sie sich in die Pflicht nehmen lassen, von Livia Medilanski, der Bundestrainerin. Was sich fraglos auszahlte: 28mal wurde Regina Weber deutsche Gymnastikmeisterin und im vorigen Jahr Olympiadritte in Los Angeles.

Nun ist sie verletzt. Ob sie im November bei den Weltmeisterschaften starten wird, steht in den Sternen. Man könnte freilich darüber reden, oder endlich auch über andere Dinge, die Regina Weber bedrücken. Den Versuch hat sie gemacht, doch weit ist sie damit bei Livia Medilanski nicht gekommen.

Sie hat zum Beispiel die Absicht, auch mal an einer Kür mit eigenen Ideen mitzuarbeiten. Aber wie sagt man so etwas Livia Medilanski, der hochsensiblen? Oder wie sagt man ihr, daß sich Regina Weber nun zwischen Training und Schneiderlehre den Tag aufteilen muß? Schon der Prüfungen wegen, um dann, wie geplant, auch Design studieren zu können. Sie hat versucht, darüber zu reden. Aber dabei blieb es. Denn die Replik war stets: Du bist doch gar nicht mehr motiviert, dir sind doch deine Erfolge längst zu Kopfe gestiegen.

Das ist schade, denn das sollte sich doch ohne sinn- und haltlose Vorwürfe regeln lassen. Regina Weber, die 22jährige, weiß nämlich sehr genau, was sie Livia Medilanski zu verdanken hat. Es geht ihr, der Weltklasse-Athletin, nicht im geringsten darum, die hohe Frau der großen Gymnastik zu bedrängen oder gar in Mißkredit zu bringen. Sie will nur angehört werden, ganz privat, ohne Brimborium im Verband und in den Zeitungen. Denn einen „Fall Weber" hat sich schließlich nur irgend jemand eingebildet.

K. Bl.

SCHACH-WM

Gleich wieder Verstimmung

DW. Moskau

Das Turnier der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau begann so, wie das letzte geendet hatte: mit einer kräftigen Verstimmung. Eine Pressekonferenz mit Weltmeister Anatolij Karpow und seinem Herausforderer Garri Kasparow wurde kurzfristig abgesagt. Offenbar war es am Wochenende wieder zu Streitigkeiten zwischen den beiden Großmeistern gekommen, und so befürchteten die Organisatoren wohl, daß sich Karpow und Kasparow erneut in die Haare geraten könnten.

Die Situation vor dem ersten Spiel, dessen Ergebnis bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vorlag, entsprach ohnehin nicht gerade der Würde des königlichen Spiels. Florencio Campomanes, der Präsident des Welt-Schachbundes (FIDE), hatte nach langem Zögern zum ersten Mal in der WM-Geschichte zwei Kampfrichter benannt: den Bulgaren Malchew und den Sowjetrussen Mikenas. Campomanes hatte so lange gezögert, bis der Wunschkandidat der Spieler – der deutsche Großmeister Lothar Schmid – aus Termingründen absagen mußte. Schmid, in Bamberg Karl-May-Verleger, muß sich im Herbst um seinen Verlag, um die Buchmesse; kümmern. Vom 18. bis zum 28. November ist er dann Turnierleiter der Mannschafts-WM in Luzern.

Campomanes, der Karpow-Freund, gilt gewissermaßen als zweite Dame in dessen Spiel. Dabei wäre ihm wohl Lothar Schmid, der die schwierigen WM-Turniere zwischen Fischer und Spasskij sowie zwischen Karpow und Kortschnoi leitete, mit seiner unbestechlichen Autorität auf die Füße getreten.

Ein anderer Deutscher ist aber dabei, Alfred Kinzel, der Ehrenpräsident des hiesigen Verbandes. Kinzel, in Moskau Jury-Vorsitzender, mußte sich letztes Mal vorwerfen lassen, einseitig Karpows Interessen vertreten zu haben. Kein Wunder: Seit 1976 organisiert er für Karpow hierzulande Werbe- und Simultanveranstaltungen. Gegen Kinzels erneute Berufung wurde weltweit protestiert, doch Kinzel trat dennoch wieder an. „Alles andere käme einem Schuldeingeständnis gleich", meinte der Präsident.

Ein erfülltes langes Leben, voller Liebe und Güte, ging still zu Ende.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von meinem geliebten Vati, unserem guten Schwiegervater, Bruder, Großvater und Urgroßvater

Dr. Josef Eßer

geboren 15. Mai 1895
gestorben 2. September 1985

In Liebe und Dankbarkeit

Dr. Bruno und Irmgard Buschmann geb. Eßer
Dr. Walter und Ursula Hoffmann
Elisabeth Eßer
Irmgard Merten
Hans-Jürgen und Birgit Schmidt geb. Buschmann
Rainer Hoffmann
Jürgen und Ulrike Buschmann mit Alexander
Dr. Christian und Corinna Lunscken
geb. Hoffmann

5431 Holler (Montabaur), Rheinstr. 24, Mülheim/Ruhr-Speldorf, den 2. September 1985

Das Traueramt ist am Donnerstag, dem 5. September 1985, um 8 Uhr in der Pfarrkirche »St. Michael« in Mülheim-Speldorf, Schumannstraße. Die Beisetzung ist um 9 Uhr auf dem Friedhof in Mülheim-Speldorf, Friedhofstraße.

In Trauer geben wir bekannt, daß Herr

Dr. Josef Eßer

am 2. 9. 1985 im Alter von 90 Jahren verstorben ist.

Der Verstorbene trat 1929 in unser Unternehmen ein und war von 1954 bis zu seiner Pensionierung Ende 1960 Mitglied des Vorstandes.

Herr Dr. Eßer hat sich in diesen mehr als 30 Jahren mit seinem großen Wissen sehr erfolgreich für den wichtigen und komplexen Aufgabenbereich des Rechnungswesens eingesetzt und aufgrund seiner herausragenden Leistungen bleibende Verdienste erworben. In zahlreichen Gremien innerhalb und außerhalb unseres Hauses war sein fachkundiger Rat geschätzt.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

KLÖCKNER-WERKE AG
Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat
und Belegschaft

Peter und der Wolf

A. W. – Eine ganze Woche lang rollt jetzt in der Hamburger Kampnagelfabrik ein „Antonio Gramsci-Rosa Luxemburg-Festival“ ab. Alles, was den hiesigen DKP- und Stamokap-Freaks gut und teuer ist, hat dabei seinen Auftritt, von den Bremer Professoren Albers, Butterwegge und Steinkühler bis zu den Kollegen Wolfgang Haug aus Berlin und Frank Deppe aus Marburg. Auch sind einige Gramsci-Experten aus Urbino und Lecce angereist.

Niemand von den Außenstehenden weiß genau Bescheid, wer das Ganze eigentlich organisiert und finanziert. Offiziell fungieren zwei unauffällige Herren, Ulrich Schreiber und Peter Sudhoff, als Veranstalter, aber man munkelt, daß der reiche Tabakerbe Jan Reemtsma mit seinem Geld dahinterstehe. Die Kulturbehörde des Hamburger Senats mochte natürlich nicht abseits stehen und hat einen Batzen von 35 000 Mark beigesteuert.

Dabei handelt es sich – wie allein schon aus der Programmfolge hervorgeht – um eine tief- bis knallrote Veranstaltung, auf der es in erster Linie um die Ausarbeitung zeitgemäßer Volksfrontstrategien geht. Einige Paradiesvögel aus dem „Milliö“ dürfen für „kulturelle Umrahmung“ sorgen, doch in erster Linie wird studiert und propagiert, was seinerzeit Antonio Gramsci über die „Parteiarbeit im Überbau“ und über die „Eroberung der kulturellen und theoretischen Schalthebel in der bürgerlichen Gesellschaft“ gelehrt hat.

Die Sache wäre keiner besonderen Erwähnung wert, steckte nicht mitten im Kampnagel-Programm der Auftritt eines gepflegten mittelalterlichen Herrn mit Denkerstirn: Dr. Peter Glotz, Bundestagsabgeordneter und Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sich heute abend zum Thema „Die Bedeutung Gramscis für eine neue Strategie der europäischen Linken“ äußern möchte. Anschließend soll dann der Herr Professor Rolf Schwendter neue Lieder zur revolutionären Laute vortragen.

Nun, man hat es schon oft gehört: Glotz kennt „keine Berührungsängste“, sofern es sich um ideologische Kungelei mit Linksaußen-Matadoren handelt. Gramsci aber hat ganz richtig gesehen, daß die „parlamentarischen Revisionisten“ viel zu nervös und zu ungeduldig seien, um den Agitatoren der Partei zu widerstehen. Man müsse den eigenen Standpunkt nur unermüdlich wiederholen, meinte er, dann fiele bald das letzte Sozi-Schaf.

Musiksommer mit Xenakis zwischen Aix und Delphi

Flut aus dem Cembalo

Viele sommerliche Besucher der Festspielstadt Salzburg übersehen, daß neben den großen Operngalas und Konzerten der Festspiele die Stadt eine Fülle musikalischer Veranstaltungen zu bieten hat – darunter Orgel- und Solistenkonzerte, Kammermusik im Schloß Mirabell und in der Residenz, originelle Aufführungen des Marionettentheaters.

Seit Rolf Liebermann die Leitung der Internationalen Sommerakademie der Hochschule Mozarteum übernommen hat, ist auch der Veranstaltungskalender dieses Instituts vielseitig interessant geworden. In diesem Sommer hatte es erstmalig einen „composer in residence“ zu Gast. Der griechische Komponist und Architekt Iannis Xenakis versammelte um sich für zwei Wochen junge Musikstudenten aus aller Welt, und hervorragende Interpreten seiner Musik führten gemeinsam mit ihm in die Welt seiner eigenartig faszinierenden musikalischen Weltanschauung und sein musikalisches Schaffen ein.

Diese Studienwochen waren Teil eines Seminars des französischen „Centre Acanthes“, der in Aix-en-Provence beheimateten Vereinigung, die seit zehn Jahren alljährlich das Werk eines zeitgenössischen Komponisten als Thema eines zwei- bis dreiwöchigen Seminars wählt, dem der Komponist selbst vorsteht; daneben werden musikalische Zyklen veranstaltet, die außer zeitgenössischer Musik auch große Komponisten der Vergangenheit und gelegentlich Folklore ferner Länder in den Mittelpunkt von Lehrgängen und Konzerten stellen.

Anläßlich des „Europäischen Jahres der Musik“ wurde das diesjährige Seminar für drei Orte angesetzt. Es begann in Aix-en-Provence, wurde in Salzburg fortgesetzt und ging dann ans „Europäischen Kulturzentrum“ im griechischen Delphi weiter. In einem Schlußkonzert gaben die jugendlichen Teilnehmer und ihre prominenten Lehrer in Salzburg einen Querschnitt durch das Schaffen von Xenakis – von der komplexen „räumlichen und klanglichen Kinematik“ (Xenakis) in „Persephassa“ für sechs Schlagzeuger (1969) bis zu „Naama“ „für erweitertes Cembalo“, 1984 entstanden. Das „Jugendorchester der Mittelmeerländer“ – 90 junge Musiker aus sieben an das Mittelmeer grenzenden Ländern (Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Israel, Portugal, Türkei) – wirkte in zwei Werken mit: in „Aroura“ (1971) und in „Synaphai“ für Klavier und Orchester, einem der eigenartigsten Klavierkonzerte der neuen Zeit.

Am Beginn des Konzerts stand „Psappha“ für Schlaginstrumente allein (1976) – eine „Huldigung an die Dichterin Sappho, die das sapphische Metrum eingeführt hat“. Hier entlockte der grandiose Solist Sylvio Gualda den Schlaginstrumenten über eine virtuose rhythmische Gestaltung hinaus Klangfarben wahrhaft erstaunlicher Schattierung. Claude Helffer war der nicht weniger erstaunliche Klaviersolist in „Synaphai“ („Verbindungen“, „Berührungen“). Arturo Tamayo und Michel Tabachnik waren die mit Xenakis' vielfarbigen und vielgestaltigen Klanggefügen eng vertrauten Dirigenten.

Elisabeth Chojnacka war die gleichfalls hervorragende Interpretin des jüngsten Werkes im Programm: „Naama“. „Naama“ bedeutet „Flut“, und Xenakis behandelt hier das zweimanualige Cembalo als perkussives, akkordisch-harmonisches und zu feiner melodischer Linienführung befähigtes Instrument. Ein vorwiegend jugendliches Publikum folgte den Werken mit enthusiastischer Teilnahme. Xenakis selbst konnte sich für einen kaum enden wollenden Beifall bedanken.

PETER GRADENWITZ

Landschaftszeichnungen des 18. Jahrhunderts

Der Stil privater Freiheit

Die deutsche Landschaftsmalerei und -zeichnung des 18. Jahrhunderts führt in den Museen wie in der Kunstgeschichte ein weithin unbeachtetes Dasein. Gewiß waren die schöpferischen Kräfte hierzulande, besonders in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, auf diesem Felde dünn gesät; aber es gab sie, und gegen Ende übertraf sogar die Landschaftsmalerei an künstlerischer Qualität alle anderen Gattungen, ausgenommen das Porträt.

Zeichner sind Individualisten, die sich in den Strömungen der Zeit noch frei bewegen können; und Maler, wenn sie zeichnen, führen Selbstgespräche, üben sich in der eigenen Handschrift. Ähnlich verhält es sich bei den Landschaftszeichnungen des 18. Jahrhunderts, die in der Pfalzgalerie Kaiserslautern zu sehen sind. Es ist müßig – und schmälert den Genuß –, in diesen Blättern dem Barock oder Rokoko, dem Idealismus, Realismus oder frühen Klassizismus nachzuspüren. Elemente von alldem finden sich natürlich vielfach, nicht selten sogar auf einem Blatt beisammen. Aber die Zeichnung benützt sie jeweils nach eigenem Bedarf, selten genötigt durch die Konvention.

Da ist zum Beispiel die großformatige Zeichnung des Schweizers Peter Birmann mit „Ruinen aus der Umgebung Roms“, mit Feder und Pinsel in Braun über Bleistift gezeichnet. Sie ist gleichermaßen Naturstudie und Ideallandschaft, verbindet Sachlichkeit und stimmungsvolle Erhabenheit, klassizistische Stilisierung und pittoreske Idylle mit einer romantischen Landschaftsvorstellung. Oder vergleichen wir zwei Blätter des Berliners Adolf Friedrich Harper miteinander. Sie haben auf den ersten Blick nicht viel Verwandtes, weil der Stil jeweils vom Motiv diktiert wurde; dadurch erhielt die „Italienische Ortschaft mit Ruine“ geradezu den präzisen geometrischen Umriß der „Neuen Sachlichkeit“, während der „Vulkankrater“ eine etwas spröde klassizistische Variation der „heroischen Landschaften“ Lorrains und Dughets darstellt.

Dergleichen Beispiele ließen sich vielfach wiederholen. Sie bezeugen allesamt die private Freiheit und Unabhängigkeit der Zeichnung gegenüber den zeitgenössischen Konventionen ebenso wie gegenüber dem ausgeführten Gemälde. Zeichnend standen diese Künstler der Natur näher als malend. Insgesamt 40 werden in Kaiserslautern mit 70 Zeichnungen vorgestellt. Es handelt sich um Leihgaben aus der Graphischen Sammlung der Stuttgarter Staatsgalerie, die rund 1500 Handzeichnungen des 18. Jahrhunderts ihr eigen nennt.

Es schmälert nicht den Reiz und den Rang der Ausstellung, wohl aber ein wenig den Gesamteindruck, das Gesamtbild der deutschen Landschaftszeichnung des 18. Jahrhunderts, daß einige der wichtigsten Zeichner offenbar auch in der Stuttgarter Sammlung fehlen. Man vermißt vor allem Aberli, Brand und Geßner. Dafür sind die Brüder Ferdinand und Franz Kobell, Heinrich und Franz Schütz zum Teil vorzüglich vertreten, daneben – um nur die bedeutendsten zu nennen – Johann Christian Reinhart, Johann Alexander Thiele, Adrian Zingg, Christian Gottlieb Schick und Georg von Dillis. (Bis 29. September; Katalog 20 Mark)

EO PLUNIEN

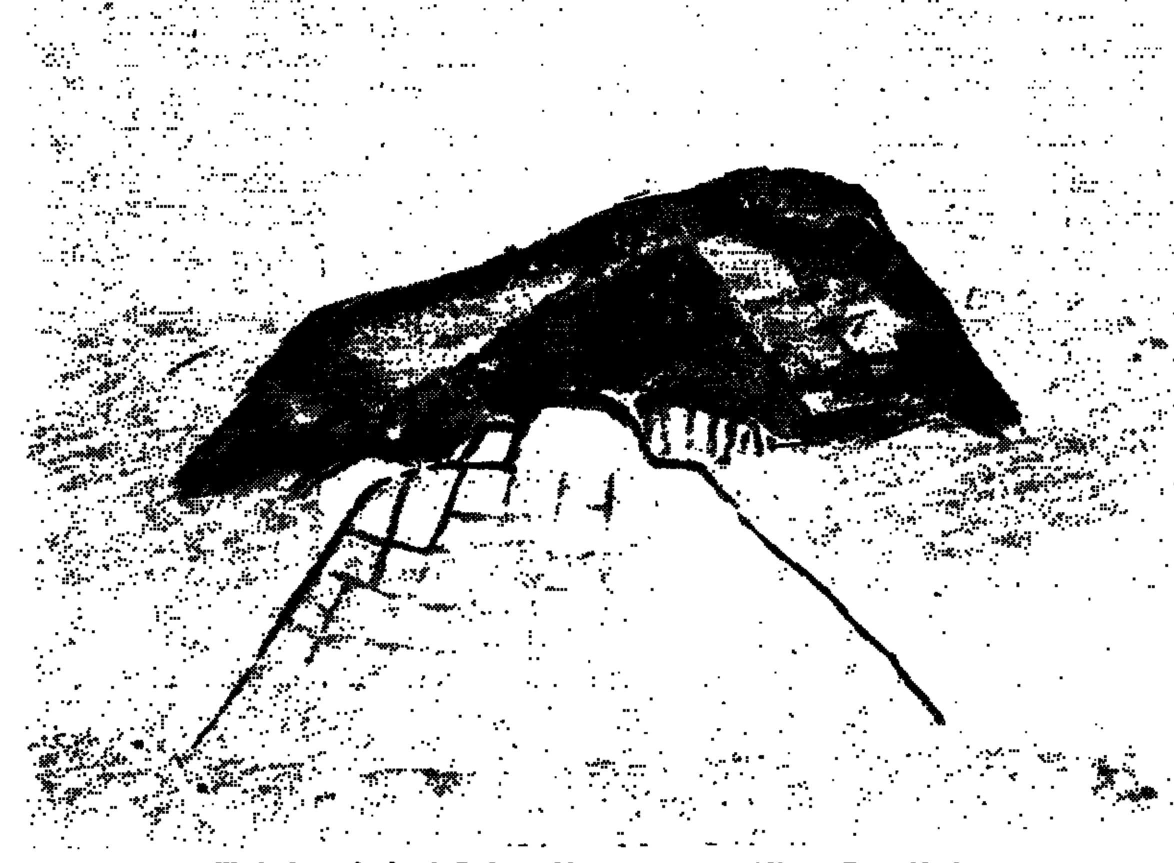
Das Grauen von Dachau erst spät ins Bild gefaßt: Venedig ehrt Zoran Music mit einer Retrospektive

Tod unter den senesischen Hügeln

Zoran Music wird soeben von der Stadt Venedig mit einer großen Retrospektive in der Ala Napoleonica und dem Museo Correr gefeiert. Der in Gorizia geborene, weltbekannte, mit zahlreichen Biennale- und anderen Preisen bedachte Künstler ist seit 40 Jahren in Venedig ansässig geblieben, auch wenn er in Paris ein zweites Atelier hat. Das Œuvre, das die Zeit von 1946 bis 1985 umspannt, wird man so leicht nicht wieder vereinigt zu sehen bekommen.

In den dreißiger Jahren malte Music dalmatinische Marktszenen mit Bäuerinnen und ihren Eseln in kräftigen, überzeugend formulierten Temperastrichen, meist blau, schwarz und ocker. Damit war es 1943 zu Ende, die Gestapo verhaftete ihn und brachte ihn nach Dachau. Was dort Entscheidendes geschah, behielt er fast 30 Jahre lang für sich.

Nach der Befreiung ging er nach Venedig und fuhr einfach in der unterbrochenen Arbeit fort: Frauen auf Eseln, aber jetzt in der Tönung zurückgenommen, vorüberziehende Gruppen von zierlichen Pferden mit rehschlanken Beinen, manchmal auf sienabraunem Grund, die Helligkeiten in Ocker, manchmal auf blauem Grund mit entsprechenden Aufhellungen, stets aber durch Zwischentöne und opaken Himmel so gedämpft, daß man durch einen Dunstschleier zu sehen glaubt. Schreiende Farben gibt es übrigens im ganzen Œuvre nicht, und der Farbauftrag ist stets sparsam. Es besteht eine Tendenz zur tiefenlosen Fläche, die vermutlich aus seiner Bewunderung für die byzantinischen Mosaiken stammt. Die damals entstehenden Selbstbildnisse und Porträts seiner Frau sind frontal und haben einen byzantinisch anmutenden Blick.



Werk ohne schreiende Farben: „Montagna nera“ (1949) von Zoran Music FOTO: KATALOG

Doch plötzlich Gruppen von weißen Hügeln, scharf voneinander geschieden, „wie Skeletthaufen, die Knochen entblößt ... eine ewige Landschaft, die die Spuren des Menschen verwischt. Sie legt ihre Struktur bloß, wie um zu zeigen, daß das Wesentliche unter der Haut und nicht auf der stets veränderlichen Oberfläche liegt“. Die Tönung dieser senesischen Hügel mit ihren Schluchten, den „Calanchi“, ist radikal karg. Auch Lithos und Radierungen beginnt er zu machen; diese Techniken haben alle seine Phasen begleitet.

Die dalmatinischen und senesisch-umbrischen Landschaften werden nun eine Zeitlang analysiert, es entstehen die fleckigen Gemälde, die ein zeitgenössisches Nachschlagewerk „abstrakte Kompositionen“ nannte, während es sich in Wirklichkeit um die Struktur dieser steinigen (fleckigen) Landschaften handelte. Dieser Künstler ist nirgends „einzuordnen“.

Und dann, ab 1970, erscheint plötzlich eine Serie von ausgemergelten Sterbenden, Kadaverhaufen und Gehenkten. Es sind Bearbeitungen von Zeichnungen, die er in Dachau heimlich angefertigt und fast 30 Jahre lang zurückgehalten hatte. Auch die originalen Zeugnisse legte er jetzt vor. Und schrieb dazu: „Ich habe gelernt, die Dinge auf eine andere Weise zu sehen ... Nach dem Anblick der von allem entblößten Kadaver glaube ich die Wahrheit erkannt zu haben.“ Von allem entblößt also, wie die senesischen Hügel, aber von der Erde verschwunden, wir erinnern uns: „die Spur des Menschen verwischt“. Und mit genauem Stift die Eleganz der fast durchsichtig gewordenen Glieder festgehalten, der Hände, der Finger, ohne beigefügtes Pathos.

Warum diese erschütternde Erfahrung erst nach so vielen Jahren? Weil er die Anklagekonjunktur nicht mitmachte. Und warum gerade jetzt? Der immer wiederkehrende Titel sagt es: „Wir sind nicht die Letzten.“ Er läßt die Toten sagen: Nichts ändert sich; das gehörte nicht einer pervertierten Epoche an; das ist die Mitgift des Hominiden, der seinesgleichen töten kann, seit er „Mensch“ geworden ist.

Music hat es stets abgelehnt, diese Zeichnungen und Gemälde für politische Tendenzveranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Er gehört keiner Partei an, so wie er nie einer der lärmenden Künstlergruppen angehörte. Dafür wurde er in Italien lange Zeit totgeschwiegen, während er draußen in der ganzen Welt längst hochgeschätzt war.

Allmählich sind seine Bilder menschenleer geworden, das skelettierte Pflanzengewirr, die steinigen Landschaften (die man wiederum als Informel mißverstehen kann), die Schiffe im Canale della Giudecca, die im Dunst verschwimmende „Punta della Dogana“, die dunklen venezianischen Campielli und Häuserfassaden mit ihren Passagen, durch die niemand passiert. Manchmal in einer Fensterhöhle der kaum erkennbare Schatten einer schwindenden Person. Inneres von Kathedralen in weltenfernen, geheimnisvoll glühenden Dämmer gehüllt. So auch die letzten Arbeiten, die das Selbstbildnis und das Bildnis seiner Frau auf eben die verschwimmende Weise wieder aufnehmen: fast ganz erdunkelt ein leeres Atelier, auf einer Seite eine hoch aufragende Leinwand auf der Staffelei, daneben im weißen Arbeitskittel die zögernde Figur des Malers, und am anderen Bildrand eine dunkle, kaum konturierte Figur, die man nur am hellen Fleck des Gesichts ausmacht.

Und dann doch immer wieder luftige Zeichnungen, Porträts seiner Frau, jetzt sogar im Profil, in gelöster Haltung. Und von Zeit zu Zeit kehren die alten Motive wieder. Aber das ganz und gar erstaunliche Ergebnis dieser Gesamtschau ist die stets unverkennbare Handschrift und Stimmung, das gedämpfte Licht, die absolute Stille. So viele andere Künstler neben ihm gestikulierten aufgeregt und ambitioniert, Music widerstand allen modischen Versuchungen, und siehe, jetzt steht er da als einer der Größten dieses Jahrhunderts.

Ihm ging es stets um mehr als ambitiöses Getue und Gerede. Er hat in seinem Œuvre über die Melancholie des Daseins eine Patina aus kargen Farben und gedämpftem Licht gebreitet, als leise Frage, ob nicht doch eine Spur bleibt. Sie bleibt, und aus dieser Spur spricht dieser Mann und Künstler und sagt uns ernst und gelassen: Ich habe verstanden. (Bis 10. November 1985, Katalog 22 000 Lire.)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Das elfte Internationale Jazz-Festival im Schweizer Willisau: Viele wollen ein Gesamtkunstwerk

Warnung vor grünem Fleisch und ranziger Butter

Manche Leute sind ja immer noch der Meinung, Montreux sei der Schweiz wichtigstes Jazz-Festival, doch längst ist die Mammut-Show von kleineren und experimentierfreudigeren Festivals überrollt worden. So konnte das 11. Jazz-Festival Willisau klar seine Stellung als eines der besten Schweizer Festivals behaupten. Zwar lief es in diesem Jahr zäh mit Fred Frith und der französischen Gruppe „Étron fou Loublan“ an, aber außerordentlich gelungen danach der Auftritt von John McLaughlin im Duo mit dem Bassisten Jonas Hellbord.

Der Hang zu Gesamtkunstwerken scheint immer mehr zuzunehmen, Ausstellungen und zahlreiche Multimediaprojekte verstärken diese Tendenz deutlich. Unter all den Aktivitäten ragte die des Sopransaxophonisten Steve Lacy heraus. Lacy, den Jazz-Kennern schon durch frühere Kooperationen mit anderen Genres bekannt und, wie er selber sagt, ein „Wort-Freak“, war von den Gedichten des amerikanischen Poeten Robert Creeley dermaßen beeindruckt, daß er begann, eine Musik für sie zu schreiben. Im Laufe von zwei Jahren kam neben faszinierenden Klängen zu Irene Äbis Sprechgesang der Creeleyschen Gedichte noch die Idee, den Inhalt der Texte optisch umzusetzen. Unter dem Titel „Futurities“ führte Steve Lacy dieses Werk in Willisau auf – eine überzeugende Symbiose verschiedener Kunstformen. Die beiden anderen „MultiMediaEreignisse“ des Abends konnten dagegen nur blaß wirken: Banalitäten der Schweizer Formation „UnknownmiX“ standen einige wenige poetische Momente des japanischen Trios Sato/Oki/Endo gegenüber.

Daß die Tour einer „Euro-American-Band“ unter Leitung von Carla Bley einen Haken haben mußte, war den meisten von Anfang an klar. Nicht an eine ernsthafte Einbeziehung europäischer Musiker in eine amerikanische Band ging es, sondern lediglich ums Kostensparen: Europäer sind halt billiger als US-Musiker. Auf die musikalische Substanz wirkte es sich allerdings nicht aus; perfekt arrangiert, präsentierte die Bley eine schillernde Mischung feinster Big-Band-Musik mit so merkwürdigen Titeln wie etwa „Sex with birds“.

Die europäischen „Horns“, Blech- und Holzbläser, wirkten geschlossen und dicht, ebenso der Auftritt von Urs Blöchlinger, der sein „Legfek“ genannten Tentett in musikalischer Höchstform brachte. Überhaupt waren die Schweizer Jazzer eine Überraschung wert, die welschen bestachen mit ihrer Gruppe „Musique“ durch Spielwitz und Frische, gepaart mit viel intelligenter Action und fröhlicher Unbekümmertheit.

Eine eindringliche Warnung an alle, das „Hotel Defunk“ zu meiden, richtete das „29th Street Saxophon Quartett“ noch tief in der Nacht an die Besucher in Willisau. Mit unbändiger Energie, US-Entertainment und zwerchfellerschütternder Komik spielten sich die vier New Yorker in die Herzen der begeisterten Zuhörer, in einer Parodie der „Rap“-Musik machten sie besagtes Hotel herunter, priesen grünes Fleisch, welken Salat und ranzige Butter.

Viel Beifall gab es für Greg Goodman. Der Avantgarde-Pianist leistete ausgezeichnete Arbeit am großen Flügel, präparierte ihn etwa in aufreizender Manier mit Schweizer Schokolade, was dann „The creation of the Swiss alps“ hieß, und ließ auch eine gespenstisch in weiße Tücher gehüllte, anonyme Person auftreten, natürlich niemand anders als Phil Minton, dessen exzentrische Art zu singen sich später noch bei „The Duke's Birthday“ zeigte. Edward Kennedy Ellington, besser bekannt als Duke Ellington, war nämlich das letzte Konzert gewidmet, wobei Run Blake, einer der unterschätztesten Pianisten der zeitgenössischen Musik, dem „Duke“ in phantastischer Synthese von klassischen und modernen Elementen, der sogenannten „Third Stream Music“, seinen Tribut zollte. Mike West Brook zelebrierte dann, mal eher süffisant, dann wieder „sophisticated“ grinsend, „The Duke's Birthday“, ein perfekt durchgestyltes Feuerwerk. Der Abschlußabend stand so in krassem Gegensatz zum übrigen Festival, das, alles in allem, doch recht schwach in der Substanz war, mit der Schwäche aber den gegenwärtigen Tendenzen folgte.

SVEN THIELMANN

Sogo Ishiis satirischer Film: „Die Familie mit umgekehrtem Düsenantrieb“

Eine fernöstliche Klimbim-Familie

Durchgedreht im Eigenheim: Ishiis Film-Familie FOTO: FUTURA FILM

Wer nur die makellosen Seelendramen Ozus oder die prachtvollen Samurei-Epen Kurosawas kennt, traut hier seinen Augen kaum. Denn der 29jährige Regisseur Shogo Ishii setzt mit dieser respektlosen Farce einen denkbar schrillen Kontrapunkt zum abgeklärten Kino der japanischen Klassiker.

Dabei beginnt seine Geschichte fast idyllisch: Vater Katsukuni hat es endlich geschafft: Stolz führt er seine Familie ins schmucke Eigenheim an Tokios Stadtrand, das für lange Jahre in qualvoller Mietshausenge entschädigen soll. Zwar fällt zunächst jeder dem wackeren Ernährer um den Hals, doch bald schon wird das traute Heim zum Tollhaus. Denn prompt zieht sich jeder in sein eigenes Zimmer zurück, um dort ungestört seinem Egoismus zu frönen und seltsamste Neurosen zu züchten.

Sohn Masaki zwingt sich mit haarsträubenden körperlichen Torturen zum Lernen, Tochter Erika träumt in ihrem verkitschten Plüschparadies vom großen Starruhm, und Mutter Saeko stillt den Hunger ihrer Lieben bald nur noch mit pfannkuchengroßen Hamburgern. Als dann auch noch der entnervend rüstige Opa ins Haus zieht, beginnt Katsukuni mitten in der Küche mit Ausschachtungsarbeiten. Schließlich soll für alle Platz sein. Beim brüllenden Lärm des Preßlufthammers aber erhitzen sich die Gemüter, bis sich die aufgestaute Angriffslust in einem fulminanten Finale entlädt.

Gewiß hätte Shogo Ishii die Schattenseiten von Nippons Wirtschaftswunder auch in einer subtilen Satire beleuchten können. Doch schien ihm die ätzende Groteske wohl eher geeignet, die Pervertierung moderner Tugenden und Ideale anzuprangern. So zeigt er mit rabenschwarzem Humor, wie Strebsamkeit zur Manie entarten und Eigentum zum fatalen Fetisch werden kann. Ein fatales Lehrstück freilich soll uns diese fernöstliche „Klimbim“-Familie nicht vorspielen.

Deshalb beschleunigt Ishii die ohnehin irrwitzig schnelle Geisterbahnfahrt ins Verderben zusätzlich mit harten Schnitten und Zeitrafferfrequenzen. Nebenbei führt er so ziemlich alle möglichen Finessen einfallsreicher Videoclips vor und erzielt so einen verblüffend ironischen Effekt: Ausgerechnet die hysterische Problemfamilie wird mit der anpreisenden Ästhetik des Werbespots vorgeführt. Wenn dann zum schlimmen Schluß Mutter Saeko das Käsebeil schleift, der Sohn zum Baseballschläger greift und der Opa wie in alten Besatzerzeiten mit dem Säbel rasselt, verrät Ishii mit diesem Cocktail aus der Horrorhexenküche auch die Schwäche seines Regiekonzepts. Da jeder Gag den vorherigen möglichst deutlich übertrumpfen soll, wirkt das Spektakel oft nur laut und monoton. So ist vielleicht auch mancher Zuschauer erleichtert, wenn das teuflische Haus schließlich mit großem Getöse zusammenbricht.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

Ostberliner Staatsoper wird modernisiert

AP, Berlin

Von Januar bis November nächsten Jahres bleibt die Deutsche Staatsoper in Ost-Berlin wegen umfassender Rekonstruktions- und Modernisierungsarbeiten geschlossen. In dem Knobelsdorff-Bau Unter den Linden sollen unter anderem der Zuschauerraum und die Bühnenhydraulik überholt werden. Ballettaufführungen des Ensembles werden in dieser Zeit im Palast der Republik und im neuen Friedrichstadtpalast stattfinden.

Victor Hugos Reisen durch Deutschland

lnw, Düsseldorf

Die Spuren des französischen Schriftstellers Victor Hugo in Deutschland verfolgt eine Ausstellung im Düsseldorfer Heine-Institut bis zum 13. Oktober. Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen die Reisen des vor einhundert Jahren verstorbenen Autors an den Rhein und zu anderen „touristischen“ Zielen in der Zeit um 1840. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Darstellung der Aufnahme Hugos in Deutschland.

Fernando-Pessoa-Werk „Buch des Monats“

dpa, Darmstadt

Zum Buch des Monats September hat die Darmstädter Jury „Das Buch der Unruhe des Hilfsbuchhalters Bernardo Soares“ gewählt. Das Werk des portugiesischen Schriftstellers und Lyrikers Fernando Pessoa (1888 – 1935) wurde von Georg Rudolf Lind ins Deutsche übertragen und ist jetzt im Ammann Verlag (Zürich) erschienen.

Erlanger Poetenfest mit 24 Autoren

dpa, Erlangen

Am 6. Erlanger Poetenfest beteiligen sich 24 Autoren aus der Bundesrepublik, aus Österreich und der Schweiz. Unter anderem werden Hans Christoph Buch, Ingeborg Drewitz, Hermann Peter Piwitt und Jürgen Theobaldy über die Frage „Leiden an Individuum und Gesellschaft als Bedingung literarischer Produktion?“ diskutieren.

Ausstellung zum Werk Lope de Vegas in Madrid

dpa, Kassel

Zeichnungen, Drucke und Buchillustrationen zum Werk des spanischen Dramatikers Lope de Vega, dessen 350. Todestag am 27. August begangen wurde, stellen die Brüder Klaus und Theo Reichenberger in der Nationalbibliothek Madrid im September aus. Die Schau wird anschließend in Heidelberg, Chicago und Rom gezeigt. Der Ausstellungskatalog (mit 60 schwarz-weißen Abbildungen, acht Mark) ist bei der Kasseler Edition Reichenberger, Pfannkuchstraße 4, erhältlich.

Antiker Friedhof vor Athener Rathaus

AFP, Athen

Ein antiker römischer Friedhof wurde bei Aushubarbeiten für eine Tiefgarage vor dem Athener Rathaus entdeckt. Wie das archäologische Amt Athens bekanntgab, stammen die 53 Gräber, in denen überwiegend Kinder bestattet wurden, aus dem 5. vorchristlichen Jahrhundert. Einige wurden ganz aus Stein erbaut, andere trugen Ziegeldächer. Als Grabbeigaben wurden Objekte aus Glas, ein bronzener Spiegel und mehrere Vasen aus dem 5. Jahrhundert gefunden.

Neuerwerbungen des Landesmuseums

dl. Hannover

Achtzig Neuerwerbungen zeigt das Niedersächsische Landesmuseum in Hannover ab 6. September. Sie umfassen „Von Cranach bis Monet“ Bilder, die die Landesgalerie zwischen 1976 und 1985 erworben hat. Darunter ist als wertvollstes Stück „Die Wunderheilung des zornigen Sohnes“ von Giovanni Batista Tiepolo.

Die Pläne der Mailänder Scala

Reg. Mailand

Das Ereignis steht am Ende: Béjarts Debussy-Interpretation „Das Martyrium des hl. Sebastian“. Aber auch sonst verspricht die Saison der Mailänder Scala interessant zu werden. Eröffnet wird sie mit Rossinis „Viaggio a Reims“ (Claudio Abbado/Luca Roncini). Dann sind geplant: Nonos „Prometeo“ (Abbado), Verdis „Aida“ (Lorin Maazel), Puccinis „Madame Butterfly“ (Maazel), Berios „Un Re in Ascolto“ (Maazel/Götz Friedrich), Verdis „I Lombardi“ (Gianandrea Gavazzeni/Gabriele Lavia), Strauss' „Frau ohne Schatten“ (Wolfgang Sawallisch/Jean-Pierre Ponnelle), Bellinis „La Sonnambula“ (Gavazzeni), Debussys „Pelleas“ (Abbado) und Tschaikowskys „Eugen Onegin“ (Seiji Ozawa/Michalof Concialovsky). Béjarts „Martyrium“ (Unter Sylvain Cambrelings Leitung) ist für den 24. Juni vorgesehen.

Der Penny ist nur mehr für das Weckglas gut

SAD, New York

Wer den Penny nicht ehrt, ist des Dollars nicht wert. Das mögen einige Finanzmoralisten noch immer nicht glauben, doch selbst das US-Schatzamt hat jetzt nach den entsprechenden Untersuchungen festgestellt, was Bürger schon lange wissen.

Der Penny, so das Amt, ist praktisch wertlos geworden und sollte abgeschafft werden – wie das Halbpenny-Stück, dem Preisentwicklung und Währungspolitik schon 1856 den Garaus machten.

Noch wird der amerikanische Penny, daß Ein-Cent-Stück mit dem Profil Abraham Lincolns, Jahr für Jahr in Milliardenauflage geprägt – obwohl jedermann weiß, daß dies Unsinn ist. Wie in Deutschland die Pfennige, häufen sich in amerikanischen Haushalten Pennies in Weckgläsern, Vasen und Schachteln, da sie im täglichen Zahlungsverkehr unpraktisch und als Einzelstücke fast wertlos geworden sind.

Die Verwaltung des staatlichen Münzamtes in Washington heizte die Penny-Debatte mit erstaunlichen Schätzzahlen an. So seien von den seit 1959 geprägten 195 Milliarden Lincoln-Cents nur noch 91 Milliarden im Umlauf, da in den Penny-Gräbern der US-Familien mittlerweile 104 Milliarden Pennies, meistens für immer, ruhen. Denn niemand will mit Penny-Haufen bezahlt werden. Und die Zeiten da man für einen Penny wenigstens ein Bonbon oder eine Murmel bekam sind längst vorbei.

Das Münzamt erinnerte daran, daß die 104 Milliarden Pennies in den Pfenniggräbern etwa den Wert einer



Milliarde Dollar haben. Das sind immerhin 2,7 Milliarden Mark, die un verzinst brach liegen und der Volkswirtschaft verloren gehen. Die Summe wächst und wächst, falls der ungeliebte Winzling nicht abgeschafft wird.

Daß der US-Penny, nominal immerhin 2,7 deutsche Pfennige wert, noch unbeliebter und verschmähter als sein deutscher Namensverwandter ist, läßt sich in jedem Supermarkt und auf jedem Parkplatz beobachten. Anders als in Deutschland bückt sich dort kaum jemand nach einem verlorenen Cent. So ließe sich besonders auf Supermarkt-Parkplätzen schnell ein Penny-Häufchen zusammenklauben. Doch dies tun nicht einmal Stadtstreicher. Kein Schnapsladen würde ihnen für 1000 einzelne Pennies eine Buddel Whisky verkaufen, obwohl natürlich auch Pennies in unbegrenzter Zahl gesetzliches Zahlungsmittel sind. Aber welcher Vagabund will sich schon die Mühe machen, sein diesbezügliches Recht vor dem Kadi durchzuboxen?

Nach Bekanntwerden der Untersuchungen des Schatzamtes, die den „Unwert" des Pennies bestätigen, wird eine Gesetzesinitiative zur Abschaffung des Mini-Geldstücks nicht ausgeschlossen. Sollte es dazu kommen, müßte die Geschäftswelt ihre Preise fortan auf- beziehungsweise abrunden. Auf den nächsten runden Groschen oder auf fünf Pennies, wenn die Endzahl im kalkulierten Preis drei, vier, sechs oder sieben lautet.

Wahrscheinlich würden viele Geschäftsleute eher auf- statt abrunden, so daß ein Inflationsschub bei Abschaffung des Penny nicht ausgeschlossen wird. So ist dies denn auch das Hauptargument gegen die Cent-Abschaffung, das von zahlreichen Fachleuten erhoben wird.

Polizei wieder auf der Jagd nach „Östrogen-Kälbern"

M. JACH, Oldenburg/Hannover

Die Kette der Lebensmittel-Skandale reißt nicht ab. Nach Flüssigei und Glykolwein sind die Verbraucher – zunächst noch im norddeutschen Raum – abermals aufgeschreckt durch Nachrichten über krebsfördernde, synthetische Hormone im Fleisch von Mastkälbern. Fünf Jahre nach dem spektakulären, europaweiten Kalbfleisch-Skandal ergibt sich aus Ermittlungserfolgen einer vor zwei Jahren eingesetzten Sonderkommission des Landeskriminalamtes (LKA) Niedersachsen, daß das Problem der „Östrogen-Kälber" seit 1980 nicht erledigt ist.

Seit Ende vergangener Woche wurden im Regierungsbezirk Weser-Ems (Oldenburg) bei bisher sieben Zucht- und Schlachtbetrieben an die 1500 Kälber oder deren Schlachtteile beschlagnahmt; allein 253 Tiere wurden eigens zur Entnahme von Körperflüssigkeits- und Gewebeproben an Ort und Stelle geschlachtet. In allen Fällen besteht dringender Verdacht auf Anwendung verbotener synthetischer Schnellwachstumshormone. Die Proben werden derzeit an der Agrarwissenschaftlichen Fachhochschule Weihenstephan bei München untersucht; Ergebnisse sollen bis Ende nächster Woche vorliegen.

Die Kette der jüngsten Ermittlungen begann Anfang Juni mit der Schließung einer illegalen tierpharmazeutischen „Kellerfirma" in Breda/Niederlande. Deren Vertriebsspuren wiesen unter anderem in den Raum Aachen sowie auch in den deutschen Nordwesten, darüber hinaus nach Frankreich und Italien. Nachdem allerdings das auch diesseits der Grenze viel empfangene holländische Fernsehen über die Polizeiaktion in Breda berichtet hatte, verliefen die Nachforschungen auf deutscher Seite zunächst im Sande. Es erscheint jedoch möglich, daß sich nach den jüngsten Fahndungserfolgen in Niedersachsen hier nun doch noch gewisse Kreise schließen lassen.

Denn die Behörden in Oldenburg und Hannover waren durch davon zunächst unabhängige Hinweise auf einen in der Grafschaft Bentheim ansässigen „Futtermittelberater" aufmerksam geworden. Dieser vertrieb nicht nur die Produkte eines niederländischen Viehfutter-Konzerns, sondern verpflichtete zugleich bäuerliche Abnehmer als „Lohnmäster" für seinen Auftraggeber: Der Konzern mietet gleichsam die Stallflächen auf den Höfen, stellt seine Jungtiere ein und übernimmt nach der Mast deren Vermarktung; der Landwirt ist damit ertragsabhängig.

Im Haus und auf dem Gelände jenes Beraters fand die Hannoveraner „Soko Sau" (Polizeijargon) 247 Injektionsflaschen eines verbotenen „Hormoncocktails" für die Kälbermast, in eingeweihten Kreisen wegen seiner Farbe „Apfelsaft" genannt. Kleinere Mengen wurden in „angeschlossenen" Ställen sichergestellt. Außerdem stießen die Beamten auf erhebliche Mengen anderer unzulässiger, aber ebenso wachstums- wie rückstandsträchtiger Tier-„Arzneien".

Vom allenthalben verbreiteten Problem solcher Antibiotika, von Schilddrüsenblockern oder Beruhigungsmitteln einmal abgesehen, konzentriert sich die illegale Anwendung von Hormonpräparaten nach Einschätzung von Dr. Wulf Winkenwerder, Leiter des Veterinärdezernats bei der Oldenburger Bezirksregierung, in den Grenzstaaten zu den Beneluxländern. Günstige Verkehrswege seien die besten Schmuggelpfade.

Was gewiß niemanden beruhigen kann, ist doch die zwischen ostfriesischer Küste und Münsterland massierte Massenviehaufzucht von erheblicher Bedeutung für die Fleischversorgung des gesamten Bundesgebietes. Kriminalhauptkommissar Wilfried Wurm, Leiter der niedersächsischen Sonderkommission im Referat Wirtschaftskriminalität des LKA, seufzt aus Erfahrung: „Was uns bekannt wird, ist doch immer nur die Spitze eines Eisberges."

LEUTE HEUTE

Studentin

Den ganzen Sommer über rissen sich Amerikas Elite-Universitäten darum, die 17jährige **Kathryn Pearson** aus San Franzisco als Studentin zu gewinnen. Denn die Konzertmeisterin des Jugend-Sinfonieorchesters von San Franzisco machte ihren Schulabschluß mit lauter Einsen. Sie ist so nebenbei kalifornische Jugendmeisterin im Hochsprung sowie im 400- und 800-m-Lauf. Harvard, Princeton, Stanford und die University of California in Berkeley boten ihr Stipendien an. Doch Kathryn konnte sich nicht entscheiden. Dann machte ihr Stanford ein Angebot, dem sie nicht widerstehen konnte: Die nordkalifornische Universität erklärte sich bereit, ihr eine Stradivari-Geige zur Verfügung zu stellen.

Prinzessin

Die deutschstämmige Prinzessin **Marie-Christine von Kent** (40) die wegen ihrer Eheprobleme unter Depressionen leidet, hat sich einem bekannten Hellseher anvertraut. Wie der Londoner „Mirror" berichtet, ist sie bei dem Hellseher **Peter Lee** in „Behandlung". Lee bestätigte, daß die Frau des Queen-Vetters Prinz **Michael von Kent** mit ihm in Verbindung steht: „Ich kann nicht bestreiten, daß wir Kontakte hatten. Mehr wäre ein Verstoß gegen unsere selbstauferlegte Schweigepflicht." Die Prinzessin vertraut dem Hellseher, der außersinnlicher Wahrnehmung fähig sein soll, ihre geheimsten Gedanken ihrer Ehe und Liebe zu dem geschiedenen texanischen Milliardär **John Ward Hunt** an. Überhaupt hat sie es dieses Jahr schwer. Im April wurde die SS-Vergangenheit ihres Vaters bekannt. Im Juli kam ans Licht, daß sie sich heimlich mit Hunt trifft. Nachbarn der Kents im Londoner Kensington-Palast hörten mit, wenn es einen Ehekrach gab. Auch soll sie darunter leiden, daß sie die königlichen Verwandten ihres Mannes nie voll anerkannten.

Marktfrau

Zum Abschied ging die Obst- und Gemüsehändlerin noch einmal schimpfend über ihren Markt. Denn Amt und Polizei lassen **Gunda Herbst** auf dem Nürnberger Hauptmarkt nicht mehr zu. Die Frau erregte in den 70er Jahren durch ihr hartnäckiges Duzen eines Polizisten großes Aufsehen. Das Verfahren wegen Beleidigung kostete sie damals 2200 Mark. Ein Urteil, das sie stets „den wundesten Punkt ihrer Existenz" nannte. Seit damals sei sie als „schwarzes Schaf" gestempelt gewesen. Wegen Verstöße gegen Bestimmungen und Anordnungen erließ die Stadt ein Marktverbot gegen sie. Im Mai 1984 mußte sie wegen Steuerhinterziehung eine Buße von 4500 Mark abzahlen. Vergeblich versuchte die Marktfrau bis zuletzt, die gerichtliche Räumung ihres Standes mit einer Unterschriftensammlung zu verhindern.

Er hätte der König unter den Tenören werden können

Wenn Rudolf Schock das Lied vom armen Wandergesell aus Künnekes „Vetter aus Dingsda" singt, kommen die Tränen: den einen vor Rührung, weil's gar so schön ist, aus trauriger Betretenheit den anderen, die wissen, daß Schock ja einmal ein wirklich großer Tenor war, bevor dieses ganze Mißverständnis begann. Das Mißverständnis, einen Sänger noch immer an seiner Stimme zu messen, selbst wenn er gar keine mehr hat.

Schocks Stimmkrise begann vor 25 Jahren, kurz nach seinem Bayreuth-Debüt mit dem Stolzing in den „Meistersingern", bei den Festspielen von 1959. Aus dieser Stimmkrise ist er nie mehr herausgekommen. Wahrscheinlich hat er sich mit der langen, heikel hoch liegenden Wagner-Partie seine kostbaren Stimmbänder ruiniert.

Andere Stars der Oper machen in solcher Situation Schluß mit der Kunst. Nicht Schock: „Wenn man immer nur weitermacht, kann schon nichts schiefgehen", heißt seine Devise. Und so machte er weiter, nicht mehr als Sänger, sondern als Rudolf Schock. Und eigentlich wurde er da erst richtig berühmt. Was er besang, ob deutsche Wälder, italienischen Wein oder polnische Frauen, war egal. Wie er sang, belegt, im Falsett oder zu tief, war egal. Wo er sang, ob im Fernsehen, in Stadthallen oder Provinztheatern, war egal. Es war Rudolf Schock, der sang, der Schock, gar der Rudi, und nur darauf kam es an, kommt es noch immer an.

Nach 25 Jahren in diesem Metier sollte man Rudolf Schock, der heute seinen 70. Geburtstag feiert, allmählich so sehen können: nicht als Opernstar, der das Klassenziel verfehlt hat, sondern als Unterhaltungssänger, der mit volkstümlichen, besinnlichen und sicher auch manchmal sentimentalen Liedern sein Ziel stets erreicht hat. Seine Stimme drang in Volkes Ohr und nistete dort. Sie war, damals in der Hochzeit dieser populären Musik, allgegenwärtig. Rundfunk, Fernsehen, Platte: Ohne Schock ging nichts, bis eine andere Popmusik die Operette und ihn und seine Schlager in die Programmecken der Wunschkonzerte verwies. Aber auch dort lebt es sich gut. Rudolf Schock hat sich längst darin eingerichtet, hat weiter seine Gemeinde und singt also weiter.

Ein wie guter Tenor er einmal war, damals, in seiner ersten, kurzen Karriere, geht am deutlichsten daraus hervor, daß die Stimm- und Opernfreaks ihn noch nicht vergessen haben. Er hat einen so feurigen, starken Tamino in Mozarts „Zauberflöte" gesungen und einen so bezaubernden Ferrando in „Cosi fan tutte". Die Salzburger Festspiele und die Wiener Staatsoper wußten, warum sie damals auf Schock als Mozart-Tenor setzten. Er sang Puccini mit jenem betörenden Schmelz, den sonst doch nur Stimmen aus dem Süden besitzen. Als von Spuk und Liebe geplagter Hoffmann in Offenbachs Oper war er vorzüglich. Er war sogar Strawinskys Tom Rakewell und wirkte bei der Uraufführung von Liebermanns „Penelope" mit. Er hätte, eine Generation nach Peter Anders und Helge Rosvaenge, der König der Tenöre sein können, und niemand hätte ihm eine Nase gedreht wegen seiner Ausflüge zur leichten Muse. Die sind einem Tenor immer gestattet, von Caruso bis Pavarotti, von Franz Völker bis René Kollo.

Das Große Bundesverdienstkreuz zum 70.: Rudolf Schock FOTO: DPA

Aber es mußte wohl damals in den Fünfzigern alles zu schnell gehen und alles auf einmal sein. Schock schonte sich nicht, und diesen Raubbau hat die Stimme nicht verkraftet: Zwischen den Bühnenauftritten noch schnell hier eine Platte, da eine Fernsehaufzeichnung, dort eine Gala.

Dennoch: Der Operettenfrack hat Schock nie richtig gestanden. Die Champagnerseligkeit und Nachtschwärmerei der Richard-Tauber-Rollen waren seine Sache eigentlich nie. So hat es wohl seine Richtigkeit, daß man Rudolf Schock als jungen Franz Schubert im „Dreimädelhaus" vor Augen hat oder mit dem geknoteten Bündel am Wanderstecken. Er ist nur ein alter Wandergesell ...

REINHARD BEUTH

„Jeder andere Kapitän hätte genauso gehandelt wie ich"

In Piräus stehen elf Seeleute wegen Mordes vor Gericht

E. ANTONAROS, Athen

Mit ausdruckslosem Gesicht sitzt Antonis Plytzanopoulos vor dem Schwurgericht von Piräus. Der Kapitän des griechischen Frachters „Garoufallia", der elf Menschenleben auf dem Gewissen hat, fühlt sich nicht schuldig: „Jeder andere Kapitän hätte genauso wie ich gehandelt. Blinde Passagiere sind zu einer echten Plage der Schiffahrt geworden."

Mit diesen Worten sucht der 43jährige Kapitän eine Greueltat zu rechtfertigen, die von der Athener Presse als die „größte Schande für die griechische Schiffahrt" bezeichnet wird: Am 17. März 1984 warfen Plytzanopoulos und seine engsten Mitarbeiter auf der „Garoufallia" elf blinde Passagiere aus Kenia über Bord. Wohl keiner von ihnen hat überlebt. „Der Kapitän gab ihnen nur zwei Schwimmwesten mit. Er wußte ganz genau, daß die Gewässer Hai-verseucht sind", sagte Steuermann Charalambos Koutsogeras gestern vor Gericht aus.

Er ist einer von vier Seeleuten, die nicht mehr ruhig schlafen konnten und sofort zur Hafenpolizei gingen, als das Schiff in Piräus eintraf. Kapitän Plytzanopoulos und zehn weiteren Besatzungsmitgliedern wird jetzt in Piräus der Prozeß wegen mehrfachen vorsätzlichen Mordes gemacht.

Entdeckt wurden die *elf* Schwarzen auf dem Schiff unmittelbar, nachdem die „Garoufallia" den Hafen von Mombasa verlassen hatte. Koutsogeras: „Der Kaptän gab uns den Befehl, sie sofort einzusperren."

Am dritten Tag hatte der Kapitän seine Entscheidung gefaßt: Die ungebetenen Passagiere wurden aus ihrem Loch geholt. Koutsogeras: „Der erste wurde mühelos über Bord gestoßen. Die beiden nächsten machten Schwierigkeiten und wehrten sich dagegen." Dennoch war Plytzanopoulos nicht umzustimmen: „Mit dem Kolben einer Schrotflinte, die er während der ganzen Aktion in der Hand hielt, schlug er auf die Schwarzen ein. Dann wurden sie von zwei weiteren Besatzungsmitgliedern gepackt und ins Wasser geworfen."

Der Kapitän hatte für alles vorgesorgt. Sogar der Schiffsnamen auf den zwei nachgeworfenen Schwimmwesten wurde übertüncht. SAD

Magere Ernte erwartet

Die deutschen Winzer rufen nach Hilfe des Staates

dpa, Mainz

Viele deutsche Winzer benötigen zur Zeit vor allem Redegewandtheit, eine solide wirtschaftliche Basis und ein gerüttelt Maß an Geduld. Redegewandtheit ist im Umgang mit den Kunden gefragt, die immer wieder wissen wollen, ob wirklich kein Glykol im Wein sei, ein solides Geldpolster wird gebraucht, um gleich drei wirtschaftliche Schläge in diesem Jahr verkraften zu können, und Geduld ist angesagt beim Warten auf eventuelle staatliche Hilfe.

Angefangen hatten die Probleme der Winzer im Winter. Ungewöhnlich niedrigere Temperaturen über eine ungewohnt lange Zeitdauer hatten zahlreiche Stöcke geschädigt oder ganz absterben lassen. Viele der Stöcke, die dennoch Trauben angesetzt hatten, waren im Frühsommer in einigen Gebieten von heftigen Hagelschlägen binnen weniger Minuten zu winterlich kahlen Gebilden zerschlagen worden. Es wird mit einer mageren Ernte gerechnet. Die Landwirtsschaftkammer in Bad Kreuznach, die sich bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung für staatliche Hilfen zur Linderung der Folgen des Hagelschlages stark gemacht hat, schätzt die Möglichkeiten dafür gering ein. Grundsätzlich gebe es keine staatlichen Hilfen bei Schäden, gegen die eine Versicherung abgeschlossen werden könne.

Auch die Möglichkeiten für besondere Steuerermäßigungen seien gering. Die Schäden für den Winter aber summieren sich. So rechnet ein Modenheimer Winzer vor, von seinen rund fünf Hektar Weinbergen an der Rheinfront seien rund 20 Prozent von Frost und Hagel derart geschädigt, daß sie in diesem und wohl auch im nächsten Jahr keinen Ertrag bringen oder sogar ganz ausgehauen und neu angelegt werden müssen.

Das ergibt folgende Rechnung: Ernteausfall pro Hektar und Jahr rund 16 000 Liter, 5000 neue Stöcke für den Hektar voraussichtlich 15 000 Mark, dazu kommen Spanndrähte und Pfosten sowie die Arbeit des Neuanlegens. Erst nach drei Jahren gibt es dann wieder einen Ertrag von einem neu angelegten Weinberg.

Lambarene oder Die Verkörperung des Guten

Von HENK OHNESORGE

Zu seinen Lebzeiten war er weltweit das Vorbild schlechthin, und noch heute, 20 Jahre nach seinem Lebensende, kommt er bei jeder Umfrage nach den am meisten bewunderten Menschen auf einen der vorderen Plätze: Albert Schweitzer, der am 4. September 1965 in dem von ihm gegründeten und geleiteten Urwaldkrankenhaus Lambarene starb.

Dieser verhältnismäßig kurze Zeitraum hat aber genügt, den Mann, dessen von gütigen Augen, einem Seehundbart und widerspenstigem weißen Schopf geprägtes Gesicht einst jedem Zeitungsleser bekannt war, zu verklären. Verehrung, besonders bei den Menschen unter 30, ist an die Stelle der Kenntnis getreten.

Der am 14. Januar 1875 als Pfarrerssohn im oberelsässischen Kaysersberg geborene Mann war einer der letzten Menschen, auf die der Begriff des universellen Genies zutrifft: Er war wissenschaftlicher Theologe und praktischer Seelsorger, in Theorie und Praxis ausgezeichneter Bach-Interpret, Mediziner, Autor, Philosoph und – so ein Nachschlagewerk – „bis zu seinem Tode ein Mensch, der all das verkörperte, was das Gute genannt wird".

Als Geistlicher (1908 traute er seine Freunde Theodor Heuss und Elly Knapp) und Theologieprofessor hatte sich Albert Schweitzer durch seine Publikationen (u. a. „Die Religionsphilosophie Kants", „Johann Sebastian Bach" und vor allem „Geschichte der Leben-Jesu-Forschung") und sein Orgelspiel weit über Straßburg hinaus einen Namen gemacht, als er zufällig vom Ärztemangel in Afrika hörte. Der Professor studierte Medizin neben seinen Vorlesungen, machte 1912 das Staatsexamen, promovierte nun auch noch als Mediziner und ging 1913 als Missionsarzt nach Französisch-Äquatorialafrika, wo er mit Hilfe von Freunden in Lambarene in Gabun ein Hospital gründete. Dort verbrachte er fortan den größten Teil seines Lebens, immer wieder unterbrochen durch Reisen nach Europa und in die USA.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war Schweitzer durch Bücher über sein Wirken im Inneren Afrikas schon einem weiteren Personenkreis in Deutschland und in Frankreich bekannt, der ihn auch materiell bei seiner Tätigkeit unterstützte. Weltweit stieg jedoch sein Bekanntheitsgrad, als er nach zwölfjähriger Abwesenheit 1948 nach Europa kam, um mit Orgelkonzerten Geld für Lambarene zu sammeln, der Film „Es ist Mitternacht, Dr. Schweitzer" seine Tätigkeit schilderte, ein Besuch in den USA im Sommer 1949 so viele Spenden einbrachte, daß er davon Mittel für Flüchtlinge und Vertriebene abzweigen konnte.



Der Theologe, Arzt und Philosoph Albert Schweitzer verbrachte den größten Teil seines Lebens im Urwald-Krankenhaus von Lambarene in Gabun (das Bild zeigt Schweitzer, ganz rechts im Tropenhelm, im Kreise seiner Mitarbeiter). Hier starb er am 4. September 1965. FOTO: ULLSTEIN

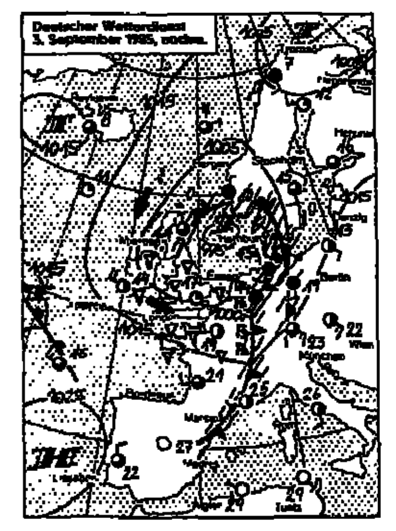
Dies war die Zeit, in der Straßen und Schulen nach ihm benannt wurden und er so viele Ehrungen empfing, daß es unmöglich ist, sie aufzuzählen. (Als er 1953 als „deutscher Gelehrter" den Friedensnobelpreis erhielt, protestierte die Republik Frankreich – schließlich sei der Geehrte Franzose).

Zum Lob trat die Kritik: Seine Auffassung, die im Schwarzen den jüngeren Bruder sah, dem der Weiße zu helfen habe, widersprach dem Selbstbewußtsein des jungen afrikanischen Nationalismus und seiner weißen Sympathisanten. Der Gedanke, ohne alle modernen Errungenschaften, aber mit viel Zuwendung und Rücksicht auf die Mentalität der Patienten das Krankenhaus von Lambarene zu leiten, wurde als altmodisch und patriarchalisch denunziert. Als er 1957 sich gegen Atomversuche wandte und nicht immer glücklich zu politischen Zeitfragen äußerte, wurde der Beifall zeitweilig dünner.

Schweitzer hat sich zeit seines Lebens weder um Lob noch um Tadel gekümmert, sondern das getan, was er für seine Pflicht als Christ hielt. Neben seinem festen Glauben, der ihn jedoch nie bigott werden ließ, war es ein Satz, der sein Verhältnis zu seinen Mitmenschen, zum Tier und zur Natur insgesamt bestimmte: Ehrfurcht vor dem Leben. Mit seinem Leben, seinem Schaffen und seinem Motto ist uns Albert Schweitzer auch heute noch Vorbild.

WETTER: Schauer, kühl

Wetterlage: Ein kräftiges Tief über Südschweden lenkt frische Meeresluft vom Nordatlantik nach Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:
Rasch wechselnde Bewölkung und wiederholt Schauer. Kühl mit Tageshöchsttemperaturen zwischen 15 und 18 Grad, nachts Abkühlung auf 12 bis 8 Grad. Frischer und böiger, von Südwest auf Nordwest drehender Wind.

Weitere Aussichten:
Noch einzelne Schauer und weiterhin kühl.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	31°
Bonn	15°	Kopenh.	16°
Dresden	20°	Las Palmas	25°
Essen	14°	London	17°
Frankfurt	14°	Madrid	27°
Hamburg	15°	Mailand	25°
List/Sylt	15°	Mallorca	28°
München	23°	Moskau	16°
Stuttgart	17°	Nizza	24°
Algier	29°	Oslo	11°
Amsterdam	16°	Paris	19°
Athen	33°	Prag	19°
Barcelona	28°	Rom	26°
Brüssel	15°	Stockholm	15°
Budapest	24°	Tel Aviv	28°
Bukarest	27°	Tunis	29°
Helsinki	16°	Wien	22°
Istanbul	27°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.41 Uhr, Untergang: 20.00 Uhr; **Mondaufgang:** 22.03 Uhr, Untergang: 13.15 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Discovery" nach erfolgreichem Flug gelandet

dpa, Edwards

Die amerikanische Raumfähre „Discovery" ist mit ihren fünf Astronauten an Bord nach sieben Tagen im All gestern auf dem Luftwaffenstützpunkt Edwards (Kalifornien) gelandet. Neun Minuten vor Sonnenaufgang (15.16 Uhr MESZ) setzten Kommandant Joe Engle und Pilot Richard Covey den Shuttle auf der Wüstenpiste auf. Die Weltraumbehörde bezeichnete den 20. Shuttle-Flug, bei dem ein Nachrichtensatellit repariert und drei andere im Weltraum ausgesetzt wurden, als eines der erfolgreichsten Unternehmen in der Geschichte der Raumfähre. Höhepunkt des Fluges war die Reparatur von „Syncom", der seit seinem Absetzen im April wegen eines Fehlers im Zündmechanismus seiner Antriebsraketen nutzlos im All kreiste. Am Montag zündete die Bodenkontrolle die kleinen Kontrollraketen von „Syncom", um diesem eine stärkere Eigendrehung und damit größere Stabilität zu geben.

Kontrolle auf der Wies'n

dpa, München

Mit der Eröffnung des 175. Münchner Oktoberfestes am vorletzten Samstag im September beginnt die Arbeit für 36 städtische Kontrolleure, die darüber wachen werden, daß die Maßkrüge bis zum Eichstrick vollgeschenkt werden. Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter sagte gestern, die Stadt werde dafür sorgen, daß bei der Münchner Wies'n gut eingeschenkt wird.

Überschwemmungen

AP, Peking

In der Volksrepublik China hat sich vergangene Woche eine weitere Überschwemungkatastrophe ereignet. Wie die Zeitung „China Daily" meldete, forderte die Katastrophe in der mittelchinesischen Provinz Hunan mindestens 147 Todesopfer. Sieben Menschen werden noch vermißt. 576 Menschen seien verletzt worden. Insgesamt seien mehr als 300 000 Einwohner der Provinz von den Überschwemmungen betroffen.

Zwei Münchner abgestürzt

dpa, Innsbrück

Über eine 80 Meter hohe Felswand sind im Mieminger Gebirge, westlich von Innsbruck, zwei 22jährige Münchner in den Tod gestürzt. Die Leichen der zwei Bergsteiger konnten von Suchmannschaften erst am Montag nachmittag gefunden werden. Wie die Gendarmerie mitteilte, waren die beiden für diese Tour „nur mäßig ausgerüstet".

Mit Amputation gedroht

dpa, Cagliari

Die Entführer des 67jährigen sardischen Unternehmers Luigi Devoto wollen diesem ein Ohr oder einen Finger abschneiden, wenn seine Angehörigen die Lösegeldverhandlungen weiter verzögern. Diese Drohung ist in einem Brief erhalten, den Devoto an die Redaktion der Zeitung „Nuova Sardegna" in Nuoro schrieb.

Anschläge auf Museum

AP, Berlin

Drei Brananschläge sind innerhalb der vergangenen zehn Tage auf das als einzigartig in Europa geltende Berliner „Museumsdorf Düppel" verübt worden. Kriminalpolizei und Staatsschutz ermitteln eigenen Angaben zufolge auch wegen eines möglichen neonazistischen Hintergrundes der Brandstiftungen. In mehreren Briefen wurde dem Museums-Förderverein vorgeworfen, er verherrliche mit seinen Objekten die Slawengeschichte und begünstige „die polnische Subversion".

180 Kilo Uran vermißt

AP, Nashville

Etwa 180 Kilogramm Uran, die in zwei amerikanischen Atomanlagen zu Kernbrennstoff angereichert werden sollten, sind spurlos verschwunden. Dies geht aus dem Halbjahresbericht des US-Energieministeriums über die Inventur des strategischen Atommaterials hervor.

ZU GUTER LETZT

Drei sachliche Fehler in sechs Zeilen enthielt eine AFP-Meldung aus Aosta über abgestürzte Bergsteiger (WELT vom 3. 9.): Es handelte sich nicht um vier Bergsteiger, sondern um drei und eine Bergsteigerin; sie stürzten nicht am Matterhorn, sondern am Dom ab; und die Örtlichkeit heißt nicht Festiflanke, sondern Festigrat und ist die klassische Aufstiegsroute zum 4545 Meter hohen Wolliser Berg.